

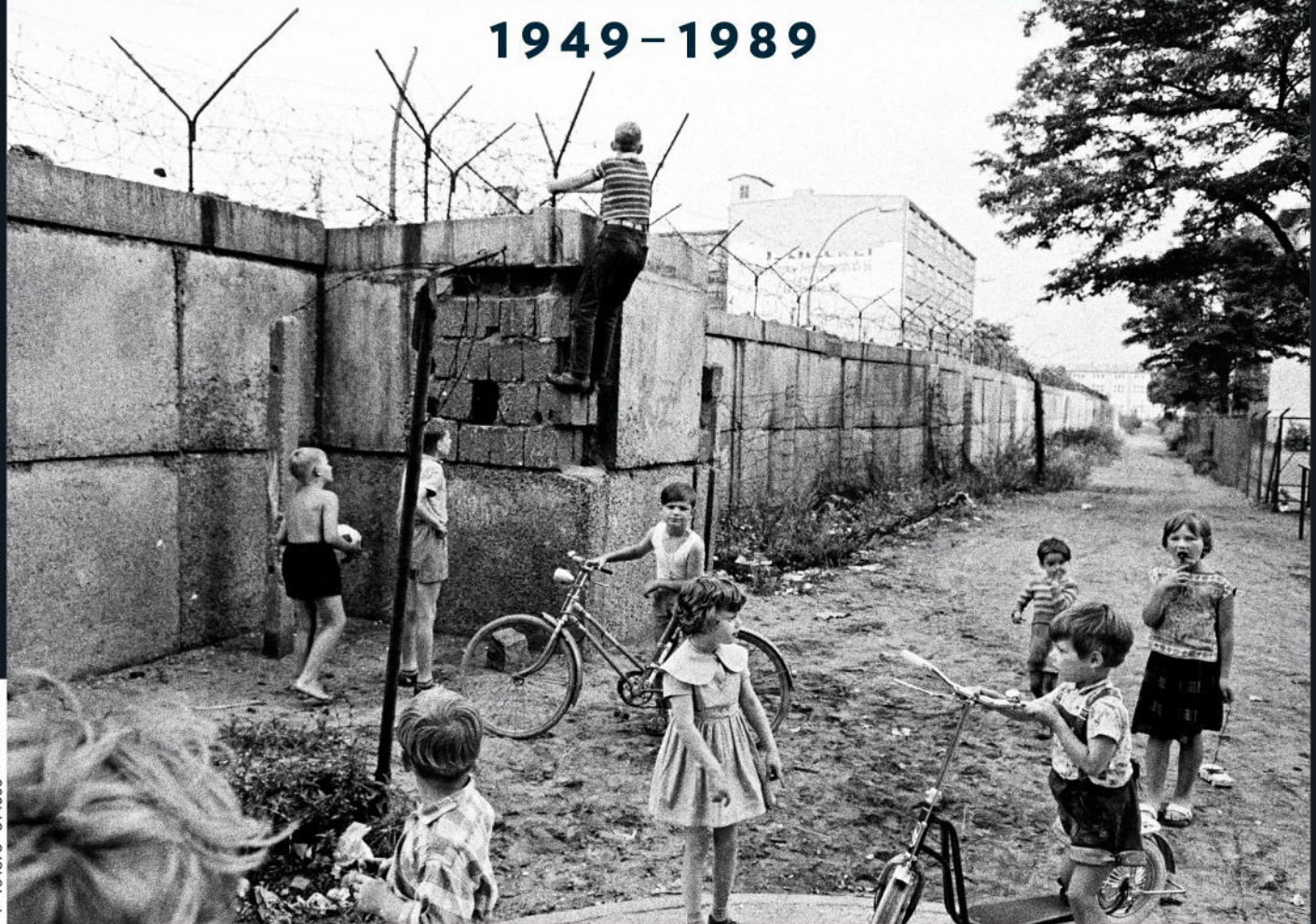
Das Magazin für Geschichte

GEO EPOCHE

NR. 126

Das **geteilte** **Deutschland**

1949–1989



Von der SPALTUNG bis zum MAUERFALL

Deutschland € 14,00 · Schweiz 22,00 sfr · Österreich € 15,50
Benelux € 16,50 · Dänemark dkr 170,- · Italien € 18,60

ISBN 978-3-652-01506-6
00126
4 194875 514000

#MITEINANDER FÜR

DE MO KRATIE

Demokratie lebt von Vielfalt, Toleranz und Offenheit. Sie sind das Fundament unserer freiheitlichen Gesellschaft. Wir lassen keinen Spaltbreit für Rechtsextremismus und Rassismus zu. Dafür stehen führende Unternehmen der Kreativ- und Medienwirtschaft in unserem Land.

Mehr Infos unter: www.gwa.de





JOACHIM TELGENBÜSCHER
Redaktionsleiter von GEOEPOCHE

Liebe Leserin, lieber Leser

Ich habe die DDR nur mit Kinderaugen gesehen, aber immerhin: Ich habe sie noch gesehen. Der Grenzübergang Helmstedt/Marienborn, an dem heute Autos auf der A2 vorbeidonnern, war für mich, den Jungen aus der westdeutschen Provinz, die Schleuse in eine fremde Welt, in der Soldaten mit großen Schirmmützen herumliefen, viele Straßen noch gepflastert waren und in der die Gleichaltrigen ungewöhnlich häufig von mir wissen wollten, welches Auto meine Eltern fuhren. Kinderaugen, wie gesagt.

Ein härterer Kontrast als der zwischen Ost und West war für mich damals kaum vorstellbar. Dabei war die Abschottung nie total: Trotz Metallgitterzäunen, Todesstreifen und Minenfeldern, die Deutschland in zwei Teile trennten, waren die Verbindungen nie ganz unterbrochen (die alljährlichen Besuche meiner Familie in Werder bei Potsdam waren nur ein Beispiel dafür). Dank des West-Fernsehens konnten die meisten Menschen in der DDR zumindest passiv am öffentlichen Leben in der Bundesrepublik teilhaben, der private Warenaustausch war enorm – allein im Jahr 1988 wurden 11 000 Tonnen Kaffee per Westpaket verschickt – und auch die Biografien des politischen Personals überspannten die Mauer, zumindest teilweise. Schließlich regierte in Ostberlin mit Erich Honecker ein gebürtiger Saarländer, und in Bonn prägte der Hallenser

Hans-Dietrich Genscher die Bundesrepublik als Innen- und später als Außenminister.

Nicht zuletzt rangen die beiden deutschen Staaten mit denselben großen Themen, wenn auch auf ganz unterschiedliche Art und Weise: Da ging es um die deutsch-deutschen Beziehungen, aber auch um die neue Jugendkultur in den frühen 1960er Jahren, um die Arbeitsmigration in den 1970ern oder die Friedensbewegung in den 1980ern.

Deshalb ist dies weder ein Heft über die DDR noch eines über die Bundesrepublik. Sondern ein Heft über die gemeinsame Geschichte einer geteilten Nation. Und über ihr schmerzvolles Zusammenwachsen nach der friedlichen Revolution von 1989. Denn auf die Euphorie des Mauerfalls und der Wiedervereinigung folgte bekanntlich ein Realitätsschock, der ein Trauma hinterließ, das bis heute fortwirkt. Mit dem Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk haben wir über das Erbe der Teilung gesprochen, aber auch über die Frage, ob wir nicht vielleicht immer noch in einem gespaltenen Land leben (siehe Seite 154). Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre. Und hoffe, dass auch Sie in dieser Ausgabe einen Teil Ihrer eigenen Geschichte entdecken.

Herzlich, Ihr

Joachim Telgenbüscher



DEN NEUBEGINN
nach dem Ende des
Zweiten Weltkriegs
und die Geschichte
der DDR erzählt
GEOEPOCHE in
den Ausgaben
Nr. 102 und 64



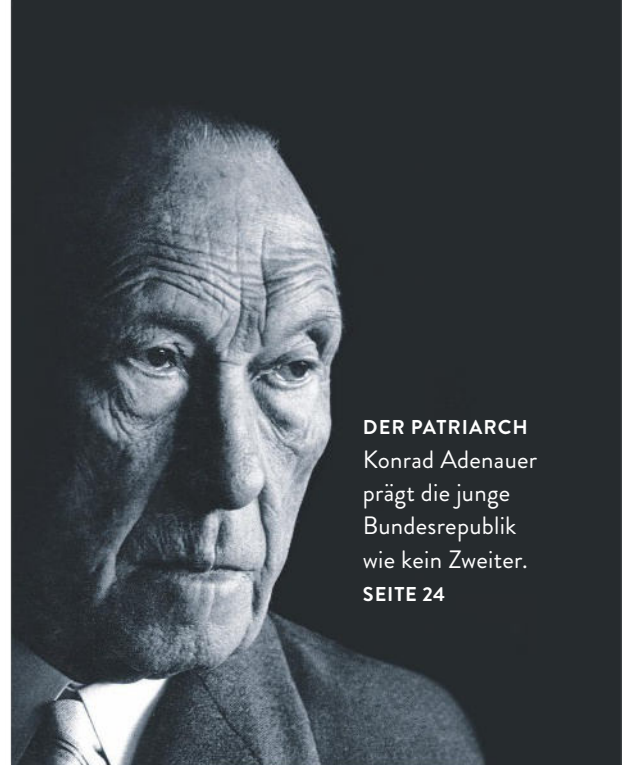
Alle zwei Monate neu, GEOEPOCHE im Abo:
www.geo-epoche.de/abo



ZWEI STAATEN, EIN ALLTAG

Sehnsüchte wie das Streben der Jugend nach Freiraum eint die Menschen in Ost und West.

SEITE 6



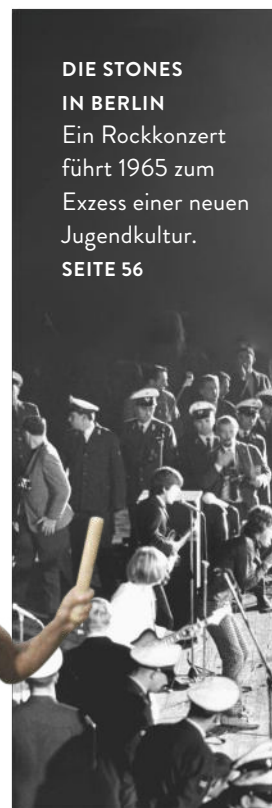
DER PATRIARCH
Konrad Adenauer
prägt die junge
Bundesrepublik
wie kein Zweiter.

SEITE 24



EIN ORT HAUT AB

Die Böseckendorfer
leben an der Grenze.
Bis 1961 ein großer
Teil flieht. SEITE 46



**DIE STONES
IN BERLIN**
Ein Rockkonzert
führt 1965 zum
Exzess einer neuen
Jugendkultur.
SEITE 56

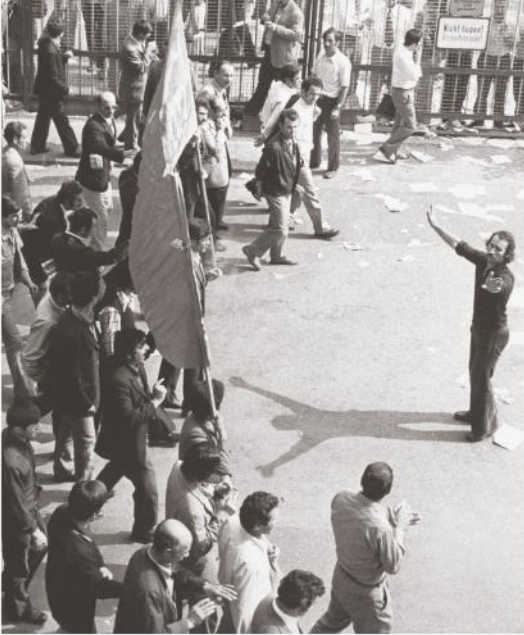


DUELL AUF DER LAUFBAHN

Die Olympischen Spiele 1972 in München sind
auch ein Wettkampf der Systeme. SEITE 92

Inhalt

Das geteilte Deutschland



GEGEN DIE AUSBEUTUNG

1973 treten bei Ford in Köln Tausende türkische »Gastarbeiter« in den Streik.

SEITE 102

AKTIVISTEN

Die DDR duldet keinen Protest – auch nicht für den Frieden.

SEITE 120



PRIVATISIERUNG
Treuhand-Chef
Detlev Rohwedder
hat viele Feinde.
1991 wird er
erschossen

SEITE 142



♦ Die mit diesem Symbol versehenen Beiträge sind links bebildert.	
♦ BILDESSAY Alltag im geteilten Deutschland Von Unterschieden und Parallelen zwischen Ost und West	6
KARTE Gespaltenes Land 1949 Die Gründung der beiden deutschen Staaten	22
♦ ADENAUER Patriarch des Westens 1951 Die erstaunliche Karriere des ersten Bundeskanzlers	24
DDR-VOLKSWIRTSCHAFT Die durchgeplante Utopie 1953 An der Oder wächst eine sozialistische Idealstadt heran	36
♦ MASSENFLUCHT Ein Dorf macht rüber 1961 Wie 14 Bauernfamilien über die Grenze fliehen	46
♦ BEAT-PROTEST Krawall und Rock 'n' Roll 1965 Eine neue, wilde Musik wird im Osten zur Staatsaffäre	56
NS-VERGANGENHEIT Dr. Fischer vor Gericht 1965 Ostberlin zieht einen einstigen KZ-Arzt zur Verantwortung	62
ZEITLEISTE Die Jahre der Teilung	71
OST-WEST-POLITIK Wandel durch Hinterlist 1970 Die Machtintrigen hinter der Annäherung	84
♦ OLYMPISCHE SPIELE Wettlauf der Systeme 1972 In München will die DDR den Westen übertrumpfen	92
♦ WILDER STREIK Aufruhr der Ausgenutzten 1973 Die »Gastarbeiter« von Ford wagen in Köln den Ausstand	102
TRANSITVERKEHR Tatort Transit 1975 Das Rätsel um die Leiche am Autobahnparkplatz	112
♦ FRIEDENSBEWEGUNG OST Kampf dem Krieg 1983 Hart reagiert das DDR-Regime auf friedlichen Protest	120
HONECKER IN BONN Besuch beim Klassenfeind 1987 Als Kohl den SED-Chef empfängt, wankt dessen Staat längst ...	130
♦ TREUHANDANSTALT Verkauf eines Landes 1991 Die Privatisierung in Ostdeutschland löst tödlichen Hass aus ...	142
INTERVIEW »Die Menschen haben sich selbst getäuscht« nach 1990 Ilko-Sascha Kowalczyk über das Erbe der Teilung	154
Impressum, Bildnachweise	70
Lesezeichen	83
Werkstatt	158
Vorschau »Mexiko – Die Geschichte eines ruhelosen Landes«	162

Sie erreichen die GEOEPOCHE-Redaktion
online auf Facebook, X (ehemals Twitter) und Instagram
oder unter www.geo.de/epoche



1949–1989

Bildessay

ALLTAG IM GETEILT

DER BLICK dieser beiden West-berliner Polizisten geht im Oktober 1961 gen Osten. Wenige Wochen zuvor hat die DDR den Westteil der Stadt abgeriegelt. Die Briten, an deren Sektor das Brandenburger Tor liegt, haben dort ihrerseits eine Stacheldraht-sperre errichtet



EN LAND



Vier Jahrzehnte lang ist Deutschland in zwei Staaten gespalten, leben die Menschen in DDR und Bundesrepublik in ganz unterschiedlichen Verhältnissen. Und doch gibt es Parallelen: Junge Männer dienen in der Armee, Familien träumen vom eigenen Heim oder einer Urlaubsreise, überall sehnt sich die Jugend nach Freiraum

BILDTEXTE: *Jens-Rainer Berg, Insa Bethke und Joachim Telgenbüscher*

ZWEI STAATEN, ZWEI ARMEEN



DIE NATIONALE VOLKSARMEE ist ein wichtiges Machtinstrument der SED. Ihre mehr als 2500 Panzer und 180 000 Soldaten dienen nicht nur der Abschreckung des Klassenfeindes, sie sollen notfalls auch Proteste im Inneren niederschlagen (Truppenbesuch, 1972)

Nur gut zehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs rücken in Deutschland wieder Wehrpflichtige in die Kasernen ein. In der Bundesrepublik schon im Frühling 1957, die DDR folgt 1962. Mit einem Unterschied: Junge Ostdeutsche können den Dienst nicht verweigern. Ihnen bleibt nur die harte Alternative als »Bausoldaten«



STAATSBÜRGER IN UNIFORM sollen die Soldaten der Bundeswehr sein, bewaffnete Demokraten. Der Bruch mit dem Erbe des deutschen Militarismus zeigt sich auch äußerlich: Die Stahlhelme orientieren sich an US-Vorbildern (Wachbataillon, 1965)

DIE SAAT DES SOZIALISMUS



Produktionsgenossenschaften mit teils mehreren Tausend Hektar beackern die Felder in der DDR: Um die Erträge zu steigern, hat die Führung die meisten Bauern enteignet und in Kollektive gezwungen. Die Staatliche Plankommission gibt den Takt vor – wie in allen Bereichen der Wirtschaft



DIE ZUSAMMENLEGUNG von Ackerflächen ermöglicht den Einsatz immer größerer Maschinen. Dieses 1970 aufgenommene Bild zeigt Frauen während der Kartoffelernte der LPG Cobbelsdorf im Bezirk Halle

DIE PROPAGANDA in der DDR feiert die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) als dörfliche Keimzellen des Sozialismus: Arbeit auf einem Kartoffelacker bei Rohrberg im Bezirk Magdeburg, 1966

KONKURRENZ AM WARENTISCH

Im Westen bringt der steile Aufschwung in den 1950er Jahren einen nie gekannten Wohlstand, lässt auch für die breiten Massen eine bunte Konsumwelt erblühen. Die wird zum Problem für die DDR-Führung: Denn die Güterpracht jenseits der Grenze zieht die Menschen magisch an – und erschüttert den Glauben an das eigene System



NICHT FÜR JEDEN ERSCHWINGLICH, aber eine Parade kapitalistischer Wirtschaftskraft: Das Berliner »Kaufhaus des Westens«, kurz KaDeWe, präsentiert ein großes Sortiment von Luxuswaren und Feinkost (1987)

IN BERLIN wird der wirtschaftliche Systemwettbewerb künstlich auf die Spitze getrieben: Der Westen unterstützt seine Enklave mit üppigen Mitteln, und das SED-Regime bevorzugt Ostberlin bei der Versorgung mit knappen Konsumgütern (Blick auf das Westberliner Einkaufsviertel, um 1970)



Ka De We

MÖBELHAUS

U1

...nimm doch PHILIPS

Alte LEIPZIGER

in jede Küche GAS

Paul Thor

BERLINER DISCOUNT BANK

SPRENGER

Suchard

HARDY BANK

UNTER DEUTSCHEN DÄCHERN



STANDARDISIERTE HOCHHAUSSIEDLUNGEN, sogenannte »Plattenbauten«, sollen in den 1970er Jahren den akuten Wohnungsmangel im Osten endlich beheben – hier ein gerade fertiggestellter Komplex in Halle. Insgesamt aber bleiben die Wartezeiten für Suchende bei vielen Jahren, auch weil gleichzeitig überall die Altbauten verfallen

Millionen Menschen suchen in beiden deutschen Staaten in der Nachkriegszeit nach Wohnraum. Obwohl die DDR das Recht auf eine angemessene Bleibe sogar gesetzlich festschreibt, gelingt dem SED-Staat die Lösung des Wohnungsproblems schlechter als dem Westen. Dort fließen gewaltige Subventionen in das Bauen

DANK DES »Wirtschaftswunders« kann die BRD mit großen Summen den Bau von Mietwohnungen fördern. Das Symbol des Erfolgs für viele aber wird das Eigenheim mit Garten, das der Staat ebenfalls massiv unterstützt (bei Hannover, 1960)



MIT DER KRAFT DER FRAUEN

Die DDR-Führung setzt auf Emanzipation und Gleichberechtigung, weil die weibliche Bevölkerung für den Aufbau des Landes unverzichtbar ist. So arbeiten in ostdeutschen Betrieben und Fabriken Männer wie Frauen – um den Preis, dass Eltern die Betreuung und Erziehung ihrer Kinder weitgehend dem Staat überlassen müssen



ALS DIESE AUFNAHME in den 1960er Jahren in den Zwickauer Automobilwerken Sachsenring entsteht, sind bereits 45 Prozent aller Frauen in der DDR berufstätig. Führungspositionen bleiben ihnen jedoch oft verschlossen, und sie verdienen im Schnitt deutlich weniger als Männer – eine Erfahrung, die sie mit arbeitenden Frauen im Westen gemeinsam haben

MITHILFE EINES dichten Netzes an Kindergärten und Krippen (Foto) schöpft die DDR-Führung die Arbeitskraft von Müttern ab. Für eine emotionale Zuwendung fehlt es in den Einrichtungen jedoch meist an Zeit – und so leiden viele Kinder unter der Trennung von ihren Eltern



DER WUNSCH NACH SONNE



VOM URLAUB IN ITALIEN träumen die Westdeutschen schon in den 1950er Jahren, doch damals können sich das nur wenige leisten. Erst der zunehmende Wohlstand macht dieses Reiseziel auch für die Mehrheit erreichbar (Strand von Rimini, um 1974)

In der DDR ist das Recht auf Urlaub – anders als in der Bundesrepublik – sogar in der Verfassung verbriefte. Doch in Wahrheit herrscht auch hier Mangel, denn die Plätze in den Ferienheimen von Betrieben reichen bei Weitem nicht aus. Für Reisen ins Ausland kommen nur die sozialistischen Bruderländer infrage



EIN SÄCHSISCHER SCHLOSSER erfindet 1976 ein Zelt, das auf das Dach eines Trabants passt. Bei den Ostdeutschen – häufig begeisterte Camper – ist die Nachfrage enorm (Neubrandenburg, 1987)

DIE SEHNSUCHT DER JUGEND



JUGENDLICHE WARTEN 1984 in Ostberlin in der Schlange vor dem »Café Nord«, einem angesagten Club. Im SED-Staat, in dem die Mehrheit der Menschen unter 25 Jahren in der staatlichen Jugendorganisation FDJ zusammenkommt und der Anpassungsdruck hoch ist, kann schon ein abweichender Kleidungsstil oder das Hören bestimmter Musik zum Problem werden – besonders wenn beides vom Westen inspiriert ist

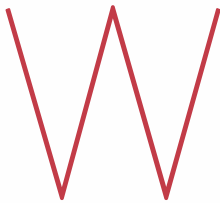
Das Streben nach Freiraum eint die Heranwachsenden in Ost und West – doch die Widerstände, die sie dabei überwinden müssen, sind mitunter sehr verschieden. Während sich in der DDR Jugendliche den Regeln des Regimes zu entziehen versuchen, sind sie in der BRD mit der Allgegenwart von Konsum und Materialismus konfrontiert ◇

**IN DER BUNDES-
REPUBLIK** schließen sich nicht wenige Jugendliche in den 1980er Jahren eher unpolitischen Subkulturen an, etwa den Gruftis oder den Poppers. Oder sie genießen – wie offenbar diese Jugendlichen am Olympia-Einkaufszentrum in München – einfach so die relative Unbeschwertheit eines Lebens in der BRD



Ein GRENZFALL der GESCHICHTE

Die Spaltung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg ist anfangs weder geplant noch gewollt – nicht von den Siegern, noch weniger von den Deutschen selbst. Der Konflikt zwischen den einstigen Verbündeten aber reißt das Land entzwei



Weite Teile Europas liegen im Sommer 1945 in Trümmern. Und die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, allen voran die USA, die UdSSR und Großbritannien, müssen sich mit einem brisanten Problem befassen: Was soll aus jenem Land werden, das Hitler zum „Tausendjährigen Reich“ machen wollte? Die Sieger sind sich einig: Der deutsche Staat soll trotz der NS-Verbrechen fortbestehen, nicht einmal langfristig besetzt bleiben. Doch da endet der Konsens bereits. Josef Stalin, Führer der UdSSR, schlägt das deutsche Staatsgebiet östlich der Oder-Neiße-Linie größtenteils Polen zu. Die übrigen Alliierten akzeptieren dies zähneknirschend. Doch der Rest Deutschlands soll eine Einheit bleiben – zunächst allerdings aufgeteilt in Besatzungszonen. Die Sowjetunion okkupiert den östlichen Teil, die Briten den Nordwesten, die US-Amerikaner den Süden (Frankreich bekommt später eine eigene Zone im Südwesten). Überall sollen die „vier großen Ds“ durchgesetzt werden: Denazifizierung, Demilitarisierung, Demokratisierung, Demontage.

Doch bereits bei Kriegsende ist klar geworden, dass fortan die Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion die Weltpolitik bestimmen wird. Auch deshalb startet US-Präsident Harry Truman ein gewaltiges Hilfsprogramm für Europa: den Marshall-Plan. Von den insgesamt rund 13 Milliarden US-Dollar, die ab 1948 auch nach Deutschland fließen, geht aber kein Geld in die sowjetische Besatzungszone: Stalin verbietet die Annahme.

Die Deutschen selbst haben in dieser Zeit kaum Mitspracherechte. Aber Politiker in den Westzonen wie

der Rheinländer Konrad Adenauer (siehe Seite 24) setzen ganz auf die USA und ihre Verbündeten, weil sie darin die einzige Chance sehen, Stalins Einfluss auf Dauer zu entgehen. Auch wenn dies die Trennung von den rund 18 Millionen Landsleuten in der „Ostzone“ bedeuten würde. Dort zeigt sich der kommunistische Funktionär Walter Ulbricht als loyaler Stalin-Anhänger und strebt ein sozialistisches Gesamtdeutschland an.

1948 aber erfolgt die ökonomische Spaltung: Am 20. Juni wird in den drei Westzonen die D-Mark eingeführt, drei Tage später erlebt auch die Sowjetzone eine Währungsreform.

Stalin ist da längst klar, dass die Westmächte einen eigenen deutschen Staat bilden wollen. Am 24. Juni 1948 lässt er alle Land- und Wasserwege nach Westberlin unterbrechen. Weil die USA und Großbritannien die eingeschlossene Bevölkerung aber über eine Luftbrücke versorgen, muss die Sowjetunion die „Berlin-Blockade“ nach knapp zwölf Monaten erfolglos aufgeben – und erkennen, dass sie den Westmächten unfreiwillig zu einem politischen Triumph verholfen hat: Viele Deutsche sehen in den westlichen Besatzern nun Verbündete.

Die Gründung des Weststaats ist zu diesem Zeitpunkt schon weit gediehen. Bis 1946 waren in den Westzonen bereits elf Länder entstanden. Abgesandte der Länderparlamente bilden 1948 den Parlamentarischen Rat, um eine demokratische Verfassung zu entwerfen. Am 23. Mai 1949 verkündet dieses Gremium das „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“. Ein neuer Staat ist geboren. Dessen erster Regierungschef wird im September 1949 Konrad Adenauer.

Am 7. Oktober 1949 entsteht auf dem Territorium der sowjetischen Zone die Deutsche Demokratische Republik. Die Teilung Deutschlands ist vollzogen. Und sie wird 41 Jahre bestehen bleiben. ◇

1949–1989

EIN VOLK, ZWEI STAATEN



EINE GRENZE VON 1378 KILOMETERN, die sich von der Lübecker Bucht bis zum Dreiländereck mit der Tschechoslowakei zieht, trennt gut 40 Jahre lang die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik. Im Gebiet des westlichen Staates, der fast 2,5 Mal größer ist als der östliche, leben kurz nach dem Zweiten Weltkrieg rund 45 Millionen Menschen, in der Sowjetischen Besatzungszone sind es etwa 17 Millionen (weitere gut drei Millionen zählt Berlin). Beide Teile werden einander nie vollständig völkerrechtlich anerkennen, die BRD beharrt sogar bis zum Schluss auf einem Alleinvertretungsanspruch und hält am Ziel der Wiedervereinigung fest. 1989 aber werden beide Staaten von der friedlichen Revolution in der DDR überrascht

1951

Konrad Adenauer

PATRI

GEBOREN 1876
im Kaiserreich,
erlebt Adenauer
vier politische
Systeme. Die
Bundesrepublik
formt er wie
wenige andere
(Foto von 1963)

ARCH DES WESTENS

Adenauer

Aus dem langjährigen Oberbürgermeister von Köln wird die prägende Gestalt der frühen BRD. Mit seiner kompromisslosen Wendung gen Westen sichert Kanzler Konrad Adenauer die Souveränität der Bundesrepublik – und zementiert zugleich die deutsche Teilung

TEXT: Frank Otto und Mathias Mesenhöller



Am 5. Januar 1951 gratuliert die junge Bundesrepublik Deutschland ihrem alten Kanzler zum Geburtstag: 75 Jahre wird Konrad Adenauer – und lässt sich feiern wie ein Monarch vergangener Tage. Den Auftakt macht eine Gruppe grün beackter Jäger, die um neun Uhr früh vor dem Palais Schaumburg antreten, seinem Amtssitz am Bonner Rheinufer. Die Waidmänner blasen ein großes Halali auf Jagdhörnern und präsentieren eine Strecke geschossener Wildtiere. Dann kommt das politische Bonn und bringt Geschenke: Bundespräsident Theodor Heuss überreicht dem erzkatholischen Adenauer eine nahezu einzigartige Schallplatten-

sammlung mit vorgregorianischen Gesängen; nur der Papst besitzt noch eine solche Kollektion. Das Kabinett verehrt dem Regierungschef eine Madonnenstatue aus dem 15. Jahrhundert. Die Beauftragten der Bundesländer bringen regionale Spezialitäten, der niedersächsische Ministerpräsident etwa eine Kiste Doornkaat, einen ostfriesischen Kornbrand. Die oppositionelle SPD-Fraktion schenkt dem begeisterten Gärtner 75 Teerosen, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes ein Buch über Botanik. Mittags spielt eine Polizeikapelle, später gratuliert das diplomatische Korps. Am Abend schließlich gibt die Stadt Bonn einen Empfang, versammeln sich Tausende mit Fackeln und Flaggen.

Es scheint, als würden an diesem Januartag zufriedene Bürger einen erfolgreichen, populären Staatsmann bejubeln. Doch der Eindruck täuscht. In Wirklichkeit ist der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende Adenauer auf dem Tiefpunkt seiner Beliebtheit: Nur rund 20 Prozent der Westdeutschen sind mit seiner Politik einverstanden; bei drei Landtagswahlen im Vorjahr mussten CDU und CSU schwere Verluste hinnehmen. Adenauer droht auf allen Feldern zu scheitern. Die Wirtschaft kommt nicht in Gang, die Inflation liegt bei fast acht Prozent, mehr als zwei Millionen Menschen sind ohne Arbeit. Und die „Westbindung“, die Absicht des Kanzlers, die Bundesrepublik in ein enges Bündnis mit den westlichen Demokratien zu führen? Die mache, glauben etliche, jede Chance auf eine Wiedervereinigung mit der DDR zunichte.

Während der Kanzler gegen pazifistischen Widerstand eine westdeutsche Wiederbewaffnung betreibt, fürchten viele Menschen einen neuen Krieg – erst recht, seit im Vorjahr das kommunistische Nordkorea den von den USA protegierten Süden überfallen hat, dort mit Hilfe Chinas und der Sowjetunion die Schutzmacht zurückdrängt. Die Angst der Bundesbevölkerung grenzt teilweise an Panik.

Kaum ein Beobachter traut dem Bundeskanzler noch eine lange Amtszeit zu. Geschweige denn eine nach ihm benannte Ära. Eher mag der alte Mann eine Gestalt des Übergangs bleiben.

Doch Konrad Adenauer wird die Krise überstehen. Und er wird alles andere als bald vergessen. Vielmehr wird er in die Erinnerung der Deutschen als politischer Patriarch eingehen, der die Bundesrepublik geprägt hat wie wenige. Der gleichermaßen für ihre historischen Wurzeln steht wie für die späte Ankunft zumindest eines Teils der Nation im Westen.

•

ALS KONRAD ADENAUER am 5. Januar 1876 in Köln geboren wird, ist das Deutsche Kaiserreich gerade einmal fünf Jahre alt, eine Großmacht, geschaffen und gelenkt vom ersten Reichskanzler Otto von Bismarck. In den „Einigungskriegen“, die Bismarck begonnen hatte, kämpfte auch Adenauers Vater. Ein Waisenjunge aus einem Dorf nahe Bonn, der anschließend eine Stelle im Justizdienst der zu Preußen gehörenden Stadt Köln erhält. So wächst Konrad Adenauer zwar als Kind des katholischen Rheinlands auf. Vor allem jedoch als Sohn eines preußischen Beamten, kaisertreu und national. Eines mühsam emporgekommenen Mannes, der seine Kinder mit Härte erzieht: zu Disziplin, Pflichtgefühl, Frömmigkeit, Strebsamkeit.



MIT ANFANG
zwanzig studiert
Adenauer Jura.
Er ist streng
katholisch, streb-
sam, diszipliniert
– und macht
bald Karriere in
seiner Heimat-
stadt Köln

Wenn Konrad je rebelliert hat, ist es nicht überliefert. Ein gewissenhafter Schüler, dann Jurastudent, etwas linkisch, streng katholisch. Zu der Zeit, Mitte der 1890er Jahre, strotzt Deutschland vor Selbstbewusstsein, Fortschrittsoptimismus, und Adenauer atmet das ein. Hingegen hat er keinerlei Sinn für die nervösen Neuerer seiner Generation, die expressionistischen Maler, die schrägen Komponisten, die wilden Denker und noch wilderen Bohemiens.

Kurz nach 1900 lernt er Emma Weyer kennen, Tochter aus reichem, erzkatholischem Haus. Erste Anstellungen, 1904 folgt die Hochzeit. Mit seiner Ehe, offenkundig von beiden Seiten eine Liebesheirat, wird Adenauer Teil der alten, so vermögenden wie mächtigen Kölner Oberschicht. Gewiss nützen dem jungen Aufsteiger die Verbindungen der Schwiegerfamilie. Doch ein ebenso großes Kapital sind die Eigenschaften, die ihn überhaupt erst für die Weyers akzeptabel gemacht haben: Tüchtigkeit, Ehrgeiz, vor allem feste Kirchentreue – auch politisch.

Im März 1906 wählt die mehrheitlich katholisch-bürgerliche Stadtverordnetenversammlung den vielversprechenden 30-Jährigen zu einem von nur zwölf Beigeordneten, einer Art Dezernatsleiter. Das Gehalt ist üppig, Emmas Mitgift erheblich. Das junge Paar bezieht eine geräumige Villa mit Köchin, Zughfrau und Gärtner, das erste Kind kommt. Adenauer arbeitet fieberhaft, um sich zu bewähren. Vielleicht auch, um sich abzulenken. Seit der Geburt kränkt Emma.

Bereits nach drei Jahren wird Konrad Adenauer Erster Beigeordneter, damit Stellvertreter des Oberbürgermeisters. Sein Leben, seine Welt sind in bester Ordnung. Da zerbricht diese Ordnung.

Im Sommer 1914 schlittert Europa in den Ersten Weltkrieg, und Adenauer begreift bald, dass es eine Rückkehr zu den Gewissheiten der Vorkriegszeit nicht geben kann.

Dann die vermutlich größte Katastrophe seines Lebens: Anfang Oktober 1916 stirbt Emma an Nierenversagen. Adenauer kapselt den Schmerz in sich ein, macht weiter. So ist er erzogen.

Im folgenden Sommer wird Kölns Oberbürgermeister nach Berlin abberufen, und die Stadtverordneten wählen seinen Stellvertreter zum Nachfolger – Konrad Adenauer.

Ende 1918 zerfällt die alte Ordnung vollends. Der Krieg geht verloren, in Berlin wird die Republik ausgerufen. Durch die Straßen ziehen meuternde Soldaten, auch in Köln. Wie vielerorts übernehmen Sozialdemokraten die Führung, halten Gewalt und Anarchie in Grenzen.

Und Adenauer? Nimmt den revolutionären „Arbeiter- und Soldatenrat“ im Rathaus auf, streift selbst eine Armbinde dieses Rates über, bringt zugleich bürgerliche Politiker und Wirtschaftsvertreter dazu, gemeinsam die Stadt am Laufen zu halten. Anders als viele Konservative reagiert Adenauer auf Niederlage und Revolution nicht mit wütendem Revanchismus, sondern pragmatisch.

Sein an Leistung, Gerechtigkeit, Zuwendung ausgerichtetes Christentum mag es ihm erleichtern, der heraufziehenden Demokratie etwas abzugewinnen. Vor allem aber ist Adenauers wohl stärkster Zug sein Wirklichkeitssinn. Dinge, die wünschenswert, aber für den Moment unmöglich sind, interessieren ihn nicht. In einer der letzten Reden seines Lebens wird er lapidar sagen: „Wenn nicht die bestmögliche Lösung



NACH DEM FRÜHEN TOD seiner ersten Frau heiratet Adenauer 1919 Auguste Zinsser. Da ist er bereits zwei Jahre Oberbürgermeister am Rhein

erreicht werden kann, so muss man eben die zweit- oder drittbeste nehmen.“

Im Spätsommer 1919 heiratet er wieder. Auguste „Gussie“ Zinsser, eine Nachbarin, Bekannte Emmas, 20 Jahre jünger als er. Abermals ist es ehrliche Zuneigung, abermals eine stattliche Mitgift. Ein bürgerliches Vorzeigeleben mit einer wachsenden Zahl Kinder, Hausmusik, Sonntagsspaziergang in die Messe, Gouvernante und Kindermädchen. Tag für Tag exakt derselbe Ablauf. Ordnung.

Derweil bleibt die Lage des geschlagenen, wirtschaftlich gebeutelten, zerstrittenen Landes tumulthaft. Ausgerechnet der Ordnungsmensch Adenauer aber erkennt darin eine Gelegenheit, Neues zu schaffen, ein moderneres, schöneres Köln. So fremd ihm haltlose Träume sind, so viel Fantasie und Tatkraft zeigt er bei dem, was er für erreichbar hält.

1919 spielt ihm eine Anweisung der Siegermächte in die Karten: Kölns Befestigungsanlagen müssen abgerissen werden. Adenauers Vision für den rund einen Kilometer breiten, fast die gesamte Stadt umfassenden Ring aus Bollwerken ist ein „Grüngürtel“ – eine Kette von Parks, Wäldern, künstlichen Seen, Liegewiesen, Sportanlagen. Ein



ALS OBERHAUPT von Köln zeigt der machtbewusste Adenauer weithin geachtetes Geschick. Hier spricht er (r.) 1924 mit Reichspräsident Friedrich Ebert

neuer Rheinhafen soll entstehen, daneben ein Industriegebiet, zudem günstiger, lichter Wohnraum für die Arbeiter samt neuen Straßenbahnen; Adenauer: „Verkehrspolitik ist Sozialpolitik.“

Zugleich setzt der Oberbürgermeister durch, dass die Ende des 18. Jahrhunderts geschlossene Kölner Universität wiedererrichtet wird. Und weist der Hochschule eine Aufgabe zu, die im aufgeregten, rachelüsternen Nachkriegsdeutschland heraussticht: Die Universität solle helfen, „hier am Rhein, der alten Völkerstraße“, wo „die deutsche Kultur und die Kulturen der westlichen Demokratien zusammenstoßen“, zwischen den Nationen zu vermitteln, ihre Gemeinsamkeiten zu zeigen. Denn gelinge das nicht, „Völkerversöhnung und Völkergemeinschaft zum Heile Europas“ – dann werde ein neuer Krieg kommen. Und Europa in den Abgrund stürzen.

Die gesamten 1920er Jahre hindurch wird Adenauer an Kölns Umbau arbeiten. Im Stadtteil Deutz entsteht ein riesiges Messegelände, in Ossendorf der zweitgrößte deutsche Flughafen (nach Berlin-Tempelhof), in Niehl ein Werk des US-Autobauers Ford.

Möglich ist der Kraftakt, weil die Stadtverfassung dem auf zwölf Jahre gewählten Oberhaupt

GROSSBÜR

weite Befugnisse gibt – die Adenauer nutzt. Er überzeugt, überredet, erpresst, bricht oder ignoriert Widerstand, schließt Bündnisse und Kompromisse. Ein fürchterlicher Chef, autoritär, ungeduldig, pedantisch, der Untergebene trietzt, gezielt demütigt. Mehrmals ist er als Reichskanzler im Gespräch.

1929 wird Konrad Adenauer wiedergewählt, wenn auch knapp. Zu seinen Gegnern zählen insbesondere die Nationalsozialisten. Für sie ist der großbürgerliche, gläubige Katholik, Demokrat und europäische Versöhner „Oberbürgermeister Protz“, ein „Judenknecht“. Adenauer nimmt die Bedrohung lange nicht ernst, hält die Kommunisten für gefährlicher. Erst nachdem Hitler bereits Reichskanzler ist, verweigert er Berliner Befehle, eine Hakenkreuzbeflaggung. Zu spät. Leere Gesten.

An einem Abend im März 1933 sammelt Adenauer seine persönlichen Dinge aus dem Schreibtisch im Rathaus, schließt die schwere Tür mit dem Bürgermeisterschlüssel, steckt ihn ein. Und verschwindet. Rund vier Jahre duckt er sich weg vor den Verhaftungswellen, in einem Kloster in der Eifel, in einem Erholungsheim für katholische Priester. Dann gesteht ihm das Regime gegen politisches Stillhalten Freiheit zu, seine Pension, einen unbehelligten Lebensabend in einem Häuschen in Rhöndorf südlich von Bonn.

Dort sieht er früh, wohin die Appeasement-Politik Großbritanniens und Frankreichs gegenüber Hitler führen muss: erst recht in den großen Krieg. Im September 1939 schlägt Deutschland los.

Drei der Söhne werden eingezogen, manche Güter sind knapp, aber letztlich liegt Rhöndorf im Windschatten der Katastrophe. Adenauer pflegt seinen Garten, schneidet Rosen. Führt aber auch mindestens einmal in das von Bomben zerstörte Köln.

Sein Lebenswerk – verbrannt.

Verschiedentlich werben Vertreter des Widerstands um Adenauer. Er bleibt abseits. Aus Sorge um die Familie, Überlebenswillen, gepaart mit der Einschätzung, dass ein Aufstand chancenlos wäre, Selbstmord. Aber auch aus der bitteren Überzeugung, dass Deutschland diesmal komplett besiegt werden muss, ohne Legende von einem „Dolchstoß“ wie nach 1918. Wenn das Elend irgendeinen Sinn haben soll, dann muss eine nicht zu leugnende, totale Niederlage einen radikalen Neubeginn erzwingen, die Deutschen endlich zur Demokratie bekehren.

Als das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 scheitert, wird er dennoch verhaftet und in ein Lager geschafft. Keines der Schlimmsten. Aber Adenauer ist fast 70, Diabetiker. Mitgefangene schützen ihn, darunter politische Gegner aus Kölner Tagen. Nach einem Vierteljahr kommt er frei.

•

RHÖNDORF, 16. MÄRZ 1945. Strahlende Frühjahrs-sonne. Im Zennigsweg hält ein Jeep der US-Armee. Zwei Offiziere erklimmen die steilen Stufen zu Adenauers Haus. Während die Kämpfe noch andauern, suchen die Sieger bereits unbelastetes Verwaltungspersonal für die Besatzungs-

GER UND DEMOKRAT

zeit – und bieten Adenauer sein altes Amt an, Oberbürgermeister von Köln. Er ziert sich. Die Söhne sind noch bei der Wehrmacht, er möchte sie nicht gefährden. Indes entfährt ihm ein Satz, der Bände spricht: Er fühle sich gleichwohl berufen, „das deutsche Volk von Grund auf zum Frieden zu erziehen“.

Letztlich folgt er dem Ruf nach Köln, zunächst als Berater, dann doch wieder als Stadtoberhaupt. Anfangs will er jedes einzelne ehemalige NSDAP-Mitglied aus der Verwaltung entfernen. Aber er braucht Fachleute – und es haben einfach zu viele mitgemacht. Also wird man die Hauptschuldigen von den Mitläufern trennen müssen. Oder, wie Adenauer es sieht: „Man schüttet kein schmutziges Wasser weg, solange man kein sauberes hat.“ Zweitbeste Lösung halt.

Im Herbst überwirft sich Adenauer mit den britischen Militärs, die Köln inzwischen von den US-Amerikanern übernommen haben, und muss gehen. Nach Einfluss strebt er dennoch. Das Mittel sieht er bald in einer neuen Partei, die Politik aus dem Geist des Christentums anbieten will, dabei die überkommene Zwietracht von Protestanten und Katholiken hinter sich lassen. Ihr programmatischer Name: Christlich Demokratische Union, CDU.

Zwar ist der zweimal vertriebene Kölner Ex-Oberbürgermeister alt, kein großer Redner. Dafür ein Routinier politischer Machtspiele, vernetzt. Im März 1946 wird er zum Vorsitzenden der CDU der briti-

schen Besatzungszone gewählt. Anfang Oktober erlangt er den Fraktionsvorsitz im Landtag des von den Alliierten neu geschaffenen Nordrhein-Westfalen. Beharrlich arbeitet sich Adenauer vor in die erste Reihe derjenigen, die eine Rolle spielen werden, sobald die Sieger wieder eine überregionale Politik zulassen.

Da stirbt am 3. März 1948 Gussie, gerade 52 Jahre alt, wohl an den Spätfolgen eines Suizidversuchs in Gestapo-Haft. Adenauer schließt sich ein, für Tage. Isst nicht, spricht nicht, auch nicht mit den Kindern. Als er wieder teilnimmt, ist er noch einmal verhärtet, verschlossener. Machtsüchtiger.

Anders als manche tastenden, suchenden Konkurrenten hat Adenauer ein klares Ziel vor

HONORATIOREN flanieren 1928 am Rhein. In der Weimarer Zeit modernisiert Adenauer (3. v. l.) Köln, mit Tatkraft und vor allem: Pragmatismus





IM JAHR 1930 legt der Oberbürgermeister den Grundstein für das Ford-Werk in Köln-Niehl. In der NS-Zeit zieht er sich aus der Politik zurück

Augen – das zudem realistisch ist. Er will, dass in Deutschland eine marktwirtschaftliche Demokratie entsteht, das Land ein souveränes Mitglied der westlichen Staatenfamilie wird, wenn möglich Teil einer europäischen Einigung. Indes gesteht er sich früh ein, dass die Sowjetunion ihre Besatzungszone dafür nicht hergeben wird. Im Unterschied zu vielen akzeptiert er die Folge: eine Teilung der Nation. Hingegen verwirft er eine Mittler- oder Brückenrolle zwischen den entstehenden Blöcken, jeden Kompromiss mit dem Sozialismus im Innern wie nach außen.

Eine Vorentscheidung fällt, als die Westalliierten in ihren Besatzungszonen eine Währungsreform anordnen, dann den Zusammenschluss zu einem Teilstaat. In Bonn treten Delegierte der Länder zum „Parlamentarischen Rat“ zusammen, um eine Verfassung auszuarbeiten. Den Vorsitz übernimmt Konrad Adenauer.

Im Sommer 1949 beginnt der Wahlkampf zum ersten Bundestag. Es gibt keine offiziellen Kanzlerkandidaten, wohl aber zwei herausragende Gestalten, Adenauer und den SPD-Chef Kurt Schumacher. Schumacher ist um 20 Jahre der Jüngere, Invalide des Ersten Weltkriegs, ehemaliger Reichs-

tagsabgeordneter, KZ-Überlebender, charismatisch, durchaus arrogant. Er will den von Bismarck geformten Nationalstaat um beinahe jeden Preis erhalten, ihn wie einst der erste Reichskanzler in eine unabhängige Position zwischen Ost und West manövrieren, die Wirtschaft zentral steuern. Ideen, die Adenauer ein Graus sind. Einig sind sich beide Männer im schroffen Widerwillen gegen die Kommunisten – und gegeneinander. Sowie darin, um was es geht: Der Wahlsieger wird das künftige Deutschland prägen, womöglich auf Jahrzehnte.

Schumacher jedoch unterschätzt seinen Gegner, dessen „zusammengewürfelten Haufen“ CDU und einfache, nüchterne Redeweise. Derweil findet Adenauer eine eingängige Parole für das, was er anbietet: „soziale Marktwirtschaft“ statt Sozialismus.

B

Bonn, 15. September 1949. In der Aula der Pädagogischen Akademie tritt der Bundestag zusammen, das erste frei gewählte deutsche Parlament seit 17 Jahren. Vier Wochen zuvor konnte die CDU/CSU 31 Prozent der Stimmen erringen, zwei mehr als die SPD. Den Rest der Sitze im Parlament teilen sich neun kleinere Parteien. Seither hat Adenauer Konkurrenten in der eigenen Partei überrumpelt, überredet, abgedrängt, sich mit selbstbewusster Kaltschnäuzigkeit als Kanzlerkandidat durchgesetzt – und gegen die Anhänger einer großen Koalition. Er will allein mit der FDP und der rechtskonservativen Deutschen Partei regieren, mit einer knappen, aber geschlossen marktwirtschaftlichen Mehrheit.

Um 11.00 Uhr beginnt die Abstimmung. Auf der Empore unter den Zuschauern sitzen Adenauers Kinder und Schwiegerkinder, bangen. Auszählung. Das Ergebnis: Er hat nur 202 der 208 Stimmen seiner Koalition bekommen. Das aber ist immer noch eine Mehrheit – von genau einer Stimme. Konrad Adenauer ist Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

In Köln hat der neue Regierungschef gelernt, einen großen Apparat zu führen, übergeordnete Ziele im Blick zu behalten. Noch freilich steht er unter Aufsicht der drei Hohen Kommissare, der Vertreter der Siegermächte, die hoch über Bonn auf dem Petersberg in einem ehemaligen Hotel residieren.

Hier auf dem Petersberg schließt Adenauer Ende November ein erstes Abkommen mit den Westmächten. Die Besatzer fahren die Demontage deutscher Fabriken zurück. Dafür überlässt Bonn die Schwerindustrie an der Ruhr dauerhaft der Kontrolle einer internationalen Behörde. Im Bundestag beschimpft Schumacher den Regierungschef daraufhin als „Kanzler der Alliierten“.

Für Adenauer aber handelt es sich um einen ersten, kleinen Schritt hin zu einem größeren Ziel: einer wirtschaftlichen, später auch politischen „Verflechtung“ Deutschlands mit seinen westlichen Nachbarn. Als er für diese Vision öffentlich wirbt, muss er sich als Träumer verspotten lassen.

Doch im Mai 1950 schlägt der französische Außenminister Robert Schuman zunächst vertraulich vor, die *gesamte* westdeutsche und französische Kohle- und Stahlproduktion gemeinschaftlich zu lenken. Der sonst marktliberale Adenauer reagiert begeistert. Bereits am folgenden Tag treten er und Schuman in Bonn und Paris vor die Presse, um das Vorhaben zu verkünden. Die Erzfeinde wollen ihre Schlüsselindustrien verbinden, das ist schon Sensation genug. Binnen Stunden aber bekunden zudem Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg Interesse, sich anzuschließen. Erste Beobachter erkennen einen Wendepunkt der europäischen Geschichte. Nach zwei Weltkriegen beginnt in der Mitte des Kontinents etwas Neues, Besseres.

Einhellig ist die Aufbruchstimmung indes keineswegs. Allenthalben warnen die Traditionshüter des Nationalstaats vor dem Verlust von Souveränität, vor Übervorteilung durch die jeweils anderen. In der Bundesrepublik werden Sorgen laut, eine europäische Einheit könnte zulasten der deutschen gehen; Schumacher verdammt die Pläne als „reichsgefährdend“.

Die Vertragsverhandlungen laufen eben an, als sich mit einem Schlag die Weltlage ändert. Ende Juni marschieren Truppen des kommunistischen Nordkorea in den von den USA unterstützten Süden der Halbinsel ein, treiben die Verteidiger vor sich her. In Europa wird die schwelende Kriegsfurcht akut, Bundesbürger horten Lebensmittel. Adenauer fordert nun laut eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik als Beitrag zur Verteidigung der freien Welt. Auch mit dem Ziel, im

Gegenzug Souveränitätsrechte zurückzuerhalten. Doch vor allem hat er schlicht Angst. In Stalins imperialer Diktatur meint er die Hitlers wiederzuerkennen. Denselben Expansionsdrang, gegen den kein Appeasement hilft, nur Stärke.

Viele Westdeutsche aber sehen darin eine abschüssige Bahn in den Dritten Weltkrieg. Und überhaupt, gebietet ihnen nicht ihre Geschichte, nie wieder eine Waffe anzufassen? Innenminister Gustav Heinemann verlässt aus Gewissensgründen das Kabinett, es kommt zu Straßenprotesten, der Kanzler muss sich einen Kriegstreiber und „Gewalthammel“ schimpfen lassen.

Zugleich stagniert die Wirtschaft. Eine Wiedervereinigung scheint ferner denn je, Europa allenfalls eine umstrittene Fantasie. Als Konrad Adenauer Anfang 1951 mit geradezu monarchischem Pomp seinen 75. Geburtstag feiert, hält mancher

ALS DER KRIEG vorüber ist, engagiert sich Adenauer in der neu gegründeten CDU und wird 1948 Vorsitzender jenes Gremiums, das eine neue Verfassung erarbeiten soll (im Bild)



EUROPA SICH VEREINT

den Kanzler für gescheitert. Er schläft wenig, leidet an seinem Diabetes, chronischen Kopfschmerzen. Hin und wieder spaziert er zum Rhöndorfer Friedhof, auf den er die Eltern hat umbetten lassen, Emma, einen als Baby gestorbenen Sohn. Sie alle liegen neben Gussie im Familiengrab.

◦

AM 18. APRIL 1951 unterzeichnet Konrad Adenauer in Paris einen Vertrag über die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (EGKS) zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, Italien und den Benelux-Staaten. Eine übernationale Organisation mit Verwaltung, Ratsversammlung und eigenem Gerichtshof.

Das ist so revolutionär wie der Bruch mit der traditionellen deutschen Schaukelpolitik zwischen Russland und dem Westen. Entsprechend stößt beides auf erbitterte Ablehnung. Der „Spiegel“ wirft Adenauer Verrat an der „nationalen Existenz“

vor, da er zugunsten seines „katholischen Rheinstaats“ die Ostdeutschen „den Klauen eines unmenschlichen Systems“ überlasse. Schumacher bescheinigt jedem, der die EGKS mitträgt, er habe „aufgehört, ein Deutscher zu sein“. Adenauer erwidert, allein eine Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion biete Aussicht auf eine Einheit in Freiheit, allein der enge Bund mit dem Westen könne diese Stärke garantieren. Und allein eine demokratische Ordnung jenseits des Nationalstaats werde dauerhaften Frieden bringen.

Im Jahr darauf schafft er sich noch einmal Feinde um einer Überzeugung willen. Nach einem persönlichen, für beide Männer bewegenden Treffen mit Nahum Goldmann, dem Vertreter des Jüdischen Weltkongresses, sagt Adenauer eine „Wiedergutmachung“ von 3,5 Milliarden D-Mark für Israel und weitere jüdische Belange zu. Eine ungeheure Summe. Natürlich denkt er dabei an die internationale Reputation der Bundesrepublik. Doch mehr noch empfindet Adenauer eine moralische Pflicht, die deutsche Schuld anzuerkennen, und nicht nur mit Worten. Dass sich nichts „wieder gutmachen“ lässt, ist ihm dabei klar.

DIE INTEGRATION in den Kreis der westlichen Staaten ist dem ersten Kanzler der BRD ein zentrales Ziel. Ein Ausdruck: die Nato-Mitgliedschaft des Landes und Adenauers Teilnahme an deren Gipfeln (hier 5. v. l.)





Ebenso, dass die Mehrheit seiner Landsleute selbst diese Geste zu teuer finden wird, zu demütig.

Am Ende rettet ihn der eskalierende Krieg in Korea. Die Rüstungsnachfrage vor allem der USA heizt die Weltkonjunktur an und zieht die westdeutsche Wirtschaft mit. Ab dem Winter 1951/52 erlebt die Bundesrepublik ein so rasantes Wachstum, dass bald von einem „Wirtschaftswunder“ die Rede ist. Dieses Mirakel aber rechnen die Bürger nicht dem Krieg zu, sondern ihrer Regierung. Insofern zu Recht, als erst die Rücknahme der Demontagen und der marktwirtschaftliche Rahmen es den Unternehmen ermöglichen, die Chance auch zu nutzen.

I

Im Herbst 1953 wird Adenauer wiedergewählt. Wie so manches Mal in seiner Karriere greift er dabei auch zu fragwürdigen Mitteln, verleumdet seine Gegner, ja lässt den Geheimdienst „Organisation Gehlen“ und später dessen Nachfolger, den Bundesnachrichtendienst, die SPD ausspionieren. Unerkannt, mit Erfolg.

Es beginnt eine Zeit der Ernte. Sie gipfelt 1954/55 in einem Bündel von Verträgen, mit denen die Westalliierten die Bundesrepublik in

FRANKREICH'S Präsident Charles de Gaulle 1962 in Bonn: Adenauer setzt ausdrücklich auf Versöhnung und Frieden, insbesondere mit dem Nachbarland

die Nato aufnehmen, die Bonner Regierung als einzige legitime Vertretung der Deutschen anerkennen, die Besatzungszeit offiziell beenden und ihre Hohen Kommissare abziehen. Im Gegenzug verzichtet Bonn auf Massenvernichtungswaffen und Raketenbau, auf jede gewaltsame Veränderung der bestehenden Grenzen.

Adenauer hätte lieber eine „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ gesehen, eine integrierte, kontinentale Armee, und betrachtet den Tag, an dem die Nationalversammlung in Paris das Projekt ablehnt, als einen seiner dunkelsten. Also einmal mehr eine zweitbeste Lösung.

Für Europa bedeutet sie, dass der Weg zu den von Adenauer erhofften „Vereinigten Staaten von Europa“ nicht über das Militär führen wird, sondern über die Wirtschaft. Zwei Jahre später schließen sich die EGKS-Partner in Rom zur Europäi-



SEINEN SOMMERURLAUB verbringt der Kanzler oft im Sehnsuchtsland der Westdeutschen. Am Comer See in Italien entspannt er sich beim Boccienspiel, hier mit seiner Tochter

IN SEINER vierten Legislaturperiode gilt der Gründervater, im Bild mit den jungen Politikern Brandt und Kennedy in Westberlin 1963, vielen schon als Figur vergangener Zeiten

schen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zusammen, dem Kern der späteren Europäischen Union.

Gleichwohl ist der Kanzler 1955 vorläufig am Ziel: Zumindest aus einem Teil des besiegten Deutschland ist eine gleichberechtigte, souveräne westliche Demokratie geworden. Die, so ruft er den Ostdeutschen zu, nicht ruhen werde, „bis auch ihr die Menschenrechte wiedererlangt und mit uns friedlich vereint in einem Staat lebt“.

Als unmittelbare Reaktion freilich wird die DDR Mitglied im Warschauer Pakt, erklärt die Sowjetführung die selbstständige Existenz zweier deutscher Staaten. Und lädt Adenauer nach Moskau ein, darüber zu verhandeln. Die Bundesregierung hat wenig Interesse an einem solchen Gespräch. Aber sie hat ein Anliegen: Noch immer sitzen etliche Tausend deutsche Kriegsgefangene und deportierte Zivilisten in sowjetischen Lagern ein. Sie freizubekommen, wäre ein gewaltiger menschlicher Erfolg. Und ein Trumpf in kommenden Wahlen.

Am 8. September 1955 bricht die Delegation auf. Adenauer fürchtet sich, ganz persönlich. Er traut den Kremlherrschern buchstäblich alles zu. Es folgt eine Woche gegenseitiger Anschuldigungen, Schreiegefechte, großer Versöhnungsgesten, kleiner Tauschangebote. Dann lässt sich der Kanzler auf eine gewagte Abmachung ein. Die Bundesrepublik nimmt diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion auf – und geht damit indirekt einen Schritt in Richtung Anerkennung der DDR. Dafür erhält Adenauer eine mündliche Zusage der Sowjetführer, die Gefangenen freizulassen.



Seinen Beratern ist das zu wenig. Sie fürchten die Blamage, sollte Moskau nach der Bonner Vorleistung nicht liefern. Adenauer setzt dem nüchtern entgegen: Wenn sie etwas für die Männer in Sibirien tun wollen, ist das der Deal, besser wird er nicht. Das Risiko ist da, aber nicht zu umgehen. Sein alter, kalter Realismus.

Drei Wochen später kommen die ersten von mehr als 10 000 Entlassenen im niedersächsischen Grenzdurchgangslager Friedland an. Glocken läuten, Frauen und Männer fallen sich weinend in die Arme. Ein Moment überbordender Gefühle.

Adenauer ist nicht da. Lungenentzündung. Doch vermutlich schlägt ihm nie mehr Zustimmung, ja Zuneigung entgegen als in diesen Tagen.

DORTMUND, 30. JUNI 1957. Vor 25 000 Besuchern eröffnet Konrad Adenauer in der Westfalenhalle seinen dritten Bundestagswahlkampf. Es gelte „zu verhindern, dass durch törichte Experimente alles wieder zerschlagen wird, was wir mühsam errichtet haben“. Daraus entsteht der Slogan der Kampagne: „Keine Experimente!“

Nach Jahren des Umbruchs wirbt der Kanzler damit, zur Ruhe zu kommen. Und trifft einen Nerv. Die Union holt 50,2 Prozent, die absolute Mehrheit. Es ist Adenauers Zenit. Der Gipfelpunkt vor dem Abstieg.

Sein politischer Instinkt lässt nach. Er verrennt sich in aussichtslose Vorhaben wie eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr, beginnt eitle, persönliche Streitereien. Junge Männer kommen hoch, neben denen Adenauer übergeblieben aussieht, Willy Brandt in Westberlin, John F. Kennedy in den USA.

Vor allem lässt sich der Preis seiner Westpolitik nicht mehr leugnen. Spätestens als die USA es 1961 hinnehmen, dass die DDR eine Mauer durch Berlin zieht, ist die deutsche Teilung besiegelt.

Zwar kann Adenauer wenige Monate später noch einmal eine Bundestagswahl gewinnen, mit immerhin 45,3 Prozent.

LITERATURTIPPS

WERNER BIERMANN

»Konrad Adenauer – Ein Jahrhundertleben«

Aktuell, lesbar wie ein Roman (Rowohlt Berlin).

MARIE-LUISE RECKER

»Konrad Adenauer – Leben und Politik«

Die kompakte Übersicht (C. H. Beck).



Lesen Sie auch »Grundgesetz:

Die Würde des Menschen ist unantastbar« (aus

GEOEPOCHE Nr. 110) auf www.geo-epoche.de

IN KÜRZE

Als im September 1949 der CDU-Politiker Konrad Adenauer zum westdeutschen Regierungschef gewählt wird, ist nicht abzu-sehen, dass er eine Ära definieren wird. Und tatsächlich sind seine ersten Jahre als Bundeskanzler krisenhaft und voller Widerstände. Doch die von Adenauer vorangetriebene sogenannte soziale Marktwirtschaft, die Westintegration und die beginnende europäische Einigung erweisen sich als wirkmächtige Errungenschaften.

Doch selbst in der eigenen Partei ist hinter kaum noch vorgehaltener Hand ein Murren zu hören, „der Alte muss weg“. Schließlich kündigt er auf Drängen des Koalitionspartners FDP seinen Rücktritt zur Mitte der Legislaturperiode an.

Am 15. Oktober 1963 scheidet Adenauer aus dem Amt. Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier verabschiedet ihn mit der altehrwürdigen Formel: „Konrad Adenauer hat sich um das Vaterland verdient gemacht.“ Donnernder Applaus.

Zwei Tage zuvor haben 15 Millionen Menschen im TV das Konzert einer Band verfolgt, deren Weltkarriere 1960 in Hamburg begonnen hat: The Beatles. Deutschland als Startrampe einer britischen Popband – auch das ist Teil der neuen, nach Westen gekehrten Republik. Der bald so genannten „Ära Adenauer“.

Am 19. April 1967 stirbt der Altkanzler in seinem Haus in Rhöndorf. Die Trauerfeiern sind pompös. Sie erinnern an das Begräbnis eines republikanischen Monarchen. ◇

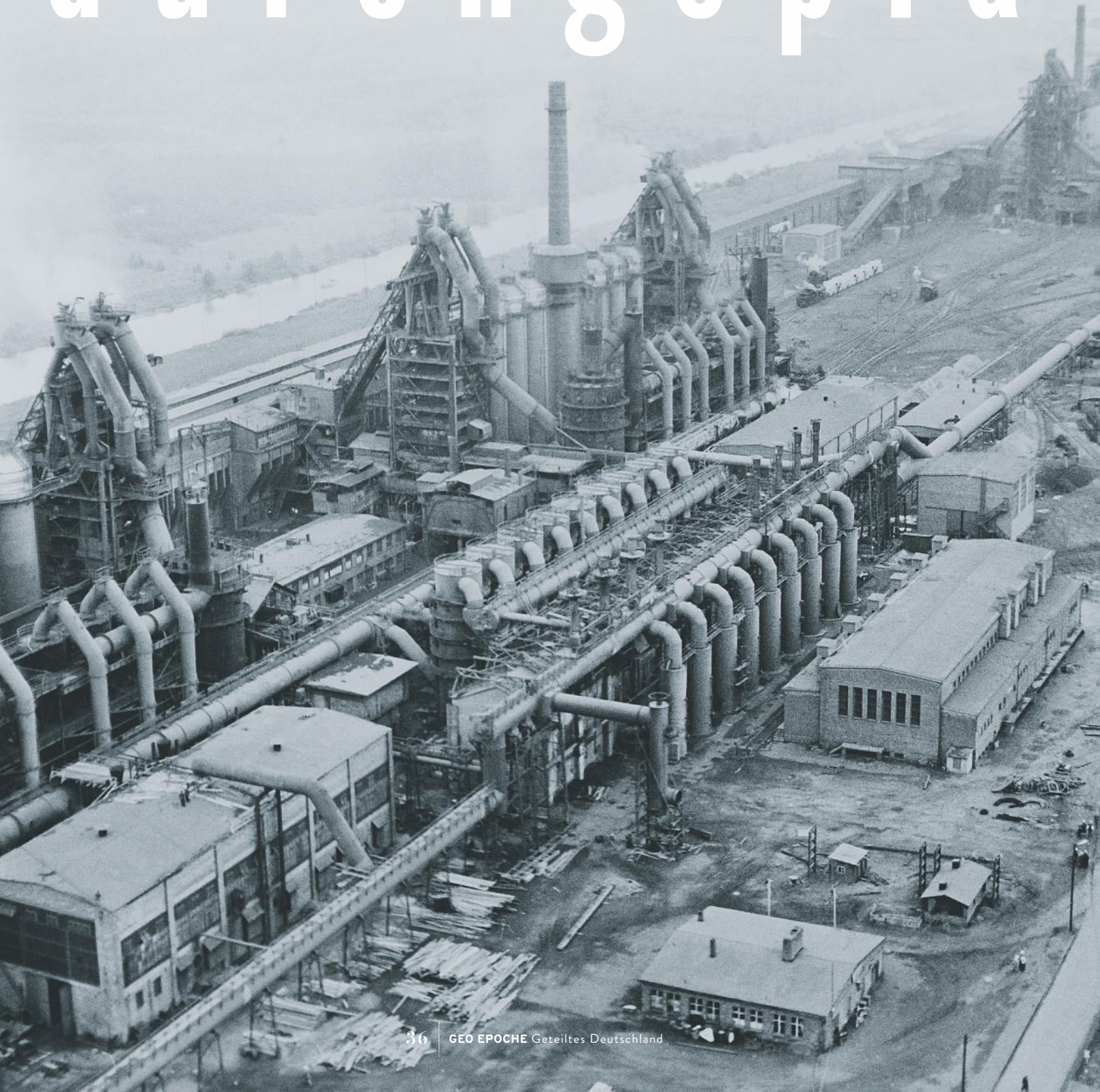
NACH 14 JAHREN an der Regierungsspitze verlässt Adenauer im Oktober 1963 zum letzten Mal das Bonner Kanzleramt



Die durchgepla

1953

DDR-Volkswirtschaft



n t e

UTOPIE

Unter schweren Startbedingungen treibt die SED-Spitze ab Herbst 1949 den Aufbau der DDR-Volkswirtschaft voran. Ihr größtes Projekt ist ein neuer Industriestandort an der Oder samt einer Siedlung vom Reißbrett, in deren Straßen und Häusern das Glück des Sozialismus strahlen soll: das spätere Eisenhüttenstadt

TEXT: Insa Betbke

UM 1953 liefert das Eisenhüttenkombinat Ost, kurz EKO (links), bereits die Hälfte des in der DDR produzierten Roheisens

PROPAGANDA-BILDER fröhlicher, tatkräftiger Menschen feiern den Aufbau (Wandgemälde von Max Lingner am »Haus der Ministerien« in Ostberlin, heute Bundesfinanzministerium)



DAS ZIEL DER SED: DEN WESTEN ZU ÜBERTRUMPFEN

FESTAKT IM EKO:
Am 19. September
1951 lässt DDR-
Ministerpräsident
Otto Grotewohl
(im Vordergrund)
den ersten Hoch-
ofen anblasen



1953 | DDR-Volkswirtschaft

N

Neun Seiten umfasst der Plan der Partei für den Staatsakt. Bis ins kleinste Detail ist der Ablauf der Feierlichkeiten geregelt, die Propaganda im Vorfeld, die Dekoration von Straßen und Gebäuden. Nun, am 7. Mai 1953, wenige Wochen nach dem Tod Josef Stalins, schmücken rote Stoffbanner und überlebensgroße Bilder des Sowjetführers die rund 90 Kilometer südöstlich von Berlin heranwachsende Wohnstadt am Eisenhüttenkombinat Ost, kurz EKO, das einmal die ganze DDR mit Eisen und Stahl versorgen soll.

Seit knapp drei Jahren ist der neue Industriestandort im Bau, verbreiten Zeitungen, Radio und Fernsehen unermüdlich, was an der Grenze zu Polen Großes entsteht: die Idealstadt des Sozialismus, geschaffen für eine neue Gesellschaft glücklicher Menschen, die allein dieser hervorbringen vermag, und Sinnbild des besseren Deutschland.

Sie soll Quartiere mit viel Grün, zahlreiche Kindertagesstätten und Schulen, Kultur- und Sporteinrichtungen bergen. Die Menschen bei Festen und Demonstrationen in ihrem von erhebenden Bauten geprägten Zentrum zusammenführen. Und davon künden, dass in der DDR die Macht den Arbeitern gehört: Die Magistrale der Stadt wird, so der Plan, in barocker Manier geradewegs vor das monumental gedachte Portal des EKO führen.

An diesem Tag soll die Neugründung endlich einen Namen erhalten. Schülerinnen und Schüler stehen Spalier an den Zufahrtswegen, über die Männer, Frauen und Kinder auf den Platz der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft strömen. Die meisten hat die Partei aus dem Umland herbeikarren lassen, denn der Ort zählt noch nicht einmal 3000 Einwohner.

25 000 Menschen drängen sich schließlich auf der Kundgebungsfläche, von der ein mächtiger Obelisk mit rotem Stern aufragt, und verwandeln den Platz Fähnchen schwenkend in ein schwarz-rot-goldenes Meer.

Auf der Tribüne, die im Eingangsportaal der an den Platz grenzenden Schule aufgebaut ist, hält SED-Chef Walter Ulbricht im Beisein hoher Funktionäre die Taufrede. Er schwärmt davon, dass es in der neuen Stadt „keinerlei kapitalistische Betriebe gibt, auch keine kapitalistischen Händler“. Dann ziehen Helfer die Stoffhüllen von elf goldenen, an der Schulfassade angebrachten Lettern und lassen ihren Namen leuchten: Stalinstadt.

Eine Utopie, im wahrsten Sinne des Wortes. Noch fast nichts von dem, was den Planern vorschwebt, ist fertig; viele Bewohner hausen in Baracken, es gibt keinen Kindergarten, keine Läden, kein Rathaus. Und doch ist dieses Stadtfragment längst ein Symbol – für den Wiederaufbau in der DDR, den kein monumentales Hilfsprogramm, kein Marshall-Plan trägt, sondern allein die eigene Bevölkerung.

„Bau auf, bau auf“, singt die Jugend im Osten – und beschwört das Ziel aller Anstrengungen: „Für eine bess're Zukunft richten wir die Heimat auf.“

ACHT JAHRE ZUVOR hat Stalin dem östlichen Teil Deutschlands mit seinen Reparationsforderungen eine schwere Hypothek auferlegt. Nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht im Mai 1945 lässt sein Regime die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) rasant ausweiten. Unter der Devise „Alles auf die Räder!“ werden ganze Industrieanlagen in die UdSSR abtransportiert. Und mehr als 200 Großbetriebe, etwa aus der Chemie-, Bergbau-, Gummi- und Elektroindustrie, fassen die Besatzer in „Sowjetischen Aktiengesellschaften“ (SAG) zusammen, um sich aus deren Produktion bedienen zu können und ihren Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung im östlichen Deutschland zu wahren.

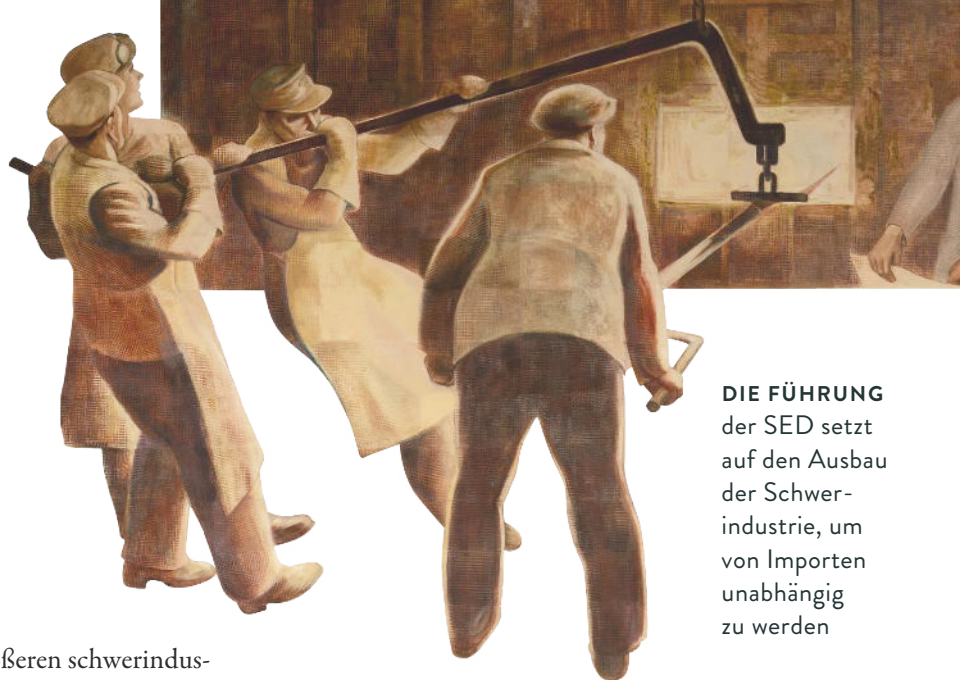
Etwa 3400 Unternehmen verschwinden in der späteren DDR binnen kurzer Zeit. Und auch Menschen nimmt die UdSSR in großem Stil mit: Bis 1947 verlassen rund 2500 Spezialisten mit ihren Familien das Land gen Osten. Die Demontagen und Beschlagnahmungen und der Verlust an Fachwissen legen ganze Branchen lahm – während zugleich dringend Arbeitsplätze benötigt werden: Rund fünf Millionen Flüchtlinge und Vertriebene leben in den ersten Nachkriegsjahren in der SBZ, auf die Bevölkerungszahl bezogen deutlich mehr als in den anderen Besatzungszonen.

Um das Land wieder aufzubauen, braucht es insbesondere Eisen und Stahl. Östlich der Elbe gab es aber vor dem Krieg

keine größeren schwerindustriellen Standorte. Die dringend benötigten Werkstoffe werden daher anfangs von den deutschen Industrievierteln an Ruhr und Rhein geliefert. Doch mit der Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen im Juni 1948 und der Teilung Deutschlands in zwei Staaten im Jahr darauf versiegt diese Quelle – während der Materialbedarf im Osten nun rasant steigt.

Denn die SED setzt sich ehrgeizige Ziele, um die DDR rasch in eine eigenständige Volkswirtschaft zu verwandeln und die BRD, wo sich auch dank des von den USA initiierten Marshall-Plans bald ein enormes „Wirtschaftswunder“ entfaltet, zu übertrumpfen: Sie will mithilfe von Planvorgaben nach sowjetischem Vorbild die Schwerindustrie massiv ausbauen und die industriellen Produktionszahlen der Vorkriegszeit binnen zwei Jahren verdoppeln.

Am 20. Juli 1950 kündigt Walter Ulbricht, designierter Generalsekretär des SED-Zentralkomitees, auf dem 3. Partei-



DIE FÜHRUNG der SED setzt auf den Ausbau der Schwerindustrie, um von Importen unabhängig zu werden

TAUSENDE FRAUEN wie diese Maurerin finden auf der Großbaustelle an der Oder Arbeit. Im Mai 1953 erhält die Neugründung den Namen Stalinstadt



VON ANFANG AN GIBT ES MASSIVE PROBLEME

1953 | DDR-Volkswirtschaft

**DIE NEUE
PLANSTADT**
soll nach den
Maßgaben einer
»nationalen«
Architektur
errichtet wer-
den – mit
klassizistisch
inspirierten
Fassaden

tag darum den Bau eines neuen Stahl- und Walzwerkes mit acht Hochöfen an. Es ist mit 347 Millionen Mark die größte Einzelinvestition des ersten „Fünfjahrplans zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR“, den die provisorische Regierung wenige Tage später veröffentlicht. Als Standort für das Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) wählt die SED ein Areal nahe dem Städtchen Fürstenberg an der Oder. Die Gegend gilt zwar als strukturschwach, ist über den Oder-Spree-Kanal, der hier in den großen Fluss mündet, sowie Eisenbahntrassen aber gut angebunden und bietet das für den Verhüttungsprozess notwendige Kühlwasser.

Wo nur Sand und Kiefern sind, so die Propaganda, wird noch 1950 der Grundstein gelegt und eine Siedlung für die Arbeiter hochgezogen. Doch

das EKO entsteht mitnichten in einer von der Geschichte verschonten Region: Bis 1945 schufteten in der Umgebung von Fürstenberg Zehntausende Kriegsgefangene, ausländische Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge unter tödlichen Bedingungen etwa in einem Chemiewerk der Degussa, stapelten Granitblöcke für die „Große Halle“ der zukünftigen „Welthauptstadt Germania“, die in einem Hafen am Kanal gelagert wurden.

Allein mehr als 4000 Rotarmisten überlebten die Torturen nicht. Nach dem Krieg haben die sowjetischen Besatzer auf dem späteren EKO-Areal für sie zwei Friedhöfe angelegt; die Gebeine müssen vor Baubeginn umgebettet werden. Sie kommen in ein Ehrenmal mit unterirdischer Gruft, das die Partei auf dem Kundgebungsplatz der nahen Siedlung errichten lässt.

•

AM 19. SEPTEMBER 1951, nach nur zehn Monaten Bauzeit, reicht Ministerpräsident Otto Grotewohl auf dem Werksge-

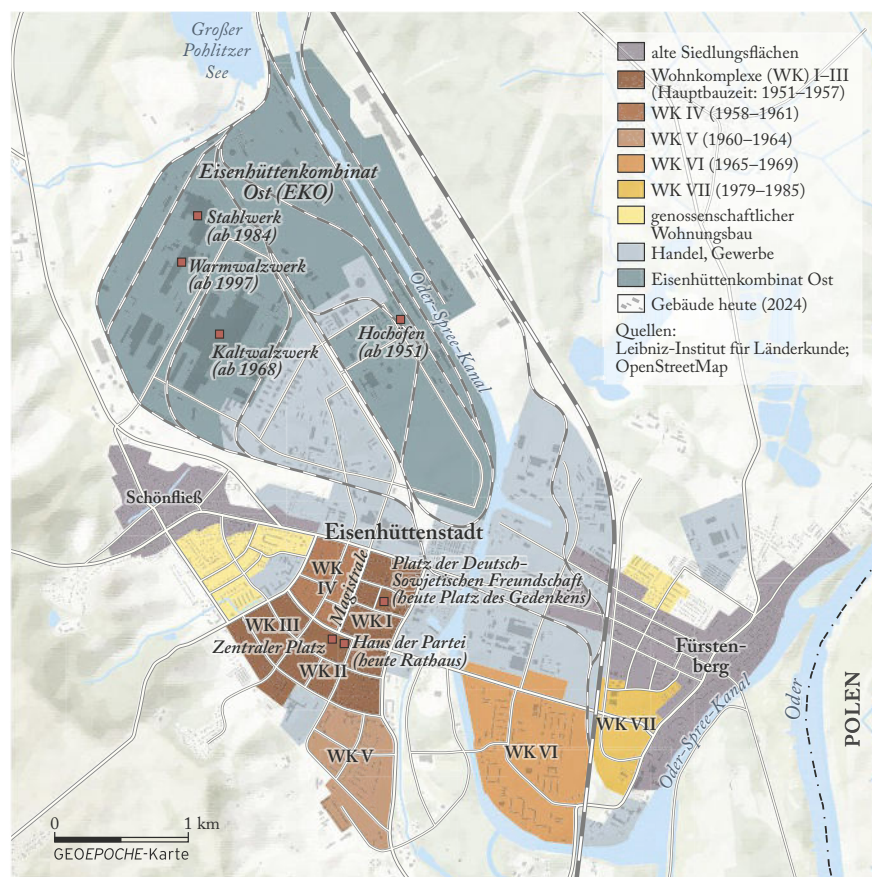


lände einem Jungpionier eine Fackel, mit der der Junge den ersten Hochofen des EKO anbläst. „Aus sowjetischem Erz und polnischem Koks wird deutscher Friedensstahl“, frohlockt die TV-Wochenschau „Der Augenzeuge“. Tatsächlich birgt die Entscheidung für den Standort an der neuen Grenze zu Polen auch eine politische Botschaft: Sie demonstriert das Selbstverständnis der DDR als antifaschistischer, friedensstiftender Staat.

Dass die Anlage an diesem Tag noch gar nicht funktioniert, der aufsteigende schwarze Qualm nur Show ist, bleibt den Berichterstatern verborgen. Zwar geht der erste Hochofen kurz darauf in Betrieb, doch es gibt massive technische Probleme im EKO, das produzierte Roheisen ist kaum zu gebrauchen. Die Werksleitung verfehlt ihre Planvorgaben in den ersten beiden Betriebsjahren um knapp 50 Prozent – vor allem, weil es zu wenig Fachkräfte gibt. Nur mithilfe von Experten aus der UdSSR wird es schließlich gelingen, das Werk zum Laufen zu bringen. 1953 liefert es bereits die Hälfte des in der DDR produzierten Roheisens. Von den geplanten acht Hochofen werden jedoch nur sechs realisiert, und zum avisierten Stahlkombinat, das sämtliche metallurgische Prozesse vereint, wird das EKO nie ausgebaut.

Derweil treibt die Partei die Errichtung einer Wohnstadt für die Belegschaft voran, die neben der auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs entstehenden Stalinallee in Ostberlin ihr wichtigstes städtebauliches Prestigeobjekt wird. Als Leitlinien dienen die „16 Grundsätze des Städtebaus“, die DDR-Spitzenfunktionäre von einer Moskautreise mitgebracht haben, wo

DIE PLANSTADT AN DER ODER



IM LAUFE VON JAHRZEHTEN wächst Eisenhüttenstadt, wie die Neugründung ab 1961 heißt, auf sieben Wohnkomplexe (WK) mit jeweils eigenen Versorgungseinrichtungen an. Schmucke Bauten finden sich nur in WK II und III. Später errichtete Viertel sind von Fertigbauweise geprägt, und von den für das Zentrum geplanten Monumentalbauten entsteht nur einer: das »Haus der Partei«

EIN STÄNDIGER MANGEL an Fachkräften wie Ingenieuren (r.) hemmt den Aufbau – auch weil Moskau als Reparationsleistung viele Experten in die UdSSR abgezogen hat



monumentale Neubauten von der historischen Größe Stalins künden. Die sozialistische Stadt, so definiert es das vom Ministerrat abgesegnete Papier, wird „von der Industrie für die Industrie gebaut“. Sie sorgt für die „harmonische Befriedigung des menschlichen Anspruchs auf Arbeit, Wohnung, Kultur und Erholung“, stellt das „nationale Bewusstsein des Volkes“ zur Schau.

Unter den Männern, die nach diesen Vorgaben Konzepte für den Industrieort an der Oder entwickeln, setzt sich Kurt W. Leucht durch, ehemals NSDAP-Mitglied und Architekt der Luftwaffe: Während des Kriegs hat er unter anderem den Flughafen Tempelhof mitgeplant, war für das Bauwesen an der Mittelmeerfront zuständig und ab Herbst 1944 damit betraut, im Gebirge eine – letztlich nie verwirklichte – Verteidigungslinie gegen die von Süden vorrückenden Alliierten zu errichten. Danach wirkte er im zerbombten Dresden und gelangte dort

VOLKSEIGENE BETRIEBE wie das EKO sollen die Produktivität steigern. Auch Bauern haben, freudig wie in dieser Szene, in Kollektive einzutreten

an ein KPD-Parteibuch. Sein Entwurf überzeugt die Entscheider, weil er die Stadt als geschlossene Anlage plant und ganz auf das EKO ausrichtet, den *point de vue*, auf den mehrere große Straßen zulaufen. Und Leucht beugt sich Ulbrichts Vorgabe, den Ort ohne Kirchen zu planen: Für neue Gotteshäuser ist im Sozialismus kein Platz, die christlichen Gemeinden, die sich dennoch an der Oder ansiedeln, müssen mit Baracken vorliebnehmen. (Erst 1978 wird nach langjährigem Drängen eine Kirche entstehen.) Ebenso wenig sind private Kleingärten zugelassen – eine Vorgabe, die etliche Bewohner jedoch umgehen, indem sie Bauernland in der Umgebung oder Gärten im benachbarten Fürstenberg pachten.

Die Botschaft, die diese Pläne senden, richtet sich nicht nur an die eigene Bevölkerung. Sie ist auch Teil des Ringens um die Frage, welche deutsche Republik das bessere Leben bietet. Und ein direkter Vergleich ist möglich: Mit Wolfsburg wächst auch im Westen eine Planstadt heran. Einst von den Nationalsozialisten als „Stadt des KdF-Wagens“ gegründet, prägt den nach Kriegsende aufblühenden Volkswagen-Standort im Niedersächsischen eine sachliche, von skandinavischen

Vorbildern inspirierte Architektur. Wolfsburg kündigt, frei von Pathos, von der Moderne, die im Westen als Inbegriff der Freiheit gilt – der Staatsmacht im Osten hingegen verpönt ist.

•

IM JANUAR 1952 erscheint Walter Ulbricht zu einer politischen Veranstaltung im EKO und holt zu harscher Kritik aus: Der SED-Chef wirft den Technikern, die an diesem Tag daran scheitern, den zweiten Hochofen in Betrieb zu nehmen, Inkompetenz vor, bemängelt das soziale und kulturelle Angebot des Werkes und bei einer Besichtigungstour der Wohnstadt auch deren erste Straßenzüge.

Lang gezogene mehrstöckige Wohnblöcke heben sich aus der Baustellenlandschaft, Zeilen mit monotonen Fassaden, die einzig von Eingängen und kleinen Fenstern geprägt sind. Sie sind für Ulbrichts Geschmack zu schlicht, ähneln zu sehr den Neubauten im Westen, und sie bieten zu wenig Platz: Nicht mehr als 30 Quadratmeter messen die meisten Wohnungen, die Küchen sind winzig. Ein Kritikpunkt, der zuvor bereits in der Bevölkerung und von der EKO-Leitung vorgebracht wurde, die in diese Behausungen kaum Ingenieure locken kann.

Ulbricht fordert gemäß der 1950 verabschiedeten Richtlinien für den Städtebau eine „nationale“ Architektur im Stil Schinkels, klassizistische Arbeiterpaläste mit Sockeln, Balkonen und Erkern, schmucken Portalen und größeren Wohnungen. Und er verlangt, die Gebäude an den Hauptstraßen mit edlen Natursteinsockeln auszustatten.

Die Projektoren passen die Bebauungspläne entsprechend an – und es bleibt mitnichten



DIE NEUE STADT LOCKT MIT GELD UND WOHNUNGEN

die einzige Änderung. Immer wieder gibt es beim Bau der Stadt neue politische Vorgaben, belasten zudem ein beständiger Mangel an Arbeitskräften und Baumaterialien und das Kompetenzgerangel in und zwischen den zuständigen Ministerien und Fachabteilungen das Großprojekt. (Kurt W. Leucht verliert seinen Posten bereits nach zwei Jahren durch eine Intrige.)

Trotz aller Schwierigkeiten ist die EKO-Stadt bereits zwei Jahre nach dem ersten Spatenstich ein vom staatlichen Propaganda-Apparat eifrig genährter Mythos. Auch Kulturschaffende weben an ihm mit: Der Künstler Oskar Nerlinger malt die tüchtigen Arbeiter am Hochofen, Karl Mundstock feiert in seinem Roman „Helle Nächte“ die Jugend vor Ort, der Komponist Ottmar Gerster und der Dichter Hans Marchwitza lassen

DIE PLANSTADT
am EKO (hier im Jahr 1960) ist auf das Hüttenwerk ausgerichtet. Die Botschaft: In der DDR hat die Arbeiterschaft die Herrschaft angetreten

in ihrer in der Deutschen Staatsoper in Berlin uraufgeführten Kantate „Eisenhüttenkombinat Ost“ einen Chor die Strahlkraft der Neugründung beschwören: „Sie kommen, sie kommen; / aus ganz Deutschland kommen sie!“

Und der neue Industriestandort ist tatsächlich attraktiv, lockt mit der Aussicht auf moderne Wohnungen sowie gute Gehälter, Aufstiegschancen und Weiterbildungsmöglichkeiten im EKO immer mehr Geflüchtete und Vertriebene, Arbeitslose und Unzufriedene, Jugendliche und junge Paare an.

Unter den Zuzüglern sind viele Frauen. Die SED hat die Gleichberechtigung der Geschlechter in der DDR-Verfassung verankert und bereits



IM VOLK GÄRT ES. AUCH IN DER VORZEIGESTADT

1950 beschlossen, den Anteil der weiblichen Arbeitskräfte deutlich zu steigern. Nur mit ihrem Zutun, ist die Partei überzeugt, lassen sich ihre ambitionierten Aufbaupläne stemmen. Doch es fehlt an Betreuungsplätzen für die Kinder arbeitender Frauen. Ende 1952, als die SED verfügt, die Stadt nicht für 28 000, sondern nunmehr 35 000 Menschen zu planen, ist erst eine Krippe für die Jüngsten fast fertig.

Um an der Oder voranzukommen, werden andere Aufbauprojekte nun auf Eis gelegt. Zudem mobilisiert die Partei die Massenorganisationen: die Freie Deutsche Jugend (FDJ) etwa schickt Lehrlingskollektive auf die Baustellen. Diese ersten Jahre seien „schwere Zeiten, aber schöne Zeiten“ gewesen, erinnert sich ein EKO-Arbeiter. Und ein Ingenieur: „Es sind

EINE FAMILIE in Stalinstadt, 1954: Aufnahmen wie diese nähren den Mythos vom schönen Leben im Sozialismus. Tatsächlich ist die Versorgungslage oft katastrophal

Leistungen vollbracht worden, die einfach märchenhaft waren.“

Doch im Frühjahr 1953 offenbart sich überall im Land mit Wucht die Kehrseite der Planwirtschaft. Denn während die SED den Ausbau der Schwer- und Grundstoffindustrie forciert hat, ist die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs weitgehend zusammengebrochen. Warme Kleidung, Butter, Gemüse, Fleisch, Zucker sind kaum noch zu bekommen oder unerschwinglich. Die Regierung reagiert mit Sparmaßnahmen, senkt Löhne und Zulagen, streicht Ermäßigungen auf Fahrkarten, entzieht Selbstständigen, Freiberuflern und DDR-Bürgern, die in Westberlin arbeiten, die Lebensmittelkarten für die staatlichen Läden. Die Folgen: weithin Not, Proteste und massenhafte Flucht, 150 000 Menschen verlassen die DDR in nur vier Monaten. Immer mehr Unzufriedene sperrt die Regierung nun weg – und versucht zugleich, von der prekären Lage abzulenken.

Anfang 1953 verleiht die SED dem neuen Industriestandort den Status einer eigenständigen Stadt und schmiedet Pläne für den Tag ihrer Namensgebung. In mehrwöchigen Schulungen bereiten Funktionäre die Menschen vor Ort auf den großen Tag vor. Die Kreise

im Umland werden aufgefordert, nach festgelegten Quoten Teilnehmer für den Staatsakt zu schicken, Zeitungsmacher instruiert, enthusiastische Meldungen über die Fortschritte auf der Großbaustelle zu veröffentlichen. Die Neugründung an der Oder soll nach Karl Marx benannt werden. Doch als im März der Tod Josef Stalins die sozialistische Staatenwelt in tiefe Trauer stürzt, ändert die SED ihre Pläne – und enthüllt am 7. Mai 1953 auf dem Platz der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft seinen Namen.

•

TAGELANG FÜLLEN Artikel und Fotos von dem „unvergesslichen Tag“, wie das „Neue Deutschland“ schreibt, die Zeitungen der Republik. Dann kehrt die sozialistische Wirklichkeit wieder ein, in Stalinstadt wie im ganzen Land. Am 14. Mai 1953 verkündet die SED-Führung, die Arbeitsnormen um durchschnittlich zehn Prozent anzuheben. Der Beschluss soll die Krise dämpfen, schürt jedoch weiteren Unmut; in immer mehr Betrieben kommt es nun zu Streiks.

Anfang Juni beordern Stalins Nachfolger die DDR-Staatsführung nach Moskau und zwingen ihr einen „Neuen Kurs“ auf – mehr Freiheiten für die Bürgerinnen und Bürger, ein Ende der Zwangskollektivierung und eine Stärkung der Konsumgüterproduktion zulasten der Schwerindustrie. Tatsächlich stellt die SED kurz darauf etwa Preis- und Steuersenkungen und die teilweise Rückgabe enteigneten Besitzes in Aussicht. Die Normenerhöhung aber nimmt sie nicht zurück. Am 16. Juni entlädt sich die Wut darüber in einem Streik



der Ostberliner Bauarbeiter, der sich am nächsten Tag zum Volksaufstand auswächst. In Stalinstadt legen am 17. Juni Tausende die Arbeit nieder, nachmittags stürmen wütende Demonstranten das SED-Parteihaus in Fürstenberg. Für Stunden ist das ganze Land außer Kontrolle, dann schlägt die Staatsführung die Revolte mit Hilfe der Roten Armee nieder.

Danach setzt sie ihre neue, menschenfreundlichere Politik fort. In Stalinstadt werden noch 1953 eine Schule fertiggestellt, einige Häuser nach Ulbrichts Vorgaben errichtet und der Bau von Läden und einer ersten Gaststätte vorgezogen: Der „Aktivist“ mit Bierstube, noblem Speiserestaurant und einem Café für Tanz und Konzerte wird der beliebteste Treffpunkt der Stalinstädter.

Um 1955 ist der zweite von einmal sieben Wohnkomplexen fertig – ein Quartier mit schönen Häusern, großen Wohnungen, in denen Parkett liegt, und grünen Höfen –, dessen zentrale Straße von symmetrisch geformten Blumenbeeten und Rasenflächen gerahmt wird. Und vier Jahre später beginnen endlich die Arbeiten an der Magistrale: Gut 600 Meter misst die bis zum EKO führende Prachtstraße mit großzügig bemessenen Trottoirs und einem für DDR-Verhältnisse üppigen Angebot an Geschäften und Kultureinrichtungen. „Ja, doch, mir gefällt unsre Stadt“, wird eine vom Dorf zugezogene, alleinerziehende Hochöfnerin später bilanzieren.

Etliche Vorhaben aber fallen dem andauernden Sparzwang zum Opfer. Denn die DDR bleibt ökonomisch schwach, wird das große Ziel der Aufbaujahre, mit Planwirtschaft das kapitalistische System zu übertreffen, nie erreichen – und 1983

gar vor dem Bankrott stehen. Und so wird es das gigantische Portal am Kombinat nie geben, ebenso wenig den als Schaufenster der neuen sozialistischen Gesellschaft gedachten zentralen Platz. Der einzige Monumentalbau im Herzen der Stadt bleibt das „Haus der Partei“, an dem wie an anderen öffentlichen Gebäuden ein roter Stern aufleuchtet, wenn die Arbeiterschaft im EKO ihren Tagesplan erfüllt hat.

„Besser, billiger, schneller bauen!“, lautet die neue, von KPdSU-Chef Chruschtschow 1954 im Zuge der Entstalinisierung ausgegebene Parole für Architekten und Stadtplaner. Die Planstadt wächst nun um Wohnkomplexe mit pflegeleichten Rasenflächen, erste Gebäude aus industriell gefertigten Großelementen, Hochhäuser und schließlich, in den 1980er Jahren, monotone Plattenbausiedlungen. Da aber hat sie das sozialistische Pathos der Aufbaujahre längst abgelegt, einen anderen Namen und Slogan erhalten. Eisenhüttenstadt heißt sie ab 1961 – „Eine junge Stadt an einem alten Fluss“. Spitzname: „Hütte“. ◇

UM DAS VERMEINTLICH glückliche Volk zu halten, investiert die DDR-Führung ab Sommer 1953 massiv in die Konsumgüterproduktion – zulasten der Schwerindustrie



LITERATURTIPPS

ELISABETH
KNAUER-ROMANI
»Eisenhüttenstadt
und die Idealstadt des
20. Jahrhunderts«

Detaillierte Baugeschichte
(VDG Weimar).

ROSMARIE BEIER (HG.)
»aufbau west, aufbau ost«
Reich bebildelter Katalog
über die Planstädte
Wolfsburg und Eisen-
hüttenstadt (Hatje).



Lesen Sie auch »17. Juni 1953:
Der Tag, an dem die Panzer rollen«
(aus GEOEPOCHE Nr. 64) über
den Arbeiteraufstand in der DDR auf
www.geo-epoche.de

IN KÜRZE

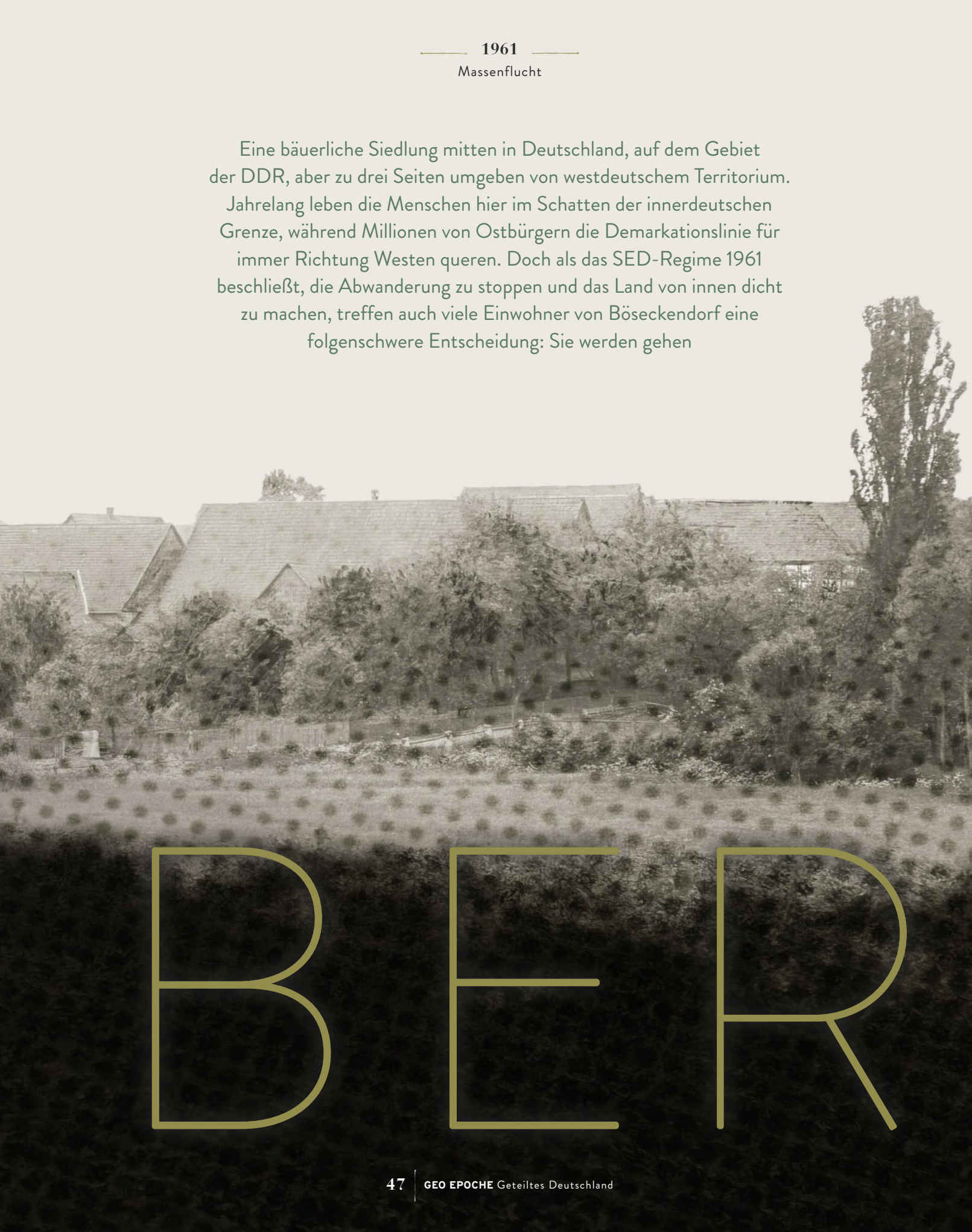
Mit Eisenhüttenstadt entsteht ab 1950 an der Grenze zu Polen die erste sozialistische Stadt Deutschlands, wie der im Westen heranwachsende Industriestandort Wolfsburg auf dem Reißbrett entworfen und aufgeladen mit dem Anspruch, das bessere Deutschland zu verkörpern. Doch der Triumph der Planwirtschaft über den Kapitalismus bleibt eine Utopie – ebenso wie große Teile der vermeintlichen Idealstadt an der Oder.



EIN DORF MACHT RÜ

BÖSECKENDORF, im heutigen
Thüringen unweit der Grenze zu
Niedersachsen gelegen, hat um 1960
rund 300 Einwohner. Seine
Häuser stehen im Sperrgebiet, das
DDR-Grenzer genau überwachen
(Vordergrund: Foto von 1968;
Dorfansicht: um 1910)

Eine bäuerliche Siedlung mitten in Deutschland, auf dem Gebiet der DDR, aber zu drei Seiten umgeben von westdeutschem Territorium. Jahrelang leben die Menschen hier im Schatten der innerdeutschen Grenze, während Millionen von Ostbürgern die Demarkationslinie für immer Richtung Westen queren. Doch als das SED-Regime 1961 beschließt, die Abwanderung zu stoppen und das Land von innen dicht zu machen, treffen auch viele Einwohner von Böseckendorf eine folgenschwere Entscheidung: Sie werden gehen



BER

TEXT: Johannes Strempel

„Ihr seid ja noch hier“, sagt der Polizist, der am Abend plötzlich in der Tür von Josef Thume steht. Und auf dessen überraschte Reaktion ein nervöser Ausruf: „Das ganze Dorf ist weg.“

Was soll das heißen, weg, denkt Josef Thume und tritt hinaus auf die Straße. Auf den ersten Blick wirkt alles wie immer im Örtchen Böseckendorf: Licht brennt in den Bauernhäusern, Suppe steht auf dem Tisch, die Tiere in den Ställen sind versorgt. Nur dass an diesem 2. Oktober 1961 genau 53 Menschen fehlen. Einfach verschwunden, ohne Abschied, ohne Vorwarnung. 53 Menschen – das ist zwar nicht das ganze Dorf, aber immerhin ein Sechstel der rund 300 Bewohner. 14 Familien haben ihre Höfe verlassen, fast alle der alteingesessenen Bauern.

Es fällt nicht schwer zu erraten, was geschehen ist. Denn Böseckendorf befindet sich keinen Kilometer entfernt von der innerdeutschen Grenze, mitten im Sperrgebiet auf der DDR-Seite. „Böseckendorf ist abgehauen“, raunen die in Alarm versetzten Grenzpolizisten einander zu. Als handle es sich um eine einzelne Person, nicht einen Ort.

Während Beamte noch am selben Abend von Tür zu Tür gehen und überprüfen, wer vermisst wird, rücken Dutzende Soldaten und zwei Schützenpanzer der Nationalen Volksarmee zum Grenzstreifen vor. Lichtkegel von Suchscheinwerfern schneiden durch die Nacht, Spürhunde bellen. Doch die Dorfbewohner bleiben verschwunden.

Schon um sieben Uhr am nächsten Morgen berichtet die Stasi in Berlin über den „schweren Grenzdurchbruch“ und weiß bereits zu vermelden, dass 15 Männer, 14 Frauen und 24 Kinder „republikflüchtig“ geworden sind.

Es ist die größte Massenflucht in der Geschichte der DDR. Wie konnte das geschehen?

Böseckendorf liegt im Eichsfeld, dem Gebiet zwischen den Bergen des Harzes im Nordosten und dem Flusslauf der Werra im Südwesten. Eine Region mitten in Deutschland, die vom Lauf der Geschichte zerschnitten wurde – deren östlicher Teil nun zum Bezirk Erfurt gehört (und heute zu Thüringen). Böseckendorf befindet sich bereits seit zwölf Jahren an der äußersten Peripherie der DDR, zu drei Seiten hin umgeben von Westdeutschland. Dem Klassenfeind.

Die Menschen im Eichsfeld, überwiegend katholisch, gelten als traditionsverbunden, stur. Wie die Böseckendorfer Bauern, die bei den Behörden schon lange als renitent verschrien sind. Allerdings ist ihr Leben im Sperrgebiet auch mehr als beschwerlich: Ständig sind Ausweispapiere vorzuzeigen, nach Einbruch der Dunkelheit herrscht Ausgangs-



FACHWERKHÄUSER wie auf dieser Postkarte aus dem Jahr 1904 zeugen von langer Tradition. Gut 50 Menschen verlassen den Ort 1961 auf einen Schlag

sperre, wer tagsüber nur eine Kuh auf die Weide führen will, muss sich von einem Grenzer begleiten lassen.

Dann hat die SED-Führung gut sieben Wochen zuvor, am 13. August 1961, befohlen, eine Mauer um den Westteil Berlins zu bauen. Und auch in der Sperrzone gehen beunruhigende Dinge vor sich: Die Böseckendorfer beobachten, wie Soldaten die Feldwege mit Schlagbäumen blockieren, Stacheldraht und spanische Reiter heranschaffen. Zudem machen Gerüchte die Runde: Schwarze Listen würden vorbereitet, heißt es, darauf die Namen von Bauern, die aus dem Grenzgebiet zwangsumgesiedelt werden sollen.

Als dann ein Bekannter, der bei den Behörden arbeitet, die Dörfler warnt, in der Nacht auf den 3. Oktober sei es so weit, entschließen sie sich zur Flucht.

Ungefähr zur selben Zeit, als der Polizist in die Stube von Josef Thume tritt, und nur Stunden vor dem Beginn der „Aktion Kornblume“, wie die Zwangsevakuierung im Bezirk Erfurt genannt wird, klopft es an die Fensterscheibe eines Bauernhofs in Immingerode im westdeutschen Niedersachsen. „Tante Elisabeth“, sagt ein Mann, „wir sind hier.“

Die Frau in der Küche, deren Neffe in Böseckendorf lebt, erschrickt derart, dass sie vor Aufregung kaum das Fenster zu öffnen vermag. Vor ihrem Haus, neben einem Feldwagen, der von zwei Pferden gezogen wird und mit Säcken und Bündeln beladen ist, steht eine große Gruppe Gestalten in der Dunkelheit des Hofes: Männer, Frauen, Kinder, Greise. Ein Hund ist mit dabei, in einem Wäschekorb schlafen zwei Babys.

Die 53 Böseckendorfer gehören zu den insgesamt rund drei Millionen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern, die zwischen 1949 und Ende 1961 in den Westen fliehen. Von einer „Abstimmung mit den Füßen“ sprechen Politiker der

Bundesrepublik, von einem deutlichen Votum der Bevölkerung gegen das sozialistische System in Ostdeutschland.

Anfangs stört sich die Führung der DDR nicht besonders an der Abwanderung: Denn in den Nachkriegsjahren herrscht an allem Mangel, von Lebensmitteln über Wohnraum bis zu Arbeitsplätzen. Wenn weniger Menschen zu versorgen sind, ist das eine Entlastung. Und das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ schmäht Flichende pflichtschuldig als Kriminelle und Saboteure, denen man nicht nachzutrauern brauche.

Manche Bürger, die nicht in die neue Gesellschaftsordnung passen, treiben die Kommunisten sogar förmlich selbst zur Flucht: Nationalsozialisten und Mittäter des Hitler-Regimes etwa oder die ehemaligen Eigentümer verstaatlichter Industriebetriebe, enteignete Großgrundbesitzer und ebenso die Zeugen Jehovas.

Die Grenze wird zunächst kaum befestigt und wenig bewacht. Es ist zwar verboten, sie ohne Interzonenpass und jenseits der offiziellen Kontrollpunkte zu überqueren, aber wenn doch einmal jemand erwischt wird, riskiert er höchstens ein paar Mark Geldstrafe. Für die Menschen auf beiden Seiten bedeutet der „kleine Grenzverkehr“, das Pendeln zwischen Ost und West, eine Selbstverständlichkeit: um Verwandte zu besuchen, zur Arbeit zu gehen, Felder auf der anderen Seite zu beackern, nicht selten auch, um Waren zu schmuggeln. Da sind allerdings auch Tausende in jedem Monat, mitunter Zehntausende, die in den Westen reisen und nicht mehr zurückkehren.

Dass sich die Abwanderung zu einem ernststen Problem für die DDR entwickeln könnte, wird der SED erst im Lauf der Zeit klar. Ab Mitte 1952 aber widmet sich das Sekretariat des Zentralkomitees verstärkt der „Republikflucht“. Die

Spitzenfunktionäre beschäftigt vor allem der Umstand, dass viele gut ausgebildete Bürger ihrem Staat den Rücken kehren: Facharbeiter, Ingenieure, Lehrer, Ärzte, Forscher. Ein beispielloser Aderlass an Wissen und Potenzial.

Wer da weggeht, beginnen Partei und Behörden also allmählich zu begreifen. Die Frage nach dem Warum offen anzusprechen vermeiden die Beamten und Funktionäre jedoch, sprechen lieber von „politischer Unreife“ der Flüchtenden oder verbreiten das Märchen, westdeutsche „Menschenhändler“ würden in großem Umfang gezielt DDR-Bürger abwerben, um den sozialistischen Staat zu destabilisieren. Die wahren Gründe sind den Parteivertretern zweifellos bekannt – doch die wären geeignet, das Herrschaftssystem der SED als Ganzes infrage zu stellen.

Was die Menschen aus ihrer Heimat fortreibt, ist der Druck der Diktatur: die Propaganda, Bevormundung und Gängelei eines Staates, der sich anmaßt, für seine Bürger zu denken. Der Bücher zensiert, Kindern von Akademikern aus ideologischen Gründen das Studium verbietet und allen Menschen Reisen in den Westen.

Hinzu kommt die wirtschaftliche Situation. Zwar übertrifft der Lebensstandard in der DDR bald den der sozialistischen Bruderländer, aber den Bürgern gilt als Maßstab stets die BRD. Während zu Hause viele Waren knapp sind, muss man bloß einen Schaufensterbummel in Westberlin unternehmen, um die augenscheinliche Überlegenheit des Kapitalismus zu besichtigen.

EIN JUNGE beobachtet Arbeiten an den Grenzanlagen zu Westberlin. Nach der Staatsgründung stört sich die DDR-Führung zunächst kaum an den vielen Auswanderern. Bald aber fehlen Arbeitskräfte



Die meisten Flüchtlinge treibt schlicht die Sehnsucht nach einem komfortableren Leben an. Vielfach werden qualifizierte Fachleute sogar tatsächlich aus der BRD aktiv angeworben. Ihre Berufschancen sind glänzend.

Um den vielerorts noch immer alltäglichen Austausch über die Grenze zu unterbinden, verfügen die DDR-Führung und die sowjetische Besatzungsmacht im Mai 1952, die fast 1400 Kilometer lange Demarkationslinie zur Bundesrepublik, die von der Ostsee bis zur Tschechoslowakei führt, zu einer echten Befestigung auszubauen. Mehrere hintereinanderliegende Kontroll- und Sperrbereiche entstehen, mit Zäunen und Türmen, bewacht von 20 000 Grenzpolizisten.

Ein neues Gesetz stellt sowohl die Flucht als auch den Versuch mit bis zu drei Jahren Gefängnis unter Strafe. Der Grenzübergang ist jetzt zu einer riskanten, unter Umständen gar lebensgefährlichen Angelegenheit geworden, doch bleiben die Zahlen weiter hoch – der allergrößte Teil der Menschen wählt nun den Weg über die Stadt Berlin, die wegen ihres Sonderstatus ein Schlupfloch in den Westen bietet.

Schlimmer noch für die SED: Die Zahl der Flüchtlinge explodiert. Denn im Juli 1952 hat die Partei den Start zum „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“ verkündet. Der Staat enteignet die verbliebenen privaten Industriebetriebe, verhaftet Tausende politische Abweichler. Gleichzeitig erhöht die Führung Preise, Steuern und die Arbeitsnormen. Die Flüchtlingswelle nimmt daraufhin nie gekannte Ausmaße an und steigt im Frühjahr 1953 auf über 30 000 Menschen pro Monat.

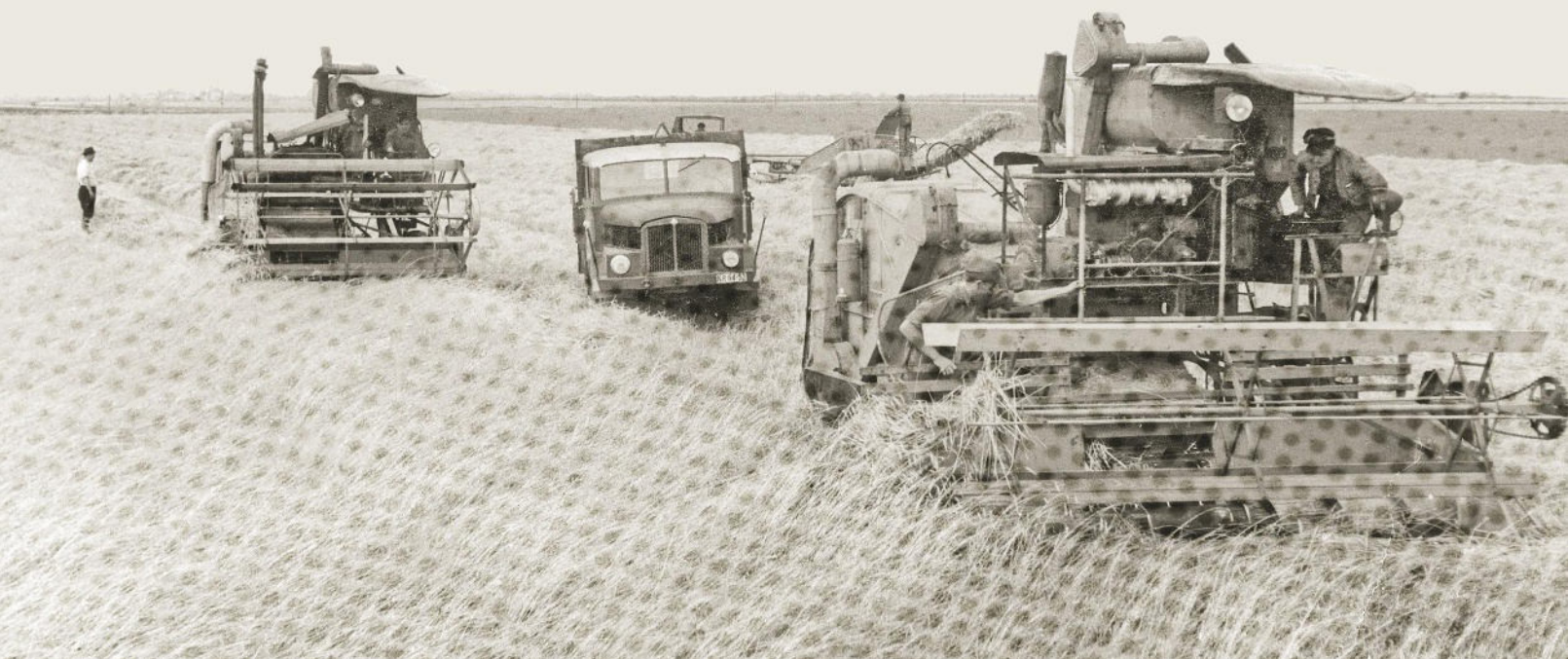
Eine Entwicklung, die sich in den kommenden Jahren fortsetzt. Die Abwanderung in den Westen folgt spiegelbildlich der politischen und ökonomischen Lage in der DDR: Als Partei und Regierung nach dem Volksaufstand vom

17. Juni 1953 den sozialistischen Umwandlungsprozess bremsen, fliehen weniger. Phasen wirtschaftlicher Krisen jedoch, etwa Versorgungsprobleme im Jahr 1956, lassen die Flüchtlingszahlen anschwellen. Der Staat ist nahezu machtlos. Sämtliche Maßnahmen – von Propaganda über strengere Gesetze bis zu Überwachung und Kontrollen – erweisen sich als wirkungslos. Solange der Weg über Berlin offen ist, kann nichts den Exodus stoppen.

1958 versucht die SED, das Ruder herumzureißen, und beschließt einen im folgenden Jahr aufgestellten ehrgeizigen Siebenjahrplan, mit dem die DDR das wirtschaftliche Niveau der BRD einholen, ja sogar übertreffen will. Wieder setzen die Funktionäre dabei auf sozialistische Rezepte: enteignen weitere private Unternehmer, zwingen selbstständige Handwerker in volkseigene Betriebe und machen sich vor allem an eine entschlossene Kollektivierung der Landwirtschaft.

Dabei sollen Betriebe zu riesigen „landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ (LPG) zusammengefasst werden. Je nach Typ der LPG bringen die Bauern ihre Äcker, darüber hinaus ihre Maschinen oder aber den gesamten Hof mitsamt allem Boden, Vieh und Gebäuden ein. Anfang 1960 startet die SED eine rabiante Kampagne unter dem Motto „Sozialistischer Frühling auf dem Lande“. Agitationstrupps fahren von Dorf zu Dorf, beschallen die Bevölkerung mit Musik und Parolen, versuchen es mit Versprechungen, drohen zudem aber Landwirten, die nicht beitreten wollen, mit Repressalien.

DER FORCIERTE UMBAU der Landwirtschaft (Foto von 1958) soll die DDR für ihre Bürger attraktiver machen. Doch die Maßnahmen bringen keinen Aufschwung. Stattdessen entfremden sie viele Bauern



Auch in Böseckendorf treffen zehn Funktionäre aus der Bezirksstadt Erfurt ein, bestellen die Bauern einzeln zum Gespräch in den Gasthof „Schwarzer Adler“ und setzen sie unter Druck. Als einer sich weigert, gehen die Parteivertreter zu seiner Ehefrau und drohen, sie werde ihren Mann nie wiedersehen, wenn sie nicht unterschreiben. Der Dorfschmied Erich Schmalstieg berichtet später in einer TV-Dokumentation, dass einer der SED-Männer ihm damals im Gastraum gesagt habe, mit seiner Einstellung sei er im Grenzgebiet nicht tragbar. „Wir können Sie auch mit 30 Kilo Gepäck ins Inland versetzen.“ Am Ende fügen sich die Bauern in ihr Schicksal.

Schon im April 1960 meldet die Regierung Vollzug: Alle Gemeinden der DDR sind nun „vollgenossenschaftlich“. Den rund 19 000 LPG, knapp die Hälfte davon neu gegründet, haben sich nunmehr etwa eine Million Landwirte angeschlossen, viele letztlich gegen ihren Willen. Etwa 15 000 Bauern sind im Zuge der Kampagne geflohen, haben lieber ihre Heimat verlassen, als sich wie angestellte Landarbeiter der Leitung der Großbetriebe unterzuordnen, zumal die oft inkompetente Funktionäre übernehmen. So berichtet nach seiner Flucht ein Bauer, der schon länger einer LPG angehört hatte, er sei vor allem gegangen, weil er Sorge hatte, dass er dem Vorsitzenden – „ein junger Schnösel war das, vom Tuten und Blasen nicht die geringste Ahnung“ – eines Tages „die Mistgabel ins Kreuz jagen“ würde.

Doch es fehlt nicht nur an Sachverstand, sondern oft auch an Viehfutter, Dünger, Maschinen, Ersatzteilen – und vor allem an Arbeitskräften, weil so viele Bauern gegangen sind. Zugleich muss sich die SED eingestehen, dass der gesamte Siebenjahrplan gescheitert ist, vor allem weil darin eingerechnete Hilfen aus der Sowjetunion ausgeblieben sind. Wieder hat die DDR mit einer akuten Wirtschafts- und Versorgungskrise zu kämpfen. Und die nach zwischenzeitlichem Rückgang wieder steigende Abwanderung treibt den Staat nun ernsthaft an den Rand des Kollapses. Er könne nicht dafür garantieren, „die Lage unter Kontrolle zu halten“, lässt SED-Chef Walter Ulbricht im Juni 1961 dem sowjetischen Partei- und Staatsführer Nikita Chruschtschow ausrichten, der daraufhin endlich dem Drängen aus der DDR nachgibt, das Berlin-Problem zu lösen.

In der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 riegeeln Soldaten die Sektorengrenze mit Stacheldraht ab, in den folgenden Wochen errichten Bauarbeiter rund um Westberlin eine Mauer, bewacht von schwer bewaffneten Soldaten. Offiziell als „antifaschistischer Schutzwall“ bezeichnet, der die DDR vor der Unterwanderung durch den Klassenfeind

schützen soll, ist die Mauer tatsächlich das unübersehbare Zeichen, dass der sozialistische Staat die eigene Bevölkerung einsperren muss. Die Zahl der Flüchtlinge sinkt drastisch: auf weniger als 3000 im Dezember 1961. Endlich ist der Aderlass gestoppt, und der Staat kann sich stabilisieren. Historiker werden im Mauerbau den „zweiten Gründungstag der DDR“ sehen.

Durch die Abriegelung Westberlins gewinnt nun die innerdeutsche Grenze wieder an Bedeutung für Fluchtwillige. Bisher bestehen die Anlagen dort aus einem zehn Meter breiten, gerodeten „Kontrollstreifen“. Ein in der Regel 500 Meter weit reichender „Schutzstreifen“ und eine fünf Kilometer breite „Sperrzone“ schließen sich an.

Wer wie die Böseckendorfer das Pech hat, dass sein Dorf innerhalb der Sperrzone liegt, hat mit vielen Einschränkungen zu leben: Alle Bewohner haben einen speziellen Eintrag im Personalausweis, wer dauerhaft in dem Schutzstreifen arbeitet oder gar darin wohnt, bedarf noch einer zusätzlichen Registrierung. Die grenznahen Felder bei Böseckendorf sind in zehn Abschnitte eingeteilt, nur in jeweils einem davon darf gearbeitet werden, mit maximal 20 Personen. Dabei werden sie permanent von den Grenzern beobachtet. Freunde jenseits des Stacheldrahts dürfen sie nicht mehr haben. „Man winkte nicht mehr rüber,



UM DIE WEITERHIN hohen Flüchtlingszahlen in den Westen einzudämmen, schließt die DDR 1961 das letzte große Schlupfloch: Arbeiter errichten eine Mauer um Westberlin

denn das konnte einem als Aufnahme von Westkontakten ausgelegt werden“, erinnert sich Dorfschmied Schmalstieg.

Jetzt, nach dem Mauerbau, befiehlt der Innenminister im September, die „Sperrmaßnahmen“ noch einmal zu intensivieren: Die Grenztruppen beginnen damit, alle Wege in

den 500-Meter-Schutzstreifen und die Fünf-Kilometer-Sperrzone unpassierbar zu machen oder mit Schlagbäumen zu versehen. Um ein besseres Sicht- und Schussfeld zu schaffen, so eine weitere Anweisung, dürfen die Landwirte auf eine Entfernung von 100 Metern bis zur Grenze keine hochwachsenden Pflanzen mehr anbauen.

Parallel dazu plant die Regierung, „feindliche Elemente“ aus dem Grenzgebiet zu deportieren. In einer geheimen Verschlussache vom 1. September 1961 heißt es: „Aus dem Bereich der 5-km-Sperrzone und des 500-m-Schutzstreifens sind auszuweisen“ unter anderem „Personen, die durch ihre reaktionäre Einstellung den Aufbau des Sozialismus behindern, sowie Personen, die durch ihre Handlungen eine Gefährdung für die Ordnung und Sicherheit im Grenz-



IN BARACKEN des Lagers Friedland bei Göttingen kommen viele DDR-Flüchtlinge zunächst unter. So auch die Familien aus Böseckendorf

gebiet darstellen“. Schon einmal, im Sommer 1952, hatte die Staatsmacht als politisch unzuverlässig geltende Bewohner der Sperrzone samt Angehörigen, rund 11 000 Menschen, zwangsweise umgesiedelt. Interner Name der Operation: „Aktion Ungeziefer“. Es gab viel Protest und Unruhe damals,

die neuerlichen Deportationen sollen so geräuschlos wie möglich ablaufen. Allerdings vermerkt die Stasi, dass Teile der Grenzbevölkerung solche Maßnahmen ahnen oder „durch Verletzung der Geheimhaltungspflicht“ bereits Hinweise auf den Plan erhalten hätten und nun eine „gespannte Stimmung“ in den Ortschaften herrsche.

Auch in Böseckendorf sind die Menschen nervös. Schon seit der Kollektivierung im Jahr zuvor denken mehrere der alteingesessenen Bauern insgeheim darüber nach, ihre Heimat zu verlassen. „Sie wollten nicht als Knechte auf eigenem Land arbeiten“, erzählt der Bauernsohn Georg Klingebiel später, der 1961 zwölf Jahre alt ist. Die Landwirte wissen auch, dass sie wegen ihres Widerstands gegen den LPG-Beitritt bei den Behörden als Unruhestifter gelten.

Jetzt beobachten sie, dass Vorbereitungen laufen, die Grenzbefestigungen rund um ihr Dorf stärker ausgebaut werden, und hören Gerüchte, dass einige Bewohner bald zwangsumgesiedelt werden sollen. Ende September trifft sich ein enger Kreis Gleichgesinnter heimlich auf einem Heuboden und berät, was zu tun ist. Noch können sich viele Böseckendorfer nicht entschließen, zu fliehen und ihre Höfe aufzugeben.

So wie die Dörfler Gerüchte von den Evakuierungsplänen hören, erreichen umgekehrt die lokalen Behörden Berichte darüber, dass „sämtliche Bauern von Böseckendorf die Koffer gepackt hätten und auf dem Sprung stünden“. Der LPG-Vorstand weist dies öffentlich als Erfindung zurück. Karl Rhode, der Vorsitzende der Genossenschaft, und seine Familie werden später zu den 53 Geflüchteten gehören.

Am 1. Oktober, einem Sonntag, kommen die Bauern abends wieder auf dem Heuboden zusammen. Tagsüber haben sie Lastwagen, beladen mit Befestigungsmaterial, zur Grenze fahren sehen. „Jetzt wird es höchste Zeit. Sonst kommen wir hier nicht mehr raus“, sagen die Männer.

Am 2. Oktober gehen die Landwirte wie immer ihrer Arbeit nach. Da erreicht sie der Tipp eines Behördenmitarbeiters: „Heute Nacht kommt Böseckendorf dran.“ Die Männer raunen die Neuigkeit einander zu, auf den Feldern, auf der Straße, von Gartenzaun zu Gartenzaun. Binnen Minuten fällt die Entscheidung.

Nichts soll Misstrauen schüren. Abends machen die Bauern die Ställe fertig, füttern ihre Tiere. Dann stehlen sich diejenigen Familien, die zur Flucht entschlossen sind, trotz Sperrstunde über Schleichwege zu einem Hof, wo ein gummiberechtigter Feldwagen mit zwei Pferden wartet. Die Säcke, in welche die Fliehenden ein paar Habseligkeiten eingepackt haben, stellen sie als Kugelschutz an die Außen-

wände des Wagens, in die Mitte setzen sich die Alten und die Kinder. Einem sechs Monate alten Zwillingsspaar haben die Eltern ein Schlafmittel gegeben, damit ihr Weinen niemanden alarmieren kann. In einem Wäschekorb werden sie auf die Ladefläche gehievt. Die anderen Kinder stellen die Dörfler mit Schokolade ruhig.

Drei Männer gehen voraus, durch einen Draht mit der Gruppe verbunden, an dem sie ziehen wollen, falls Gefahr droht. Alle, die gut zu Fuß sind, folgen hinter dem Wagen, ein Seil haltend, damit in der Dunkelheit niemand verloren geht. Querfeldein über geeegte Felder setzt sich der seltsame Treck in Bewegung. Das Wetter ist günstig: Der Himmel ist bewölkt, ein steter Wind lässt die Herbstblätter in den Bäumen rauschen und überdeckt die Fahrgeräusche des Wagens. Niemand spricht ein Wort. Dann erreicht die Gruppe am 500-Meter-Schutzstreifen einen Schlagbaum, der sich ohne Probleme anheben lässt. Wenig später sind sie an der Grenze – wo noch ein einfacher Weidezaun steht, der ohne Probleme überwunden wird.

Karl-Heinz Rhode, der Sohn des LPG-Vorsitzenden, ist damals 13 Jahre alt. „Dass man eventuell dabei erschossen wird, das ist mir, muss ich sagen, gar nicht in den Sinn gekommen“, wird er sich später erinnern. Dabei schwebt er

DIE GÄNGELUNG durch die Diktatur und der Reiz des Westens bewegen viele zur Flucht über die Grenze (hier zwischen Thüringen und Oberfranken). Doch das Risiko, dabei zu sterben, wächst

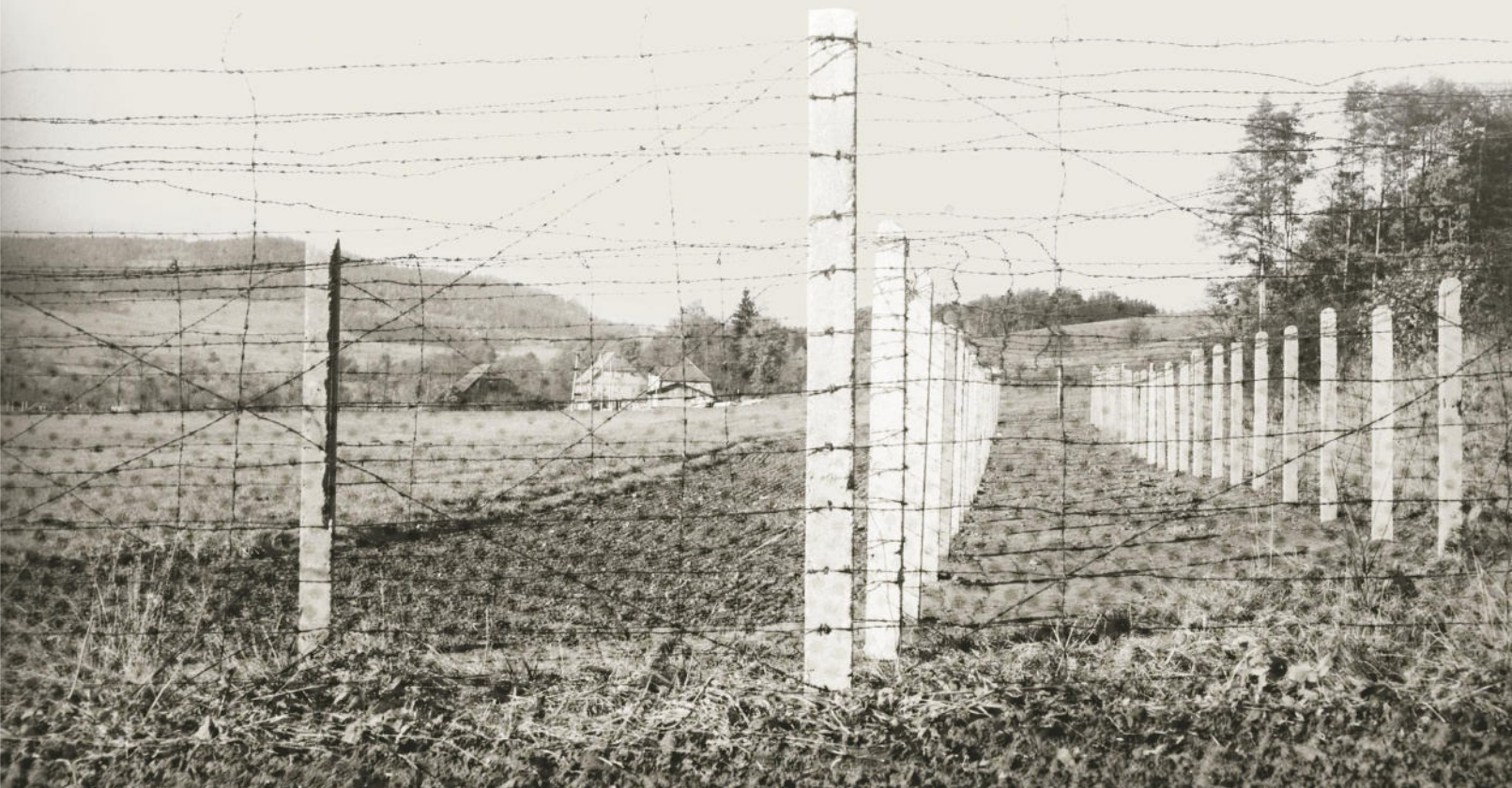
in tödlicher Gefahr, denn die Angehörigen der Grenzpolizei sind mit Maschinenpistolen bewaffnet. Jedes Magazin enthält 72 Schuss.

Tatsächlich aber ist der Abschnitt der Grenze, an dem die Böseckendorfer aus der DDR entkommen wollen, an jenem Abend unbewacht. „Obwohl“, so wird die Stasi später in einem Bericht festhalten, „die Stelle durch einen Posten hätte abgesichert sein müssen.“ Am Tag der Flucht ist im Nachbarort Kirmes. Ob einige Grenzer sich lieber dort vergnügen, als Wache zu halten, ob es den Fliehenden durch gezieltes Erkunden gelingt, einen günstigen Moment abzupassen, oder ob sie einfach nur aberwitzig viel Glück haben, bleibt ungewiss. Und falls es eine Absprache mit einem Wachposten gab, haben die Böseckendorfer das nie enthüllt.

Ein letztes Mal blicken die Flüchtlinge zurück auf die Lichter, die in ihren eigenen Häusern brennen, dann folgen sie der Landstraße ins niedersächsische Dorf Immingerode.

Am nächsten Morgen deportiert die Staatsmacht 3165 Menschen aus dem DDR-Grenzgebiet. Zwar hätten sich anfangs viele der Betroffenen „deprimiert und überrascht“ gezeigt, so der Abschlussbericht der Stasi vom 6. Oktober. Andererseits: „Über die Organisation und die Exaktheit der Aktion wurde vielfach Erstaunen geäußert.“ Zu dem Selbstlob will nicht recht passen, dass die Stasi auch Suizidandrohungen, angesteckte Scheunen und Herzinfarkte der Evakuierten vermerkt.

Am 3. Oktober erreicht einen der 53 Böseckendorfer in Immingerode ein Anruf aus dem Heimatort. Die Zurück-



gebliebenen, wohl von der Stasi unter Druck gesetzt, sollen ihre Nachbarn zur Rückkehr überreden. Das Versprechen der Stasi: „Ihr werdet nicht bestraft.“

Keiner der Flüchtlinge zieht das Angebot nur in Erwägung. Stattdessen bringt ein Bus die Gruppe am selben Nachmittag ins Grenzdurchgangslager Friedland südlich von Göttingen. Um der Flüchtlingsströme nach dem Krieg Herr zu werden, haben die britischen Besatzer im September 1945 das Lager gegründet, in leer stehenden Ställen, ergänzt durch Armeezelte, Baracken und Wellblechhütten. Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ostgebieten des zerschlagenen Deutschen Reichs und Aussiedler aus anderen Teilen Osteuropas haben seitdem in Friedland Station gemacht, bevor sie auf die Bundesländer verteilt wurden.

Die Böseckendorfer werden nach ihrer Ankunft alle zusammen in einer Baracke untergebracht. Das Interesse der Medien ist groß: Auf den Fernsehbildern aus dem Lager

sind erschöpfte Gesichter zu sehen, eher betroffen vom Verlust der Heimat als erleichtert über die neue Freiheit.

Wie für alle Flüchtlinge beginnt für die Dörfler nun eine Odyssee durch Lager und Ämter. Nach dem Grundgesetz sind zunächst einmal alle Deutschen aus der DDR gleichermaßen im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft wie die in der Bundesrepublik. Doch das „Notaufnahmegesetz“ von 1950 unterscheidet zwischen aus „zwingenden Gründen“ Geflüchteten, etwa „wegen einer Gefahr für Leib und Leben“ oder „für die persönliche Freiheit“, und denen mit anderen, etwa wirtschaftlichen oder privaten Motiven. Erstere erhalten nach Prüfung eine Aufenthaltserlaubnis und können daraufhin Eingliederungshilfen beantragen. Die Abgelehnten hingegen werden zwar nicht zurückgeschickt, dürfen aber kaum auf staatliche Unterstützung zählen.

In den frühen 1950er Jahren, als auch in der Bundesrepublik Wohnraum, Lebensmittel und Arbeit knapp waren, wurden noch etwa zwei Drittel der Aufnahmeanträge abgelehnt. Doch die Kriterien werden bald erweitert, ab 1957

IM SEPTEMBER 1965 wird nördlich von Göttingen eine Siedlung für die Geflüchteten eingeweiht: Für »Neu-Böseckendorf« hatte sich ein Pfarrer aus dem Lager Friedland eingesetzt



erhalten 99 Prozent der Flüchtlinge aus der DDR die offizielle Anerkennung. Der Grund: Dank des „Wirtschaftswunders“ gibt es jede Menge Nachfrage nach Arbeitskräften.

Dennoch warten auf die Zugewanderten enorme bürokratische Mühen: von der Untersuchung durch den Ärztlichen Dienst über die polizeiliche Anmeldung zur Prüfung der Aufenthaltserlaubnis. Auf einem Laufzettel sammeln sie Stempel für die erledigten Behördengänge im „Notaufnahmeverfahren“, dann folgt die Verteilung auf die Bundesländer und Gemeinden, wo Gänge zu Arbeits-, Sozial- und Ausgleichsamt anstehen.

Die Böseckendorfer Exilgemeinde – im November 1961 fliehen noch einmal vier Menschen aus dem Ort, im Februar 1963 weitere 13 – hat besonderes Glück: Der katholische Lagerpfarrer von Friedland hat sich in den Kopf gesetzt, ihnen eine neue Heimat zu verschaffen, und sammelt unermüdlich Spenden. Mit diesem Geld und 2,6 Millionen D-Mark aus öffentlichen Mitteln entsteht im Jahr 1965 die Siedlung Neu-Böseckendorf in der Gemeinde Angerstein, 25 Kilometer Luftlinie vom alten Heimatort entfernt. Eine sogenannte Nebenerwerbssiedlung, in der die einstigen Bauern, die inzwischen andere Berufe haben, auf ihren Grundstücken zumindest ein wenig Landwirtschaft nebenbei betreiben können.

Die innerdeutsche Grenze lässt die DDR-Führung in den folgenden Jahrzehnten immer weiter ausbauen. Soldaten verlegen Bodentminen, Arbeiter errichten einen doppelten Metallgitterzaun und neue Beobachtungstürme aus Beton. In vielen Abschnitten kommen noch ein Sperrgraben für Kraftfahrzeuge, Ketten-

DIE DÖRFLE erhalten in der BRD sofort Unterstützung. Spenden für ihre neue Siedlung verdanken sie dem großen Medienecho



LITERATURTIPPS

DAMIAN VAN MELIS,
HENRIK BISPINCK (HG.)
»Republikflucht« – Flucht
und Abwanderung aus der
SBZ/DDR 1945 bis 1961«
Guter Überblick zur
frühen Zeit (Oldenburg).

J. RITTER, P. J. LAPP
»Die Grenze – Ein
deutsches Bauwerk«
Eindrückliche Darstellung
(Ch. Links).



Lesen Sie auch »Der Krieg
im Untergrund« (aus
GEOEPOCHE Nr. 64)
über Tunnelflüchtlinge
nach dem Mauerbau auf
www.geo-epoche.de

IN KÜRZE

Weder Gesetze, Kontrollen
noch Propaganda können
die massenhafte Abwan-
derung von DDR-Bürgern
verhindern, bis das Land ab
1961 mit Macht alle Gren-
zen in den Westen schließt.
Gerade noch gelingt einer
Großgruppe von Dorf-
bewohnern aus dem Sperr-
gebiet die Flucht. Die
Grenzbefestigung bringt
dem SED-Regime die
nötige Stabilisierung, gilt
aber weltweit als Symbol
für das Scheitern des
Sozialismus.

laufanlagen für Hunde und Lichtsperrern
hinzu oder Stolperdrähte, die mittels Leucht-
raketen die Wachen alarmieren. Spezielle
Truppen der NVA sind für die Bewachung
zuständig, ihr Auftrag enthält seit 1967
die Formel, „Grenzverletzer vorläufig fest-
zunehmen oder zu vernichten.“

Ab den frühen 1970er Jahren beginnt die
NVA zudem, sogenannte Selbstschussanlagen
zu installieren: Die Splittermine SM-70, am
letzten Zaun angebracht, verschießt aus einem
horizontal ausgerichteten Trichter 80 Metall-
splitter, die schwerste Verletzungen verursachen.
Die Vorrichtung erweist sich zwar laut einem
SED-Bericht als das „wirksamste Sperrelement“,
schadet aber zugleich sehr dem Ansehen der
DDR, weil sie als völkerrechtswidrig gilt.

Die brutalen Maßnahmen zeigen Wir-
kung: Die geglückten Fluchten über den
Grenzstreifen gehen stark zurück, von teils
mehreren Tausend in den 1960er Jahren
auf einige Hundert um 1980. Doch bei dem
Versuch sterben zwischen 1961 und 1989 um
die 500 Menschen, mehr als 100 davon an
der Berliner Mauer.

Die BRD fährt ab den 1970er Jahren
einen pragmatischen Kurs der Koexistenz mit
der SED-Diktatur, die ihrerseits in eine immer
größere wirtschaftliche Krise rutscht: Geld
gegen humanitäre Erleichterungen lautet bald
das Tauschgeschäft. Für rapide steigende Sum-
men – zuletzt durchschnittlich fast 100 000
D-Mark pro Kopf – kauft Bonn politische
Häftlinge frei, im Austausch gegen Milliarden-
kredite erklärt sich die DDR-Führung 1983
unter anderem bereit, die Selbstschussanlagen
abzubauen. Dass die innerdeutsche Grenze in
der näheren Zukunft aber ganz verschwinden
könnte, glaubt kaum jemand.

Als am 9. November 1989 die Berliner
Mauer fällt, sind auch die Sperranlagen an
der fast 1400 Kilometer langen Grenze über
Nacht obsolet.

Von den geflohenen Böseckendorfern
kehrt nach der Wiedervereinigung niemand
in den Osten zurück. Doch ihre frühere
Heimat, das einstige Dorf im Sperrgebiet,
liegt nun wieder von allen Seiten zugänglich
im Eichsfeld. Mitten in Deutschland. ◇


1965
Beat-Protest

YEAH, YEAH, YEAH

KRAWALL UND ROCK 'N' ROLL

DIE BEGEISTERUNG FÜR EINE NEUE, WILDE MUSIK EINT DIE JUGEND IN DEN 1960ERN
AUF BEIDEN SEITEN DER MAUER. DOCH NUR IM OSTEN WIRD SIE ZUR STAATSAFFÄRE

TEXT: Tim Neumann



BEIM KONZERT
der Rolling
Stones auf der
Westberliner
Waldbühne im
September 1965
feiern 21000
Fans ihre Idole.
Polizisten sichern
die Bühne vor
dem Ansturm.
Bald bricht
Chaos aus

»heißer geht's nicht mehr«

BRAVO

bringt die Sensation: Die härteste Band der Welt

THE ROLLING STONES

Die Rattles, The Rackets, Die Rivets u. Didi u. die ABE-Boys



Mittwoch
15
September 1965
20.00 Uhr

Waldbühne

Eintrittspreise DM 6,-, 7,-, 8,-
Eine Veranstaltung der Gastspielregie Karl Buchmann
BRAVO Die Zeitschrift für junge Leute BRAVO Die Zeitschrift für junge Leute BRAVO Die Zeitschrift

Sichern Sie sich rechtzeitig Ihre Karten im Vorverkauf
bei den bekannten Theaterkassen und im HAO
Am Veranstaltungstag, soweit noch Karten vorhanden, Aufschlag DM 2,-
Sonderbusse ab 19 Uhr ab Bahnhof Zoo

Offizielles Arrangement:
Holo

MIT STARKEN
WORTEN wirbt
die Jugendzeit-
schrift »Bravo«
1965 für den
Auftritt der
Rolling Stones
in Westberlin

Als die laut der Jugendzeitschrift „Bravo“ „härteste Band der Welt“ zum zweiten Mal an diesem Abend die Bühne betritt, traut sie sich das nur unter Polizeischutz. Mit Mühe halten die Beamten die aufgeheizte Menge zurück, sperren für die Rolling Stones ein paar wenige freie Quadratmeter auf dem Holzpodest ab. Doch der Pulk drängt weiter nach vorne. Vor wenigen Minuten haben die Stones ihr Konzert schon einmal unterbrechen müssen, weil einige Fans zu ihnen hinaufgekllettert waren. Erst nachdem die Polizei die Bühne geräumt hatte, konnte es weitergehen. Seitdem trägt Gitarrist Brian Jones einen Knüppel am Gürtel, um sich notfalls verteidigen zu können.

Es ist der Abend des 15. September 1965, gegen 21.40 Uhr. Die Rolling Stones spielen in der Waldbühne, einer Freilichtarena im Stile eines antiken Theaters

nahe dem Westberliner Olympiastadion. 21 000 meist junge Menschen sind gekommen. Einige Tage zuvor haben die Rolling Stones in Deutschland „(I Can't Get No) Satisfaction“ veröffentlicht – in Großbritannien und den USA bereits ein Riesenhit.

Auch auf der Waldbühne erklingt schließlich das verzerrte Gitarrenriff des Songs, das Schlagzeug setzt ein, Mick Jagger singt die Titelzeile. Und wieder stürmen Fans auf die Bühne. Einem Mann gelingt es, Jagger die Jacke auszuziehen; er wirft sie ins Publikum, andere stürzen sich darauf. Die Stones spielen unbeirrt weiter, dieselben acht Songs wie bei allen Konzerten dieser Tournee, und verschwinden nach knapp 27 Minuten im Backstagebereich.

Das Publikum jöhlt und applaudiert, um die Band wieder herauszulocken. Doch nichts passiert. Erst macht sich Unverständnis breit, dann Enttäuschung. Da erlöschen plötzlich die Scheinwerfer. Die Techniker haben das Licht ausgeschaltet – in der Hoffnung, dass sich die Menge zerstreut.

Doch das Gegenteil tritt ein: Bald zerschellt die erste Flasche auf der Bühne, dann zersplittern immer mehr. Jetzt lassen die Zuschauer ihrer Wut, vielleicht auch nur der Lust an der Randalie freien Lauf. Sie reißen die Sitzbänke heraus, werfen Zäune um, verbiegen Laternen, setzen Papier in Brand.

Die Polizei hält sich nun nicht mehr zurück: Mit Schlagstöcken, Hunden und zu Pferd rücken sie vor. Erst nach Stunden können sie die Waldbühne räumen. Doch 800 Jugendliche randalieren an einem nahe gelegenen Bahnhof weiter, andere demolieren Wagen der S-Bahn. Die Rolling Stones sind da schon lange wieder in ihrem Hotel.

Am Ende des Abends sind 87 Personen verletzt, darunter 26 Einsatzkräfte. Allein in der Waldbühne ist ein Schaden von etwa 300 000 D-Mark entstanden, sie wird über Jahre nicht mehr für Konzerte genutzt. „Ich

saß in der Hölle“, schreibt eine Reporterin, die den Krawall vor Ort miterlebt.

Das legendäre Stones-Konzert in Berlin ist der größte Exzess einer Jugendkultur, die einem neuen Rhythmus folgt. Rock 'n' Roll und Beatmusik symbolisieren für viele den Ausbruch aus der Enge ihrer Elternhäuser, die Rebellion gegen die Kriegsgeneration, während viele Konservative sie als Inbegriff des Sittenverfalls verteuflern. In der Bundesrepublik facht der Krawall die Diskussion an, wie man mit unangepassten, oft auch als faul geschmähten Jugendlichen umgehen soll.

DIE SED setzt zeitweilig auf Reformen. Und gestattet, dass die Jugend zu Beatmusik tanzt (hier 1964 beim FDJ-Deutschlandtreffen in Ostberlin)

dem Kapitalismus weit überlegen sei, auch kulturell. Zugleich sieht die Staatsführung alles, was aus dem Westen kommt, als Bedrohung an. Deshalb versucht sie, ihre Bürger konsequent von möglichst vielen westlichen Einflüssen abzuschirmen – nicht zuletzt dem Rock 'n' Roll.

Bei Tanzveranstaltungen darf nur jedes dritte Lied aus dem Westen kommen. Zudem soll der im staatlichen Auftrag kreierte Gesellschaftstanz „Lipsi“ die westlichen Tänze ersetzen (erfolglos). Da sich die Funkwellen auch nicht vom 1961 errichteten „antifaschistischen Schutzwall“ aufhalten lassen, startet der stramm auf SED-Linie agierende Jugendverband Freie Deutsche Jugend (FDJ) noch im Jahr des Mauerbaus die Aktion „Blitz kontra Nato-Sender“, bei der in vielen Städten Aktivisten auf die Häuser-

dächer steigen und nach Westen weisende Antennen in Richtung der „Sender des Friedens und des Sozialismus“ drehen, wie es in der DDR-Propaganda heißt. Die Begründung: Die „westliche Lebensweise“ mache aus den Jugendlichen „willfähige Werkzeuge der Kriegspolitik“.

Trotz aller Bemühungen hören viele junge Menschen die Radiosender aus dem sogenannten „kapitalistischen Ausland“ weiter. Dort läuft Anfang der 1960er Jahre immer mehr Musik aus Großbritannien. Vor allem die Beatles prägen mit eingängigen Refrains und treibendem Rhythmus einen neuen Stil: die Beatmusik. Die Melodien bleiben den Jugendlichen im Kopf. Und weil die meisten von ihnen die englischen Texte kaum verstehen, können sie umso besser ihre Sehnsüchte in die Lieder hineinprojizieren.

Die neue Musik begeistert auch Klaus Renft, Anfang 20, Mö-

V

iel gravierendere Folgen hat das Konzert allerdings auf der anderen Seite der Mauer. Seit Gründung der DDR im Oktober 1949 propagiert die SED, dass der Sozialismus



beltischler aus Leipzig. Er spielt Bass in der Klaus Renft Combo. Die covert seit 1958 Lieder von Rock'n' Rollern wie Little Richard und Fats Domino. Als die Band nicht mehr auftreten darf, benennen die Musiker ihre Gruppe kurzerhand um: Aus der Klaus Renft Combo werden 1962 die Butlers. Ihre Musik und ihre Auftritte, erst in privatem Kreis, später auch in Jugendklubs und Gaststätten, sind bei den Behörden verpönt, werden aber geduldet.

In dieser Zeit beginnt die bislang so strenge SED, verstärkt auf Reformen zu setzen. Auch ihre Haltung zur Jugendkultur liberalisiert sich. 1963 erklärt die Parteiführung in einem zentralen Beschluss zur Jugendpolitik: „Niemandem fällt ein, der Jugend vorzuschreiben, sie solle ihre Gefühle und Stimmungen nur im Walzer- oder Tangorhythmus ausdrücken. Welchen Takt die Jugend wählt, ist ihr überlassen: Hauptsache, sie bleibt taktvoll!“

Unfreiwillig löst die SED so einen Boom der Beatmusik aus. Um etwas gegen das angestaubte Image seines Verbands zu tun, tanzt sogar der FDJ-Vorsitzende Horst Schumann öffentlich Twist. Die Kehrtwende ermöglicht auch den Butlers ganz neue Möglichkeiten: Im Mai 1964 dürfen sie beim Deutschlandtreffen der FDJ in Ostberlin auftreten. Es ist das erste offizielle Konzert der Band. Jugendliche tanzen die ganze Nacht auf einem eigens verlegten Tanzboden auf der Karl-Marx-Allee, der Prachtstraße Ostberlins. Zum Deutschlandtreffen geht außerdem „DT64“ auf Sendung, ein neuer Jugendradiosender, der auch Beatmusik spielt.

Sogar das staatliche Musiklabel Amiga verbreitet nun die neue Musik. Die Butlers schaf-

BIG BEAT mit dem Franke-Echo-Quintett
der Theo Schumann-Combo
der Olympic-Big Beat, Prag
den Sputniks und den Butlers

Amiga

BESTELL-NR. 8 50 049



DIE GELOCKERTE Kulturpolitik ermutigt viele Musikgruppen. Die erste Platte mit DDR-Beat-Songs (oben) erscheint 1965

fen es gleich mit vier Songs auf eine der „Big Beat“-Platten. Klaus Renft und seine Band sind jetzt in der ganzen DDR bekannt: Wo sie spielen, sind die Säle voll. Die Butlers sind fast so etwas wie die ostdeutschen Beatles.

Doch das freiheitlichere Klima hält nicht lange. In Moskau beendet Leonid Breschnew, ab 1964 Parteichef in der Sowjetunion, die Phase der Entstalinisierung und das kulturelle Tauwetter der vorangegangenen Jahre. Kommunistische Hardliner sehen ihre Chance – auch in der DDR.

Im September 1965 missbrauchen die SED-Presseorgane den Krawall beim Stones-Konzert für ihre Propaganda und zeichnen das Zerrbild einer gewaltbereiten, von den Machthabern und deren Medien manipulierten westdeut-

schen Jugend: „Die Schlacht in der Waldbühne soll auf lebensgefährliche Schlachten vorbereiten“, schreibt etwa das „Neue Deutschland“. Noch grotesker argumentiert die „Leipziger Volkszeitung“, die eine Verbindung zwischen der Randalie und den Novemberpogromen 1938 herbeifantasiert: „Im Appell an niedere Instinkte, im Ausscheiden jeglichen Denkens liegt schließlich potenziell eine neue Kristallnacht begründet.“

Für Erich Honecker sind die Ausschreitungen in Westberlin ein Glücksfall. Der zweitmächtigste SED-Mann nach Walter Ulbricht kann mit der neuen Musik nichts anfangen, hört selbst gern sentimentale Arbeiter- und Soldatenlieder wie das vom „Kleinen Trompeter“. Honecker und andere Hardliner behaupten nun, dass „der Gegner“ die Musik nutze, „um durch die Übersteigerung

der Beatrhythmen Jugendliche zu Exzessen aufzuputschen“. Die Randalie im Westen ist ein willkommener Anlass, die ungeliebten Freiheiten im Osten wieder einzuschränken.

Und so befasst sich nur einen knappen Monat nach dem Konzert in der Waldbühne eines der höchsten Gremien der DDR, das Sekretariat des Zentralkomitees, mit den Gefahren der Beatmusik. Die Konferenz an diesem 11. Oktober 1965, geleitet von Erich Honecker, endet mit einem Beschluss, in dem es heißt, „dass solchen Laienmusikgruppen, deren Darbietungen aus dekadenter westlicher Musik bestehen, die Lizenz entzogen wird“. Bei Verstößen droht Arbeitslager.

Zwei Wochen später bekommt Klaus Renft einen Brief von der Stadt Leipzig. Die Butlers erhalten Spielverbot. Das Schreiben stellt fest, „dass Ihre Gitarrengruppe der sozialistischen Laienkunstabteilung Schaden zufügt. Das Auftreten Ihrer Kapelle steht im Widerspruch zu unseren moralischen und ethischen Prinzipien.“ Auch weitere Leipziger Bands werden verboten: Von 56 dürfen nur neun weitermachen.

Doch es gibt Menschen, die nicht bereit sind, den Musikbann klaglos hinzunehmen. Ende Okto-

ber tauchen in Leipzig Flugblätter auf. Sie kleben an Litfaßsäulen, stecken an Zäunen, liegen in Gaststätten aus. „BEAT-FREUNDE!“, steht da in fetten Buchstaben. „Wir finden uns am Sonntag, den 31.10.65, 10 Uhr Leuschnerplatz, zum Protestmarsch ein.“

Die Behörden sind alarmiert. Sie vermuten Klaus Renft und die Butlers hinter dem Aufruf. Die Staatssicherheit schickt Mitarbeiter in Schulen und Betriebe im Bezirk Leipzig, um die Jugendlichen davor zu warnen, an der Protestaktion teilzunehmen – und schürt dadurch nur die Neugier.

Sonntagvormittag, gegen 10.30 Uhr. Auf dem Wilhelm-Leuschner-Platz am Rand der Leipziger Innenstadt stehen etwa 2500 Menschen zusammen.

Viele sind Touristen und Fußballfans, die für ein Länderspiel angereist sind, doch in der Menge befinden sich auch rund 500 jugendliche Beatfans in Jeans und Cordhosen. Nicht dabei sind die Butlers, weil sie fürchten, als vermeintliche Rädelsführer des Protests verhaftet zu werden. Die

BEREITS 1965
endet das
Tauwetter, die
SED verbietet
den Beat.
Aus Protest
treffen sich
in Leipzig
Jugendliche,
die Polizei
schreitet ein

Volkspolizei ist mit Hunderten Sicherheitskräften vor Ort. Die Jugendlichen stehen friedlich in kleinen Gruppen zusammen, nur hin und wieder provozieren sie die Polizisten. Niemand hält Spruchbänder in die Luft, skandiert Parolen. Dann fährt ein Streifenwagen der Volkspolizei vor. „Bürger!“, schallt es aus dem Lautsprecher auf dem Autodach. „Ihr Verhalten ist gesetzeswidrig, räumen Sie sofort die Straße!“ Die Jugendlichen johlen und pfeifen.

Am Rande des Platzes steht der 15-jährige Schüler Karl-Heinz Däbritz. Er trägt lange Haare und gehört zu einer Clique, die regelmäßig in das Capitol-Kino geht, einen Treffpunkt der Beatszene. Da nähern sich ihm drei Polizisten in Zivil. „Sie sind verhaftet“, sagt einer von ihnen. „Bei Fluchtversuch wird geschossen.“ Die Beamten bringen ihn zu anderen Festgenommenen aufs Präsidium. Sie müssen sich nebeneinander aufstellen, breitbeinig und die Hände an der Wand. Sie dürfen nicht sprechen. Wer es doch tut, wird mit dem Knüppel geschlagen.

Auf dem Wilhelm-Leuschner-Platz fahren Mannschaftswagen vor, Bereitschaftspolizisten springen von den Ladeflächen, ihre schweren Nagelstiefel knallen auf das Pflaster. Die Männer greifen willkürlich Jugendliche und nehmen sie fest. Dann bilden die Beamten eine lange Kette. Nach und nach drängen sie die Menge zurück. Sie schlagen brutal mit ihren Knüppeln zu, setzen Hunde und Wasserwerfer ein. Die jungen Leute fliehen in die Nebenstraßen. Nach 20 Minuten ist die Innenstadt leer.

Karl-Heinz Däbritz werden die Haare abgeschnitten. Dann wird er mit etwa 100 anderen Jugendlichen in ein nahe gelegenes Braunkohlerevier gebracht. An einer Gleistrasse müssen sie schwere Bahnschwellen schleppen



und Kabelstränge ziehen. Erst drei Wochen später darf der Schüler nach Hause. Erleichtert. Und wütend über die harte Strafe.

Die Volkspolizei verhaftet am Protesttag insgesamt 279 meist junge Menschen. In Kurzverfahren werden sie verurteilt – obwohl sie friedlich geblieben sind. 139 Personen müssen für mehrere Wochen ins Arbeitslager, andere kommen ins Gefängnis oder ins Heim. Erst später stellt sich heraus, wer hinter den Flugblättern steckt: Zwei Schüler aus Markkleeberg, einer Gemeinde südlich von Leipzig. Am Protest nehmen sie nicht teil, aus Angst. Der eine schaut nur aus der Entfernung zu. Der andere bleibt gleich zu Hause. Doch als seine Mutter, Mitglied bei der SED, die Entwürfe für ein weiteres Flugblatt findet, meldet sie ihren Sohn. Ein Gericht verurteilt die Jungen zu eineinhalb Jahren Haft auf Bewährung.

Die Hardliner innerhalb der SED fühlen sich bestärkt. Auf einer Tagung des Zentralkomitees im Dezember 1965 führen sie gravierende Fehlentwicklungen in der Gesellschaft auf die Reformen in der Jugendpolitik zurück. „Einzelne Jugendliche schlossen sich zu Gruppen zusammen und begingen kriminelle Handlungen; es gab Vergewaltigungen und Erscheinungen des Rowdytums“, behauptet Honecker, der als Wortführer der Hardliner auftritt. Die Schuld gibt er auch dem Radiosender DT64, der „einseitig die Beatmusik propagiert“.

Auch Ulbricht zieht nun über die Beatmusik her: „Ist es denn wirklich so, dass wir jeden Dreck, der vom Westen kommt, kopieren müssen? Ich denke, Genossen, mit der Monotonie des Jejeje, und wie das alles heißt, sollte man doch Schluss machen.“ Er hat dabei wohl „She loves you,

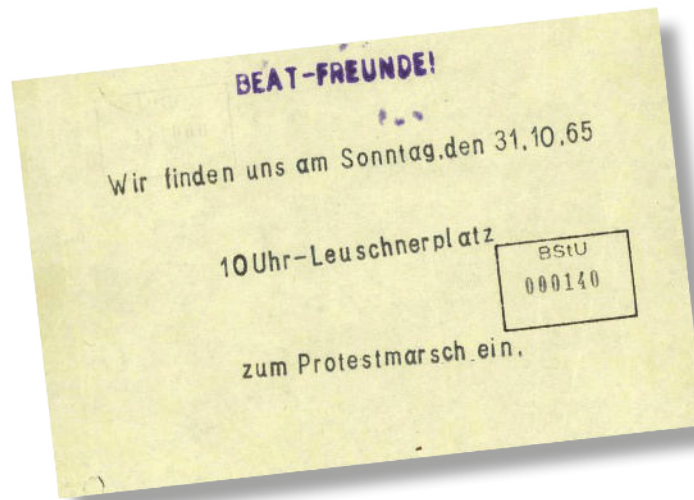
RUND 500
Jugendliche folgen in Leipzig dem Flugblatt, das sie zum Protest aufruft. Fast 300 Menschen werden verhaftet

yeah, yeah, yeah“ im Kopf, den Refrain eines Beatles-Songs.

Der harte Kurs, nun offizielle Parteilinie der SED, trifft nicht nur die Musik: Bücher, Theaterstücke und Filme werden indiziert, Künstler wie Wolf Biermann bekommen Berufsverbot. Die Tagung wird als „Kahlschlag-Plenum“ bekannt.

Zwei Jahre später sind zwar Auftritte der Butlers weiterhin verboten, doch eine neue Besetzung der ursprünglichen Klaus Renft Combo darf wieder Konzerte geben – zumindest, bis ihnen dies 1975 erneut verboten wird. Erst nach der Wiedervereinigung tritt Renft mit der Klaus Renft Combo wieder auf.

Und die Rolling Stones? Die spielen am 15. August 1995 auf der Festwiese in Leipzig, nur wenige Kilometer vom Wilhelm-Leuschner-Platz entfernt. Vor 80 000 Zuschauern zucken Lichtblitze über den Himmel, Mick Jagger singt wieder „Satisfaction“. 30 Jahre ist es her, dass Beatfans die Waldbühne zerlegten und Jugendliche sich gegen die DDR-Diktatur auflehnten. Mittlerweile ist dieser Staat zerbrochen. Der friedliche Protest war erfolgreich. Anders als 30 Jahre zuvor in der Waldbühne rocken die Stones die Festwiese mehr als zwei Stunden – und nicht nur 27 Minuten. ◇



LITERATURTIPPS

YVONNE LIEBING
»All you need is beat – Jugendkultur in Leipzig 1957–1968«

Pionierarbeit zu den frühen Jahren der Leipziger Musikszene (Forum).

ULRICH MÄHLERT
»Kleine Geschichte der DDR«

Gelungene Überblicksdarstellung (C. H. Beck).



Lesen Sie auch »Protest gegen die Parteie« (aus GEOEPOCHE Nr. 88) über den Aufruhr nach einer Kirchensprengung in Leipzig 1968 auf www.geo-epoche.de

IN KÜRZE

Mitte der 1960er Jahre begeistert die neue Beatmusik die Jugend in Ost- wie Westdeutschland. In der DDR fällt der Trend in eine Zeit der vergleichsweise entspannten Jugend- und Kulturpolitik. SED-Hardliner befürchten jedoch den Kontrollverlust über die junge Generation. 1965 werden die Lockerungen zurückgenommen, Beatgruppen verboten, Proteste dagegen niedergeschlagen.

1966

NS-Vergangenheit

DR. FISCHER VOR GERICHT

Als 1966 dem einstigen KZ-Arzt Horst Fischer in Ostberlin der Prozess gemacht wird, geht es um mehr als dessen Schuld. Die DDR will auch beweisen, dass sie den Faschismus härter bekämpft als Bonn





DIE FDP fordert 1949, einen Schlussstrich unter der Entnazifizierung zu ziehen. Vielen ehemaligen Nationalsozialisten kommt das sehr gelegen

VOR DEM Obersten Gericht der DDR muss sich Fischer (r.) wegen seiner Beteiligung am Massenmord in Auschwitz verantworten

TEXT: *Katrin Maike Sedlmair*



Oberstes Gericht der DDR, Ostberlin, 10. März 1966, kurz vor zehn Uhr: Im großen Verhandlungssaal strahlen Scheinwerfer jedes Detail in grellem Licht an – die Kameras der Reporter, die erhöhte, eichenholzvertäfelte Tribüne mit den Sitzplätzen der Richter, darüber das Staatswappen der Deutschen Demokratischen Republik. Stimmengewirr erfüllt den Raum, um die 200 Menschen drängen sich auf den Zuschauerbänken, mehr als 90 Journalisten aus 15 Ländern sind angereist. Dann wird ein Mann mit bereits leicht ergrautem blondem Haar hereingeführt, er trägt einen dunklen Anzug mit Krawatte, ein schlichtes Brillengestell. Sein voller Name: Horst Paul Sylvester Fischer.

Bis zu seiner Verhaftung vor neun Monaten war der 53-jährige Doktor der Medizin in einem Dorf südöstlich von Berlin tätig. Er ist verheiratet und Vater von vier Kindern, gilt als freundlich und zuvorkommend. Doch jetzt holt ihn seine Vergangenheit ein: Der Landarzt ist ein Massenmörder. Als SS-Arzt im Vernichtungslager Auschwitz war Fischer an der Ermordung Zehntausender Frauen, Männer und Kinder beteiligt. Und so

mancher Prozessbeobachter mag sich fragen, wie ein solcher Verbrecher sich jahrzehntelang vor den ostdeutschen Behörden verbergen konnte.

Mit sanfter Stimme spricht Fischer in den nächsten Tagen über sein Leben, gibt sich geständig, zeigt tiefe Reue für seine Taten. Auf der Anklagebank sitzend, senkt er immer wieder den Blick unter dem Blitzlicht der Fotografen. Er ahnt wohl, dass ihm hier in der DDR, wie schon anderen NS-Tätern zuvor, der Tod gewiss ist. Und ihm ist vermutlich klar, dass sein Prozess ein Schauspiel für die Weltöffentlichkeit ist. Denn für die DDR-Führung geht es um mehr als nur um ihn: Neben Fischer steht auch die Bundesrepublik Deutschland vor Gericht, in der ehemalige NSDAP-Mitglieder wieder hohe Positionen bekleiden. Es gilt zu zeigen, dass die DDR konsequenter gegen das Erbe des Faschismus vorgeht und auch in dieser Hinsicht das „bessere Deutschland“ ist.

•

KNAPP 21 JAHRE ZUVOR, bei Kriegsende im Mai 1945, scheint die Jagd auf alle NS-Verbrecher eröffnet. Die Siegermächte – die USA, Frankreich, Großbritannien und die Sowjetunion – setzen sich zum Ziel, die alten nationalsozialistischen Eliten zur Rechenschaft zu ziehen. Und tatsächlich: In den ersten zwölf Monaten kommen im Zuge der „Entnazifizierung“ allein in der amerikanischen Besatzungszone mehr als 250 000 Deutsche in Haft. Beamte, die Mitglieder der NSDAP waren, müssen den Staatsdienst verlassen. Alle

Erwachsenen sind gehalten, auf Fragebögen über ihre Teilhabe in NS-Organisationen Auskunft zu geben. Auf dieser Grundlage soll darüber entschieden werden, welche Sühne ihnen auferlegt wird. Franzosen und Briten verfahren ähnlich, wenn auch weniger rigoros. Die ganze Welt verfolgt zudem ab November 1945 den Nürnberger Prozess gegen die 24 überlebenden Hauptkriegsverbrecher. Bis zum Ende des Jahrzehnts verurteilen Gerichte in den westlichen Besatzungszonen (der späteren Bundesrepublik Deutschland) insgesamt rund 5000 NS-Täter, etwa 500 werden hingerichtet.

Noch viel mehr aber müssen sich in Ostdeutschland den sowjetischen Militärtribunalen stellen: Schätzungen zufolge verurteilen die Besatzer in ihrer Zone mindestens 40 000 Deutsche wegen NS-Verbrechen, etwa 2500 werden hingerichtet. Dazu kommt eine noch deutlich größere Zahl an Verdächtigen,

die sowjetische Stellen ohne Prozess teils jahrelang in Haft halten. Das Gros der Gefangenen bringen die Besatzer in zehn „Speziallagern“ unter, nutzen dafür auch ehemalige Konzentrationslager, etwa das KZ Sachsenhausen. Zehntausende werden zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion gebracht.

Nicht wenige aber landen nicht wegen Verstrickung in das Hitler-Regime in den Speziallagern der SBZ, sondern weil sie im Verdacht stehen, Spione oder Agitatoren gegen die neue Ordnung zu sein. Eine falsche Bemerkung oder eine Denunziation reichen schon aus, damit die sowjetischen Organe jemanden in Gewahrsam nehmen. Auch die Verhandlungen vor den Tribunalen entbehren weitgehend der Rechtsstaatlichkeit: Zumeist ohne einen Verteidiger werden die Angeklagten vorgeführt. Als Beweismaterial wird in der Regel nur das häufig durch Gewalt erzwungene Geständnis der Beschuldigten vorgebracht.

Mit der Gründung der DDR im Oktober 1949 endet das juristische Willkürregime nicht, vielmehr erreicht es, nun getragen von der neuen Staatsmacht, einen weiteren Höhepunkt.

◦

WALDHEIM IN SACHSEN, 21. April 1950. Im Krankenhaus des örtlichen Zuchthauses beginnt der erste einer schier endlosen Zahl von Prozes-

sen. Die sowjetischen Behörden haben Anfang 1950 mehr als 3400 Inhaftierte an die DDR-Justiz übergeben, die sie zuvor als NS-Verbrecher gefangen gehalten haben. In dem sächsischen Städtchen urteilen Richter die Angeklagten nun förmlich im Akkord ab. Die Öffentlichkeit ist bei den „Waldheimer Prozessen“ nicht zugelassen. Lediglich die Verfahren gegen zehn der Angeklagten finden vor den Augen der Welt statt. Die dafür Ausgewählten haben sich, anders als die große Masse der Beschuldigten, während der Diktatur Hitlers tatsächlich schwerer Verbrechen strafbar gemacht – als KZ-Kommandeure, Richter, hohe NS-Funktionäre und Gestapo-Beamte.

Mit diesen Vorzeigeprozessen will die SED-Führung einen propagandistischen Erfolg im Kalten Krieg einfahren und herausstellen, dass im Sozialismus mit NS-Verbrechern ungleich konsequenter umgegangen wird als in den kapitalistischen Staaten. Am Ende der Waldheimer Prozesse steht eine Vielzahl drastischer, oft schlecht begründeter Urteile, nahezu alle Angeklagten erhalten Gefängnisstrafen, 24 werden hingerichtet.“

Immerhin: Die Prozessflut in der SBZ und der frühen DDR trifft wohl häufig auch die Richtigen. So werden in Ostdeutschland bis in die ersten Jahre nach Staatsgründung eindeutig mehr tatsächliche NS-Verbrecher verurteilt als

AN DER BAHNRAMPE des Vernichtungslagers Auschwitz entscheidet auch SS-Lagerarzt Fischer, wer weiterleben darf und wer sofort ermordet wird



EHEMALIGE GESTAPO-MÄNNER AN



im Westen. Genug jedenfalls in den Augen der SED-Führung, um den Strafverfolgungen gegen die NS-Täter ein Ende zu setzen. Stattdessen konzentriert sich das DDR-Regime jetzt verstärkt auf Ermittlungen gegen Systemgegner. Die alten NS-Eliten, so wird die offizielle Doktrin einige Jahre später lauten, sind aus der DDR verschwunden.

Doch die Wahrheit sieht anders aus: Zwar werden Richter und Staatsanwälte der NS-Justiz entlassen und ersetzt, vielfach durch Anhänger des neuen Regimes. An anderer Stelle lässt die SED-Führung jedoch Kompromisse zu. Die Stasi beispielsweise übernimmt Tausende ehemalige Gestapo-Männer. In Behördenpositionen bis hinauf in die Ministerien sind bald frühere Angehörige von NS-Organisationen zu finden. Und die SED selbst zählt bereits 1951 mehr als 150 000 einstige NSDAP-Mitglieder in ihren Reihen.

Mit Segen der sowjetischen Besatzer hat bereits unmittelbar nach Staatsgründung ein Gesetz die Integration von NS-Belasteten ermöglicht, sofern diese nicht als „Naziaktivisten“ oder Kriegsverbrecher gelten. Wenige Jahre später postuliert der Staat die gelungene Aufnahme der „ehemaligen Mitglieder und Anhänger der Nazipartei“ in die sozialistische Gesellschaft.

In der Folge gilt die Frage in der DDR als geklärt: Die „großen“ Nazis sind verurteilt, die „kleinen“ haben im Sozialismus den Weg zur Besserung gefunden. Faschisten, so die offizielle Version, leben damit nur noch in einem Teil Deutschlands: dem kapitalistischen Westen.

Und tatsächlich sind in der Bundesrepublik Deutschland Justiz, Verwaltung, Industrie und Forschung von ehemaligen Nationalsozialisten durchsetzt. Auf deren Expertise möchte man beim Wiederaufbau nicht verzichten. Die drei Westmächte lassen es größtenteils geschehen, denn mittlerweile hat die Umerziehung der Deutschen für sie an Bedeutung verloren. Im Kalten Krieg brauchen sie die einstigen Feinde als Verbündete. Auch aus diesem Grund haben sie bereits 1947 die Ermittlungen in ihren Zonen eingestellt, laufende Verfahren nach und nach den deutschen Behörden und Gerichten übertragen. Viele Täter kommen nun mit vergleichsweise milden Strafen davon.

DER CHEMIEKONZERN IG Farben lässt ab 1941 KZ-Häftlinge bei Auschwitz eine Fabrik bauen, bald entsteht ein eigenes Lager für die Zwangsarbeiter

Auch sonst ist die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik halbherzig: Kaum jemand fühlt sich als Mitwisser oder Komplize, die meisten Bürger sehen sich selbst als Opfer, empfinden zudem die Schuldsprüche der Alliierten als willkürliche „Siegerjustiz“. Es ist ein nationaler Wunsch nach Auslöschen der Erinnerung an die eigene Vergangenheit, den auch die Spitze der noch jungen Demokratie befeuert. Die Unterscheidung zwischen „politisch Einwandfreien“ und „Nichteinwandfreien“ müsse verschwinden, fordert etwa Kanzler Konrad Adenauer wenige Monate nach Gründung der Bundesrepublik. Die „wirklich Schuldigen“ sollten zwar „mit aller Strenge“



bestraft werden, doch Adenauer und viele andere sind sich einig: Die BRD ohne die alten Eliten aufzubauen ist illusorisch.

In den kommenden Jahren werden bereits verurteilte NS-Delinquenten begnadigt, Strafverfahren eingestellt. Beamte, die nicht zu den schwer belasteten Tätern gehören und nach Kriegsende entlassen wurden, dürfen auf ihre Stellen zurückkehren oder erhalten eine Pension. Anders als in der DDR erhalten auf diese Weise nahezu sämtliche NS-Juristen ihre Posten zurück. Um 1950 sind etwa in Bayern mehr als 90 Prozent aller Richter und Staatsanwälte ehemalige NSDAP-Mitglieder. Beim Vorläufer des Bundesnachrichtendienstes stehen frühere SS-Offiziere an der Spitze.

Und auch in Regierungskreisen sitzen ehemalige Anhänger des „Dritten Reichs“, etwa der Vertriebenenminister Theodor Oberländer (CDU). Der Altnazi hatte 1923 an Hitlers

Putschversuch teilgenommen und später als sogenannter Ostforscher die deutsche Gewaltherrschaft in Ostmitteleuropa in seinen Schriften begründet. Ein anderer ist Hans Globke, ab 1953 Chef des Bundeskanzleramtes. Der Jurist hatte in der NS-Zeit an Konzeption und Erläuterung der „Nürnberger Rassegesetze“ mitgewirkt, einer der Grundlagen für den Holocaust.

Es ist genau diese braune Vergangenheit hochrangiger Westdeutscher, die die DDR-Führung bald als Waffe nutzt, um die BRD medienwirksam zu diffamieren. Die Wiedereinsetzung der alten Eliten bedeute gleichzeitig die Wiederkehr des alten faschistischen Geistes, so der Vorwurf. In den 1950er Jahren sammeln Stasi-Mitarbeiter daher belastende Dokumente, die sie zum Teil von den sowjetischen Besatzern bekommen haben. Mit gezielten Publikationen solchen Materials stellt die DDR immer wieder Juristen, hohe Beamte und Politiker der BRD an den Pranger. Theodor Oberländer wird sogar in Abwesenheit der Prozess gemacht. Die Anschuldigung aus Ostberlin: Der Bundesvertriebenenminister sei während des Krieges im damals polnischen Lemberg (heute Lwiw in der Ukraine) an der Ermordung Tausender Zivilisten beteiligt gewesen.

UNTER STALINS Augen verurteilen sowjetische Militärtribunale in der späteren DDR Zehntausende Deutsche. Längst nicht alle davon sind NS-Täter

Das Oberste Gericht der DDR verurteilt Oberländer am 29. April 1960 zu lebenslanger Haft. (Er legt sein Amt nieder; seine tatsächliche Beteiligung an den Massakern bleibt bis heute strittig). Ebenfalls in einem einzig auf Außenwirkung hin inszenierten Verfahren wird 1963 Kanzleramtschef Hans Globke in Abwesenheit von der DDR-Justiz schuldig gesprochen. Er geht kurz darauf, wie bereits geplant, in Pension.

Doch das SED-Regime spielt ein doppeltes Spiel: Die DDR-Behörden enttarnen nicht nur etliche NS-Täter im Westen, sie schützen de facto auch viele Mitverantwortliche im eigenen Land. Denn mit dem offiziellen Abschluss der Ent-

nazifizierung stellt jeder in der Republik entdeckte schwer belastete NS-Verbrecher auch einen Verlust der Glaubwürdigkeit für Ostberlin dar. Und so ermittelt die Stasi zwar gegen Verdächtige, belässt es aber oft dabei, wenn etwa der Ruf des Staates in Gefahr scheint. Nur wenn die Taten gravierend und zudem eindeutig nachweisbar sind oder aber die Geheimhaltung schwer möglich ist, gibt die zuständige Abteilung ihre Informationen an die Justiz weiter.

•

IN DEN 1960ER JAHREN beginnt sich dann der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zu verändern, zumindest in der BRD: Eine neue Generation ist herangewachsen, die das Verdrängen der Eltern hinterfragt. Intellektuelle kritisieren nun öffentlich die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Gedenkstätten entstehen. Es ist ein tiefer gesellschaftlicher Wandel, der auch die Politik zum Handeln zwingt. Endete der Geschichtsunterricht an westdeutschen Schulen in den 1950er Jahren noch meist mit dem Ersten Weltkrieg, sollen Lehrkräfte den Jugendlichen nun auch die NS-Diktatur vermitteln.

Dazu kommt eine Reihe spektakulärer Prozesse: In Israel steht 1961 Adolf Eichmann, einer der Hauptorganisatoren des Völkermordes an den Juden, vor Gericht und wird zum Tode verurteilt. Zustande gekommen durch die Initiative des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer, beginnt dann im Dezember 1963 in Frankfurt am Main

der bis dahin größte Strafprozess in der Geschichte der BRD. 22 Männer, die im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz tätig waren, sitzen auf der Anklagebank. Nach 183 Verhandlungstagen erhalten sechs eine lebenslange Haftstrafe, elf müssen kürzer einsitzen, und drei sprechen die Richter aus Mangel an Beweisen frei.

Zu wenig in den Augen der DDR. Als sich im September 1965 abzeichnet, dass in Frankfurt ein Folgeprozess gegen weitere Beschuldigte stattfinden soll, vermeldet die DDR-Presseagentur wohl nicht zufällig: Ein Landarzt im Kreis Fürstenwalde namens Horst Fischer wurde festgenommen und ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Der erste öffentliche Hinweis auf einen eigenen Auschwitz-Prozess, den das SED-Regime in Ostberlin führen lassen wird – gegen einen Angeklagten, dessen Mitwirken am Holocaust als leitender Mediziner in Auschwitz das der in Frankfurt Verurteilten noch übertrifft.

Horst Fischer, der Sohn eines Dresdner Fleischermeisters, ist schon als 20-Jähriger während seines Studiums in die SS eingetreten. Nach

Kriegsbeginn wird er Truppenarzt bei der Waffen-SS und im Herbst 1942 nach Auschwitz abkommandiert.

Dort steigt der ehrgeizige Mediziner schnell in der Hierarchie auf, wird bald schon zum stellvertretenden Standortarzt des gesamten Lagerkomplexes sowie zum leitenden Arzt des größten Nebenlagers von Auschwitz befördert: Monowitz. Die Häftlinge arbeiten dort unter menschenunwürdigen Bedingungen in der nahe gelegenen Fabrik des deutschen Konzerns IG Farben, in der synthetischer Kautschuk hergestellt wird.

Zu Fischers Alltag gehört auch der Dienst an der Rampe der Eisenbahnstation: Treffen Züge mit neuen Häftlingen ein, sondert er die zur Zwangs-



BEI EINEM Volksentscheid in Sachsen stimmten 1946 fast 80 Prozent der Wähler dafür, Betriebe von NS-Verbrechern ohne Entschädigung in Volkseigentum zu überführen

DER KZ-MEDIZINER TARNT SICH ALS LAND

arbeit tauglichen Gefangenen aus, die nicht wie alle anderen direkt in die Gaskammern geschickt werden. Zudem obliegt ihm die Überwachung der Vergasungen selbst. So berichtet Fischer, wie er an manchen Tagen das qualvolle Sterben durch ein Guckloch beobachtet. „Diejenigen, die an der Tür standen, versuchten noch an die Tür zu klopfen, ganz vereinzelt drang auch ein erstickter Schrei nach außen, aber nach vier bis sieben Sekunden war nur noch ein tiefes, röchelndes Atmen zu hören.“

Führen viele andere KZ-Ärzte selbst grausame Menschenexperimente durch, so lässt Fischer unter seiner Aufsicht einen in Monowitz inhaftierten polnischen Mediziner ein Elektroschockgerät bauen. Mit

IN EINEM LEIPZIGER Gefängnis wird Fischer im Juli 1966 durch das Fallbeil hingerichtet. Erst 21 Jahre später schafft die DDR die Todesstrafe ab (Foto von 2006)

diesem jagen sie vermeintlich psychisch kranken Gefangenen Stromstöße durch den Körper. Etliche Patienten sterben bei der Behandlung, die Überlebenden sind meist so stark geschädigt, dass Fischer sie als nicht mehr arbeitsfähig beurteilt – und in die Gaskammer schickt.

Daneben genießt der SS-Offizier mit seiner Frau und seinen kleinen Kindern in Auschwitz ein normales Familienleben: Die Fischers wohnen ab Oktober 1943 zunächst in der Nähe des Stammlagers; 1944 ziehen sie sogar in ein eigenes Haus mit Garten (dessen polnische Bewohner zuvor vertrieben wurden). Pünktlich um 13 Uhr erscheint Horst Fischer hier zumeist zum gemeinsamen Mittagessen. Mitunter veranstaltet das Ehepaar sogar Partys. Das unfassbare Leid in unmittelbarer Nähe scheint sie nicht zu belasten.

So bleibt Fischer denn auch freiwillig bis zum Ende in dem Todeslager, dessen brutale Räumung im Januar 1945 er mitverantwortet. Nach Schätzungen sterben bei den folgenden Todesmärschen bis zu 15 000 Gefangene.

Anders als andere NS-Täter flieht er nach der Kapitulation nicht ins Ausland. Er glaubt, in den Wirren der Nachkriegsjahre davonzukommen, und möchte bei seiner Familie bleiben. Und so lässt er sich als Landarzt in der Sowjetischen Besatzungszone, später in der DDR nieder.

Zunächst mit Erfolg. Tatsächlich ist seine Vergangenheit den sonst so allwissenden Organen der Staatssicherheit lange nicht bekannt. Vermut-

lich ist es der gewöhnliche Nachname, der Fischers Identität verschleiern hilft. Dazu spricht der ehemalige SS-Offizier nicht mehr über seine Zeit im besetzten Polen, macht falsche Angaben über sein Leben. Und es ist anzunehmen, dass die Mitarbeiter der Stasi auch nicht wirklich nach ihm suchen. So wähnt sich der Familienvater in Sicherheit.

•

IM APRIL 1964 aber gerät er doch noch ins Visier der Geheimpolizei. Weil er häufig Kontakt zu Verwandten in Westberlin aufnimmt, überprüft eine Stasi-Abteilung den Landarzt routinemäßig. In Akten über Auschwitz, die sowjetische Ermittler schon vor Jahren dem MfS übergeben hatten, stoßen zudem Mitarbeiter einer anderen Abteilung auf Fischers Namen. Als schließlich die verschiedenen Informationen verknüpft werden, stellt sich heraus: Der Landarzt aus dem Kreis Fürstenwalde ist der ehemalige Lagermediziner! Und seine Verbrechen sind so schwerwiegend, dass man sie nicht ignorieren kann. Am Morgen des 11. Juni 1965 nehmen drei Stasi-Männer Fischer schließlich vor seinem Wohnhaus fest.

Im folgenden Jahr beginnt die Gerichtsverhandlung. Ausdrücklich betont der Generalstaatsanwalt, der Prozess gegen Fischer sei ein „absolut atypisches“ Verfahren, der SS-Arzt einer von ganz wenigen Kriegsverbrechern, die in der DDR untertauchen konnten. Auch die Rolle der IG Farben, die vom Auschwitz-System profitierte



DIE NÜRNBERGER PROZESSE
sind ein Meilenstein des Völkerrechts. Trotzdem entgehen viele NS-Täter ihrer gerechten Strafe (Plakat, 1945)

und deren Nachfolgeunternehmen sich mittlerweile erfolgreich in Westdeutschland angesiedelt haben, kommt immer wieder zur Sprache.

Am 25. März 1966 verkünden die Richter ihr Urteil. Horst Fischers Geständnis und das Bedauern, das er immer wieder gezeigt hat, haben ihm nichts genützt. Denn das Verdikt steht schon lange fest: Das Gericht verurteilt Fischer „wegen fortgesetzt begangener Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ zum Tode. Bereits in der Untersuchungshaft hatte er wenig Hoffnung auf Milde geäußert: Die von ihm begangenen Verbrechen seien derart schwer, „dass selbst die beste Verteidigung ohne Nutzen für mich sein kann“.

Dreieinhalb Monate später, am 8. Juli, wird Horst Fischer, der ehemalige KZ-Arzt, in der Strafvollzugsanstalt Leipzig mit der Guillotine hingerichtet. Er ist der letzte Angeklagte, den die DDR-Justiz für in Auschwitz begangene Verbrechen verurteilt. Und nur wenige andere NS-Täter werden in den kommenden Jahren von ostdeutschen Gerichten belangt, nicht zuletzt, weil in der sozialistischen Republik weiterhin gilt: Die Faschisten leben nur im kapitalistischen Westdeutschland.

Doch auch der heutige Blick auf die Entnazifizierung in der BRD fällt ernüchternd aus. Letztlich haben beide Seiten, Ostdeutsche wie Westdeutsche,



bei ihren Bemühungen versagt, die NS-Täter zur Rechenschaft zu ziehen – jedoch beide auf unterschiedliche Weise. Den größeren Willen zur Bestrafung, bis zur Hinrichtung, gab es ohne Zweifel in der sowjetischen Besatzungszone. Allerdings haben Moskau und später auch die DDR ihre eigenen Verfahren diskreditiert, indem sie häufig Rechtsstaatlichkeit vermissen ließen und auch Regimegegner unter dem Vorwand der NS-Täterschaft verfolgten.

Weit weniger entschlossen zeigten sich die Westalliierten und dann die bundesdeutsche Führung. Entsprechend waren von Anfang an weit mehr ehemalige Nationalsozialisten an wichtigen Schaltstellen des Staates zu finden, als dies in der DDR der Fall war – zumal in der Justiz, wo sie lange Zeit die Ahndung der NS-Verbrechen in großen Teilen unterbinden konnten. Doch die Auschwitz-Prozesse und das Aufbegehren der jungen Generation in den 1960er Jahren läuten in der Bundesrepublik eine neue Phase im Umgang mit der Vergangenheit ein. Dieser Wandel zeigt sich nicht nur vor Gericht. Immer häufiger wird nun nicht mehr geschwiegen, sondern hingeschaut – im Fernsehen, in Ausstellungen und Büchern.

Den DDR-Bürgern bleibt – das zeigen auch spektakulär inszenierte Prozesse wie der gegen Horst Fischer – eine solche Chance zur eigenständigen, nicht von Staatsideologen vorgegebenen Aufarbeitung weitestgehend verwehrt. Schuld daran ist nicht zuletzt der Mythos, auf dem der zweite deutsche Staat errichtet worden ist: das Dogma von der antifaschistischen Republik. ◇

LITERATURTIPPS

CHRISTIAN DIRKS

»Die Verbrechen der anderen«

Wissenschaftlich fundierte, zugleich gut zu lesende Darstellung des Verfahrens gegen Horst Fischer (Schöningh).

ANNETTE WEINKE

»Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland«

Umfassende Studie (Schöningh).



Lesen Sie auch »NS-Vergangenheit: Deutschlands dunkles Erbe« (aus GEOEPOCHE Nr. 88) über die Aufarbeitung in den 1960ern auf www.geo-epoche.de

IN KÜRZE

Nach der Gründung der beiden deutschen Staaten wird der Umgang mit der NS-Vergangenheit zu einer Waffe im Kalten Krieg. In Abgrenzung zur Bundesrepublik, wo zahlreiche ehemalige NSDAP-Mitglieder in einflussreiche Positionen gelangen, präsentiert sich die DDR als antifaschistischer Staat, in dem NS-Täter wie der KZ-Arzt Horst Fischer hart bestraft werden. Doch machen auch in der DDR viele Altnazis Karriere.

IMPRESSUM

CHEFREDAKTION: Jürgen Schaefer, Katharina Schmitz
REDAKTIONSLEITUNG: Joachim Telgenbüscher
MANAGING DESIGNERIN: Tatjana Lorenz
GESCHÄFTSFÜHRENDE REDAKTEURIN: Maike Köhler
TEXTREDAKTION: Kirsten Bertrand (Konzept dieser Ausgabe), Jens-Rainer Berg, Insa Bethke, Dr. Anja Fries, Dr. Mathias Mesenhöller, Johannes Teschner
BILDREDAKTION: Julia Franz, Christian Gargerle
GRAFIK: Frank Strauß

KARTOGRAFIE: Ralf Bitter (frei), Klaus Kühner (frei)
QUALITY BOARD – VERIFIKATION, RECHERCHE, SCHLUSSREDAKTION: Leitung: Tobias Hamelmann, Stellvertreterin: Melanie Moenig
Dirk Krömer, Andreas Sedlmair, Stefan Sedlmair (Koordination GEOEPOCHE); Elke von Berkholz, Lenka Brandt, Regina Franke, Hildegard Frilling, Dr. Götz Froeschke, Cornelia Haller, Sandra Kathöfer, Judith Ketelsen, Petra Kirchner, Jeanette Langer, Michael Lehmann-Morgenthal, Kirsten Maack, Susan Molkenbuhr, Alice Passfeld, Christian Schwan, Bettina Süsssemilch, Torsten Terraschke
HONORARE/SPESEN: Andrea Gora-Zysno, Heidi Hensel, Daniela Klitz, Katrin Schäfer, Carola Scholze, Katrin Ullerich

VERANTWORTLICH FÜR DEN REDAKTIONELLEN INHALT: Jürgen Schaefer, Katharina Schmitz

VICE PRESIDENT NEWS, WIRTSCHAFT & WISSEN (PRINT/DIGITAL): Bianca Wannemacher
PRODUCT MANAGEMENT: Saskia Schröder
SALES DIRECTION: Mona Biehl
MARKETING DIRECTION: Stefan Bromberg
PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT: Bettina Klausner, Michelle Wilbois

LIZENZEN: BRANDS Licensing by G+J:
Siegel und Sonderdrucke,
Koordination: Petra Martens,
Anfragen: Markus Disselhoff,
E-Mail: markus.disselhoff@rtl.de

VERANTWORTLICH FÜR DEN ANZEIGENTEIL:
Petra Küsel, Director Brand Print + Crossmedia,
Ad Alliance GmbH, Am Baumwall 11, 20459 Hamburg.
Es gilt die jeweils aktuelle Preisliste unter
www.ad-alliance.de

HERSTELLUNG: G+J Herstellung,
Heiko Belitz (Ltg.), Oliver Fehling
Druckvorstufe: Mohn Media
Mohndruck GmbH, Gütersloh
Druck: Quad/Graphics, Wyszów

Gruner + Jahr Deutschland GmbH
Sitz von Verlag und Redaktion:
Am Baumwall 11, 20459 Hamburg.
Postanschrift der Redaktion:
Brieffach 24, 20444 Hamburg.
Telefon: 040 / 37 03-0
Internet: www.geo.de/lepoche

Heftpreis: 14,00 Euro (mit DVD: 19,50 Euro)
ISBN: 978-3-652-01506-6;
978-3-652-01512-7 (Heft mit DVD)
ISSN: 1861-6097

© 2024 Gruner + Jahr Deutschland GmbH
Bankverbindung: Deutsche Bank AG Hamburg,
IBAN: DE 30 2007 0000 0032 2800 00,
BIC: DEUTDEHH

GEO-LESERSERVICE

FRAGEN AN DIE REDAKTION
E-Mail: briefe@geo-epoche.de

BESTELLADRESSE FÜR GEO-BÜCHER, GEO-KALENDER, SCHUBER ETC.
Anschrift: GEO-Versand-Service,
74569 Blaufenfeld
Telefon: +49 / 40 / 4223 6427
Telefax: +49 / 40 / 4223 6663
E-Mail: guj@sigloch.de

ABONNEMENT- UND EINZELHEFTBESTELLUNG
Online-Kundenservice:
www.geo.de/kundenservice
Telefon: 0049 / 40 / 55 55 89 90
Service-Zeiten: Mo – Fr 7.30 bis 20.00 Uhr,
Sa 9.00 bis 14.00 Uhr
Postanschrift: GEOEPOCHE Kundenservice,
20080 Hamburg

Preise Jahresabonnement:
98,00 € (D), 108,50 € (A), 154,00 sfr (CH)
mit DVD:
129,00 € (D), 145,50 € (A), 217,00 sfr (CH)
Studentenabonnement:
58,80 € (D), 65,10 € (A), 92,40 sfr (CH)
mit DVD:
81,20 € (D), 94,50 € (A), 138,60 sfr (CH)
Preise für weitere Länder auf Anfrage erhältlich

USA: GEOEPOCHE is published by
Gruner + Jahr Deutschland GmbH
K.O.P.: German Language Pub.,
153 S Dean St, Englewood NJ 07631.
Periodicals Postage is paid at Paramus NJ 07652.
Postmaster: Send address changes to
GEOEPOCHE, GLP, PO Box 9868, Englewood NJ 07631
KANADA: Sunrise News,
47 Silver Shadow Path, Toronto, ON, M9C 4Y2,
Tel.: +1 647-219-5205,
E-Mail: sunriseorders@post.com

FOTOVERMERK NACH SEITEN

Anordnung im Layout: l.= links, r.= rechts, o.= oben, m.= Mitte, u.= unten

Titelbild: Eine Gruppe von Kindern spielt in Berlin auf der westlichen Seite der zwei Jahre zuvor errichteten Mauer (Foto von Thomas Höpker, 1963)
Rückseite: Der Puppenspieler Peter Waschinsky hält während der Großdemonstration auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989 ein Plakat, das den typisch sozialistischen Händedruck zeigt, unterschrieben mit dem Wort »Tschüß«

TITEL: Thomas Hoepker/Magnum Photos/Agentur Focus

EDITORIAL: Malte Joost für GEOEPOCHE

INHALT: Rudi Meisel/VISUM: 4 l. o.; Slomifoto/ullstein bild: 4 r. o.; Wilfried Glienke/Zentralbild/ullstein bild: 4 l. m.; Konrad Giehr/dpa picture-alliance: 4 r. m.; Privatsammlung: 4 r. m.; Sven Simon/dpa picture-alliance: 4 l. u.; Christian Dalchow/Kölnische Rundschau/grevenarchiv.digital.de: 5 o.; Bernd Albrecht/RHG_Fo_HAB_11305/Robert-Havemann-Gesellschaft: 5 m.; Zoonar/imago images: 5 u.; Jockel Finck/AP/dpa picture-alliance: 5 u. Insert
ALLTAG IM GETEILTEN LAND: Gert Schütz/akg-images: 6/7; ddrbildarchiv.de/akg-images: 8, 14; Ludwig Wegmann/Bundesregierung: 9; Martin Schmidt/Deutsches Historisches Museum/bpk images: 10; Wilfried Glienke/ullstein bild – Zentralbild: 11; Günther Schneider/ullstein bild: 12; akg-images: 13; Friedrich-Ebert-Stiftung/J. H. Darchinger: 15; ClassicPicture/imago images: 16; Sammlung Berliner Verlag/akg-images: 17; Hervé © GLOAGUEN/Gamma-Rapho via Getty Images: 18; Knut Müller/ullstein bild: 19; Rudi Meisel/VISUM: 20; United Archives/Walter Rudolph/SZ Photo: 21

EIN GRENZFALL DER GESCHICHTE: Karte: Klaus Kühner für GEOEPOCHE: 23

PATRIARCH DES WESTENS: Slomifoto/ullstein bild: 24; akg-images: 25, 27, 29, 30; SZ Photo: 26; ullstein bild: 28, 32, 34 o.; DENA/dpa picture-alliance: 31; brandstaetter images/akg-images: 33; Will McBride/bpk images: 34 u.; Hilmar Pabel/bpk images: 35

DIE DURCHGEPLANTE UTOPIE: Rasch/ddbildarchiv.de/akg-images: 36; C. Schlegelmilch/akg-images/VG Bildkunst, 2024 Bonn: 37, 39 o., 41 u., 42, 45; Jochen Moll/bpk images: 38, 39; Friedemann/Sammlung Berliner Verlag/akg-images: 40; Karte: Ralf Bitter für GEOEPOCHE: 41 o.; Gerhard Kiesling/bpk images: 43; Zentralbild/dpa picture-alliance: 44

EIN DORF MACHT RÜBER: Wilfried Glienke/Zentralbild/ullstein bild: 46; Mecke Druck und Verlag, Duderstadt/www.Eichsfelder-Postkarten.online: 46/47; Felix Petz, Duderstadt/www. Eichsfelder-Postkarten.online: 48; Volker Pawlowski/ullstein bild: 49; ullstein bild: 50; Klaus Rose/imago images: 58; Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V.: 60; BStU, MfS, BV Leipzig, AU 252/66: 61

YEAH, YEAH, YEAH!: Konrad Giehr/dpa picture-alliance: 56/57; Privatsammlung: 57 o., 59; Klaus Rose/imago images: 58; Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V.: 60; BStU, MfS, BV Leipzig, AU 252/66: 61

DR. FISCHER VOR GERICHT: Bluebird/Interfoto: 62; Archiv des Liberalismus/Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit: 63; Bernhard Walter, Ernst Hofmann/bpk images: 64; Archiv des Fritz Bauer Instituts, Fotosammlung, I.G. Auschwitz: 65; Zentralarchiv/Bild 183-S79652-ADN/Bundesarchiv: 66; Boehner Werbung Dresden/Stiftung Haus der Geschichte: 67; ddp images: 68; Wilhelm Schubert/Stiftung Haus der Geschichte: 69

DIE JAHRE DER TEILUNG: BP/ullstein bild: 71; Sven Simon/SZ Photo: 72 l.; Lübecker Nachrichten/Vintage Germany: 72 r.; Mary Evans/imago images: 73 l.; Károly Forgács/akg-images: 73 r.; ZB/dpa picture-alliance: 74 l.; Digne Meller Marcovitz/bpk images: 74 r.; Harald Schmitt/Sven Simon: 75 l.; Friedrich/Interfoto: 75 r.; Rowell/ullstein bild: 76 l.; ullstein bild: 76 r.; PCN Photography/imago images: 77 l.; imago images: 77 r., 80 r.; Brigitte Helligoth/akg-images: 78 l.; Walter Womack/akg-images/VG Bildkunst, 2024 Bonn: 78 r.; Arkivid/dpa picture-alliance: 79 l.; Teutopress/imago images: 79 r.; Rolf Kersten/Interfoto: 80 l.
LESEZEICHEN: Zentralbild/dpa picture-alliance: 83

WANDEL DURCH HINTERLIST: Gunnar Brumshagen/ullstein bild: 85; Gerhard Kiesling/bpk images: 86 o.; Gardi/ullstein bild: 86 u.; akg-images: 89; Engelbert Reineke/Bundesregierung: 90/91; ZB/dpa picture-alliance: 91 o.

WETTLAUF DER SYSTEME: Sven Simon/dpa picture-alliance: 92/93, 101; Pxxel/Alamy: Hintergrund 92/93; Sven Simon/imago images: 94; Imagebroker/imago images: Hintergrund 94; Werner Schulze/imago images: 95 o.; imago images: 95 u.; Hintergrund 101; ddp images: 96; Harald Schmitt/bpk images: 97; Roth/dpa picture-alliance: 98 o.; Werner Schulze/Zentralbild/dpa picture-alliance: 98 u.; Oliver Hoffmann/Alamy: Hintergrund 98; Harald Irmischer: 99; Wlocka/ullstein bild: 100

AUFBRUH DER AUSGENUTZTEN: Christian Dalchow/Kölnische Rundschau/grevenarchiv.digital.de: 102, 106 l. m.; Gernot Huber/laif: 103, 106 r. o.; Franz Hug/Munichpress/SZ Photo: 104; Ford Werke GmbH/Obs: 105 o.; KNA: 105 m.; Klaus Rose/imago images: 105 u.; Wilhelm Bertram/dpa picture-alliance: 106 l. o.; Klaus Rose/ullstein bild: 106 r. m.; Roland Scheidemann/dpa picture-alliance: 106 l. u.; UPI/dpa picture-alliance: 106 r. u.; ADN-Bildarchiv/ullstein bild: 109 l.; ddp images: 109 r.

TATORT TRANSIT: Straube/akg-images: 112; Curiositas/Alamy/mauritus images: 112 r. u.; United Archives/imago images: 113, 117 o., 118 m.; Brandenburg a. d. Havel, Pressestelle der Polizeidirektion West: 114 o.; Hilda Weges/Alamy/mauritus images: 114 m.; Bundesarchiv Bild 183-L0331-0005: 114 u.; ZB/dpa picture-alliance: 117 m.; BStU, MfS, BV, Leipzig, AU, Nr. 1413/75, Bd 1, BL 83: 117 u.; Harry Hampel/ullstein bild: 118 o.; Eupd Schneider/akg-images: 118 u.

KAMPF DEM KRIEG: imago images: 120/121; Manfred Hildebrandt/epd-bild: 122; Harald Schmitt/ddp images: 123 o.; Bernd Albrecht/RHG_Fo_HAB_11305/Robert-Havemann-Gesellschaft: 123 u.; Paul Glaser/SZ Photo: 124; Jochen Moll/bpk images: 125; AP/akg-images: 126, 128; SSGT Bob Simons/Wikimedia Commons: 127; Sven Simon/imago images: 129 o.; Ann-Christine Jansson/SZ Photo/laif: 129 u.

BESUCH BEIM KLASSENFEIND: ZB/dpa picture-alliance: 130 l., 132 l., 132 r., 134 l., 135, 136 l., 136 r., 138 l.; dpa picture-alliance/ullstein bild: 130/131, 131; Peter Seyffert/ulmago images: 133 o.; Harald Hauswald/Ostkreuz: 133 (2); Sven Simon/imago images: 134 o.; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: 134 r. u.; Sven Simon/SZ Photo: 137 o.; AP/ullstein bild: 137 l. u.; AP/dpa picture-alliance: 137 r. u.; Wieseles/AFP/Getty Images: 138 r.; Aram Radomski/akg-images: 139; dpa picture-alliance: 140 (2)

VERKAUF EINES LANDES: Zoonar/imago images: 142/143, 145 m., 146 m., 149 m., 150 m., 152 u.; Jockel Finck/AP/dpa picture-alliance: 143 o.; Peer Grimm/ZB/dpa picture-alliance: 145 o.; Hartmut Reeh/dpa picture-alliance: 145 u.; Heinz Wieseler/dpa picture-alliance: 146 o.; Konrad Adenauer Stiftung: 146 u.; Peter Kneffel/dpa picture-alliance: 149 l. o.; Eckehard Schulz/AP Photo/dpa picture-alliance: 149 r. o.; AP/ullstein bild: 149 u.; Paul Glaser/ZB/dpa picture-alliance: 150 o., 152 o.; Patrick Piel/Gamma-Rapho/Getty Images: 150 u.
»DIE MENSCHEN HABEN SICH SELBST GETÄUSCHT«: Andreas Pein/laif: 154; Christian Ditsch/imago images: 157

WERKSTATT: Katrin Trautner für GEOEPOCHE: 158 l. o.; Privat: 158 (4)

VORSCHAU: Pictorial Press Ltd/Alamy: 162; Sergio Anelli/Mondadori Portfolio/Getty Images: 163 l. o.; Bridgeman Images: 163 r. o.; United Archives International/imago images: 163 l. m.; GDA Newsroom/imago images: 163 l. u.; Banco de México Diego Rivera Frida Kahlo Museums Trust/VG Bild-Kunst, Bonn 2024/Fine Art Images/Bridgeman Images: 163 r. u.
RÜCKSEITE: Volker Döring, Bild RHG_Fo_VDoe.362/Robert-Havemann-Gesellschaft

Alle Fakten und Daten in dieser Ausgabe sind vom Verifikations- und Rechercheteam im Quality Board auf ihre Richtigkeit überprüft worden.

HELMUT SCHMIDT (1918–2015)

Der Sozialdemokrat übernimmt 1974 das Kanzleramt von Willy Brandt, der einen Kurs der Annäherung und Verständigung mit der DDR eingeschlagen hat

ERICH HONECKER (1912–1994)

Unter dem gebürtigen Saarländer wird die DDR – wie die Bundesrepublik – 1973 in die UN aufgenommen und begegnet dem Westen fortan auf Augenhöhe (KSZE-Konferenz, 1975)



DIE JAHRE DER TEILUNG

Auf den Trümmern des besiegten NS-Deutschland werden 1949 zwei Staaten gegründet, die sich lange feindlich belauern. Doch in den späten 1980er Jahren, als sich viele in Ost und West mit der Spaltung abgefunden haben, gerät die Nachkriegsordnung ins Wanken

TEXT: *Andreas und Stefan Sedlmair*

1945

8. Mai. Um 23.01 Uhr tritt die am Tag zuvor erklärte bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht in Kraft. Der Zweite Weltkrieg ist damit in Europa beendet.

5. Juni. Mit der „Berliner Deklaration“ übernehmen die vier Siegermächte Sowjetunion, USA, Großbritannien und Frankreich gemeinsam die Regierungsgewalt in Deutschland. Als höchstes Organ setzen sie den Alliierten Kontrollrat ein. Das deutsche Territorium in den Grenzen von 1937 teilen sie in vier Besatzungszonen auf, die jeweils von einer Siegermacht kontrolliert werden. Das inmitten der sowjet-

schen Zone (SBZ) liegende Berlin wird seinerseits in vier Besatzungszonen geteilt und einer gemeinsamen Militärkommandantur unterstellt.

17. Juli. Auf der Potsdamer Konferenz der Siegermächte kann sich der sowjetische Diktator Josef Stalin mit seinen Forderungen bezüglich der deutschen Ostgebiete weitgehend durchsetzen: Die Territorien jenseits der von Oder und Lausitzer Neiße gebildeten Linie sowie ein westlich der Oder gelegenes Gebiet mit der Stadt Stettin werden an Polen abgetreten (den Norden der vormaligen Provinz Ostpreußen hat Moskau für sich selbst vereinnahmt). In-

samt rund zwölf Millionen Deutsche kommen als Flüchtlinge oder Vertriebene ins verbliebene Deutschland.

3. September. Mit einer Reihe von Verordnungen beginnt in der SBZ eine Bodenreform: Großgrundbesitzer mit Höfen von über 100 Hektar Fläche werden entschädigungslos enteignet. Der Großteil des konfiszierten Bodens wird an Landarbeiter, Kleinbauern und Zuwanderer aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten verteilt, ein Drittel an Länder, Kreise und Gemeinden. Ab Juni 1946 folgt die Enteignung von 9281 gewerblichen Unternehmen, darunter 3843 Industriebetriebe.

1946

21. April. In der sowjetisch besetzten Zone schließen sich SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) zusammen. Alle wichtigen Posten sollen fortan paritätisch besetzt werden. Doch schon bald gelingt es den Kommunisten, die massiv von den sowjetischen Autoritäten unterstützt werden, die Macht innerhalb der neuen Partei an sich zu reißen.

30. August. Die Militärregierung in der französischen Zone begründet das später „Rheinland-Pfalz“ genannte Land. Seit 1945 erschaffen die vier Besatzungsmächte solche Länder, die Teile eines föderalen deutschen Staates werden sollen.

1. Oktober. In Nürnberg verkündet der von den Besatzungsmächten eingesetzte Internationale Militärgerichtshof die letzten von 22 Urteilen gegen als Hauptkriegsverbrecher angeklagte Vertreter des NS-Regimes. Die Richter verhängen in zwölf Fällen die Todesstrafe. Bis 1949 müssen sich in mehreren Folgeprozessen 177 weitere Vertreter des Regimes vor alliierten Richtern verantworten.

1948

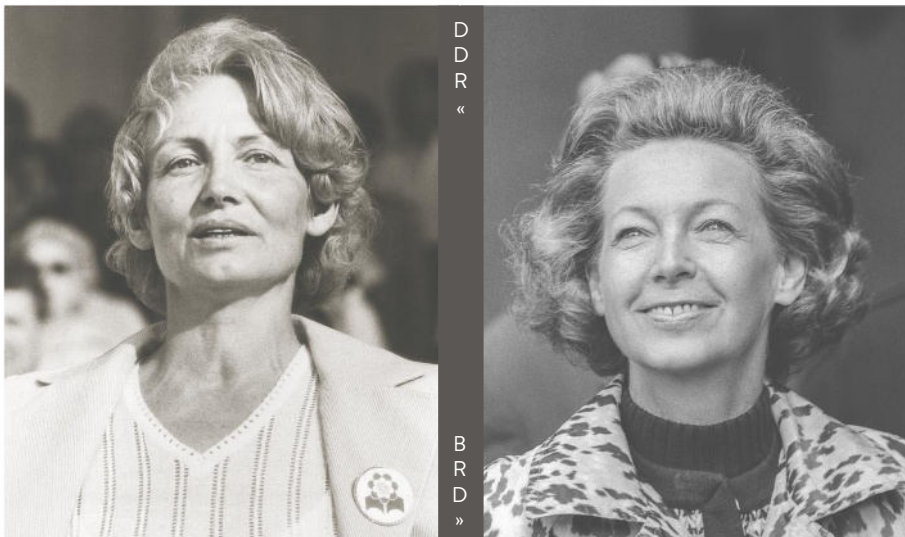
23. Februar. Die drei Westalliierten beraten ohne Beteiligung der UdSSR über das weitere Vorgehen in Deutschland und beschließen die Gründung eines Weststaates. Zudem sollen die Westzonen in den Marshall-Plan einbezogen werden, ein von den USA finanziertes Aufbauprogramm für Europa. Aus Protest gegen das eigenmächtige Vorgehen der

MARGOT HONECKER (1927–2016)

Nach einer Karriere als FDJ-Funktionärin und jüngste Abgeordnete in der Volkskammer der DDR steigt die gelernte kaufmännische Angestellte 1963 zur Volksbildungsministerin auf, ein Amt, das sie bis 1989 behält. Seit 1953 mit Erich Honecker verheiratet, gilt sie als intelligent, einflussreich – und dogmatisch hart, etwa in ihrem auf Anpassung ausgerichteten Bildungsideal

RUT BRANDT (1920–2006)

An der Seite ihres Mannes Willy Brandt, den die Norwegerin während dessen Exils in Skandinavien kennengelernt hat, erlangt Rut Brandt eigene Prominenz in der BRD. Sie ist die elegante, fröhlich-charmante, bei sehr vielen beliebte Gattin des Kanzlers: eine First Lady, die durch ihre repräsentativen Aufgaben zu einer zentralen Figur im gesellschaftlichen Leben der Bundesrepublik wird



Westmächte tritt die Sowjetunion am 20. März aus dem Alliierten Kontrollrat aus, der nun seine Tätigkeit einstellt.

20. Juni. In der Trizone, dem Zusammenschluss der drei westlichen Besatzungszonen, erfolgt eine Währungsreform. Schon am nächsten Tag gilt die D-Mark dort als alleiniges Zahlungsmittel. Zwei Tage später etablieren die sowjetischen Besatzer auch in ihrer Zone eine eigene Währung.

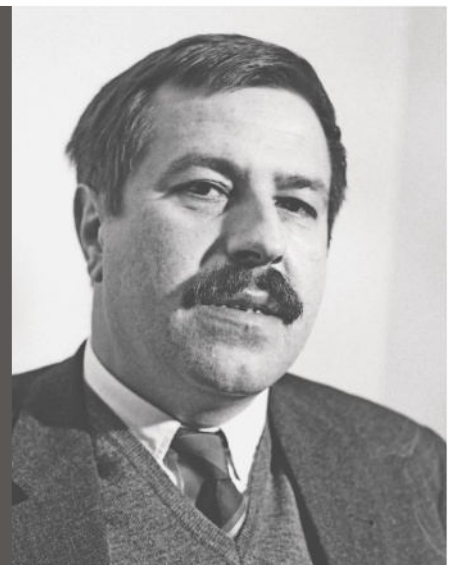
24. Juni. Als Reaktion auf die Ausdehnung der Währungsreform auf Westberlin riegelt die Sowjetunion alle Transportwege in den Westteil der einstigen Reichshauptstadt ab. Um die etwa 2,1 Millionen Einwohner zu versorgen, richten die Westalliierten zwei Tage später eine Luftbrücke ein. Die Blockade bleibt deshalb erfolglos, Moskau bricht sie am 12. Mai 1949 ab.

1. September. In Bonn tritt der Parlamentarische Rat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Das Gremium ist von den westlichen Besatzungsmächten autorisiert worden, eine demokratische Verfassung für einen föderalen Staat auszuarbeiten, der aus den elf neu geschaffenen Ländern auf dem Territorium der drei Westzonen gebildet werden soll. Die stimmberechtigten Mitglieder sind zuvor von den jeweiligen Landesparlamenten gewählt worden, den Vorsitz hat Konrad Adenauer. Als Politiker der stark katholisch geprägten Zentrums-partei war er von 1917 bis 1933 Oberbürgermeister von Köln. Nach Kriegsende gehörte er zu den Gründern der CDU.



DDR «

» BRD



CHRISTA WOLF (1929–2011)

Ihren Durchbruch feiert die Autorin 1963 mit der Erzählung »Der geteilte Himmel«, in der ein junges Liebespaar durch den Bau der Berliner Mauer getrennt wird. Politisch gibt sich die bekannteste Vertreterin der ostdeutschen Literatur staatstreu – aber nicht unkritisch. So unterzeichnet sie 1976 den Protestbrief gegen die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermanns

GÜNTER GRASS (1927–2015)

In seinem Debütroman »Die Blechtrommel« (1959) lässt der Danziger Kaufmannssohn das ewige Kind Oskar Matzerath von den Katastrophen des 20. Jahrhunderts erzählen. Das Buch etabliert Grass als eine der wichtigsten literarischen Stimmen in der Bundesrepublik. Zugleich engagiert sich der Schriftsteller in gesellschaftlichen Debatten – zumeist aufseiten der SPD

1949

25.–28. Januar. Auf ihrer 1. Parteikonferenz richtet sich die SED politisch neu aus: Sie sieht sich nun als marxistisch-leninistische Partei nach Vorbild der sowjetischen KP. Mächtigster Mann der SED ist Walter Ulbricht. Bereits in der Weimarer Republik als KPD-Funktionär aktiv, war er ab 1933 im Exil, ab 1938 in Moskau. Von dort wurden er und weitere Kommunisten kurz vor Kriegsende nach Deutschland eingeflogen, um beim Aufbau eines Regimes nach sowjetischen Vorstellungen zu helfen.

23. Mai. Nachdem das Einverständnis der drei westlichen

Militärgouverneure vorliegt und fast alle Landesparlamente die Annahme beschlossen haben, verkündet der Parlamentarische Rat das „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“, das mit Ablauf des Tages in Kraft tritt – ein neuer Staat auf dem Gebiet der Westzonen ist gegründet.

14. August. Die erste Wahl zum Deutschen Bundestag wird abgehalten. Im Ergebnis bildet die CDU mit ihrer bayerischen Schwesterpartei CSU die stärkste Fraktion, knapp vor der SPD. Am 15. September wählt das Parlament Konrad Adenauer zum ersten Bundeskanzler.

7. Oktober. Mit Stalins Genehmigung erklärt sich der Deutsche Volksrat in Ostberlin zur „Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik“. Damit existiert ein zweiter deutscher Staat auf dem Gebiet des früheren Deutschen Reiches.

1950

8. Februar. Die Provisorische Volkskammer beschließt die Einrichtung eines Ministeriums für Staatssicherheit, das schnell zum wichtigen Herrschaftsinstrument der SED wird.

15. Oktober. Die Bürger der DDR sind zum ersten Mal auf-

DDR
«BRD
»**ANGELICA DOMRÖSE (GEB. 1941)**

Ihr berühmtester Film wäre fast nicht in die Kinos gekommen. Erst als Erich Honecker 1973 persönlich grünes Licht gibt, darf sich das Publikum »Die Legende von Paul und Paula« ansehen. Die Liebesgeschichte zwischen der alleinerziehenden Mutter Paula (Domröse) und dem verheirateten Paul (Winfried Glatzeder), die aus der sozialen Enge der DDR ausbrechen, trifft den Nerv einer Generation

HANNA SCHYGULLA (GEB. 1943)

Egal, ob »Effi Briest«, »Maria Braun« oder die »Joanna« in »Liebe ist kälter als der Tod«: In den Filmen ihres Entdeckers, des Regisseurs Rainer Werner Fassbinder, übernimmt die gebürtige Oberschlesierin immer wieder die zentralen Frauenfiguren. In den 1970er und 1980er Jahren zählt Schygulla zu den erfolgreichsten Schauspielerinnen der Bundesrepublik

gerufen, die Abgeordneten zur Volkskammer zu wählen, dem Parlament ihres Staates. Dabei können sie aber lediglich über eine Einheitsliste der »Nationalen Front« abstimmen, in der sich die SED, alle übrigen Parteien und einige Massenorganisationen zusammengeschlossen haben. Laut offiziellem (jedoch gefälschtem) Wahlergebnis stimmen bei einer Beteiligung von 98,7 Prozent 99,7 Prozent der Wähler für die Einheitsliste. Bei ihrem ersten Zusammen-

treten bestätigt die Volkskammer den ehemaligen SPD-Politiker Otto Grotewohl als Chef der nun »Ministerrat der DDR« genannten Regierung. Aber weder diese noch das Parlament erlangen echte politische Bedeutung, vielmehr setzen sie vor allem die Beschlüsse des SED-Politbüros um.

26. Oktober. Eine nach ihrem Leiter »Amt Blank« genannte Dienststelle nimmt in Bonn die Arbeit auf: Sie soll die Aufstel-

lung eigener Streitkräfte der Bundesrepublik vorbereiten. Zwar hatten sich die Alliierten nach Kriegsende auf eine Entmilitarisierung Deutschlands verständigt, doch hatten die Westmächte bald die auch von Kanzler Adenauer unterstützte Wiederbewaffnung Westdeutschlands befürwortet. Gegen die geplante Armee-gründung regt sich in Teilen der Bevölkerung massiver Protest, auch von Seiten der oppositionellen SPD.

1951

1. Januar. In der DDR tritt der erste Fünfjahrplan in Kraft. Nach dem Vorbild der UdSSR hat die Staatliche Plankommission Ziele für die wirtschaftliche, soziale, technische und kulturelle Entwicklung des Landes vorgegeben. Ein Kernpunkt ist der Ausbau der Schwerindustrie, während die Konsumgüterproduktion vernachlässigt wird. Die ehrgeizigen Vorgaben des Plans werden allerdings nicht

erreicht. Derweil nimmt in der Bundesrepublik das „Wirtschaftswunder“ Fahrt auf: Bei konstant hohen Wachstumsraten und schnell sinkender Arbeitslosigkeit wächst der materielle Wohlstand der Westdeutschen unerwartet schnell. Zwar steigt auch in der DDR der Lebensstandard, kann aber mit der Entwicklung im Westen nicht mithalten.

1952

26. Mai. Auf Betreiben der Sowjetbehörden verfügt die DDR-Regierung, die Grenze zu Westdeutschland auszubauen. Die Flucht unzufriedener DDR-Bürger in den Westen können die Maßnahmen jedoch nicht verhindern. Denn in Berlin, über die Sektorengrenze zum Westteil der Stadt, ist die „Republikflucht“ nach wie vor fast problemlos möglich.

25. Juli. Die nach Kriegsende in der SBZ gegründeten und in der DDR weiterbestehenden Länder werden aufgelöst. Stattdessen richtet Ostberlin 14 Bezirke ein, die nurmehr reine Verwaltungseinheiten in einem zentralistisch strukturierten Staat darstellen.

1953

17. Juni. Ein am Vortag begonnener Streik von Bauarbeitern in Ostberlin, die gegen eine im Mai verfügte Erhöhung der Arbeitsnormen protestieren, weitet sich zu einem Volksaufstand gegen das SED-Regime aus. Nur mithilfe sowjetischer Panzer können die Machthaber die Revolte niederwerfen. Die Partei, die im Vorjahr den „planmäßigen Ausbau des Sozialismus“ ausgerufen hatte,

nimmt nun manche dazu eingeleitete Maßnahme zurück, verzichtet vor allem darauf, die Kollektivierung der Landwirtschaft weiter voranzutreiben.

1954

25. März. Moskau verkündet die volle staatliche Souveränität der DDR. Bonn weigert sich jedoch, die DDR als Staat anzuerkennen, und nimmt für sich das Alleinvertretungsrecht für alle Deutschen in Anspruch. Ein Vertrag, mit dem ihrerseits die westlichen Besatzungsmächte der Bundesrepublik die Souveränität zusprechen, war bereits 1952 ausgehandelt worden, aber nicht in Kraft getreten, erst

1955 erlangt dieser sogenannte Deutschlandvertrag (in überarbeiteter Fassung) Geltung.

4. Juli. Im Berner Wankdorfstadion trifft die Fußballnationalmannschaft der BRD im Finale der Weltmeisterschaft auf Ungarn. Mit 3:2 gewinnen die Deutschen das Spiel und holen den Titel. In die Euphorie über das „Wunder von Bern“ mischen sich auch Stolz und Erleichterung, nach Nationalsozialismus und Weltkrieg wieder internationale Anerkennung zu erleben.

1955

14. Mai. In der Hauptstadt Polens wird der „Warschauer

Pakt“ geschlossen, mit dem ein militärisches Bündnis sozialistischer Staaten unter Führung der Sowjetunion entsteht, dem auch die DDR angehört. Damit reagiert der Ostblock auf die Aufnahme der Bundesrepublik in die Nato, das von den USA dominierte westliche Militärbündnis, wenige Tage zuvor.

22. November. Mit einem offiziellen Akt wird die Gründung der bundesrepublikanischen Streitkräfte begangen. Den Namen „Bundeswehr“ erhalten sie allerdings erst im folgenden Jahr. Bald darauf wird zudem die allgemeine Wehrpflicht für Männer eingeführt.

WOLF BIERMANN (GEB. 1936)

Der Sohn eines in Auschwitz ermordeten jüdischen Kommunisten zieht als 16-Jähriger aus Hamburg in die DDR, wo er später unter anderem mit kritischen Liedern und Gedichten auf sich aufmerksam macht. 1965 erteilt ihm die SED ein Auftrittsverbot. Im November 1976 folgt die Ausbürgerung (Biermann ist da auf Tournee im Westen). Die Aktion löst eine Protestwelle aus – und einen Exodus vieler weiterer DDR-Künstler

FRANZ JOSEF DEGENHARDT (1931–2011)

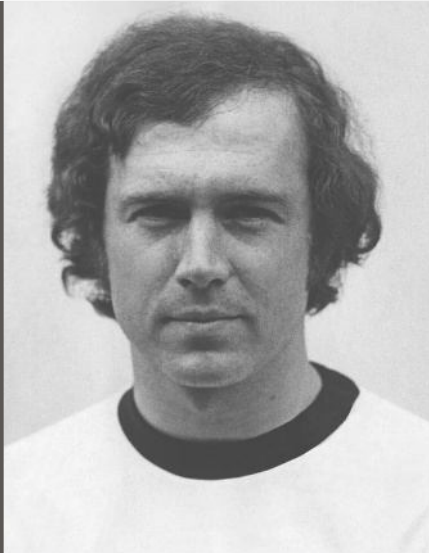
Der bekannteste politische Liedermacher der Bundesrepublik ist ebenfalls Kommunist. Doch während sich Wolf Biermann angesichts der Unfreiheit in der DDR immer mehr vom Sozialismus entfremdet, wird Degenhardt 1978 sogar DKP-Mitglied. Sein großes Thema sind die Abgründe hinter der westdeutschen Spießigkeit (»Spiel nicht mit den Schmuttelkindern«)





DDR «

BRD »

**JÜRGEN SPARWASSER (GEB. 1948)**

Mit seinem Siegtor im einzigen deutsch-deutschen A-Länderspiel wird der DDR-Stürmer bei der Fußball-WM 1974 zum gefeierten Helden. Den Titel holt sich am Ende aber die gastgebende Mannschaft der Bundesrepublik – auch weil die DDR durch ihren Triumph über die BRD in der zweiten Runde auf die härteren Gegner trifft. Sparwasser flieht 1988 bei einem Gastspiel in Saarbrücken in den Westen

FRANZ BECKENBAUER (1945–2024)

Aufgewachsen im Münchner Arbeiter-viertel Giesing, beherrscht der »Kaiser« den Fußballplatz mit majestätischer Eleganz. Den FC Bayern München führt er zu 13 Titeln, mit der Nationalelf wird er Welt- und Europameister. Als Trainer gewinnt er 1990 die WM und prophezeit: Auch dank der Spieler aus Ostdeutschland werden »wir für die nächsten Jahre nicht zu besiegen sein«. Es kommt anders

1956

18. Januar. Auch die DDR bekommt offiziell eigene Streitkräfte: Die Volkskammer beschließt die Gründung der Nationalen Volksarmee (NVA). Sie entwickelt sich zu einer der schlagkräftigsten Armeen innerhalb des Warschauer Pakts. Die Wehrpflicht führt die DDR 1962 ein.

1957

25. März. Bundeskanzler Adenauer unterzeichnet in Rom ein Abkommenbündel, an dem außer der BRD Italien, Frankreich, die Niederlande, Belgien und Luxemburg beteiligt sind. Die „Römischen

Verträge“ regeln die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), aus der die heutige Europäische Union (EU) hervorgehen wird.

1960

Anfang des Jahres startet die DDR-Führung eine Kampagne, um die Kollektivierung der Landwirtschaft vollständig umzusetzen. Mit Überredung, Versprechen, oft auch mit Drohungen werden Bauern, die bislang noch nicht Mitglied einer „landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft“ (LPG) sind, zum offiziell „freiwilligen“ Beitritt gedrängt. Im April vermeldet die Regierung vollständige

Kollektivierung. Tausende Landwirte entscheiden sich angesichts des Verlustes ihrer Selbstständigkeit zur Flucht.

1961

13. August. Ostdeutsche Polizisten riegeln Westberlin vom Osten der Stadt und dem Umland ab und beginnen zwei Tage später mit dem Bau einer Mauer. Die letzte ungefährlie Möglichkeit zur Flucht aus der DDR ist nun versperrt. Fortan erkennen USA und UdSSR stillschweigend den Status quo an: Ostberlin ist de facto Teil der DDR, Westberlin weitgehend einem Land der Bundesrepublik gleichgestellt.

27. November. Bergleute aus der Türkei erreichen den Flughafen Düsseldorf: die ersten türkischen „Gastarbeiter“ in Deutschland. Im Monat zuvor haben sich Bonn und Ankara auf Bedingungen für den Einsatz türkischer Arbeitskräfte in Deutschland geeinigt. Ähnliche Vereinbarungen existieren bereits mit Ländern wie Italien oder Griechenland. Die Nachfrage der westdeutschen Industrie nach Arbeitern aus dem Ausland wird maßgeblich dadurch verstärkt, dass seit dem Mauerbau der Strom von Flüchtlingen aus der DDR größtenteils versiegt ist.

1962

30. November. Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß muss nach öffentlichem Druck sein Amt als Bundesverteidigungsminister niederlegen. Als die Bundesstaatsanwaltschaft die Redaktionsräume des Hamburger Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ durchsuchen und Redakteure verhaften ließ, da das Blatt über vertrauliche Pläne der Bundeswehr berichtet hatte, sorgte Strauß persönlich dafür, dass ein Autor des Textes in Spanien festgesetzt wurde – ohne rechtliche Grundlage. Dieser Angriff auf die Pressefreiheit führte zu Protesten, auch vom Koalitionspartner FDP. Die Verfahren gegen die Journalisten werden bis 1965 eingestellt. Strauß setzt seine politische Karriere nach der „Spiegel-Affäre“ fort.

1963

11. Juli. Das „Neue ökonomische System der Planung und Leitung“ wird in der DDR publik gemacht. Das vom SED-

Chef initiierte Reformprogramm soll den Betrieben mehr Gestaltungsfreiheit eröffnen. Doch viele SED-Funktionäre sehen dadurch die Autorität der Partei gefährdet. Weitere von Ulbricht angestoßene Reformen, die Lockerungen in der Jugend- und der Kulturpolitik vorsehen, werden gleichfalls von Teilen der SED-Spitze abgelehnt. Die Hardliner sammeln sich um das Politbüro-Mitglied Erich Honecker, zuvor einer von

Ulbrichts engsten Gefolgsleuten. Die Wirtschaftsreform erweist sich zunächst als erfolgreich.

15. Juli. Auf einer Veranstaltung im oberbayerischen Tutzing erläutert der SPD-Politiker Egon Bahr ein Konzept zur friedlichen Koexistenz der zwei deutschen Staaten, das den „Wandel durch Annäherung“ propagiert. Anstelle der konfrontativen Politik der Adenauer-Regierung solle

der Ausgleich mit der DDR-Führung gesucht werden, um die deutsch-deutsche Grenze durchlässig zu machen.

15. Oktober. Konrad Adenauers Kanzlerschaft endet. Nach 14 Jahren und drei Wiederwahlen hat der 87-Jährige seinen Rücktritt erklärt. Nachfolger wird der langjährige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, der als „Vater des Wirtschaftswunders“ in der Bevölkerung beliebt ist.

20. Dezember. In Frankfurt am Main beginnt ein Prozess gegen 22 Angeklagte, denen schwere Verbrechen im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz zur Last gelegt werden. Nach knapp zwei Jahren ergehen die Urteile: Sechs der Männer müssen lebenslang ins Gefängnis, 13 erhalten kürzere Freiheitsstrafen, drei werden aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Der erste Frankfurter Auschwitz-Prozess, dem noch weitere folgen, trägt

KATARINA WITT (GEB. 1965)

Erfolgreiche Sportlerinnen produziert die DDR in Serie, doch die Olympiasiegerin bei den Winterspielen von Sarajevo (1984) und Calgary (1988) ist trotzdem eine Besonderheit. Denn die Eiskunstläuferin Katarina Witt, »das schönste Gesicht des Sozialismus«, glänzt mit einem Starappeal, der auch im Ausland wirkt. Vom DDR-Regime erhält Witt Privilegien – und wird von der Stasi überwacht

STEFFI GRAF (GEB. 1969)

Im Tennis überlässt die DDR dem Westen quasi kampflos das Feld, als zu wenig gewinnversprechend gilt der Sport dem Regime. In der Bundesrepublik dagegen löst Steffi Graf (gemeinsam mit Boris Becker) einen beispiellosen Tennisboom aus. 1988 vollbringt Graf eine bis heute unerreichte Leistung: Sie gewinnt alle vier Grand-Slam-Turniere und zudem die Goldmedaille bei Olympia



DDR
«

BRD
»



DDR
»BRD
«**JOSEPH BEUYS (1921–1986)**

Der in Krefeld am Niederrhein Geborene gilt als einer der bedeutendsten Künstler der BRD – und als einer der umstrittensten. Beuys, der vor allem abstrakte Objekte etwa aus Filz und Fett erschafft und zudem performanceartige »Aktionen« inszeniert, propagiert einen erweiterten Kunstbegriff: Auch politisches Engagement sei schöpferisch. Sein Kampf gegen alte, unfreie Strukturen führt 1985 wohl auch zu einem Einreiseverbot in die DDR

WALTER MOMACKA (1925–2010)

20 Jahre lang, von 1968 bis 1988, leitet der Maler und Grafiker (hier ein Selbstporträt) die Kunsthochschule in Berlin-Weißensee und prägt so die Kunst der DDR, besonders den vorherrschenden Stil des Sozialistischen Realismus. Die Nähe zum Regime bringt ihm den Ruf des »Staatskünstlers« ein – sein Gemälde »Am Strand«, die Darstellung eines Paares am Meer, zählt dennoch zu den populärsten Kunstwerken Ostdeutschlands

erheblich dazu bei, die in der Bundesrepublik weitgehend unterdrückte Aufarbeitung der NS-Vergangenheit ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

1964

14. Oktober. Eine Gruppe von Spitzenfunktionären der KPdSU stürzt Parteichef Nikita Chruschtschow, ihm folgt Leonid Breschnew. Hatte Chruschtschow Ulbrichts

Wirtschaftsreform unterstützt, so steht der neue starke Mann in Moskau dem SED-Führer äußerst kritisch gegenüber. Stattdessen gibt Breschnew Honecker Rückhalt bei dessen wachsendem Machtstreben.

1965

15.–18. Dezember. Auf einer später „Kahlschlag-Plenum“ genannten Tagung des Zentralkomitees der SED wird harsche

Kritik an Ulbrichts Kulturreform geäußert. Der Parteichef reagiert, indem er die Forderungen seiner Gegner spontan übernimmt und so seine eigene Position und die Wirtschaftsreform rettet. Die zwischenzeitliche Liberalisierung indes wird zurückgenommen.

1966

30. November. Ludwig Erhard tritt zurück. Im Vorjahr noch

überzeugend wiedergewählt, stürzt der Bundeskanzler nun über die erste Wirtschaftskrise seit Gründung der BRD. Kurt Georg Kiesinger, CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg und nach harten innerparteilichen Kämpfen der Kandidat seiner Partei für Erhards Nachfolge, hat bereits eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD vereinbart, mit deren Stimmen im Bundestag er am 1. Dezember zum Bundes-

kanzler gewählt wird. Der Sozialdemokrat Willy Brandt, bis dahin Regierender Bürgermeister von Westberlin, wird Vizekanzler und Außenminister.

1968

11. April. Der rechtsradikale Hilfsarbeiter Josef Bachmann schießt in Westberlin dreimal auf Rudi Dutschke, den Chefileologen des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), der schwer verletzt überlebt. Dutschke ist Galionsfigur der „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO), einer vor allem von Studenten getragenen linken Protestbewegung. Die zunehmend radikale, von marxistischen Ideen beeinflusste Kritik der Studenten richtet sich etwa gegen das Vorhaben der Regierung, mit „Notstandsgesetzen“ Grundrechte einzuschränken, vor allem aber gegen den Krieg der USA in Vietnam, der von der Bundesregierung politisch unterstützt wird.

1969

28. September. SPD und FDP erringen bei der Bundestagswahl die Mehrheit der Sitze im Parlament – und bilden bald darauf eine Koalitionsregierung. Außenpolitischer Schwerpunkt des neuen Kanzlers Willy Brandt ist die Ostpolitik. In der DDR vertieft die Frage, wie mit der neuen Führung in der Bundesrepublik umzugehen sei, die Spaltung in der SED-Spitze nochmals. Parteichef Ulbricht hält eine Annäherung an die westdeutschen Sozialdemokraten für denkbar, während seine Gegner um Erich Honecker auch die Brandt-Regierung als Vertreter des kapitalistischen

Klassenfeinds ansehen. Rücken- deckung erhalten sie aus Moskau: Die sowjetische Führung will vor allem jedes eigenmächtige Vorgehen der DDR in der Deutschlandpolitik unterbinden.

1970

19. März. Brandt und Willi Stoph, der Vorsitzende des DDR-Ministerrats, treffen sich zu einem Meinungsaustausch in Erfurt. Die viel beachtete Zusammenkunft sowie ein weiteres Treffen zwei Monate später in Kassel bleiben letztlich ergebnislos: Die DDR-Seite beharrt auf der völkerrechtlichen Anerkennung ihres Staates durch die BRD, die Brandt

jedoch nicht zugestehen kann. Die Blockadehaltung folgt einer Anweisung aus der Sowjetunion, denn deren Führung um Leonid Breschnew will zunächst selbst ein Abkommen mit der Brandt-Regierung aushandeln. Mit dem im August geschlossenen „Moskauer Vertrag“ vereinbaren die UdSSR und die BRD gegenseitigen Gewaltverzicht; Westdeutschland erkennt unter anderem die bei Kriegsende von den Alliierten vereinbarte deutsch-polnische Grenze an.

7. Dezember. Bei einem Besuch in der polnischen Hauptstadt geht Bundeskanzler Brandt vor dem Mahnmahl für den Aufstand der Juden im

Warschauer Ghetto 1943 auf die Knie. Die Geste, mit der er die historische Schuld der Deutschen anerkennt, sorgt international für Aufsehen, verschafft Brandt viel Anerkennung und ebenso die wütende Ablehnung konservativer Kreise im eigenen Land. Für seine Entspannungspolitik wird er 1971 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

1971

3. Mai. Auf einer Tagung des Zentralkomitees (ZK) der SED bittet Walter Ulbricht darum, ihn aus Altersgründen von seiner Funktion als Erster Sekretär des ZK zu entbinden. Er schlägt Erich Honecker als

ANNE-ROSE NEUMANN (1935–2016)

Das Datum ist bewusst gewählt: Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, verliert die frühere Tänzerin und Kabarettistin Anne-Rose Neumann im Jahr 1963 im DDR-Fernsehen die Nachrichten – als erste Frau Europas. Eine Premiere, die im gesellschaftlichen Trend liegt: In Ostdeutschland sind damals, vom Staat gewollt, weitaus mehr Frauen berufstätig als im Westen

DAGMAR BERGHOFF (GEB. 1943)

Gegen Widerstände in den öffentlichen Anstalten und beim Publikum wird die Schauspielerin und Hörfunksprecherin 1976 zur ersten weiblichen Stimme der bekanntesten westdeutschen Nachrichtensendung »Tagesschau«. Weithin gilt in dieser Zeit Politik noch als männliche Domäne – und ebenso die Berichterstattung darüber. Doch Berghoff etabliert sich schnell. Und bleibt 23 Jahre



DDR
«



BRD
»

seinen Nachfolger vor. Tatsächlich gibt Ulbricht seine Macht keineswegs freiwillig auf: Auf Drängen der SED-Funktionäre um Honecker hat KPdSU-Chef Breschnew seine Zustimmung gegeben, Ulbricht zum Rücktritt zu zwingen. Honecker führt umgehend eine Korrektur des wirtschaftspolitischen Kurses durch. Fortan soll das materielle Wohlergehen der Bevölkerung stärker im Mittelpunkt stehen. Die Finanzierung der bald tatsächlich ver-

Kampfgenossen freizupressen. Bei einem Befreiungsversuch durch die Polizei kommen alle Geiseln, ein Beamter und fünf Attentäter ums Leben. Die Sportwettkämpfe werden bereits am 6. September wieder aufgenommen.

21. Dezember. Im „Grundlagenvertrag“ erkennen sich die Bundesrepublik und die DDR gegenseitig als souveräne Staaten an. Sie sichern die Unverletzlichkeit der bestehenden

Kinder: Die BRD ist de facto zum Einwanderungsland geworden. Die DDR, die Öl aus der Sowjetunion bezieht, ist von der Krise nicht direkt betroffen. Umso schwerer wiegen jedoch die langfristigen Folgen: Die Sowjetunion verkauft angesichts der dauerhaft gestiegenen Weltmarktpreise ihr Erdöl vermehrt für Devisen an westliche Staaten und erhöht nach und nach auch die Preise, die sie von der DDR verlangt. Damit aber wächst die Ver-

der Menschenrechte. Oppositionelle in osteuropäischen Staaten können sich von nun an darauf berufen.

16. November. Die DDR bürgert den regimiekritischen Liedermacher und Lyriker Wolf Biermann aus, der sich gerade auf Konzertreise in der Bundesrepublik befindet. Auf Proteste im eigenen Land reagieren die SED-Führer mit Strafen und Schikanen. Und drängen mit ihrer harten Haltung viele Bürgerinnen und Bürger in eine grundsätzliche Opposition zum Staat – und oftmals auch zur Ausreise.

DER REFERENT VON BUNDESKANZLER WILLY BRANDT ENTPUPPT SICH ALS DDR-SPION

besserten Versorgung mit Konsumgütern kann die DDR-Führung jedoch nur durch zunehmende Verschuldung im Ausland bewerkstelligen.

1972

3. Juni. Das „Transitabkommen“ tritt in Kraft, ein Vertrag zwischen BRD und DDR, in dem der Personen- und Güterverkehr zwischen Westdeutschland und Westberlin geregelt wird. Durch die hohe Gebührenpauschale, die die BRD fortan an die DDR entrichtet, entwickelt sich der Transitverkehr für den ostdeutschen Staat zu einer der wichtigsten Devisenquellen.

5. September. Während der Olympischen Sommerspiele in München töten palästinensische Terroristen zwei Mitglieder der israelischen Mannschaft und nehmen neun weitere als Geiseln, vor allem um mehr als 200 in Israel inhaftierte

Grenze zu und vereinbaren die Eröffnung „ständiger Vertretungen“ in der Hauptstadt des jeweils anderen Landes.

1973

25. November. Am ersten von vier autofreien Sonntagen, die die Bundesregierung per Gesetz verhängt hat, nutzen viele Bürgerinnen und Bürger das Fahrverbot, um etwa Spaziergänge auf Autobahnen zu unternehmen. Auslöser waren gedrosselte Fördermengen mehrerer arabischer Staaten und die daraufhin rapide steigenden Erdölpreise. Die Regierung nutzt die Ölkrise auch als Vorwand, um die inzwischen als volkswirtschaftlich unrentabel eingeschätzte Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte zu stoppen. Zwar nimmt daraufhin die Zahl der „Gastarbeiter“ deutlich ab, die Zahl der Ausländer in Deutschland steigt dennoch, vor allem durch Familiennachzug und hier geborene

schuldung des ostdeutschen Staates noch schneller.

1974

24. April. Günter Guillaume, persönlicher Referent von Bundeskanzler Brandt, wird als DDR-Agent verhaftet. Brandt erklärt in der Folge am 6. Mai 1974 seinen Rücktritt. Neuer Regierungschef wird der bisherige Bundesfinanzminister Helmut Schmidt.

1. August. Helsinki. Staats- und Regierungschefs aus den USA, Kanada und 33 europäischen Staaten unterzeichnen die „Helsinki-Schlussakte“ und beenden damit die Verhandlungen der ersten blockübergreifenden „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE). Sie bekennen sich darin zur Anerkennung der bestehenden Grenzen auf dem Kontinent, zum Prinzip der Nichteinmischung und zur Einhaltung

1977

18. Oktober. Nach der Befreiung der von palästinensischen Terroristen entführten Luft-hansa-Maschine „Landshut“ durch ein Kommando der bundesdeutschen Spezialeinheit GSG 9 begehen die inhaftierten Anführer der linksradikalen Terrorgruppe „Rote Armee Fraktion“ – Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan-Carl Raspe – im Gefängnis Stammheim Suizid. Am folgenden Tag wird im Kofferraum eines Pkw in Mülhausen die Leiche des am 5. September entführten Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer entdeckt. Die Ereignisse gehen als „Deutscher Herbst“ in die Erinnerung der Bundesbürger ein.

1979

12. Dezember. Die Außen- und Verteidigungsminister der Nato-Staaten verabschieden den „Nato-Doppelbeschluss“. Der fordert Verhandlungen mit der UdSSR über den Abbau sowjetischer Mittelstreckenraketen,

droht aber für den Fall des Scheiterns der Gespräche damit, Ende 1983 atomare Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren. Der Beschluss führt in vielen westeuropäischen Ländern zum Erstarken der Friedensbewegung, die gegen die angedrohte Nachrüstung protestiert.

1981

11.–13. Dezember. Bundeskanzler Helmut Schmidt trifft

in der DDR mit SED-Chef Erich Honecker zusammen. Während des Arbeitsbesuches verhindert die Stasi mit massivem Aufwand jeden Kontakt des Gastes aus dem Westen mit der Bevölkerung.

1982

1. Oktober. Nachdem die sozialliberale Koalition von SPD und FDP zerbrochen ist, löst Helmut Kohl, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU,

mittels eines konstruktiven Misstrauensvotums Helmut Schmidt als Bundeskanzler ab und regiert nun seinerseits in Koalition mit der FDP. Die vorgezogene Bundestagswahl im März 1983 bestätigt Kohl im Amt. Zugleich zieht eine neue politische Kraft ins westdeutsche Parlament ein: die 1980 gegründete Partei „Die Grünen“, die vor allem aus der Friedens- und der Anti-Atomkraft-Bewegung hervorgegangen ist.

1983

29. Juni. Die Bundesregierung gibt bekannt, dass sie die Bürgschaft für einen Kredit über eine Milliarde D-Mark übernimmt, den westdeutsche Banken der DDR gewähren. Eingefädelt haben das Geschäft der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß und Alexander Schalck-Golodkowski, Staatssekretär im Außenhandelsministerium der DDR. Der Milliardenkredit trägt ebenso wie ein ähnlich

NINA HAGEN (GEB. 1955)

Die Tochter der DDR-Schauspielerin Eva-Maria Hagen wird geprägt von ihrem regimekritischen Ziehvater Wolf Biermann. Nach Schulabbruch nutzt sie ihr musikalisches Talent für eine Karriere als eigenwillige Schlagersängerin (»Du hast den Farbfilm vergessen«), wird zum Idol der Jugend. 1976 siedelt sie in die BRD über und hat auch dort Erfolg als extravagante Künstlerin mit Punk-Attitüde

NENA (GEB. 1960)

Gabriele Susanne Kerner, genannt Nena, wird als Frontfrau der gleichnamigen Band zum größten deutschen Popstar der 1980er Jahre. Der Song »99 Luftballons«, ein Antikriegslied, das in der Hochphase des Ost-West-Gegensatzes die Stimmung des Publikums trifft, erklimmt nicht nur in Westdeutschland höchste Chartpositionen, sondern reüssiert sogar in Großbritannien und den Vereinigten Staaten



DDR
«

BRD
»



hohes Darlehen im folgenden Jahr dazu bei, die Finanzkraft der DDR zu sichern, doch kann er den Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft nicht aufhalten.

1987

7. September. Als erster DDR-Staatschef reist Erich Honecker zu einem Besuch in die Bundesrepublik, wo er von Bundeskanzler Helmut Kohl

demonstration“ folgen nun im Wochenabstand weitere. Am 2. Oktober nehmen bereits rund 20 000 Demonstranten an der Kundgebung teil und skandieren unter anderem die Parole „Wir sind das Volk“.

9. Oktober. Nur zwei Tage nach den Feierlichkeiten zum 40. Gründungstag der DDR gehen in Leipzig mehr als 70 000 Demonstranten auf die Straße. Die sechste Mon-

Übergangsstellen zu öffnen. Die Berliner Mauer, das wohl wichtigste Symbol des Kalten Krieges, ist damit gefallen – auch weil die sowjetischen Truppen nicht eingreifen.

27. November. Erstmals sind auf der Leipziger Montagsdemonstration Rufe zu hören, die eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten fordern. Parolen wie „Wir sind ein Volk“ und „Deutschland, einig Vater-

parteien und die Mehrheit der Bevölkerung, statt einer schnellen Wiedervereinigung eine Reform der DDR gefordert haben.

5. Mai. In Bonn kommen die Außenminister der beiden deutschen Staaten sowie der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs zu den „Zwei-plus-Vier-Gesprächen“ zusammen. Trotz des anfangs starken Widerstands der Sowjetunion wird in dem am 12. September unterzeichneten Abschlussdokument dem zukünftigen wiedervereinigten deutschen Staat die „volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten“ und die freie Bündniswahl zugestanden. Zugleich wird festgelegt, dass die ehemaligen Ostgebiete endgültig nicht Teil Deutschlands sind.

1. Juli. Der Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion tritt in Kraft. Das von Vertretern beider Staaten ausgehandelte Dokument führt die D-Mark als Zahlungsmittel in der DDR ein.

31. August. Die Bundesrepublik und die DDR schließen den „Einigungsvertrag“, der das Datum und das staatsrechtliche Prozedere der Wiedervereinigung festlegt.

3. Oktober. Wie im Einigungsvertrag vorgesehen, gründen BRD und DDR nicht gemeinsam einen neuen Staat, sondern fünf neu gebildete ostdeutsche Länder treten dem Geltungsgebiet des Grundgesetzes bei. Damit hört die DDR im 41. Jahr ihres Bestehens auf zu existieren – Deutschland ist wiedervereint. ◇

NUR ELF TAGE NACH DEM 40. GEBURTSTAG DER DDR TRITT ERICH HONECKER ZURÜCK

mit protokollarischen Ehren empfangen wird und auch in seine saarländische Heimat fährt. Für den SED-Chef ist die Reise ein Höhepunkt seiner politischen Karriere.

1989

2. Mai. Ungarische Truppen beginnen mit dem Abbau eines elektrischen Signalzauns an der Grenze zu Österreich. Dies ist der erste Schritt zur Demonstrierung des „Eisernen Vorhangs“ (die Grenze wird im September vollständig geöffnet). Im Sommer reisen Zehntausende DDR-Bürger in der Hoffnung nach Ungarn, über die etwas durchlässigere Grenze in den Westen fliehen zu können.

4. September. In Leipzig gehen etwa 1000 Oppositionelle im Anschluss an ein „Friedensgebet“ in der Nikolaikirche auf die Straße, um für das Recht auf Ausreise und andere Menschenrechte zu demonstrieren. Dieser ersten „Montags-

tagsdemonstration ist damit die größte Protestkundgebung in der DDR seit dem 17. Juni 1953. Anders als von vielen befürchtet, greifen die zusammengezogenen Polizei- und Militäreinheiten nicht ein.

17. Oktober. Das SED-Politbüro beschließt, Honecker von allen Ämtern zu entbinden und an seiner Stelle das Politbüro-Mitglied Egon Krenz als Generalsekretär des ZK einzusetzen. Am folgenden Tag tritt Honecker zurück, offiziell aus gesundheitlichen Gründen.

9. November. Aufgrund einer missverständlichen Verlautbarung des zwei Tage zuvor vom ZK der SED neu gewählten Politbüros über eine neue Reiseregelung verkünden Fernsehsender die sofortige Öffnung der Grenze. Die DDR-Grenztruppen in Ostberlin stehen schon bald Zehntausenden Menschen gegenüber, die in den Westteil der Stadt wollen. In der Nacht beginnen sie, die

land“ werden nun von Woche zu Woche häufiger skandiert. Bereits am 28. November stellt Bundeskanzler Kohl im Bundestag ein Programm in zehn Punkten vor: einen Stufenplan zur deutschen Einheit.

1990

1. März. Der DDR-Ministerrat beschließt die Umwandlung von volkseigenen Betrieben in Kapitalgesellschaften. Die dazu gegründete Treuhandanstalt entwickelt sich bald zu einer Privatisierungsbehörde, die die Transformation der DDR-Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft vorantreiben soll.

18. März. Aus den ersten freien Volkskammerwahlen geht das von der Ost-CDU dominierte Parteienbündnis „Allianz für Deutschland“ als Sieger hervor. Viele der am Sturz des SED-Regimes beteiligten Gruppen erleiden eine deutliche Niederlage, auch weil sie, anders als die neuen Regierun-

Lesezeichen zum Herausnehmen



UNWEIT DER westdeutschen Stadt Lauenburg steht 1986 ein DDR-Grenzaufklärer auf dem Elbdeich, direkt am äußersten Zaun, der Ost- von Westdeutschland trennt. Grenzbeamte gelten als besonders staatsstreu; zu ihren Aufgaben gehört es, Sicherungsanlagen und Grenzmarkierungen zu überprüfen und Aktivitäten des »Feindes« zu dokumentieren. Grüßen oder gar Gespräche mit dem Gegenüber im Westen sind streng verboten. Auch wenn man sich über den Zaun fast die Hand schütteln könnte

Fehlt hier das **GEOEPOCHE** LESEZEICHEN?
Schreiben Sie an: briefe@geo-epoche.de



Während sich die politischen Vertreter von BRD und DDR um 1970 vorsichtig aufeinander zubewegen, tobt in Ostberlin ein heftiger Machtkampf um die Führung von Partei und Staat. Erich Honecker, zweitwichtigster Mann im Apparat, intrigiert immer unverhohlener gegen das langjährige, inzwischen greise Oberhaupt Walter Ulbricht. Entscheidendes Schlachtfeld: die richtige Linie gegenüber den deutschen Nachbarn im Westen

TEXT: *Svenja Muche*

DEZEMBER 1970, OSTBERLIN. Mit einem derart scharfen Angriff hat der Parteipatriarch wohl nicht gerechnet, mit einer solch groß angelegten öffentlichen Zerstörung. Der 77-jährige Walter Ulbricht, von kleiner, gedrungener Statur, sauber gestutzter Bart, ist seit Jahrzehnten der nahezu unangreifbare Herrscher über die DDR. Widersacher hat er auf unbedeutende Posten entsorgt, aus der Partei gedrängt, unter fadenscheinigen Anschuldigungen verhaften lassen, Kritik hat er abgeschüttelt. Nun aber, auf der letzten Tagung des Zentralkomitees (ZK) vor Jahresende, im eschenholzgetäfelten Sitzungssaal im Haus am Werderschen Markt, wo einst Hitlers Reichsbank residierte, ergreift ein Genosse nach dem anderen das Wort, um seinen politischen Kurs zu zerfetzen. Die Außenpolitik: eine Gefahr für die Sicherheit der DDR. Die Wirtschaftspolitik: Ursache dafür, dass es im Land an nahezu allem fehlt, an Wohnungen, an Medizin, sogar an Zahnbürsten.

Derart offene Worte sind im ZK sonst kaum zu hören. Das rund 180-köpfige Gremium nickt im Wesentlichen die Beschlüsse des Politbüros, des eigentlichen Machtzentrums, ab. Doch jetzt holen vor allem Funktionäre aus diesem höchsten Gremium zu einem gnadenlosen Rundumschlag aus. Zwar wagen sie es nicht, SED-Chef Ulbricht namentlich anzuklagen. Aber den meisten im Raum dürfte klar sein, wem das Kritik-Trommelfeuer gilt.

Der Anstifter ist der zweitmächtigste Mann im Staat: Erich Honecker.

Ausgerechnet Honecker. Lange war der schwächliche, schmallippige Mann mit dem dicken Brillengestell Ulbrichts Günstling und treuester Erfüllungsgelhilfe. In den Jahren zuvor aber hat er sich zum Anführer der Unzufriedenen in der Partei aufgeschwungen. All jener, die um die Allmacht der SED fürchten, weil Ulbricht den Betrieben mehr Freiheit eingeräumt hat. Und denen Ulbrichts Außenpolitik zu weit von der aus Moskau diktierten Linie abweicht. Honecker selbst aber treibt noch mehr um: sein Machtstreben.

Der SED-Mann ist ein Kleingeist ohne weltbewegende Ideen. Seine Fähigkeit zu kaltem Kalkül dagegen ist ebenso ausgeprägt wie Ulbrichts. Aber der Ältere, der lange fast wie ein Diktator geherrscht hat, steht zunehmend auf verlorenem Posten. Gut zwei Jahre zuvor haben ihn Parteigenossen anlässlich seines 75. Geburtstags als „bedeutendsten deutschen Staatsmann unserer Zeit“ und „Vertrauensmann des Volkes“ gerühmt. Doch längst hat er sich mit Alleingängen und seiner grenzenlosen Rechthaberei selbst hochrangigen Genossen gegenüber unbeliebt gemacht, zudem schwächt er gesundheitlich. Der 58-jährige Honecker wähnt seine Zeit gekommen.

An diesen Dezembertagen allerdings, im Sitzungssaal des ZK, lässt Honecker seine Verbündeten Ulbrichts Politik schlechtreden. Der Parteichef muss hinnehmen, wie die Funktionäre „sorgloses Umprofilieren und Spezialisieren“ beklagen sowie die „instabile Versorgung“ der Bevölkerung mit Arzneimitteln. In Apotheken sei „manchmal nicht einmal Hustensaft zu haben“. Honecker beobachtet indes wohl, wie sein Gegner sich windet und wehrt.

IM MÄRZ 1970 kommt Willy Brandt, euphorisch begrüßt, zum ersten deutsch-deutschen Gipfeltreffen nach Erfurt. Ulbricht sieht in den Gesprächen mit dem sozialdemokratischen Bundeskanzler eine Chance zur Aufwertung der DDR



DURCH
HINTERLIST

Es ist der vorläufige Höhepunkt eines erbitterten Ringens um die Führung der DDR, ausgetragen zwischen den zwei mächtigsten Männern im Staat. Dessen Ausgang untrennbar verbunden ist mit dem Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten, das in dieser Zeit einen fundamentalen Wandel erlebt.

•

ZEHN JAHRE ZUVOR, im Jahr 1961, betraut Ulbricht den ehrgeizigen Honecker mit einer für das DDR-Regime überlebenswichtigen Mission: der Abriegelung der Grenze zu Westberlin, der letzten halbwegs offenen Fluchtmöglichkeit in den Westen.

Der gebürtige Saarländer ist Mitglied des Politbüros, als ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen verantwortlich er die Steuerung von Armee, Polizei und Staatssicherheit, zudem leitet er die Organisation des SED-Parteiparats. Er sitzt an den zentralen Schaltstellen der Macht. Und mit der Ummauerung Westberlins empfiehlt Honecker sich vollends als Ulbrichts Kronprinz. Der Mauerbau stoppt die Massenflucht aus der DDR, den für den SED-Staat so gefährlichen Schwund an Arbeitern, insbesondere an Fachkräften.

IM GEBÄUDE DES Zentralkomitees, einem wuchtigen NS-Bau, inszeniert das Honecker-Lager Ende 1970 die große Abrechnung mit Ulbrichts Politik. Kein halbes Jahr später zwingt der Jüngere den Alten zum Rücktritt



Nun, da das Volk nicht mehr weglaufen kann, wagt Ulbricht sich an Reformen. Vor allem beunruhigt ihn, dass die DDR-Wirtschaft jener der Bundesrepublik hinterherhinkt. Das soll das 1963 eingeführte „Neue ökonomische System der Planung und Leitung“ ändern: Es verspricht Angestellten Prämien für besondere Leistung, Betriebsleiter sollen nicht mehr nur wie bisher stumpf die von der parteigesteuerten Plankommission vorgegebenen Produktionsmengen abarbeiten, sondern Spielraum für unternehmerisches Handeln erhalten. Und damit auch die Jungen begeistert beim Aufbau des Sozialismus mittun, gesteht Ulbricht ihnen ebenfalls mehr Freiheit zu. Bald tanzen sie sogar bei Veranstaltungen der Freien Deutschen Jugend (FDJ) den lange als westlich verpönten Twist, aus Gaststätten schallt die Beatmusik des „Klassenfeindes“.

Das Leben in der DDR fühlt sich in diesen Jahren für viele Bürger erstmals nach Aufbruch an. Liedermacher und Regisseure wagen bald zumindest milde Kritik. Buchhändler verkaufen Werke US-amerikanischer Autoren. Die Löhne steigen, mehr Menschen können sich eine Waschmaschine, einen Kühlschrank leisten. Auch die Produktivität nimmt zu, die DDR ist bald, hinter der Sowjetunion, die zweitgrößte Wirtschaftsmacht im Ostblock.

Doch vielen SED-Funktionären geht das alles zu weit. Was sind die langhaarigen Beatfans schon anderes als Ausdruck einer staatschädigenden Verwahrlosung der Jugend? Und wenn Manager ihre Betriebe selbstständig führen, untergräbt das nicht die Autorität der SED? Der Unmut konservativer



EINST WAR Erich Honecker (links) treuer Zögling des SED-Chefs (hier 1968), doch längst sammelt er konservative Funktionäre, um Ulbrichts Sturz zu erreichen. Sein wichtigster Verbündeter: Moskau, das eine harte Haltung gegenüber Bonn fordert

Genossen ist Honeckers Chance, aus Ulbrichts Schatten zu treten – zumal der Parteichef ihn, der auch für die bisherige restriktive Jugendpolitik verantwortlich war, zuletzt offen angegriffen hatte. Diskret beginnt Honecker ab 1963, die Reformgegner um sich zu scharen.

Dem Honecker-Lager spielt der Ausgang eines Machtkampfes im fernen Moskau in die Hände. Dort hatte Ulbricht seine Wirtschaftsreform von Sowjetführer Nikita Chruschtschow absegnen lassen, denn ohne die Erlaubnis des großen Bruders im Osten geschieht in der DDR kaum etwas von Bedeutung. Ulbricht versteht sich gut mit Chruschtschow, doch der wird 1964 gestürzt, als neuer starker Mann setzt sich Leonid Breschnew durch. Der sieht Ulbrichts Reformen skeptisch. Und er ist genervt vom überheblichen, penetrant besserwisserischen SED-Chef. Denn Ulbricht wird nicht müde, sein Land als Vorbild zu preisen. Noch Jahre später wird Breschnew sich bei Honecker darüber beklagen, wie Ulbricht ihn während eines Treffens 1964 in ein kleines Zimmer gedrängt und auf ihn eingeredet habe, „was alles falsch ist bei uns und vorbildlich bei euch. Es war heiß. Ich habe geschwitzt. Er nahm keine Rücksicht. Ich merkte nur, er will mir Vorschriften machen, wie wir zu arbeiten, zu regieren haben.“

Honecker dagegen gibt sich dem aufsteigenden Sowjetführer gegenüber devot, kann mit Breschnew zudem bereits vor Chruschtschows Sturz ein gutes persönliches Verhältnis aufbauen. Einträchtig gehen die beiden Männer kurz zuvor in der Schorfheide nordöstlich von Berlin auf Jagd.

ES IST VERMUTLICH das Wohlwollen Breschnews, das Honecker ermutigt, 1965 mehrere Attacken gegen Ulbricht zu wagen. Im Oktober greifen er und seine Verbündeten Ulbrichts Jugendpolitik an und zwingen den SED-Chef, seine Pläne zurückzunehmen. Zwei Monate später zerreißen sie die neue Offenheit in der Kultur. Doch Ulbricht kontert mit einer taktisch geschickten Kehrtwende: Er stellt sich kurzerhand selbst an die Spitze der Kritiker und nimmt die Lockerungen in Musik, Film, Literatur wieder zurück (siehe Seite 56).

Ulbrichts Zugeständnisse können jedoch nicht verhindern, dass seine Gegner immer offener auch gegen seine Wirtschaftspolitik intrigieren. In Moskau stößt er ebenfalls auf Widerstand. Die DDR verfügt nur über wenige Rohstoffe, ist daher auf Lieferungen aus der Sowjetunion angewiesen. Breschnew ist jedoch nicht bereit, Ulbrichts Experimente mit Erdöl, Steinkohle, Walzstahl zu unterstützen. Um sich von anderswo ausreichend zu versorgen, fehlen dem Land nicht nur Devisen, sondern auch die Handelskontakte.

Denn für einen Großteil der Staatenwelt gibt es die DDR offiziell gar nicht. Dafür sorgt der Druck aus der Bundesrepublik. Bonn sieht sich als alleiniger Vertreter aller Deutschen und droht Regierungen mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen, sollten diese die DDR anerkennen.

Das aber ändert sich in diesen Jahren allmählich. Seit 1966 stellt in Bonn eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD die Regierung, die vor allem unter dem Einfluss des sozialdemokratischen Außenministers Willy Brandt und dessen Mitarbeiters Egon Bahr nicht mehr ganz so entschlossen auf ihren Alleinvertretungsanspruch pocht. Die unversöhnliche Politik der Vorjahre hatte das SED-Regime schließlich nicht zu Fall gebracht. Die Sozialdemokraten Brandt

und Bahr setzen nun auf „Wandel durch Annäherung“: Durch diplomatische Verständigung, Handelskontakte und wirtschaftliche Hilfe sollen die Lebensbedingungen der Menschen in der DDR verbessert werden. Reiseerleichterungen sollen dafür sorgen, dass die Deutschen den Kontakt zueinander nicht verlieren, die Bürgerinnen und Bürger auf beiden Seiten sich weiterhin als Angehörige eines Volkes verstehen.

Im Jahr 1969 wird Brandt zum Bundeskanzler gewählt – und sendet in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober auch eine Botschaft an Ostberlin. Er spricht von „zwei Staaten in Deutschland“. Diese vage Aufwertung der DDR verbindet er mit einem Gesprächsangebot an deren Führung. Ulbricht ist begierig, die Offerte anzunehmen. Er erhofft sich davon wirtschaftliche Vorteile, nicht zuletzt wohl auch Möglichkeiten, sozialistische Überzeugungsarbeit in der Bundesrepublik zu betreiben, im Westen Stimmung gegen Nato und Kapitalismus zu machen. Ende November schlägt er Breschnew vor, Brandt Gespräche mit dem Ministerpräsidenten der DDR, Willi Stoph, anzubieten.

Doch Breschnew bremst seinen Vasallen aus. Zwar ist auch dem Kremlchef an einer Entspannung mit dem Westen gelegen – bereits Mitte November haben Moskau und Bonn Verhandlungen beschlossen –, doch die sowjetische Führung will die Kontrolle behalten und jeglichen Alleingang der DDR unterbinden. Ostberlin soll derweil den Hardliner geben und auf Maximalforderungen wie der vollen völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik beharren (die Brandt nicht gewähren könnte, weil die dafür nötige Änderung des Grundgesetzes politisch unmöglich ist). Treffen zwischen Brandt und

Stoph gestattet Breschnew allerdings. Wobei Stoph sich an das Moskauer Gebot halten muss, den Bundeskanzler mit unerfüllbaren Forderungen zu konfrontieren.

Am Morgen des 19. März 1970 ist es so weit: Bundeskanzler Willy Brandt steigt im Erfurter Hauptbahnhof aus dem Zug. Über einen roten Teppich geht er auf Stoph zu, die beiden reichen sich die Hand. Das erste deutsch-deutsche Gipfeltreffen seit der Gründung der beiden deutschen Staaten mehr als 20 Jahre zuvor beginnt freundlich, etwas verkrampft, mit artigen Begrüßungsfloskeln und einer Bemerkung über das gute Wetter. Kurz darauf aber eskaliert die Situation.

Tausende DDR-Bürger haben sich auf dem Platz vor dem Bahnhof versammelt. Als die beiden Politiker aus dem Gebäude treten, drängt die Menge auf sie zu, viele durchbrechen schließlich die Kette der Sicherheitskräfte in ihren langen Mänteln und Fellmützen nach sowjetischem Vorbild. Stoph und Brandt ziehen sich eilig in ihr Tagungshotel auf der gegenüberliegenden Seite des Platzes zurück. Doch sofort kommt der Ruf von draußen: „Willy Brandt ans Fenster!“ Als er sich kurz darauf tatsächlich zeigt, mit einer beschwichtigenden Handbewegung, brandet Jubel auf. „Wie eine Erlösung“, beschreibt es später eine Frau, die dabei war. Dass der bundesdeutsche Kanzler hier bei ihnen ist, lässt die Mauer nicht mehr ganz so undurchdringlich erscheinen. DDR-Bürger feiern Brandt fast wie einen Heiland. Und Journalisten aus Ost und West halten mit ihren Kameras drauf. Die SED-Führung ist vor aller Welt blamiert.

Zu einem Ergebnis kommen die Gespräche, wie von Breschnew gewollt, nicht. Stoph beharrt auf der vollen Anerkennung, Brandt lehnt ab. Auch Stophs Gegenbesuch in Kassel im Mai bleibt eine reine Symbolveranstaltung.

ULBRICHT ABER WILL oder kann sich eigenmächtige Vorstöße nicht verkneifen, obwohl Breschnew ihm deutlich zu verstehen gegeben hat, dass eigene Ideen der DDR-Führung nicht erwünscht sind. So schürt der SED-Chef etwa im Juni die Hoffnung auf ein weiteres Treffen der Regierungschefs, bei dem ernsthafte Verhandlungen geführt werden könnten. Ohne Absprache mit Moskau – und gegen den Willen der Mehrheit im Politbüro. Ein politisch fast schon selbstmörderisches Vorpreschen. Ist es Altersstarrsinn? Oder Größenwahn? Oder aber der Mut der Verzweiflung im Kampf um ein ernst gemeintes Ansinnen? Für das Honecker-Lager ist Ulbrichts Verbohrtheit jedenfalls eine Steilvorlage.

In der Deutschlandfrage stellt sich Honecker nun offen gegen seinen einstigen Mentor. Während Ulbricht immer wieder die große Chance ausmalt, die der Machtwechsel in Bonn bedeutet, hält das Honecker-Lager dagegen, betont – ganz auf der Linie Moskaus – die auch unter sozialdemokratischer Führung unverändert feindlichen Absichten der Bundesregierung.

Ulbricht ist in der Parteispitze nun zunehmend isoliert – doch er versucht noch einmal den Befreiungsschlag. Anfang Juli 1970 ruft er eine außerordentliche Politbürositzung ein. Honecker, so Ulbrichts Plan, soll seiner Ämter enthoben werden. Allerdings fehlt ihm erneut die Erlaubnis des Kreml. Empört weigern sich die Parteigenossen, Ulbricht zu folgen. Die misslungene Absetzung seines ärgsten Widersachers ist eine herbe Niederlage für den SED-Chef. Aber auch eine Warnung für Honecker. Geht er jetzt nicht hart genug gegen den erfahrenen Alten vor, der schon so viele Machtkämpfe gewonnen hat, könnte er am Ende selbst fal-

len. Doch stürzen kann er Ulbricht nur mit Breschnews Plazet.

Am 28. Juli besucht er in Moskau den Sowjetführer, der sich gerade in einem Krankenhaus von einer Operation erholt, und erörtert mit ihm Ulbrichts Alleingänge. Der betreibe unter Missachtung von Breschnews Vorgaben weiter seine eigene Deutschlandpolitik, dränge auf eine Annäherung an die Bundesrepublik. Breschnew ist beunruhigt, noch aber will er einen Machtwechsel nicht riskieren. Immerhin ist Ulbricht ein lebendes Denkmal des Kommunismus, steht in unruhigen Zeiten im sowjetisch dominierten Ostblock für Kontinuität. Honecker, so weist ihn Breschnew an, solle erst die noch schwankenden Mitglieder im Politbüro klar hinter sich vereinen, ehe er nach der Macht greift. Dass es Ulbricht (oder einem anderen DDR-Führer) niemals gelingen werde, vollends eigenmächtig an der Sowjetunion vorbei zu handeln, stellt Breschnew indes unmissverständlich klar. „Wir haben doch Truppen bei Ihnen“, erinnert er Honecker. Eine kaum verhohlene Drohung.

Demonstrativ steht Breschnew dann auch am 12. August 1970 im Katharinensaal des Großen Kremlpalastes, umgeben von sowjetischen und bundesdeutschen Amtsträgern, während direkt vor ihm Willy Brandt, der sowjetische Regierungschef Alexej Kossygin sowie die beiden Außenminister ein wegweisendes Dokument unterschreiben: Im „Moskauer Vertrag“, dem ersten Abkommen zwischen den beiden Staaten, sichern sich die

KPD SU-CHEF Leonid Breschnew (links, beim Besuch von Kanzler Brandt auf der Krim 1971; rechts: Egon Bahr) beansprucht die Führung in den Verhandlungen mit Westdeutschland. Bereits 1970 schließen UdSSR und BRD ein erstes Abkommen

Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland zu, Konflikte künftig friedlich zu lösen. Gemeint sind damit vor allem die seit Ende des Zweiten Weltkriegs bestehenden Grenzfragen. Bonn erkennt die Unverletzlichkeit der Westgrenze Polens entlang der Oder-Neiße-Linie an, ebenso die der Grenze zwischen der DDR und der BRD. Und damit faktisch auch die Existenz des ostdeutschen Staates.

In der Bundesrepublik klagen Vertriebene, wüten konservative Journalisten und Politiker von CDU und CSU über diesen „Ausverkauf deutscher Interessen“, Brandts vermeintliches Einknicken vor dem Kremlregime. (1972 wird der Bundeskanzler knapp ein konstruktives Misstrauensvotum überstehen, und auch nur, weil die DDR, die nun unter allen Umständen Brandt im Amt halten und die Ostverträge sichern will, zwei Oppositionspolitiker bestochen hat.) Jetzt, da Moskau und Bonn sich geeinigt haben, beginnen im November 1970 Unterhändler aus Ostberlin und Bonn mit Gesprächen.

Derweil geht das Ringen um die Macht in der DDR in die letzte Runde. Noch im August, nur eine Woche nach dem Vertragsschluss mit der BRD, kritisiert Breschnew vor Honecker und anderen Politbüro-Mitgliedern überaus deutlich Ulbrichts wirtschaftlichen Kurs und erteilt dessen Deutschlandpolitik abermals eine klare Absage. Davon wohl ermutigt, wagt das Honecker-Lager den Generalangriff. In den folgenden Monaten demonstrieren Ulbrichts Gegner nun auch das Herzstück seiner Politik, die Wirtschaftsreform.

•

AUF DER TAGUNG im Dezember 1970, im Sitzungssaal des Hauses am Werderschen Markt, attackieren Honeckers Verbündete Ulbricht erstmals vor dem versammelten Zentralkomitee. Doch der SED-Chef will sich dieses Mal nicht mit einer Volte retten. Stattdessen hebt Ulbricht am Schluss der dreitägigen Tagung zu einer eilends verfassten Rede an. Im Detail, so gesteht er ein, habe es schlechte Planungen gegeben, hier und da auch falsche Entscheidungen. Im Prinzip aber verteidigt Ulbricht seinen Kurs vehement: „Im Kampf zwischen den beiden Welt-systemen“, darauf beharrt er, müssten „Opfer gebracht werden“. Was bedeuten schon kleinkrämerische Klagen über leere Geschäfte, wenn es um die technologische Zukunft des Sozialismus geht? Die Genossen im Saal applaudieren zwar brav. Doch der mächtigste Mann der DDR, der schon so lange wankt, nun fällt er.

Tatsächlich ist längst klar, dass Ulbrichts Wirtschaftsreform die ökonomischen Probleme nicht zu beheben vermag. Die wenigen Lockerungen können kaum Innovationskraft entfalten: Betriebsabläufe, Zuweisung von Ressourcen, Preise, das alles wird noch immer weitgehend von SED-Kadern bestimmt. Seit 1967 investiert der Staat zudem bevorzugt in „Fortschrittsindustrien“ wie Elektronik und wissenschaftlichen Gerätebau. Doch was dort ausgegeben wird, fehlt in der Produktion von Alltäglichem, von Kleidung, Möbeln, Nahrungsmitteln,



Wohnungen. Die nach 1961 zaghaft gewachsene Zufriedenheit der Bevölkerung hat sich zu Beginn des neuen Jahrzehnts weitgehend verflüchtigt.

Schon im Januar 1971 holt Honecker zu einem weiteren Schlag aus, um Ulbricht endgültig zu stürzen: Er überzeugt 13 der 21 Angehörigen des Politbüros, einen Brief an Breschnew zu unterzeichnen, in dem unverhohlen die Ablösung des Parteichefs gefordert wird. Der Genosse Ulbricht, heißt es darin, verfolge in der Politik gegenüber der BRD „eine persönliche Linie, an der er starr festhält“. Er sei von „dem Gefühl seiner Unfehlbarkeit geleitet“, die Ursache läge in „seinem hohen Alter“. Im Klartext: Ulbricht ist ein dem Größenwahn verfallener Greis, der die Westpolitik des Kreml gefährdet.

•

IM APRIL 1971, als Ulbricht nach der Teilnahme auf dem Parteitag der KPdSU noch in Moskau weilt, tut der Sowjetführer endlich, worauf Honecker schon lange wartet: Er verordnet Ulbricht den Rücktritt als Erster Sekretär des ZK. Sein Amt als Vorsitzender des Staatsrates, des nominellen Staatsoberhauptes der DDR, wird er behalten, auch soll extra für Ulbricht der Posten eines Vorsitzenden der SED geschaffen werden, ein Ehrenamt ohne jeden Einfluss. Doch Ulbricht wird auch nicht zur Unperson degradiert, verschwindet nicht völlig aus der Öffentlichkeit oder muss gar eine Gefängnisstrafe fürchten, wie viele seiner früheren Gegner. Der SED-Chef wird vergleichsweise sanft entmachtet.

Für die Öffentlichkeit wird nurmehr Polittheater aufgeführt. Am 3. Mai 1971 verliert ein gebrochen wirkender Walter Ulbricht mit zittriger Stimme auf der 16. ZK-Tagung der SED sein Rücktrittsgesuch: „Die Jahre

fordern ihr Recht und gestatten es mir nicht länger, eine solche anstrengende Tätigkeit wie die des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees auszuüben.“ Als seinen Nachfolger schlägt er Honecker vor. Das ZK nimmt beides an.

Und doch scheint es, als sei Honeckers Verachtung für Ulbricht noch immer nicht Genüge getan. Zu dessen 78. Geburtstag Ende Juni lässt der neue starke Mann der DDR ein Foto veröffentlichen, auf dem ein kranker Ulbricht zu Hause in Morgenmantel und Pantoffeln, im Sessel sitzend, Gratulationen seines Erzfeindes entgegennimmt. Eine Erniedrigung, fast schon Rufmord.

In den folgenden Monaten versucht Ulbricht, wenn auch vergeblich, einen Rest an Autorität zu bewahren – doch seine Gegner unterbinden schnell jede ernsthafte Beteiligung an den Sitzungen des Politbüros, dem er formal weiterhin angehört. Stattdessen muss er sich damit begnügen, Orden zu verleihen, von Honecker abgesegnete Ansprachen zu halten – und mit anzusehen, wie der neue Erste Sekretär der SED seine Politik auseinandernimmt.

Schon auf dem 8. Parteitag der SED im Juni verkündet Honecker ein neues Programm – angepriesen als „unser Kompass für ein glückliches Leben“. Dafür will er nicht mit luftigen Idealen, der Hoffnung auf ein fernes sozialistisches Paradies sorgen, sondern ganz nüchtern mit materiellen Wohltaten. Höhere Löhne, mehr Sozialleistungen, günstige Wohnungen und Konsumgüter sollen im Hier und Jetzt die Menschen zufriedenstellen und so mit dem Regime versöhnen.

Die DDR-Wirtschaft lässt Honecker indes wieder streng nach Plan organisieren. Die versprochenen Wohltaten, die verhindern sollen, dass die DDR-Bürger allzu sehnsüchtig nach Westen schauen, werden zunehmend mit Krediten aus dem nichtsozialistischen Ausland bezahlt, vor allem aus der BRD. Zugleich müht Honecker sich – ganz im Sinne der Sowjetführung –, jeden Glauben an eine Wiedervereinigung Deutschlands oder auch nur an ein enges Zusammenrücken der beiden Staaten zu zerstören. Die Bundesrepublik, das macht er klar, ist und bleibt „imperialistisches Ausland“.

Daran ändert auch die deutsch-deutsche Annäherung nichts, die nun konkrete Formen annimmt. Am 17. Dezember 1971 münden Verhandlungen zunächst in das Transitabkommen, den ersten Staatsvertrag zwischen der DDR und der





BRD. Künftig sollen Menschen und Güter weitgehend ungehindert zwischen Westberlin und der Bundesrepublik durch das Hoheitsgebiet der DDR gelangen können (siehe Seite 112). Ein Jahr darauf, am 21. Dezember 1972, unterzeichnen Vertreter beider Staaten in Ostberlin einen Grundlagenvertrag. Die DDR und die BRD bekunden darin, „normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung“ zu entwickeln. Da Bonn die DDR nach wie vor völkerrechtlich nicht vollständig anerkennt, sollen statt Botschaften „ständige Vertretungen“ in den jeweiligen Hauptstädten eröffnen. Der Vertrag schafft einen Modus Vivendi mit vielen offenen

DIE ANNÄHERUNG an den Westen, von Ulbricht vorangetrieben, kommt ausgerechnet dem siegreichen Widersacher zugute, bringt der DDR internationale Anerkennung (Honecker mit Helmut Schmidt bei der KSZE 1975 in Helsinki)



ULBRICHT – hier bei einer Ansprache im Jahr 1972 – bleibt zwar offiziell DDR-Staatsoberhaupt. Die tatsächliche Macht aber hat nun Honecker inne, der die Politik des Vorgängers zerpfückt

Fragen. Der BRD-Chefunterhändler Egon Bahr kommentiert: „Bisher hatten wir keine Beziehungen, jetzt werden wir schlechte haben – und das ist der Fortschritt.“

Für die DDR ebnet die Einigung endlich den Weg zur internationalen Anerkennung. Am 18. September 1973 werden beide deutsche Staaten in die Vereinten Nationen aufgenommen, nebeneinander wehen die Flaggen der Bundesrepublik und der DDR vor dem UN-Hauptquartier in New York.

Walter Ulbricht erlebt diese Glanzstunde seines Staates nicht mehr. Er ist bereits am 1. August verstorben, weitgehend unbemerkt von der DDR-Öffentlichkeit, dafür hat Honecker gesorgt. In dem Triumph sonnt sich nun sein politischer Ziehsohn. Dass Willy Brandt, dem Honecker diesen Erfolg wie kaum einem anderen verdankt, im Folgejahr zurücktritt, amts-müde und nachdem ausgerechnet einer seiner engsten Mitarbeiter als DDR-Spitzel enttarnt wurde, ist verschmerzbar. Bei der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa am 1. August 1975 in Helsinki sitzt Honecker neben Brandts Nachfolger Helmut Schmidt, gleichberechtigt zwischen anderen Staatenlenkern aus Ost und West. „Einer der Höhepunkte in seinem Leben“, berichtet ein Vertrauter später.

Unter Honecker, wenn auch nicht dank ihm, hat die DDR erreicht, was Ulbricht lange erträumte: Sie ist Teil der internationalen Staatengemeinschaft. Eine gewaltige Aufwertung für den einstigen Paria. Niemand kann die DDR nun noch als vorübergehendes Phänomen abtun, als Phantasma der Sowjetführung und ihrer deutschen Handlanger.

Der zweite deutsche Staat ist nun eine unleugbare Tatsache. ◇

LITERATURTIPPS

ILKO-SASCHA KOWALCZUK

»Walter Ulbricht – Der kommunistische Diktator«

Soeben erschienener zweiter

Teil der kenntnisreichen, groß angelegten Biografie, die als neues Standardwerk gelten darf (C. H. Beck).

HUBERT KLEINERT

»Das geteilte Deutschland – Die Geschichte 1945–1990«

Anschauliche Gesamt-darstellung (Springer).



Lesen Sie auch »Willy Brandt: Der Kanzler und sein Schnüffler« (aus GEOEPOCHE PANORAMA Nr. 24) über die Guillaume-Affäre auf www.geo-epoche.de

IN KÜRZE

Als DDR-Führer Walter Ulbricht einen Kurs wirtschaftlicher Reformen und größerer kultureller Offenheit einschlägt, auch die politischen Avancen aus Bonn erwidert, betreibt Hardliner Erich Honecker, 1971 letztlich erfolgreich, dessen Absetzung als Parteichef. Dennoch wird die deutsch-deutsche Entspannung bald darauf in mehreren Verträgen besiegelt – und verhilft Ostberlin zu globaler Akzeptanz.

1972
Olympische Spiele in München

IM FINALE der 4-mal-100-Meter-Staffel liefern sich Heide Rosendahl aus der Bundesrepublik (links) und Renate Stecher aus der DDR ein Kopf-an-Kopf-Rennen





WETT- LAUF DER SYSTEME

Die Olympischen Sommerspiele 1972 in München sollen heiter werden, das Bild einer jungen, friedlichen, freundlichen Bundesrepublik in die Welt tragen. Doch zugleich offenbart sich hier der tiefe Graben zwischen den beiden deutschen Staaten: Erstmals tritt die DDR bei Sommerspielen unter eigener Flagge und mit eigener Hymne bei Olympia an. Ihr Ziel sind nicht allein sportliche Siege. Auf die Hundertstelsekunde und den Zentimeter genau soll dem Klassenfeind die Überlegenheit des Sozialismus demonstriert werden. Auf dessen eigenem Staatsgebiet

DEUTSCHES DOPPEL

DER EINZUG ins Münchner Stadion soll, in Abgrenzung zu den Olympischen Spielen 1936 in Berlin, betont locker ausfallen. Die Gastgeber stellen die größte Mannschaft des Wettbewerbs (unten). Besonders laut vom Publikum bejubelt werden aber, als Zeichen der Gastfreundschaft, die knapp 300 Athleten der DDR

Deutschland





TEXT: Frederik Seeler

Startschuss. Die Frauen drücken sich aus den Blöcken. Auf Bahn zwei läuft die Athletin der DDR im blauen Trikot, auf Bahn vier die Sprinterin der Bundesrepublik in Weiß. In der Hand halten beide ein Staffelholz. Fast zeitgleich übergeben sie in der Kurve an ihre Teamkolleginnen. Knapp dahinter folgen die Konkurrentinnen aus Kuba, den USA, der Sowjetunion.

Auf den Rängen des Münchner Olympiastadions springen die Zuschauer auf. Es ist der 10. September, Olympische Sommerspiele 1972. Die Sonne scheint über dem transparenten Zeltdach der neu gebauten Sportstätte zu einem der letzten Höhepunkte der Leichtathletik, der 4-mal-100-Meter-Staffel der Frauen. Die Läuferinnen aus der DDR gelten als Favoriten. Doch auch das westdeutsche Team macht sich Hoffnungen. Ein Zweikampf um Gold, zwischen Deutschland und Deutschland.

Noch 250 Meter. Die westdeutsche Sprinterin beschleunigt, zieht an ihrer DDR-Konkurrentin vorbei. Übergabe. Die dritte Läuferin aus der BRD rennt durch die Kurve, die ostdeutsche Rivalin dahinter. Vor der letzten Biegung stehen die Schlussläuferinnen bereit. Nun liegt es an zwei Frauen, das Rennen zu entscheiden. Heide Rosendahl aus Nordrhein-Westfalen bekommt als Erste den Staffelstab und sprintet los. Rosendahl trägt Nickelbrille und Ringelsocken, ihr Markenzeichen. In Westdeutschland ist die 25-Jährige ein Star, fast jeder Deutsche kennt sie. Im Weitsprung hat sie einige Tage zuvor bereits das erste Olympia-Gold für die Bundesrepublik geholt. Im Sprint tritt sie nebenbei an, es ist nicht ihre stärkste Disziplin.

Die Zuschauer jubeln immer lauter, denn Rosendahl führt, mit fast einem Meter Vorsprung. Doch auf Bahn zwei stürmt Renate Stecher heran. 22 Jahre alt, aus Sachsen, die beste Sprinterin der Welt, gedrillt in den Elitesportschulen der DDR. Keine Frau ist die 100 Meter jemals schneller gelaufen als sie.

Und Stecher holt auf, ihre Augen fixieren die Bahn, ihre Schritte sind kurz, aber kraftvoll. 50 Meter vor dem Ziel trennt die beiden Frauen nur noch eine Armlänge.

Renate Stecher gegen Heide Rosendahl, das ist ein Duell zweier Athletinnen – und zweier Systeme.

•

SPITZENSport SEI WIE KRIEG, nur ohne Schießen, hat der Schriftsteller George Orwell geschrieben. Tatsächlich wird der Kalte Krieg zwischen den beiden deutschen Staaten auch in Stadien, Schwimmbecken und Turnhallen erbittert ausgetragen. Auf keinem anderen Gebiet lässt sich der Erfolg eines Systems so leicht messen – in Toren, Punkten, Sekunden und Medaillen. Und nirgendwo sonst scheint die kleine DDR die große BRD so zu überflügeln. Die ganze Welt staunt über die Erfolge ostdeutscher Schwimmer, Läuferinnen und Boxer.

Bei den Olympischen Spielen 1972 in München bietet sich der DDR eine einmalige Chance: Auf dem Territorium

FÜR DAS OSTDEUTSCHE TEAM gewinnt die erst 13-jährige Kornelia Ender (Mitte) Silber über 200 Meter Lagen. Später gibt die bis heute jüngste deutsche Olympionikin Doping zu



der Bundesrepublik, vor den Fernsehkameras der Welt, will man den Klassenfeind vorführen. Im Westen dagegen plant man, das mit allen Mitteln zu verhindern.

Schon Josef Stalin erkennt, welche Möglichkeiten der Leistungssport für die Propaganda bietet. 1951 ordnet er an, dass die Sowjetunion und ihre sozialistischen Bruderstaaten den Westen auch bei internationalen Wettbewerben bekämpfen sollen. Der DDR aber bleibt die größte Bühne, die Teilnahme an den Olympischen Spielen, zunächst verwehrt. Die Sportfunktionäre aus Westdeutschland sichern sich 1949 beim IOC, dem Internationalen Olympischen Komitee, das Recht, Deutschland allein zu vertreten. Die Regierung der Bundesrepublik möchte den Konkurrenten im Osten isolieren – auch im Sport. 1952 bei den Olympischen Spielen in Helsinki müssen die DDR-Sportler zu Hause bleiben.

Viele Athleten weltweit sind empört, dass das IOC die Westdeutschen bevorzugt. Der Kalte Krieg werde so in den Sport getragen, beklagen sie. Der US-Amerikaner Avery Brundage, ab 1952 Präsident des IOC, schlägt einen Kompromiss vor: BRD und DDR sollen bei der nächsten Olympiade mit einer gemeinsamen Mannschaft antreten. Das soll ein Zeichen für den Frieden setzen.

Bei den Spielen von Melbourne, im australischen Sommer 1956, ziehen 40 Sportler aus dem Osten und 148 aus dem Westen ins Stadion ein. Team „Germany“ trägt die schwarz-rot-goldene Flagge, ohne Staatswappen. Für einen Moment scheint es, als könne der Sport Deutschland einen. Ein PR-Triumph für den IOC-Präsidenten Brundage.

Doch das gemeinsame deutsche Team ist nur Fassade. Die Mannschaften schlafen in getrennten Unterkünften, haben außer bei den Wettkämpfen keinen Kontakt miteinander. Der Kalte Krieg hat längst auch die Köpfe der Sportler erreicht. Als der DDR-Boxer Wolfgang Behrendt am Stadion ankommt, beschimpft ihn ein westdeutscher Athlet als „Kommunistenschwein“. Wenige Tage später holt Behrendt im Boxring das erste ostdeutsche Olympia-Gold.

Bei anderen Sportereignissen wie der Leichtathletik-WM, Tischtennis- und Schachturnieren gelingt es der DDR

bald, mit eigenen Kontingenten anzutreten. Jedes Mal, wenn ein DDR-Athlet auf dem Siegereck steht, ist das ein enormer Erfolg für das kleine, isolierte Land. Die Welt sieht die 1959 eingeführte Flagge mit Hammer, Zirkel und Ährenkranz, hört die Nationalhymne „Auferstanden aus Ruinen“. Ein Schritt für die DDR zu mehr internationaler Anerkennung. Die Sportler sind Diplomaten im Trainingsanzug.

In Westdeutschland hingegen gilt die DDR-Fahne als verfassungsfeindliches Symbol. Im selben Jahr gehen ostdeutsche Skispringer bei der Vierschanzentournee im bayerischen Oberstdorf an den Start. Die Polizei schreitet ein, denn die Athleten tragen ein kleines Wappen der DDR auf ihren Skianzügen. Die ostdeutschen Sportler sowie ihre sozialistischen Kameraden aus der Sowjetunion und der Tschechoslowakei reisen aus Protest ab.

Mit dem Mauerbau 1961 in Berlin verschlechtert sich das Verhältnis zwischen Ost und West weiter. Die deutsche Teilung scheint nun auch im Sport endgültig. IOC-Präsident Brundage aber hängt an seinem Friedensprojekt einer gesamtdeutschen Mannschaft. 1964 in Tokio müssen die deutschen Athleten auf seinen Druck hin erneut als Team Germany antreten. Doch für Zuschauer und Sportler wirkt das vermeintlich geeinte Sport-Deutschland nicht wie ein Symbol des Friedens, sondern angesichts von Mauertoten und Stacheldraht wie ein schlechter Scherz.

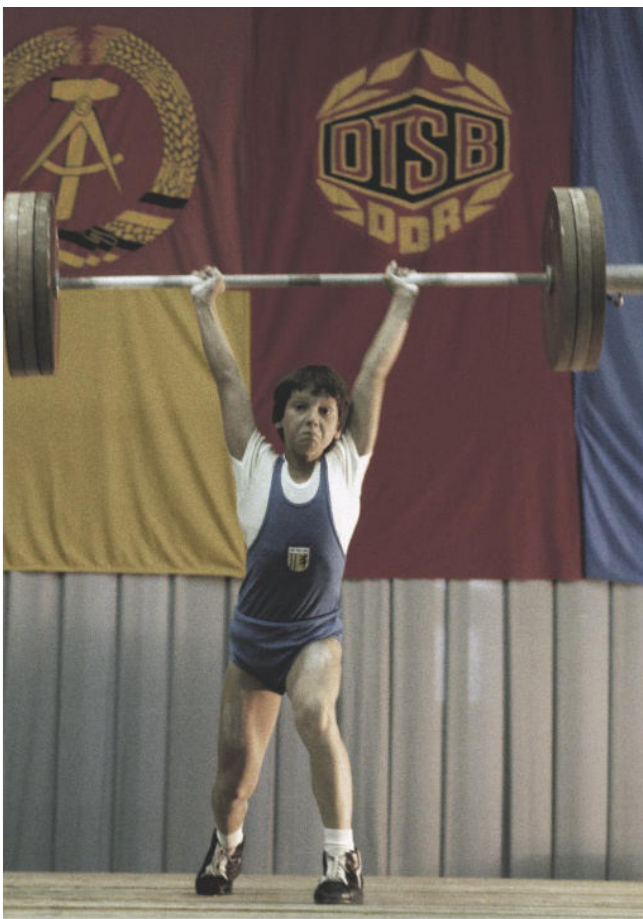
Am Ende gibt Brundage nach. Die DDR darf zukünftig ein eigenes Team zu den Olympischen Spielen schicken. Die westdeutschen Vertreter stimmen zwar gegen den Beschluss des IOC, doch auch sie sind wohl heimlich erleichtert, die Querelen los zu sein.

In Mexiko-Stadt 1968 prangen statt Staatswappen die neutralen olympischen Ringe auf der Brust der Athleten, so will das IOC Streit um Flaggen vermeiden. Die Spiele von Mexiko-Stadt werden zum bis dahin größten Triumph der DDR. Die ostdeutschen Ruderer, Leichtathleten, Schwimmer, Boxer und Ringer gewinnen neun Goldmedaillen, die Sport-



IM KUNSTTURNEN holt Karin Janz (Foto) für die DDR gleich zwei Goldmedaillen. Noch heute ist sie die erfolgreichste deutsche Turnerin der Sportgeschichte





DIE FÖRDERUNG junger Talente wird in der DDR vom Deutschen Turn- und Sportbund (DTSB) betrieben, der de facto dem Zentralkomitee der SED untersteht

ler aus der Bundesrepublik dagegen nur fünf. Der Westen, der sich sonst in so vielen Bereichen überlegen wähnt, ist blamiert. „Laufen Sozialisten schneller?“, fragt 1969 der Autor eines wissenschaftlichen Artikels.

Die Antwort ist kompliziert. Die DDR hat innerhalb eines Jahrzehnts eine Sportförderung aufgebaut, die weltweit ihresgleichen sucht. Ostberlin finanziert fast nur Disziplinen, die Medaillen bringen. Um das olympische Judo zu stärken, wird etwa Karate im sozialistischen Deutschland verboten. Schon an der Grundschule wiegt und misst man die Schüler. Große Kinder gehen zum Rudertraining, kräftige Kinder testen sich beim Kugelstoßen. Wer Talent zeigt, bekommt einen Platz an einer sogenannten Kinder- und Jugendsportschule.

Im Jahr 1961 beobachten staatliche Talentpächter in Sachsen ein Mädchen bei einem Waldlauf. Die elfjährige Renate Meißner (so ihr Geburtsname) ist das Kind eines Lkw-Fahrers und einer Hausfrau aus Sachsen. Nach ihrer Entdeckung muss sie ihre Familie verlassen, zieht auf ein Sportinternat in Thüringen. Dort trainiert sie neben dem Unterricht bis zu 30 Stunden pro Woche. Mit 19 Jahren

nimmt Meißner zum ersten Mal an einer Europameisterschaft teil und gewinnt Silber im Sprint über 200 Meter. Die Kaderschmieden der DDR sorgen für immer mehr Erfolge. Ostdeutsche Sportler bestimmen bereits Anfang der 1970er Jahre in vielen Disziplinen das Weltniveau.

Schon damals ist Beobachtern klar, dass die DDR mit leistungssteigernden Medikamenten experimentiert. Im Westen wird über die DDR-Athletinnen mit tiefer Stimme und Bartwuchs gespottet – vermutlich eine Folge von Anabolika. Doping ist damals schwer nachzuweisen, Tests erfassen nur wenige Substanzen. Bei den Olympischen Spielen in Mexiko wird nur ein Sportler überführt: ein angetrunkener Moderner Fünfkämpfer aus Schweden. Der Bluttest zeigt 0,8 Promille. Kurz vor dem Schießen hatte er verbotenerweise zwei Bier getrunken, um seine Nerven zu beruhigen.

Als Willy Brandt 1969 zum deutschen Bundeskanzler gewählt wird, beginnt eine Phase der Annäherung zwischen Ost und West, doch das Wettrüsten im Sport geht unvermindert weiter. Viele bundesdeutsche Politiker sind überzeugt davon, dass man pharmazeutische Hilfsmittel braucht, um mit der DDR mithalten zu können. 1970 beschließt die Regierung, ein Bundesinstitut für Sportwissenschaft zu finanzieren, das bald mit Anabolika experimentiert. Man erforscht zudem ein Präparat, das die Übersäuerung der Muskeln verzögern soll, später wird das Doping-Mittel als „Kolbe-Spritze“ bekannt – nach dem Ruderer Peter-Michael Kolbe, der als Erster den Gebrauch zugibt.

Die Bundesrepublik kopiert nicht nur die Sportinternate der DDR; der für die Förderung des Leistungssports zuständige Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher möchte am liebsten auch an Schulen nach Talenten suchen. Schulsport ist in der Bundesrepublik allerdings Ländersache. Auch die Vereine wehren sich gegen zu viel Einmischung vom Staat. Die föderale Bundesrepublik hat im Gegensatz zur zentral gelenkten DDR einen Systemnachteil.

Zumindest einen Triumph kann der Westen feiern. München darf 1972 die Olympischen Sommerspiele ausrichten, die ersten auf deutschem Boden seit den Spielen im nationalsozialistischen Berlin 1936. In München will sich das neue Deutschland präsentieren: modern, demokratisch, weltoffen. Im Olympiapark entsteht ein futuristisches Stadion mit geschwungenen Dachspitzen und offenem Rund – ein Gegenentwurf zum Monumentalbau der Nationalsozialisten an der Spree. Auch die Eröffnungsfeier soll eine andere Stimmung verbreiten: keine Militärkapellen und Salutschüsse, sondern Swingmusik und bunte Farben. Am

BEI DEN OLYMPISCHEN SPIELEN 1964 waren die Bahnradfahrer noch als gesamt-deutsches Team angetreten. In München stehen zwei konkurrierende deutsche Mannschaften im Finale der 4000-Meter-Mannschaftsverfolgung. Die Westdeutschen (rechts) sind am Ende 3,11 Sekunden schneller als die Ostdeutschen



VIER GEWINNT



liebsten würden die Organisatoren sogar die Nationalflaggen aus dem Stadion verbannen. Das allerdings erlaubt das IOC nicht – zur Freude Ostberlins. Denn die DDR-Sportler dürfen erstmals bei Sommerspielen mit eigener Flagge und Hymne antreten. Das Komitee wittert ein politisches Manöver der Bundesrepublik, wohl nicht zu Unrecht.

Bei der Eröffnungsfeier in München am 26. August schwenkt der ostdeutsche Boxer Manfred Wolke die DDR-Fahne in Schwarz-Rot-Gold, während er mit seinen Teamkollegen ins Olympiastadion einzieht. Der Ort, an dem sich eigentlich Westdeutschland der Welt präsentieren will, dient jetzt der DDR als Bühne.

ZWEI TAGE SPÄTER KOMMT ES zum ersten deutsch-deutschen Duell. Auf einer extra angelegten Kanu-Strecke bei Augsburg, dem Eiskanal, treten die Kanuten im Slalom gegeneinander an. Die BRD-Sportler gelten als Favoriten, denn sie kennen die Strecke aus dem Training. Doch auch das DDR-Team hat sich vorbereitet. Ein Jahr zuvor hat ihr Trainer die Strecke ausspioniert, verkleidet als Olympiafunktionär. Mithilfe seiner Pläne hat die DDR den Eiskanal bei Zwickau nachbauen lassen. Sogar die Arbeiter einer nahe gelegenen Autobahnbrücke hat man dafür abkommandiert.

Die Mühe zahlt sich aus. Im Kanu-Slalom in Augsburg gewinnt die DDR vier Goldmedaillen, die Bundesrepublik holt dreimal Silber. Das vorwiegend westdeutsche Publikum applaudiert den Ost-Sportlern trotzdem kräftig, als sie auf das Siegetreppchen steigen. Die Annäherung zwischen Ost und West zeigt sich auch bei den Zuschauern.

Doch hinter den Kulissen herrscht Anspannung. Der Ostdeutsche Christoph Höhne ist Favorit im Gehen über 50 Kilometer. Kurz vor dem Start erreicht den Mannschaftsstab der DDR ein Hinweis: Der Athlet wolle das Rennen nutzen, um sich in den Westen abzusetzen. Höhne streitet das im Verhör ab und darf am nächsten Tag antreten. Die gewohnte Leistung zeigt er aber nicht, wird nur 14. Die Bundesrepublik profitiert: Bernd Kannenberg holt Gold.

Die DDR überwacht nicht nur ihre Sportler. 2000 Ostdeutsche dürfen als Olympiatouristen nach München reisen. Sie übernachten in Gasthäusern im Voralpenland, eine Autostunde von München entfernt. Dort können die mitgereisten Stasi-Agenten sie besser kontrollieren. Nötig scheint das kaum, denn die Olympiatouristen sind meist verdiente Parteigänger, von der SED handverlesen. In den

bayerischen Dörfern fallen sie nicht nur als höfliche Gäste auf, die teilweise selbst ihre Betten machen, sondern auch als gute Trinkkumpare im Wirtshaus. Mit den Einheimischen sitzen sie zusammen, kippen Bier und Schnaps. Mit am Tisch: die Aufpasser der Stasi. Zu Fluchten kommt es nicht.

In den Sportstätten unterliegen die ostdeutschen Besucher strengen Regeln. Ein Verhaltenskodex der SED sieht vor, Streitereien und Provokationen zu vermeiden, stattdessen sollen sie „kräftigen Beifall“ spenden und den Schlachtruf „7 – 8 – 9 – 10 – Klasse!“ nutzen, um die DDR-Sportler zu unterstützen. Anlässe zum Jubeln haben sie genug.

Die große Hoffnungsträgerin, Renate Stecher, läuft im Olympiastadion die 100 Meter in 11,07 Sekunden: Weltrekord. Auch die DDR-Fußballer um Stürmer Jürgen Sparwasser feiern Erfolge, gewinnen gegen Ghana und Kolumbien mit 4:0 und 6:1 und qualifizieren sich für die Endrunde.

Einige Tage später, am 5. September, hämmert es gegen die Tür von Sparwassers Apartment im olympischen Dorf. Es ist noch früher Morgen. Ein Mitglied aus dem Mannschaftsstab ruft Sparwasser zu, dass er das Zimmer nicht verlassen solle. Draußen vor der DDR-Unterkunft stehen



AM 5. SEPTEMBER überfallen palästinensische Terroristen das Quartier der israelischen Athleten (links). Elf Israelis, fünf Attentäter und ein Polizist sterben. Die olympische Euphorie endet jäh

Männer mit Kalaschnikows. Die Mitglieder der palästinensischen Terrorgruppe „Schwar-

zer September“ besetzen den Apartmentblock auf der anderen Straßenseite – die Unterkunft der Israelis. Die Terroristen schießen um sich, töten zwei Bewohner, nehmen Geiseln, entführen neun israelische Athleten und Trainer am Abend zu einem Flugfeld bei München. Als die Polizei kurz darauf versucht, sie zu befreien, sterben alle Israelis beim Schusswechsel, dazu ein deutscher Polizist und fünf Attentäter. Die olympischen Friedensspiele werden zum Blutbad, ein Schock für die Welt. Ermordete Juden auf deutschem Boden, knapp 30 Jahre nach dem Holocaust.

Die DDR-Zeitung „Neues Deutschland“ meldet am nächsten Tag, dass die männlichen DDR-Athleten, die den

Anschlag im Haus gegenüber erlebt haben, unverletzt sind. Auch den Anschlag verurteilt die DDR-Führung, trotz ihrer engen Kontakte zur Palästinenser-Organisation PLO.

Renate Stecher bekommt den Terror nur vor dem Fernseher mit, sie ruht sich mit anderen ostdeutschen Leichtathleten in einem Hotel im Allgäu aus, statt im Mannschaftsquartier zu schlafen. Als sie nach München zurückkehrt, patrouillieren Polizisten mit Maschinenpistolen durch das olympische Dorf. Zur Überraschung vieler Sportler sollen die Wettkämpfe nur kurz unterbrochen werden. Der

UM AN DER WELTSPITZE

zu reüssieren, etabliert die DDR-Führung ein staatliches Dopingprogramm. Sportler werden von Ärzten teils ohne ihr Wissen mit leistungssteigernden Mitteln behandelt



IOC-Präsident Avery Brundage hat gemeinsam mit den deutschen

Organisatoren und der israelischen Delegation entschieden, dass man sich von Terroristen nicht unterkriegen lassen dürfe. „The games must go on“, sagt Brundage bei der Trauerfeier im Olympiastadion, die Spiele müssen weitergehen.

Sprinterin Renate Stecher freut sich. Sie findet es richtig, dass man den Terroristen trotzt. Ein Abbruch könnte den olympischen Traum vieler Sportler zerstören, fürchtet sie, auch ihren. Für Stecher stehen zwei weitere Rennen an. Kurz nach der Trauerfeier, nicht mal 24 Stunden nach dem Massaker am Flughafen, werden die Spiele fortgesetzt. Stecher läuft über 200 Meter zum Olympiasieg, erneut mit einem Weltrekord. Die unschlagbar wirkende Sprinterin könnte sich sogar noch eine dritte Goldmedaille holen: in der 4-mal-100-Meter-Staffel. Stecher und ihre Teamkolleginnen gelten als Favoriten.

Doch auch die Bundesrepublik hat starke Sprinterinnen. Heide Rosendahl ist als Schlussläuferin gesetzt. Sie ist die wohl bekannteste westdeutsche Sportlerin, holte schon Tage zuvor im Weitsprung Gold. Die Sportstudentin aus Leverkusen gilt als emanzipiert und selbstbewusst. Ihr Privatleben gehe niemanden etwas an, erklärt sie männlichen Journalisten, die sie in einem Interview danach fragen. Im Bundestagswahlkampf 1969 wirbt sie für Willy

Brandt. „Ein Girl, das in die neue Zeit hineinpasst“, schreibt das Sportmagazin „Kicker“ über Rosendahl, die „Bravo“ druckt ein Poster von ihr.

Die etwas schweigsame Renate Stecher aus dem DDR-Leistungssportsystem und der Popstar Heide Rosendahl – sie verkörpern zwei Systeme.

Auf der Schlussgerade des Olympiastadions treffen die Frauen aufeinander. Als Rosendahl das Staffelholz von ihrer Teamkollegin übernimmt, hat sie einen Meter Vorsprung. Doch vor dem Rennen haben Experten ausgerechnet, dass es mindestens drei sein müssten, um gegen Stecher eine Chance zu haben. Mit weniger scheint ein Sieg fast unmöglich. Bei 50 Meter liegen die Sprinterinnen aus Ost und West fast gleichauf, Stecher scheint vorbeizuziehen. Aber Rosendahl hat noch Kraft, scheint gar noch zu beschleunigen und kommt einen Schritt vor Stecher ins Ziel. Die Uhr stoppt bei 42,81 Sekunden, Weltrekord und Goldmedaille für die BRD, Silber für die DDR. Stecher gratuliert Rosendahl kurz, dann verschwindet sie in der Kabine.

Verschuldet hat ihre Niederlage wohl auch die DDR-Führung. Stecher sprintet in der Staffel eigentlich als zweite Läuferin in die Kurve, das ist ihre Stärke. Doch bei diesen Spielen wird sie für die Zielgerade eingesetzt. Die Funktionäre wünschen sich vermutlich ein Siegerfoto, auf dem Stecher Rosendahl davonläuft.

Es ist ein Dämpfer für die DDR, aber unterm Strich sind die Spiele von München ein spektakulärer Erfolg. Am Ende liegen die ostdeutschen Sportler im Medaillenspiegel auf Platz drei, vor der BRD auf Platz vier. Das Ziel, den Klassenfeind auf westdeutschem Boden zu schlagen, ist erreicht. Stecher wird als Weltrekordhalterin über 100 Meter wie eine Nationalheldin gefeiert, bekommt einen Trabi und eine Kreuzfahrt nach Kuba geschenkt, trotz der verpatzten Staffel.

Olympia 1972 beweist: Im Sport ist die DDR nicht mehr einzuholen. In der Bundesrepublik zeigt man sich resigniert. Ein westdeutscher Journalist merkt bei einer Pressekonferenz an: Man habe sich auf einen Systemkampf eingelassen, sei mit den Sozialisten „in einen Topf gesprungen“ und müsse dort jetzt schmoren.

Die DDR-Erfolge gehen derweil weiter. Knapp ein Jahr später läuft Stecher als erste Frau 100 Meter unter elf Sekunden. Bei den Spielen von Montreal in Kanada gewinnt die DDR 90 Medaillen und erreicht im Medaillenspiegel sogar

LITERATURTIPPS

R. DEININGER, U. RITZER
**»Die Spiele des
 Jahrhunderts – Olympia
 1972, der Terror und das
 neue Deutschland«**

Spannende Geschichte
 der Spiele und ihrer
 Bedeutung für die junge
 Bundesrepublik (dtv).

UTA ANDREA BALBIER
**»Kalter Krieg auf der
 Aschenbahn«**

Wissenschaftliche Darstel-
 lung der deutsch-deutschen
 Sportbeziehungen
 in den Jahren 1950 bis
 1972 (Schöningh).

GEO+
EPOCHE
DOSSIER

Lesen Sie auch »Olympia.
 Die missbrauchten Spiele«
 (aus GEOEPOCHE Nr. 57)
 über die Sportwettkämpfe
 1936 in Berlin auf
www.geo-epoche.de

DIE FREUDE ÜBER den Sieg der westdeutschen
 4-mal-100-Meter-Staffel um die überragende Heide
 Rosendahl (3. v. l.) kann nicht darüber hinweg-
 täuschen, dass die ostdeutsche Olympia-Mannschaft
 mit 20 Goldmedaillen am Ende deutlich vor der
 Bundesrepublik mit nur 13-mal Gold liegt

IN KÜRZE

Mehr als zwei Milliarden
 D-Mark investiert die
 Bundesrepublik in den Bau
 kühner Sportstätten
 in München, wo sich bei
 den 20. Olympischen
 Sommerspielen rund
 10 000 Sportler aus
 120 Ländern messen. Die
 DDR tritt nicht nur
 erstmals unter eigener
 Flagge auf, sondern schickt
 auch 2000 streng über-
 wachte Olympiatouristen
 mit. Die Kontakte zwischen
 Ost- und Westdeutschen
 bleiben sporadisch. Der
 Sport gerät zum Wett-
 kampf der Weltanschauun-
 gen, den die DDR nach
 Medaillen gewinnt. Über-
 schattet werden die Spiele
 vom tödlichen Anschlag
 palästinensischer Terroris-
 ten auf das israelische
 Olympiaquartier.

Platz zwei – und lässt dabei die Sport-Supermacht USA hin-
 ter sich. Die 1970er und 1980er Jahre werden zu den großen
 Sportjahrzehnten der DDR. Selbst im Fußball gelingt den
 Ostdeutschen bei der WM 1974 ein Sieg gegen die Natio-
 nalelf aus der Bundesrepublik, dank eines Kopfballtors von
 Jürgen Sparwasser. Nun sprechen sogar westdeutsche Zei-
 tungen von einem »Sportwunderland«.

Erst später belegen Dokumente und Stasiakten, was
 maßgeblich hinter dem Wunder steckte. Etwa 10 000 DDR-
 Sportler nehmen leistungssteigernde Mittel zu sich. Der
 Staat selbst entwickelt und organisiert das Doping. Die Dik-
 tatur hat nahezu uneingeschränkte Verfügungsgewalt über
 ihre Athleten. Schon 13-jährigen Mädchen werden Anabolika
 verabreicht, die Ärzte versichern den Eltern, es handele sich
 um Vitamine. Doch die Anabolika-Hormone greifen Organe
 an, begünstigen Krebs und Impotenz. Fast jeder zehnte
 gedopte Sportler aus der DDR erkrankt an Spätfolgen.

Die Wunderläuferin Renate Stecher gilt mit drei Gold-
 und zwei Silbermedaillen bis heute als erfolgreichste deut-
 sche Leichtathletin aller Zeiten. Auch sie nimmt Anabolika,
 so zumindest legen es Stasiakten nahe. Stecher bestreitet
 das bis heute, beklagt den einseitigen Fokus auf die DDR.

In der Bundesrepublik dopen ebenfalls viele Sportler
 mit Anabolika oder der »Kolbe-Spritze«. Doch anders als im
 Osten wird das Doping im Westen nicht zentral gesteuert
 und geschieht nur selten unter Zwang. Meist sind es Ärzte
 und Trainer, die die Mittel für ihre Schützlinge organisieren.
 Zu Tragödien kommt es trotzdem: 1987 stirbt die Mehr-
 kämpferin Birgit Dressel an einem toxisch-allergischen
 Schock. Im Blut der 26-Jährigen findet man mehr als 100
 Medikamente, darunter Anabolika. Der Kalte Krieg der
 deutschen Sportnationen fordert Opfer auf beiden Seiten.

Am Ende sind es die Sportler, die sich noch vor ihren
 Ländern wieder vereinen. Kurz nach dem Fall der Mauer, im
 Sommer 1990, steht die Leichtathletik-Europameisterschaft
 in Kroatien an. Bei der Schlussfeier in Split laufen die Deut-
 schen nach Jahrzehnten wieder gemeinsam ein. Ein ostdeut-
 scher Kugelstoßer und eine westdeutsche Hürdenläuferin
 marschieren voran, Arm in Arm, schwenken die Flagge der
 DDR und die der Bundesrepublik. Dahinter laufen bunt
 durcheinander die anderen deutschen Sportler und winken
 ins Publikum. Heide Rosendahl sitzt nach Karriereende als
 Zuschauerin auf der Tribüne. Ihr kommen die Tränen. Dass
 die ostdeutschen Leichtathleten bei ihrem allerletzten
 Auftritt im DDR-Trikot auch noch die Medaillenwertung
 gewinnen, scheint an diesem Tag zweitrangig. ◇



AUFRUHR DER AUS



ALS DIE LEITUNG des Ford-Werks in Köln rund 300 Arbeiter entlassen will – und das Produktionstempo beibehält –, formieren sich in erster Linie türkische Beschäftigte Ende August 1973 zum Protest, angeführt von Baha Targün (r.)

GENUTZTEN

Sie werden angeworben, um Lücken auf dem Arbeitsmarkt zu füllen. Leben auf Abruf in schäbigen Unterkünften, übernehmen Tätigkeiten, die die Einheimischen längst nicht mehr ausüben wollen. Sind bis zur Erschöpfung dem Takt der Fließbänder unterworfen. Bis es irgendwann genug ist. Im Sommer 1973 machen vor allem türkische »Gastarbeiter« in Köln, was sie so nicht dürfen. Sie streiken

TEXT: Marita Liebermann

NUR 50 SEKUNDEN HAT der Arbeiter, um auf seiner Seite des Fließbands zwei Räder an das Auto zu montieren. Währenddessen läuft die Förderanlage weiter, transportiert den nächsten Wagen heran. Wieder hat der Mann 50 Sekunden für zwei Räder. Sieben Stunden und 40 Minuten immer dieselben Bewegungen: Etwa 550-mal wuchtet er an einem normalen Werktag das Vorder- und das Hinterrad auf die jeweilige Achse, dreht die Muttern auf die Bolzen, die der Kollege am Platz nebenan festschrauben wird.

Rund 5000 Männer arbeiten in der Halle Y des Kölner Ford-Werks im Takt der Bänder. Auf einer Fläche von 20 Fußballfeldern bauen sie Räder und Scheinwerfer, Deckenverkleidungen, Armaturen und Pedale ein. Aus der riesigen Herzkammer der Fabrik kommen 72 marktfertige Fords heraus. In der Stunde.

Doch am 24. August 1973, einem Freitag, fällt den Männern zu Beginn der Spätschicht gegen 16 Uhr eine außergewöhnliche Unruhe in der Halle auf. Rund 300 Leute haben Kündigungen erhalten, die meisten hier in der Y-Halle. Fristlos. Die Abteilung soll dennoch das übliche Pensum schaffen.

Viele der Männer lassen sich zunächst nichts anmerken. Aber einige finden den Mut, sich bei ihren Meistern zu beschweren. Ihre Wut wirkt schnell ansteckend. Bald diskutieren immer mehr Arbeiter mit, weigern sich immer heftiger, die verschärften Bedin-

gungen zu akzeptieren. Schließlich kommt die Produktion zum Erliegen.

Das haben die Firmenchefs nicht erwartet. Die Entlassenen stammen aus der Türkei – wie die meisten anderen hier auf den härtesten Posten bei Ford. Und „ihre Türken“ hatten die Vorgesetzten bislang für fügsam gehalten. Offenbar wissen sie wenig über die kritischen Köpfe unter ihren ausländischen Mitarbeitern. Sie rechnen nicht mit Männern wie Baha Targün.

Der 30-Jährige hat erst vor zwei Wochen in Köln als Kolbenschleifer angefangen. Aber noch an diesem Tag werden seine Landsleute ihn an die Spitze einer Revolte stellen, wie sie die Bundesrepublik noch nicht erlebt hat. Tagelang werden das Fernsehen und die Presse sein Gesicht zeigen, Tausende seiner türkischen Kollegen ihn als Helden feiern.

Was in der Y-Halle beginnt, ist ein „wilder Streik“, ein nicht von der Gewerkschaft organisierter Ausstand. Spontan und zugleich von lang aufgestaunter Wut gespeist. Gänzlich überraschend kommt er allerdings nicht. Denn die BRD plagten ungewohnte wirtschaftliche Probleme. Die Nachfrage aus den USA ist eingebrochen, die Bundesrepublik als Exportland steht unter Druck. Die Preise steigen, für Lebensmittel, Kleidung, Haushaltsgeräte, den Friseur. Es ist das Ende des langen Nachkriegsbooms. Im ganzen Land gehen die Menschen auf die Straße, kämpfen vor allem Angehörige der unteren Lohngruppen für bessere Bezahlung, auch ohne Unterstützung durch die Gewerkschaften. Vollkommen neu ist jedoch, dass nun auch jene aufbegehren, die bislang in der Bundesrepublik keine eigene Stimme haben: die sogenannten „Gastarbeiter“.

Schon in den 1950er Jahren beginnt in der BRD jener enorme Aufschwung, den viele als „Wirtschaftswunder“ feiern. Dank des Marshall-Plans fließt Kapital in die Betriebe, die Industrie kann vielerorts die Anlagen aus der NS-Zeit weiter nutzen. Und Millionen geflüchtete und vertriebene Deutsche füllen die durch den Krieg verursachten Lücken im Arbeitskräfteangebot. Maßgeblich tragen sie damit zu jenem gigantischen Wachstum bei, das die gut 50 Millionen Einwohner des Landes in dieser Zeit erleben: 1960 erreicht die Wirtschaftsleistung einen Wert von 309,4 Milliarden D-Mark, ist doppelt so hoch wie zehn Jahre zuvor.

STREIKENDE verteilen Flugblätter. Etwa 12 000 Menschen aus der Türkei arbeiten im Kölner Werk, meist zu geringem Lohn



GEFÜGIGE WERDEN ZU REBELLEN

Zunächst kommen vor allem Deutsche aus den ehemaligen Ostgebieten, dann vornehmlich Menschen aus der DDR: Von 1949 bis 1961 siedeln rund drei Millionen Bürger des anderen deutschen Staates in den Westen über. Doch nach dem Mauerbau reißt der beständige Nachschub an Arbeitskräften ab, eine Entwicklung, die das Wachstum abzuwürgen droht.

Bereits 1955 hat die Bonner Regierung mit Italien vereinbart, dass Männer und Frauen von dort zum Arbeiten in die Bundesrepublik kommen dürfen. Bald werden auch mit anderen Ländern Anwerbeabkommen geschlossen, darunter Spanien und Griechenland (1960), die Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968).

Die Anwerbeverfahren unterliegen festen Regeln. Die Bundesanstalt für Arbeit sendet die Anforderungen westdeutscher Unternehmen – insbesondere im Baugewerbe, in der Eisen- und Metallindustrie sowie im Bergbau – an die Vermittlungsagentur des jeweiligen Landes. Diese verbreitet vor Ort die Angebote weiter, prüft die fachlichen Qualifikationen der Bewerber. Dann müssen sich die Kandidaten einer Gesundheits- und Eignungsuntersuchung unterziehen. Dafür reisen eigens deutsche Amtsärzte an. Sie testen Urin und Blut, röntgen die Lungen. Weiterhin, so erzählt es etwa ein 1971 als Bergarbeiter angeworbener Türke, müssen sich die Untersuchten nackt aufstellen, Kniebeugen machen. Dann fordert ein Dolmetscher sie auf, sich vorzubeugen, und der Arzt begutachtet die Gesäßöffnungen.

Ausgewählte Bewerber werden den passenden Betrieben zugewiesen. Das menschenunwürdige Verfahren passt zum Grundgedanken der Anwerbepolitik: Die Ausgesuchten sollen den „Spitzenbedarf“ der Wirtschaft decken. Hoffnung auf eine neue Heimat aber, auf ein Land, das sie willkommen heißt, können sie sich nicht machen. Lediglich vorübergehend sollen sie in der Bundesrepublik bleiben und gleich wieder fortgehen, wenn sie den Betrieben nicht mehr nutzen.

Und vor allem eines dürfen die arbeitenden Gäste nicht sein: Konkurrenten um Stellen für die Einheimischen. Und damit sie nicht etwa als billigere Alternative von den Unternehmern bevorzugt werden, setzen sich die Gewerkschaften dafür ein, dass die Verträge für die Gastarbeiter keine Dumpinglöhne, sondern die Bezahlung nach Tarif vorsehen. Ebenso gelten für sie die gleichen Arbeitszeiten und die gleichen Rechte auf Urlaub oder im Krankheitsfall wie für Deutsche.

EINE NEUE UNTERSCHICHT

Zu Tausenden reisen zuerst vor allem alleinstehende Männer aus den Anwerbeländern an. Die deutschen Behörden genehmigen dem Großteil der Gastarbeiter zunächst immer nur für ein Jahr den Aufenthalt im Land. Verlängerungen richten sich nach der Konjunkturlage. Wenn Unternehmen den Ausländern bei Flaute kurzfristig kündigen, verlieren diese in aller Regel auch ihre Aufenthaltserlaubnis.

Tatsächlich beträgt Anfang der 1960er Jahre die Zahl derer, die im Lauf eines Jahres in ihre Heimat zurückkehren, knapp ein Drittel von allen, die aktuell in Deutschland leben. Die Rückwanderer werden dabei, wiederum je nach Konjunktur, in entsprechendem Umfang durch Neuankömmlinge ersetzt. So zählen die deutschen Behörden im September 1964 den einmillionsten Gastarbeiter. Die Verantwortlichen im Arbeitsministerium zeigen sich erfreut: „Diese Million Menschen auf deutschen Arbeitsplätzen trägt mit dazu bei, dass unsere Produktion weiter wächst, unsere Preise stabil und unsere Geltung auf dem Weltmarkt erhalten bleibt“, schreibt Minister Theodor Blank.

Und noch weiter geht das Geschäft, das Deutschland auf Kosten der arbeitenden „Gäste“ machen will: Diese zahlen regulär Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge – allerdings ohne dass sie umgekehrt von staatlichen Leistungen profitieren würden. Da die „ausländischen Arbeitnehmer“ zu 90 Prozent „in bestem Schaffensalter zwischen 18 und 45 stehen“, so rechnet 1966 ein Staatssekretär im Arbeitsministerium vor, nehme die deutsche Rentenversicherung derzeit „weit höhere Beiträge“ von ihnen ein, „als sie gegenwärtig an Rentenleistungen für diesen Personenkreis aufzubringen hat“. Und da „die Ausländer im produktiven Alter nach Deutschland kommen“, schreibt 1968 eine Wirtschaftszeitung, „entstehen keine Heranbildungskosten (Schule, Kindergarten) und keine Alterskosten (Altersheim)“; zudem würde auch die Arbeitslosenversicherung durch sie ein erhebliches Plus erzielen.

Die Vertragsländer ihrerseits erhoffen sich ebenfalls Vorteile. Die Türkei etwa ist Anfang der 1960er

Jahre ein Agrarland, die Bevölkerung wächst stark, die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Zukunftsaussichten sind für viele junge Menschen vor allem aus ländlichen Gebieten schlecht. Wer eine Stelle in Deutschland bekommt, erwirtschaftet nicht nur sein



AUS ITALIEN kommen ab 1955 die ersten »Gastarbeiter« – hier ein Italiener vor der Rückfahrt

eigenes Einkommen. Er erleichtert meist auch den Verwandten in der Heimat durch Geldsendungen und Geschenke das Leben. In der Bundesrepublik spricht man daher auch gern von einem „Stück Entwicklungshilfe“, das Deutschland für die Anwerbestaaten leiste – zumal die Arbeiter mit hier erworbenen Qualifikationen nach Hause zurückkehrten.

In der Realität werden Gastarbeiter jedoch vor allem in gering bezahlten Bereichen eingesetzt. Kaum einer schafft den Aufstieg zum Fach- oder Vorarbeiter, die allermeisten bleiben ungelernte Hilfskräfte. Migranten arbeiten besonders häufig im Schichtsystem oder für Akkordlöhne, sie erledigen oftmals jene schmutzigen, schweren oder gefährlichen Tätigkeiten, die in Westdeutschland sonst kaum jemand mehr ausüben möchte. Sie steigen auf die Baugerüste, teeren die Straßen, putzen Häuser. So beschäftigt die Münchner Müllabfuhr 1970 zu 94 Prozent Gastarbeiter, die meisten sind Türken. Wären sie nicht hier, müssten die Arbeitgeber Einheimischen für die unbeliebten Tätigkeiten längst höhere Gehälter zahlen. Die Fremden werden zur neuen Unterschicht in der Bundesrepublik.

FÜR DIE MIGRANTEN sind niedrige Löhne in der Bundesrepublik immer noch weit mehr als das Einkommen, das sie in ihrem Land erzielen könnten. In möglichst kurzer Zeit wollen sie so viel Geld verdienen, dass sie davon einiges in die Heimat schicken können – und nach ein paar Jahren mit einem finanziellen Polster dorthin zurückkehren. Deshalb sehen viele wohl auch keinen Sinn darin, mehr Deutsch als unbedingt nötig zu lernen, besuchen selbst die Sprachkurse selten, die manche große Betriebe „ihren“ Gastarbeitern anbieten.

Zwar knickt die Konjunktur um 1966 kurz ein, doch die Mehrheit der Verantwortlichen geht schon bald davon aus, dass die Wirtschaft auch künftig zusätzliche Kräfte brauchen wird. Zudem ändert sich 1971 eine grundlegende Bedingung für bewährte ausländische Arbeiter: Nach einer Beschäftigung von fünf Jahren sind sie jetzt berechtigt, eine nochmals fünfjährige Arbeiterlaubnis zu bekommen – unabhängig von den kurzfristigen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt.

Unterdessen lassen viele Gastarbeiter auch ihre Ehepartner oder Geschwister in die Bundesrepublik



IN DEN 1950ERN lässt das »Wirtschaftswunder« die Produktion anschwellen und führt auch in der Autoindustrie zu stetigem Bedarf an Arbeitskräften. Die Politik setzt auf Menschen aus dem Ausland, die günstig für die Firmen verfügbar sein sollen



DEN ANGEWORBENEN – die meisten stammen seit den 1970er Jahren aus der Türkei – wird bewusst keine Perspektive in der BRD geboten, Aufenthaltspapiere gelten anfangs nur für ein Jahr, viele wohnen in engen Mehrbettzimmern (l.). Der Kölner Dom gewährt einer Gruppe von muslimischen Arbeitern 1965 Raum zum Gebet



VOM FENSTER eines Werksgebäudes informiert ein Sprecher über die Verhandlungen der Streikleitung mit der Geschäftsführung im August 1973. Der Betriebsrat vertritt die Forderungen der türkischen Arbeiter nur halbherzig. Hoffnungsträger der Protestierer ist deshalb vor allem der charismatische Baha Targün (Bild ganz rechts, vorn), der gut Deutsch spricht



ANFANGS NOCH sind einige deutsche Kollegen solidarisch, doch das ändert sich, je länger der Protest andauert. Mitunter kommt es sogar zu Handgreiflichkeiten. Dennoch verleiht der Streik vielen Migranten in der Belegschaft zeitweise ein nie gekanntes Selbstbewusstsein



MEHRERE TAGE besetzen die Arbeiter, deren Protest illegal ist, weil er nicht von Gewerkschaftern organisiert wird, das Fabrikgelände (links das historische Hauptgebäude). Hunderte übernachten in den Hallen, veranstalten Sit-ins, singen und tanzen – und hoffen bis zum Schluss auf einen Erfolg ihrer Forderungen

nachkommen, die Kinder mitbringen oder andere Familienmitglieder ermutigen, es ihnen gleichzutun. Nicht zuletzt durch solche „Kettenmigrationen“ wächst die Zahl der Ausländer 1973 auf knapp vier Millionen an, davon sind etwa 2,6 Millionen erwerbstätig – weithin zumeist Männer, aber auch immer mehr Frauen.

Gastarbeiter aus der Türkei etwa animieren häufig Verwandte aus der Heimat, ihnen nachzufolgen. Zudem bekommen immer mehr Paare in Deutschland Nachwuchs. Mit über 893 000 Männern, Frauen und Kindern bilden die türkischen Migranten mittlerweile die größte Gruppe. Und nirgendwo arbeiten mehr als bei Ford in Köln, einem der größten Arbeitgeber Westdeutschlands. Rund 12 000 Türken sind hier angestellt, fast 40 Prozent des Personals.

TYPISCH FÜR bundesdeutsche Firmen, die einen hohen Anteil an Migranten beschäftigen, ist die Verteilung der Posten bei Ford. Die deutschen Produktionsmitarbeiter führen größtenteils weniger anstrengende, höher qualifizierte Tätigkeiten aus, bedienen technisch weiter entwickelte Maschinen, sind Vorgesetzte; viele verdienen entsprechend mehr. Die Türken beziehen hingegen fast alle den niedrigsten Lohn im Werk. Die Ausländer leisten ihre Schichten zumeist an Maschinen oder Fließbändern ab, die sich mit geringen Vorkenntnissen handhaben lassen, aber hohen körperlichen Einsatz erfordern.

Besonders schwer haben es die Männer an den Endmontage-Bändern, wo jeder Schritt sekundengenau vorberechnet ist. In 56 Sekunden muss ein Arbeiter einen Scheinwerfer einsetzen, sieben Sekunden hat er, um danach zum nächsten Fahrzeug zu gehen, das auf dem Fließband herankommt. Auch die Zeit, die ihm zwischen den einzelnen Bewegungen „frei“ zur Verfügung steht, ist exakt kalkuliert: 13 Sekunden sind pro Wagen „übrig“, sagt der verantwortliche Vorarbeiter.

So können die Männer an den Bändern in einer Schicht von über sieben Stunden höchstens für ein paar Minuten ihren Platz verlassen, um etwa zur Toilette zu gehen oder etwas zu trinken – aber nur wenn ein Kollege einspringen kann: Die Förderanlagen laufen immer weiter, und zwar schnell.

Viele Bandarbeiter schleppen sich krank zur Schicht, fürchten sonst die Entlassung. Ein Türke erfüllt seine Aufgaben trotz Leistenbruchs. Die Firma prägt oft auch noch das Privatleben der Männer. Ford bringt viele der Ausländer in Hochhauswohnungen unter: Regelrechte Ghettos formieren sich in den

Blocksiedlungen von Vierteln wie Nippes, Mülheim oder Mauenheim, alle in der Nähe des Werksgeländes im Norden Kölns. Teils zu zweit, aber auch zu viert oder sechst bewohnen die Männer hier unter der Aufsicht eines deutschen Wohnheimleiters ein Zimmer. Für das billigste zahlt jeder 78 Mark im Monat an Ford.

Zahlreiche Türken lassen sich im sanierungsbedürftigen Altstadtgürtel der Stadt nieder. Hier verlangen die Vermieter von ihnen oft deutlich höhere Mieten als von den Deutschen – die sich aus dieser Gegend zurückziehen. „Die Türken kommen, rette sich wer kann“, schreiben Journalisten und warnen vor „fremdländisch bewohnten Slums in unseren Großstädten“.

Viele Gastarbeiter sehen wohl den Urlaub in der türkischen Heimat als einzige Möglichkeit, aus dem tristen Alltag auszubrechen. Allerdings müssen die meisten, um dahin zu gelangen, Tausende von Kilometern mit dem Auto zurücklegen. Von den wenigen Urlaubswochen im Sommer wenden sie so einen erheblichen Teil für die Fahrt auf. Seit Jahren bitten die türkischen Ford-Mitarbeiter daher um zusätzliche – unbezahlte – Urlaubstage. Doch die Geschäftsleitung weigert sich. Und so kehren immer wieder Männer verspätet aus den Werksferien zurück an die Fließbänder.

Jahrelang haben die Chefs dieses Verhalten hingenommen, es bei der Androhung von Disziplinarmaßnahmen belassen. Doch jetzt, in der wirtschaftlichen Krise 1973, reagiert die Firmenleitung streng: Die tagelange Verzögerung, mit der zahlreiche türkische Beschäftigte nach der dreiwöchigen Betriebspause im Juli ihre Arbeit wieder aufnehmen, ist ein willkommener Anlass für fristlose Kündigungen.

Aber an jenem Freitagnachmittag in der Y-Halle mobilisieren sich die bislang Gefügigen. Arbeitergruppen ziehen durch die stillgelegte Endmontage-Anlage und überzeugen die Zögerlichen unter ihren Kollegen, sich gemeinsam zur Wehr zu setzen. Bald marschieren etwa 1000 Arbeiter über das Betriebsgelände. Nicht lange, und auch in den Hallen des Motorenwerks und des Karosseriebaus steht die Produktion still. Ungefähr 8000 Kollegen verteilen sich überall im lahmgelegten Werk. Weitere 1500 schließen sich dem Zug an. Sie nehmen Kurs auf das Verwaltungsgebäude.

Gegen 18 Uhr versammeln sie sich vor dem Sitz der Geschäftsleitung, heben selbst geschriebene Transparente in die Höhe. Dem Vertreter des Betriebsrats, der sie beschwichtigen will, entreißen sie sein Megafon. Sie wollen, dass einer der ihren spricht.

Zum Sprachrohr seiner Landsleute wird noch an diesem Abend Baha Targün. Anders als die meisten

EINIGE TÜRKEN SCHEREN AUS

seiner Landsleute beherrscht er die deutsche Sprache ausgezeichnet. Vier Jahre zuvor in Deutschland angekommen, ist er unter anderem als Dolmetscher tätig gewesen, hat anschließend fünf Monate lang in einer Bank gearbeitet und dort auch türkische Kunden betreut. Womöglich hat er dabei von den Bedingungen bei Ford erfahren – und beschlossen, sich ein eigenes Bild zu machen, Material zusammenzutragen und darüber in seiner Heimat ein Buch zu veröffentlichen.

Die Geschäftsleitung, das verlangen Targün und seine Mitstreiter nun, soll alle Kündigungen zurücknehmen und das Tempo der Produktionsbänder drosseln. Zudem wird die Forderung nach Erhöhung des Stundenlohns – „1 DM mehr für alle“ – nun zur Losung dieses wilden Streiks. Aus den oberen Etagen der Verwaltungsgebäude schauen Männer mit weißen Hemden und Krawatten auf die Streikenden hinab: Die Geschäftsführung und der Betriebsrat vertagen die Verhandlungen, hoffen wohl, dass sich die Arbeiter über das Wochenende beruhigen werden.

DOCH DIE LEUTE um Targün organisieren ihren Protest jetzt erst richtig. Schon am frühen Montagmorgen verteilen sie Flugblätter, informieren die an den Werkstoren eintreffenden Kollegen über die Ziele des Kampfs. Der Betriebsrat verhandelt zwar mit der Geschäftsführung, lässt sich aber hinhalten. Offenbar will er sich nicht wirklich für die ausländischen Beschäftigten engagieren.

Und so wählen sich die Arbeiter eine eigene Streikleitung, ernennen Targün zu ihrem Sprecher, den sie *başkan* nennen, türkisch für „Vorsitzender“. Er geht den Demonstrationszügen voran, die sich in den nächsten Tagen immer wieder über das Gelände schieben. Versammelt die Arbeiter zu einem Massen-Sit-in vor dem Personal- und Sozialzentrum. Durch ihn fühlen sich viele Türken zum ersten Mal in Deutschland stark, lassen sich inspirieren vom Selbstbewusstsein des Kollegen. Von ihm, den die Mächtigen nicht einschüchtern.

Der „Başkan“ wird laut: ruft, brüllt, schreit den Chefs in deren Sprache entgegen, dass der Streik weitergehen wird. Solange sie nicht bereit sind, mit den Gastarbeitern selbst zu sprechen. Zu einem Vorbild wird er in jenem August für Männer wie den jungen Mitat Özdemir, der als Arbeiter zu Ford gekommen ist, aber inzwischen beschlossen hat, doch noch das Abitur zu schaffen, um danach zu studieren.

Die Solidarität der deutschen Kollegen lässt jedoch nach, viele sehen den Streik womöglich mehr

und mehr als Sache der Türken. Aber auch die sind sich nicht alle einig. Etwa missbilligt Salih Güldiken, einer der wenigen nichtdeutschen Betriebsratsmitglieder bei Ford, die ungenehmigte Aktion, sorgt sich, die Meinung der Deutschen über die türkischen Migranten könnte noch negativer werden.

Aber die Streikleitung gibt nicht auf, sorgt dafür, dass einige Hundert Arbeiter das Ford-Werk auch über Nacht besetzt halten. Wachen werden eingeteilt, Männer sichern die Tore. Deutsche Unterstützer schleusen Lebensmittel durch die Eingänge oder durch Löcher im Werkszaun. In den Abendstunden singen und tanzen die Streikenden, erzählen sich Geschichten, manche beten. Zum Schlafen legen sie sich teils auf Schaumstoff aus dem Lager der Polsterei in der Y-Halle, strecken sich zwischen den Bändern oder in Regalen aus. In der Nacht zum Donnerstag bleiben über 2000 Menschen in den Fabrikhallen. Mehr als je zuvor.

Gut möglich, dass die Arbeiter von ihren Kolleginnen und Kollegen in anderen westdeutschen Betrieben wissen, die in jenem Sommer mit wilden Streiks bereits für bessere Bezahlung gekämpft haben, immer wieder mit Erfolg. Wahrscheinlich sind die Ford-Männer ermutigt von den Hunderttausenden, die ohne gewerkschaftliche Unterstützung im ganzen Land protestieren: Belegschaften von über 400 Betrieben – und bei vielen sind Gastarbeiter an den Revolten beteiligt.

Zudem kursieren im Kölner Werk Gerüchte über einen möglichen Polizeieinsatz. Das entfacht den Willen zum Widerstand neu. Ein letztes Mal.

Aber am Donnerstagvormittag stellen sich den Streikenden nicht nur Ordnungskräfte entgegen, sondern vor allem eine gewalttätige Menge überwiegend deutscher Ford-Arbeiter, die den Ausstand beenden wollen. Die Situation eskaliert, die Polizei greift ein – und verhaftet etliche Streikende. Baha Targün führen die Beamten als einen der Ersten ab. Mit übel verletztem Auge und Prellungen am ganzen Körper. Der zuvor weitgehend friedliche Protest der ausländischen Arbeiter findet ein jähes Ende.

Targün taucht gleich nach seiner Entlassung aus der Polizeihaft unter, um der Abschiebung in die Türkei zu entgehen. Heimlich gibt er dem Magazin „Stern“ ein Interview, in dem er über die Arbeit bei Ford berichtet. Felsenfest scheint für ihn noch immer zu stehen: „Der Kampf geht weiter.“

Tatsächlich enthüllen einige Presseberichte die Bedingungen, unter denen die Gastarbeiter bei Ford schon seit gut zehn Jahren leiden. Reporter prangern das Profitdenken des Autobauers an. Es sind Stimmen

DER STREIK ENDET GEWALTSA

ISOLATION IM »BRUDERLAND«

Auch die DDR wirbt Arbeitskräfte jenseits der Grenzen an. Sie gelten als sozialistische »Freunde« – müssen aber in oft harten Verhältnissen leben



VON 1963 BIS 1989 kommen Menschen von weit her zur Arbeit in den SED-Staat, so etwa diese Vietnamesin (links) in einem Berliner Kabelwerk oder der afrikanische Lehrling, der in einer Buchbinderei tätig ist

Funktionäre der SED verdammten immer wieder das „Gastarbeiter“-Programm Westdeutschlands als Ausgeburd kapitalistischer Ausbeutung – dabei rekrutiert auch die DDR systematisch Arbeitskräfte im Ausland. Von 1963 an schließt der Staat entsprechende Abkommen mit anderen sozialistischen Ländern, zunächst mit Polen und Ungarn, dann ab Mitte der 1970er Jahre außerhalb Europas, etwa mit Algerien, Kuba, Mosambik und Vietnam. Offiziell kommen die sogenannten „Vertragsarbeiter“, um – im Sinne der „proletarischen Solidarität“ – fachlich und weltanschaulich ausgebildet zu werden. Faktisch aber braucht auch die DDR als sich entwickelnde Industrienation schlicht Arbeiter für meist monotone und körperlich anstrengende Tätigkeiten in den volkseigenen Fabriken – umso mehr als bis zum Mauerbau 1961 massenhaft DDR-Bürger in den Westen abgewandert sind.

Die „ausländischen Werk tätigen“, zum größten Teil junge Männer, kommen freiwillig und dürfen maximal vier oder fünf Jahre bleiben. Die Bezahlung der Migranten entspricht meist in etwa dem übrigen Lohnniveau in der DDR, doch die Bedingungen sind herausfordernd. Die Menschen leben in Wohnheimen nahe der Betriebsgelände, oft zu mehreren in einem Zimmer, bewusst isoliert von der übrigen Bevölkerung. Familienangehörige dürfen nicht nachkom-

men, und schwangere Frauen müssen das Land verlassen – oder abtreiben. Wo die Menschen arbeiten, legen die staatlichen Stellen der DDR bereits in den Verträgen mit dem Entsendeland fest. Die Behörden teilen stets ganze Gruppen zu, die von je einem Dolmetscher begleitet werden.

Weil die Vertragsarbeiter in der SED-Propaganda als „Freunde“ gelten und kulturelle Unterschiede unter sozialistischen „Brüdern“ nicht zählen dürfen, werden Konflikte und rassistische Anfeindungen durch DDR-Bürger totgeschwiegen. Auch über Streiks wegen schlechter Arbeits- und Wohnbedingungen, etwa von Algeriern in den 1970ern, redet man kaum. Trotz aller Isolation gibt es auch Freundschaften, sogar Liebesbeziehungen zu Einheimischen – und Nachkommen, deren Väter nicht selten das Land ohne Rücksicht auf familiäre Bindungen wieder verlassen müssen.

Bis zum Ende der DDR bleibt das Prinzip bestehen. 1989 erreichen die Zahlen der Vertragsarbeiter sogar den Höchststand von fast 100 000 (die meisten von ihnen aus Vietnam) – im Vergleich zur BRD jedoch eine sehr kleine Menge. Nach dem Mauerfall werden ihre Verträge mit dem Ende der DDR nichtig. Viele werden ausgewiesen, die meisten anderen gehen ebenfalls wieder in ihre Heimat – nicht zuletzt, weil die aufwallende Fremdenfeindlichkeit der Wendejahre sie aus dem Land treibt. *Jens-Rainer Berg*

LITERATURTIPPS

KARIN HUNN

»Nächstes Jahr kehren wir zurück ...« – Geschichte der türkischen »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik«

Untersucht die Alltagserfahrungen der Einwandernden sowie die politischen Rahmenbedingungen (Wallstein).

ULRICH HERBERT

»Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland«

Gesamtdarstellung vom Kaiserreich bis zur Kohl-Ära (C. H. Beck).



Lesen Sie auch »Strukturwandel: Der letzte Kampf« (aus GEOEPOCHE Nr. 114) über Arbeiterprotest im Ruhrgebiet auf www.geo-epoche.de

IN KÜRZE

Um die Interessen der Wirtschaft zu befriedigen holt die BRD zwischen 1955 und 1973 Arbeitskräfte aus Südeuropa und der Türkei ins Land, die vor allem besonders schwere und monotone Tätigkeiten ausführen. Gegen die Härten, denen sie ausgesetzt sind, regt sich Protest. Ein großer Teil der Migranten wird dennoch heimisch und bleibt: aus »Gastarbeitern« werden Mitbürger.

tät verlieren. Und die nun vielfach längeren Aufenthaltszeiten der Migranten verursachten dem Staat massiv steigende Kosten.

Die Wirtschaftslage spitzt sich im Herbst durch die Ölkrise nochmals dramatisch zu – ein willkommener Vorwand für die Politik. Am 23. November 1973 stoppt die Bundesregierung die Anwerbung in fast allen Vertragsländern. In den folgenden Jahren verringert sich die Zahl der in Deutschland beschäftigten Ausländer zunächst beträchtlich. Doch in der westdeutschen Bevölkerung werden die Ausländer insgesamt mit ihren nachziehenden Familienmitgliedern und ihren in Deutschland geborenen Kindern eine immer größere Gruppe.

Die Mehrheit der Gastarbeiter geht nach dem Anwerbestopp nicht zurück in die alte Heimat. Denn nun hätten sie kaum noch eine Chance, erneut von dort aufzubrechen, um in Deutschland ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Und in ihren Geburtsländern hat sich die Situation kaum verbessert. Keinem der Vertragsstaaten ist es durch die Anwerbeabkommen mit der Bundesrepublik gelungen, die Arbeitslosigkeit oder den technischen Rückstand in den Griff zu bekommen. Viele Gastarbeiter hätten bei einer Rückkehr in ihrer Heimat keine beruflichen Perspektiven.

So hält 1979 der im Vorjahr berufene erste »Beauftragte der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen« in einem Bericht fest, dass »eine nicht mehr umkehrbare Entwicklung eingetreten ist und die Mehrzahl der Betroffenen nicht mehr einfach »Gastarbeiter« sondern Einwanderer sind, für die eine Rückkehr in ihre Herkunftsländer aus den verschiedensten Gründen nicht wieder in Betracht kommt.«

Das Ende der Anwerbeabkommen ist nicht der Schluss jenes Kapitels der westdeutschen Geschichte, das in den Jahren des Booms begonnen hat. Die Ausländer, die auf Betreiben der Bundesregierung fast zwei Jahrzehnte lang zum Arbeiten gekommen sind, haben nicht allein zum erwünschten Wachstum beigetragen. Das Land hat sich durch die Gastarbeiter verändert – nicht nur vorübergehend. Sondern für immer. ◇

einer Diskussion, die bereits länger im Gange ist: Politiker und Vertreter sozialer Einrichtungen wie der Arbeiterwohlfahrt oder der Kirchen haben sich inzwischen besorgt über die unwürdigen Lebensumstände der Ausländer in Deutschland geäußert.

Die Boulevardpresse aber diffamiert den Streik als »Türkenterror«. Und verweist auf das Wort »Gastarbeiter«: Gäste, die sich schlecht benehmen, gehörten »vor die Tür gesetzt«. Derweil hat bei Ford schon am Tag des Polizeieinsatzes die Spätschicht die Produktion wieder aufgenommen.

Lediglich die Kündigungen derjenigen, die verspätet aus dem Urlaub zurückgekehrt sind und ein ärztliches Attest vorlegen konnten, nimmt die Geschäftsführung zurück. Aber der Autobauer erfüllt keine einzige zentrale Forderung der Streikenden. Viele der Gekündigten müssen Deutschland verlassen. Wie allen anderen Beschäftigten gesteht Ford auch den Türken, die bleiben dürfen, eine einmalige Zulage von 280 Mark zu, als Ausgleich für die Teuerungen. Für die meisten Gastarbeiter geht das Leben weiter wie zuvor.

Wenigen gelingt es, der schweren Industriearbeit zu entkommen. Mitat Özdemir etwa wird ein Ingenieursstudium abschließen und sich bis heute gegen Fremdenhass engagieren. Dagegen verurteilt ein Kölner Gericht Baha Targün 1975 wegen einer angeblichen Erpressung zu einer sechseinhalbjährigen Haftstrafe. 1979 wird er in die Türkei abgeschoben, arbeitet dort später als Journalist und Reiseführer. Über den Aufstand spricht er bis zu seinem Tod 2020 offenbar nie wieder öffentlich.

WENIGE MONATE nach dem Ford-Streik 1973 setzt sich auch in der Bundesregierung die schon länger von Wirtschaftsexperten und manchen Politikern vertretene Meinung durch, dass die Anwerbung von Gastarbeitern inzwischen ein »Minusgeschäft« sei: Die billigen Arbeitskräfte hemmten die Modernisierung der Produktionsabläufe und damit die Rationalisierung. Auch würden Gastarbeiter durch den Familiennachzug ihre nützliche Mobili-



Über
80 %
sparen

Jetzt mitfeiern:

**7x den STERN
für nur 7 €**

Ihre Vorteile im Jubiläums-Angebot:

- 7x den STERN inkl. TV-Magazin frei Haus.
- Für 7 € statt ~~40,60 €~~. Das sind nur 1 € je Ausgabe.
- Danach monatlich kündbar.



Schnell sichern unter:
www.stern.de/jubi7f7



Anrufen unter:
040/55 55 78 00
(Bitte Bestell-Nr. 212 7726 angeben)

1975

Transitverkehr

ANFANGS ZWEI, später drei
Transitautobahnen verbinden die
Bundesrepublik und Westberlin.
Ab 1968 brauchen Reisende
für die Fahrt durch die DDR ein
gebührenpflichtiges Visum
(Berliner Ring auf Höhe der
Raststätte Michendorf)



Deutsche Demokratische Republik
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Transitvisum

zur einmaligen Reise durch das Hoheitsgebiet
der Deutschen Demokratischen Republik
über die für den Transitverkehr
zugelassenen Grenzübergangsstellen
auf den vorgeschriebenen Verkehrswegen
und der kürzesten Fahrtstrecke



i. A.

[Signature]

Während des Transits ist ein Wechsel des Transits
mittels nur mit Zustimmung der zuständigen Organ
DDR gestattet. In der Binnenschifffahrt berechtig
Transitvisum zum Landgang an den dafür zugela

Tatort Transit

Verbrechen in der Zwischenwelt



Bis 1972 gleichen Reisen zwischen der Bundesrepublik und Westberlin einem Spießrutenlauf. Sämtliche Landwege führen über das Hoheitsgebiet der DDR, an den Grenzen und unterwegs herrschen Willkür und Schikane. Erst das Transitabkommen zwischen den beiden deutschen Staaten erleichtert die Fahrten. Was bleibt, ist eine eigentümliche Sonderzone, in der Ost- und Westdeutsche trotz unmittelbarer Nähe auf Distanz bleiben müssen. Doch gerade das macht den »Transit« auch zum idealen Ort von Verbrechen

TEXT: Sebastian Kretz



AUF DEN ERSTEN BLICK wirkt der Autobahnparkplatz unauffällig: ein 100 Meter langer, von Kiefern, kahlen Birken und Eichen gesäumter Fahrstreifen, keine Raststätte, keine Toiletten. Doch es ist gerade das Unscheinbare, auf das die Volkspolizisten achten, die an diesem regnerischen Wintermorgen des 5. Dezember 1975 hier ihren Streifenwagen stoppen. Ihr Auftrag lautet, Vergehen aufzuspüren, die man leicht mit Alltagslichkeiten verwechseln könnte und die nur in dieser eigentümlichen

Zwischenwelt überhaupt denkbar sind. An keinem anderen Ort kommen West- und Ostdeutsche einander so nahe wie hier – und müssen gleichzeitig so streng Abstand voneinander halten: an den Transitstrecken durch die DDR.

Auf dem Parkplatz bei Lehnin, südwestlich von Potsdam, sind Dinge verboten, von denen in Hannover, München oder Westberlin niemand auch nur Notiz nehmen würde: Unerwünscht ist zum Beispiel, dass eine Autofahrerin etwa aus Köln sich mit einem Autofahrer aus Magdeburg unterhält. Verboten ist, dass sie ihm eine Ausgabe der „Bild“ oder des „Spiegel“ übergibt. Besonders streng verboten wäre es, wenn der Magdeburger zu der Kölnerin ins Auto stiege und mit ihr die Deutsche Demokratische Republik verlasse. All das sollen die Streifenpolizisten verhindern.

Was die Männer jedoch an diesem Morgen in westlicher Fahrtrichtung bei Kilometer 4,5 zwischen den Bäumen entdecken, ist entsetzlich: Auf der feuchten, graubraunen Erde liegt etwas. Besser gesagt: jemand. Der nackte Körper einer Frau, bäuchlings, von den Schultern bis zu den Oberschenkeln mit einem Kunststoff-sack bedeckt. Als die Volkspolizisten sich nähern, erkennen sie: Der Leiche fehlt der Kopf. Womöglich ahnen sie bereits, dass ihrem Fund keine gewöhnlichen Ermittlungen folgen werden. Dass es kein Zufall ist, dass die Leiche ausgerechnet an der Transitautobahn abgelegt wurde. Rasch verständigen sie die Kollegen der Mordkommission, die kurz darauf mit der Untersuchung des Fundorts beginnen.

Wer auch immer die Frau tötete, hat sich wenig Mühe gegeben, seine Spuren zu beseitigen. War der Täter in Eile? Oder glaubt er, dass die Hinweise ohnehin nicht zu ihm führen werden? Neben der Leiche liegt eine leere Zigarettenpackung der Marke HB, bei einem nahen Baum ein zerknülltes, beigefarbenes Tuch mit Blumenmuster. Und etwas weiter entdecken die Experten die Spur eines Autoreifens im Boden. Noch am selben Tag wird die Leiche in die Ostberliner Universitätsklinik Charité gebracht. Die Rechtsmediziner schätzen das Alter der Frau auf etwa 50 Jahre, ihre Körpergröße auf 165 Zentimeter. Sie ist vermutlich seit zwei oder drei Tagen tot. Die Todesursache können die Ärzte nicht feststellen.

In den folgenden Tagen suchen die Ermittler die Transitstrecke nach dem fehlenden Kopf ab. Sie lassen Chirurgen und Orthopäden die Leiche erneut untersuchen – in der Hoffnung, alte Narben an Unterbauch und Kniegelenk könnten Aufschluss darüber geben, wann und wo die Frau operiert wurde. Sie gleichen ihre Fingerabdrücke mit



AUF EINEM PARKPLATZ an der Transitstrecke bei Potsdam stoßen Polizisten 1975 auf eine abgedeckte Frauenleiche

AN DEN GRENZÜBERGÄNGEN

werden die Dokumente der Reisenden gestempelt und alle Autoinsassen kontrolliert. Bei der Ausreise aus dem Transit wird außerdem die Fahrtdauer geprüft. Wer zu lange unterwegs war, macht sich verdächtig



einer Datenbank ab. Kein Treffer. Auch das mächtige Ministerium für Staatssicherheit ist in die Suche involviert. Major Hans-Dieter Lüdike von der für ungesetzliche Grenzübertritte zuständigen Hauptabteilung IX lässt gemeinsam mit den Kriminalbeamten aus Potsdam republikweit ermitteln. Doch in der gesamten DDR wird keine Frau vermisst, deren Beschreibung zu der Leiche passt, ebenso wenig in Polen oder der Tschechoslowakei. Dennoch gelingt Lüdike ein entscheidender Schritt. Nicht, indem er neue Hinweise findet. Er fügt nur die vorhandenen zu einem schlüssigen Bild zusammen.

Weder das geblünte Tuch noch der Kunststoffsack, in den die Leiche eingewickelt war, wurden in der DDR hergestellt, stellen Experten fest. Der Reifen, der die Fahrspur nahe der Leiche verursacht hat, stammt aus Frankreich und wird auf Fords, BMWs oder Fiats aufgezogen. In der DDR ist das Modell nicht erhältlich. Und Zigaretten der Marke HB können Ost-Bürger höchstens auf Umwegen kaufen. Am 17. Dezember fasst Lüdike seinen Bericht. Und erklärt darin, die Tote sei keine DDR-Bürgerin gewesen. Vielmehr stamme sie aus dem Westen.

Demnach hätten der oder die Täter ganz bewusst das Niemandsland des Transits als Ort gewählt, um sich der Leiche zu entledigen. Womöglich getrieben von der Hoffnung, dass Mauer und Todesstreifen nicht nur die Bürger in Ost und West voneinander trennen, sondern auch ihre Kriminalbeamten. Dass deshalb eine Zusammenarbeit zwischen den Behörden, selbst in einem Mordfall, unmöglich ist. Dass alles, was in der DDR passiert, auch in der DDR bleibt.

IN FRÜHEREN JAHRZEHNTE hätte diese Rechnung tatsächlich aufgehen können. Nach dem Beginn des Kalten Krieges tauschen die beiden deutschen Staaten wenig mehr als Feindseligkeit. Und die entzündet sich immer wieder an der geteilten Stadt Berlin, die mitten im sowjetischen Einflussbereich liegt, aber in die Sektoren der vier Besatzungsmächte gegliedert ist. Beharrlich versuchen die UdSSR und später die DDR, die Insellage des westlichen Teils der Stadt auszunutzen. Von Juni 1948 bis Mai 1949 etwa lässt der sowjetische Diktator Josef Stalin alle Zufahrtswege blockieren. Sein Ziel, auch die Westsektoren Berlins unter seine Kontrolle zu bringen, erreicht er zwar nicht – Briten und Amerikaner versorgen die Bewohner mit Flugzeugen über eine Luftbrücke –, doch die Oberhoheit über den Verkehr aus und nach Westberlin wird ein mächtiges politisches Druckmittel bleiben.

Zumal es den vier Siegermächten kaum möglich ist, sich auf eine gemeinsame Deutschlandpolitik zu verständigen. 1957 vereinbaren sie, dass alliierte Soldaten nur noch aus Richtung Hannover durch die sowjetische Besatzungszone fahren dürfen. Die Frage, wie die West-Bürger zwischen der Bundesrepublik und Berlin reisen sollen, überlassen sie jedoch der Sowjetunion. Die wiederum überträgt die lästige Aufgabe der DDR. Diesen nahezu rechtsfreien Raum macht sich das sozialistische Deutschland, stets knapp an Devisen und stets bereit, den Westen zu drangsalieren, zunutze. Bis in die 1960er Jahre nimmt knapp ein Drittel der Reisenden das Flugzeug von oder nach Berlin. Alle anderen – ihre Zahl steigt von knapp 1,4 Millionen 1951 auf über sieben Millionen 1966 – müssen die DDR auf Straße oder Schiene durchqueren.

1951 führt Ostberlin eine Straßenbenutzungsgebühr ein, die je nach Länge der Strecke zwischen 5 und 20 D-Mark pro Pkw liegt. An den Kontrollpunkten be-

handeln die sozialistischen Grenzer West-Bürger betont unfreundlich, durchwühlen ihr Gepäck, stöbern unter Autositzen. Bietet sich der geringste Anlass, halten sie sie lange auf – schon eine abfällige Bemerkung über das schleppende Tempo der Abfertigung kann mit einem stundenlangen Verhör vergolten werden.

Auch auf höchster politischer Ebene bleibt der Transit ein Druckmittel: 1958 etwa verlangt Stalins Nachfolger Nikita Chruschtschow den Abzug der Alliierten binnen sechs Monaten aus Westberlin, das zu einer „freien und entmilitarisierten Stadt“ werden soll. Tatsächlich will er sich den Westteil einverleiben, der nicht nur für eine völlig andere Weltanschauung steht, sondern gleichzeitig von Zehntausenden DDR-Bürgern jährlich zur Flucht in den Westen genutzt wird. Chruschtschow droht unter anderem damit, die Kontrolle über die Transitwege offiziell der DDR zu übergeben.

Die Alliierten sind brüskiert: Würden sie sich Chruschtschows Ultimatum fügen, käme das einer politischen Kapitulation mitten im Kalten Krieg gleich. Wenn sie aber in Berlin bleiben, müssten sie – sollte Chruschtschow seine Ankündigung wahr machen – fortan entweder ihre Fahrtrechte durch die Sowjetische Besatzungszone mit der DDR verhandeln, einem Staat, den sie offiziell gar nicht anerkennen, oder sich den Weg nach Westberlin freikämpfen und einen Krieg riskieren. Krisenstäbe tagen, die Nato ist alarmiert, die Entscheidung bald klar: Es wird keinen Abzug geben, die Alliierten stehen weiterhin zu Westberlin. Chruschtschow lässt seine Forderung fallen. Aber an den Grenzen bleibt die Willkür.

Der Bau der Berliner Mauer 1961 ändert für den Durchgangsverkehr zunächst nichts. Doch 1968 führt die DDR eine Visumpflicht für West-Bürger ein. Damit wird die Einreise im eige-

nen Auto zu einer bürokratischen Odyssee. Auf dem Weg etwa von Berlin zum innerdeutschen Grenzübergang Helmstedt/Marienborn Richtung Hannover müssen Reisende am Kontrollpunkt Drewitz direkt hinter der Westberliner Grenze ihr Auto verlassen und sich vor Abfertigungsbaracken anstellen. Am ersten Schalter begleichen sie die Straßenbenutzungsgebühr, am nächsten zahlen sie für das Transitvisum, das ihnen am dritten Schalter ausgehändigt wird. Erst jetzt dürfen sie wieder einsteigen und sich in die Autoschlange einreihen, um am nächsten Kontrollposten sämtliche Dokumente überprüfen zu lassen. Erst dann genehmigt ein Uniformierter die Einreise. Allerdings nicht für Einwohner Westberlins, die statt eines speziellen, neutral gehaltenen „behelfsmäßigen Personalausweises“ einen Pass der Bundesrepublik benutzen. Ihr Reisedokument wird von einem der Grenzer eingezogen, die Durchreise verboten. Die Begründung: Westberlin gehört im Verständnis der DDR nicht zur BRD.

Mit den Jahren weichen die in der Nachkriegszeit noch behelfsmäßigen Kontrollposten gewaltigen Grenzanlagen. Sowohl auf der Seite der DDR als auch auf der Westberlins eröffnen 1969 an dem stark befahrenen Übergang Dreilinden/Drewitz im Südwesten der Stadt neue Gebäude, in denen stündlich mehr als 1000 Autos abgefertigt werden können.

Die Schikanen aber bleiben. Bonn drängt deshalb darauf, eine verlässliche Regelung für den Transit zu vereinbaren. Doch die DDR hat wenig Interesse, das bewährte Druckinstrument aus der Hand zu geben. Als am 5. März 1969 die westdeutsche Bundesversammlung ausgerechnet in Westberlin einen neuen Bundespräsidenten wählen will, bedeutet die Ortswahl für die DDR eine Provokation. Ihre Antwort gibt sie auf den Transitstrecken. Immer wieder sperrt sie

in den Tagen vor der Versammlung stundenlang den Zugang zu den Autobahnen. Vor den Übergängen bilden sich lange Staus.

Erst als der 1969 gewählte Bundeskanzler Willy Brandt seine Politik des „Wandels durch Annäherung“ weiterführt, die er bereits als Bürgermeister Westberlins begonnen hat, entspannt sich die Lage allmählich. Tatsächlich einigen sich die Alliierten 1971 auf das sogenannte Viermächteabkommen. Unter anderem verpflichtet es die Sowjetunion, nun vertraglich für den Transitverkehr zuständig, diesen zu erleichtern. Die Mitarbeiter der Passkontrollen stellen Transitvisa künftig direkt am Fahrzeug aus. So bleibt Reisenden das oft stundenlange Warten an den Schaltern erspart. Auch müssen sie keine Gebühren mehr bezahlen; stattdessen wird die Bundesrepublik der DDR jährlich eine Pauschale überweisen, in den ersten Jahren knapp 235 Millionen D-Mark.

Durchsucht oder gar festgehalten werden dürfen Autofahrer nur noch in Einzelfällen – etwa wenn das Grenzpersonal bei der Ausreise vermutet, dass sich ein Flüchtling im Kofferraum versteckt. Auch der Güterverkehr soll ungehindert fließen: Lastwagen und Eisenbahnwaggons müssen künftig noch im Westen verplombt werden. Die Grenzposten der DDR können nicht mehr verlangen, dass die gesamte Fracht zur Kontrolle abgeladen wird. Sie prüfen nur noch, ob bei Ein- und Ausreise die Verplombung unbeschädigt ist.



Die ABMACHUNGEN DES TRANSITABKOMMENS treten am 3. Juni 1972 in Kraft. Sie gelten als die größte Erleichterung im Verkehr zwischen Bundesrepublik und Westberlin seit dem Ende von Stalins Blockade 1949. Die Zahl der Reisenden nimmt nun beständig zu. 1957 durchqueren noch keine fünf Millionen Menschen die DDR. 1972 sind es bereits mehr als 17 Millionen, davon mehr als elf auf Straße und Schiene (die restlichen fünfeinhalb Millionen fliegen). Zwei Autobahnen führen von Westberlin in die Bundesrepublik, eine westwärts nach Niedersachsen, die andere südwärts nach Bayern mit einem Abzweig nach Hessen. Die Züge verkehren auf ähnlichen Strecken.

In nordwestlicher Richtung verläuft außerdem die Fernstraße 5, eine holprige alte Reichsstraße ohne Randstreifen und Markierungen. Sie quert östlich von Hamburg die deutsch-deutsche Grenze und führt Auto- und Lkw-Fahrer tief durch das dünn besiedelte ländliche Brandenburg und Mecklenburg. Manchmal spielen Kinder nahe der Fahrbahn, zuckeln Bauern mit Pferdefuhrwerken daher.

Schnell müssen die Transitreisenden allerdings erkennen, dass sich die Erleichterungen auf Ein- und Ausreise beschränken. Unterwegs gilt weiterhin, dass die vorgeschriebenen Wege nicht verlassen werden dürfen, Anhalten, Fotografieren und Filmen sind ebenso untersagt wie Kontakte zu DDR-Bürgern. Wer die Geschwindigkeitsbeschränkungen auch nur knapp überschreitet, zahlt Strafen bis zu fünfmal so hoch wie im Westen – natürlich in D-Mark. Entsprechend langsam legen die West-Wagen die 220 Kilometer auf der F5 zurück. Rund fünf Stunden dauert die Fahrt im Schnitt. Auch deshalb drängt Bonn darauf, die Fernstraße durch eine Autobahn zu ersetzen. Die DDR wiederum sieht in den vielen Kreuzungen und Ortsdurchfahrten zu häufig die Gefahr, dass Ost- und Westdeutsche sich begegnen könnten. Allerdings fehlt ihr das Geld für einen derart aufwendigen Bau.

Letztlich einigen sich die beiden Staaten: Die DDR baut eine Autobahn von Berlin bis zur Grenze nahe dem schleswig-holsteinischen Gudow. Die Bundesrepu-

Endstation Grenze



AUTOFAHRER aus dem Westen dürfen von DDR-Beamten angehalten und überprüft werden. Die Kontrollen gelten vor allem Republikflüchtlingen, die sich womöglich in den Wagen versteckt halten (unten). Nicht nur ihnen, sondern auch den Helfern drohen langjährige Haftstrafen



blik bezahlt den größten Teil. Bis zur Fertigstellung 1982 überweist Bonn mehr als eine Milliarde D-Mark nach Ostberlin.

Die mit Abstand meistbefahrene – weil mit etwa 160 Kilometern kürzeste – Transitstrecke aber ist die Autobahn vom Übergang Dreilinden im Südwesten Berlins über Magdeburg ins niedersächsische Helmstedt. Schon die Ausreise aus dem Westteil der Stadt ist wortwörtlich Fließbandarbeit. Reisende passieren zunächst Checkpoint Bravo, die moderne Grenzanlage der US-Amerikaner mit ihrem Brückenhaus aus Beton, das sich quer über die Fahrbahnen spannt. Kurz darauf das DDR-Gegenstück, der ebenfalls neu gebaute Übergang Drewitz. Am ersten Kontrollpunkt müssen Auto-Insassen ihre Pässe und den Fahrzeugschein einem Grenzer übergeben, der die Insassen zählt, kontrolliert, ob Gesichter und Passbilder übereinstimmen und die Papiere in eine lederne „Passannahmermappe“ legt. Auf einem überdachten Förderband laufen die Dokumente in abgeschottete Kabinen, wo Mitarbeiter der Staatssicherheit sie prüfen, stempeln und die Uhrzeit vermerken.

Währenddessen warten die Reisenden im Auto, bis ein weiterer Grenzposten sie heranwinkt. Er sitzt am Ende des Förderbands auf einem Stuhl unterhalb des Straßenniveaus – genau auf Höhe der Seitenfenster. Ein zweites Mal werden die Insassen gezählt und die Gesichter überprüft. Seit dem Transitabkommen darf das Grenzpersonal Reisende nur noch aus konkreten Gründen abweisen – etwa wenn sie zuvor gegen Transitregeln verstoßen haben. 1975 verweigern die Grenzer nur 39 Personen die Durchfahrt.

Das Verfahren am Ende der Transitstrecke ähnelt dem bei der Einreise – nur dass die Grenzposten zusätzlich kontrollieren, wie lange der Fahrer unterwegs war. Für die Strecke von Drewitz bis Marienborn etwa rechnen sie mit zwei Stunden. Wer länger braucht, macht sich verdächtig. Ebenso achten sie darauf, ob der Kofferraum ungewöhnlich tief auf der Hinterachse liegt oder das Reserverad auf der Rückbank. Solche Auffälligkeiten führen regelmäßig zu einer gründlichen Kontrolle in einer gesonderten Garage.

Finden die Grenzposten tatsächlich Flüchtlinge, beginnt ein demütigendes Ritual. Die Gefassten werden mit grellen Scheinwerfern angeleuchtet und fotografiert. Dann folgt ein oft stundenlanges Verhör. Flüchtlingen und Helfern drohen jahrelange Haftstrafen in der DDR. Zwischen Juni 1974 und Juni 1975 etwa werden 122 Westdeutsche wegen „staatsfeindlichen Menschenhandels“ festgenommen.

An den größeren Grenzübergängen installiert die Staatssicherheit ab den späten 1970er Jahren sogar sogenannte Gammastrahlenkanonen – Geräte, die Fahrzeuge durchleuchten, um versteckte Passagiere anzuzeigen. Obwohl – oder gerade weil – die radioaktiven Strahlen Krebs auslösen und Föten im Mutterleib schädigen können, hält die Stasi die Geräte so geheim, dass selbst die meisten Grenzer nichts von ihnen ahnen.

Die wenigen Orte, an denen Ost- und West-Bürger entlang der Transitstrecken direkt aufeinandertreffen, überwacht die DDR mit ähnlich großem

Aufwand. In den Mitropa-Raststätten werden Hausmannskost und sächsisches Bier zur Hälfte des West-Preises angeboten, die Intershops, wo vor allem mit D-Mark bezahlt wird, verkaufen Schnaps und Zigaretten spottbillig. Selbst das Benzin kostet bis zu zehn Prozent weniger als in der Bundesrepublik. Aber an den Raststätten und Tankstellen arbeiten etliche Spitzel der Stasi zu; jeder Tankwart, jede Kellnerin könnte zu ihnen gehören.

Dazu kommen die Volkspolizisten in Uniform – so wie die Streife, die an jenem trüben Dezembertag 1975 die Leiche am Autobahnparkplatz entdeckt.

ALS EINIGE TAGE NACH DEM FUND feststeht, dass die Frau aus dem Westen kommen muss, schlägt Stasi-Major Lüdike seinen Vorgesetzten vor, den Klassenfeind um Rechtshilfe zur Identifizierung der Toten zu bitten. Denn in Fällen, bei denen die Politik keine Rolle spielt, sind die Behörden durchaus in der Lage zusammenzuarbeiten. Die Zustimmung kommt von ganz oben: „einverstanden Mielke“, ist auf Lüdikes Bericht verzeichnet, die Genehmigung des Ministers für Staatssicherheit.

Bereits am 19. Dezember zahlt es sich aus, dass das sozialistische Grenzpersonal so viele Daten über den Transitverkehr sammelt wie möglich. Von 126 Autos, die am Tag des Leichenfunds von Westberlin aus durch die DDR reisten und diese am Grenzübergang Marienborn verließen, kehrte eines bereits untypisch schnell, am selben Morgen, zurück nach Berlin: ein gelber Ford Consul mit dem Nummernschild B-U 6637, gelenkt von einem 43 Jahre alten Fassadenmonteur namens Manfred Baum* – ausgestattet mit fabrikneuen Radialreifen.

Kurz darauf wird der Fall doch noch politisch: Als die DDR-Rechtshilfegesuche zugestellt werden, eines beim Generalstaatsanwalt von Westberlin, eines im Bonner Justizministerium, verweigern die Berliner Juristen die Annahme der Schriftstücke und verweisen auf die westdeutschen Behörden. Dies wiederum erbost die Generalstaatsanwaltschaft in der DDR. Westberlin sei nicht Teil der Bundesrepublik, könne also auch nicht von ihr vertreten werden. Aber da sie Bonn selbst kontaktiert hatten, funktioniert die Zusammenarbeit.

Die Anfrage der DDR-Juristen samt Spurenauswertung und Obduktionsbericht erreicht schließlich Westberlin. Die Kommunikation bleibt jedoch kompliziert, der direkte Kontakt zwischen den Dienststellen ist unerwünscht. Manchmal helfen nur Tricks. Ein Hinweis auf Manfred Baums auffällige Transitfahrt etwa gelangt auf Umwegen nach Westberlin: Dort taucht ein Mann bei der Polizei auf, der von einem Bekannten bei der Ostberliner Mordkommission gebeten worden war, die Erkenntnisse weiterzugeben. Ein wichtiges Puzzleteil, das sich bald einfügen lässt.

Denn Ende Dezember meldet eine Frau bei der Westberliner Polizei ihre Mutter Marion Krämer* als vermisst. Sie gibt an, dass ihre Mutter zuletzt am 2. Dezember in deren Wohnung im Bezirk Wedding gesehen wurde. Als Polizisten daraufhin Nachbarn befragen, erfahren sie, dass Krämers Wohnung im Frühjahr ausgebrannt



RASTSTÄTTEN an der Strecke umfassen meist ein Mitropa-Restaurant, einen Intershop und eine Tankstelle. Unter den Angestellten sind etliche Stasi-Spitzel. Sie beobachten die Reisenden aus dem Westen und unterbinden enge Kontakte zu anderen DDR-Bürgern



DIE INTERSHOPS erwirtschaften Devisen: Sie bieten Zigaretten, Schnaps oder Parfüms an, bevorzugt gegen D-Mark (hier 1984 bei Magdeburg)



* Name von der Redaktion geändert

war und sie von ihrer Versicherung 12 000 D-Mark erhalten hatte. Ein gewisser Manfred Baum hatte die Räume renoviert. Bei ihrer Bank hatte Krämer Ende November mehrere Tausend D-Mark in Begleitung eines etwa 30- bis 40-jährigen Mannes abgehoben, wie eine Angestellte aussagt. Die Kriminalpolizei vergleicht Fingerabdrücke aus Krämers Wohnung mit den aus der DDR übermittelten Abdrücken. Sie stimmen – wie auch mehrere OP-Narben – überein: Die Leiche von der Transitstrecke ist Marion Krämer.

Nun bittet die Westberliner Oberstaatsanwaltschaft die Kollegen in der DDR um Rechtshilfe: Der Leichnam möge in den Westteil der Stadt überführt werden. Am 12. Januar 1976 kommt es zu einem außergewöhnlichen Grenzübertritt: Zwei Westberliner Staatsanwälte in Begleitung eines Leichenwagens übernehmen in Ostberlin den Körper Krämers samt Sterbeurkunde, Leichenpass, Beweismittelakte und 43 durchnummerierten Spuren. Dann überführen sie die Tote nach Westberlin.

Als Kriminalpolizisten Manfred Baum Anfang Januar befragen wollen, erfahren sie, dass der kurz zuvor nach Fuerteventura verreist ist. Dort wird er am 17. Januar festgenommen. Gegenüber den spanischen Polizisten beteuert er, Krämer nicht getötet zu haben. Auch bei einer zweiten Vernehmung bleibt er dabei, nichts mit dem Mord zu tun zu haben. Er sei an jenem 5. Dezember nur nach Hannover gereist, um Verwandte zu besuchen. Weil diese nicht zu Hause gewesen seien, sei er gleich wieder zurückgefahren. Die Ermittlungen haben sich nun vollständig nach Westberlin verlagert. Und die Polizei sammelt immer neue Hinweise, die Baum belasten: Nachbarn der Gartenlaube, die seiner Familie gehört, haben beobachtet, wie er das Grundstück mit einer unbekannten Frau betrat. Außerdem wurde er gesehen, wie er mit einem gelben Auto rückwärts ganz nah an die Eingangstür fuhr, als wolle er unbemerkt etwas ein- oder ausladen. In der Laube finden sich Spuren von Blut, die zu Krämers Blutgruppe passen, der Mantel des Opfers und Stoff mit exakt demselben Blumenmuster wie jenes auf dem Tuch neben der Leiche.

Am 24. April 1976 geht ein Anruf von Baums Schwester ein: Sie habe in dem Ofen der Gartenlaube einen Frauenkopf gefunden. Ob der Kopf schon bei der ersten Durchsuchung in dem Versteck lag oder später dort deponiert wurde, wird nie ganz klar. Kurz darauf liefert Spanien den Verdächtigen aus.

Der Prozess gegen Baum beginnt im August 1977 vor dem Westberliner Landgericht. Die Richter halten den Fall für eindeutig – nicht zuletzt dank der Spuren und Hinweise aus der DDR. Das Obduktionsgutachten der Rechtsmediziner der Charité loben sie ausdrücklich. Am 30. August 1977 verurteilen sie Baum wegen Totschlags zu elf Jahren Gefängnis.

Noch zwei Mal, 1979 und 1984, werden Todesopfer an den Transitstrecken abgelegt. Beide Male führt der Austausch zwischen Ost und West dazu, dass die Täter gefasst werden. Was Baum und die anderen Transitmörder zu ihren Taten inspiriert hat, lässt sich nicht mehr mit Gewissheit sagen. Womöglich aber war es ein Fernsehkrimi, den die ARD im November 1970, fünf Jahre vor Marion Krämers Tod, ausgestrahlt hatte: Darin wird in der Nähe von Leipzig auf einem Parkplatz an einer Transitautobahn die Leiche eines Jungen gefunden. Die Spur führt in den Westen. Und bereits zu Anfang erklärt der ermittelnde Hamburger Kommissar Trimmel sein Dienstethos: „Es ist mir ziemlich schnuppe, ob das Kind in Ostdeutschland oder in Westdeutschland gestorben ist. Tote Kinder interessieren mich immer.“

Das deutsch-deutsche Drama „Taxi nach Leipzig“ schreibt Geschichte – als erste Folge des „Tatort“. ◇

LITERATURTIPP

FRIEDRICH
CHRISTIAN DELIUS,
PETER JOACHIM LAPP

»Transit Westberlin –
Erlebnisse im
Zwischenraum«

Eine Mischung aus
persönlichen Erinnerungen
und historischer
Einordnung (Ch. Links).



Lesen Sie auch »Honeckers DDR:

Was von den Träumen blieb«

(aus GEOEPOCHE Nr. 64) über
Ostdeutschland in den 1970ern auf
www.geo-epoche.de

IN KÜRZE

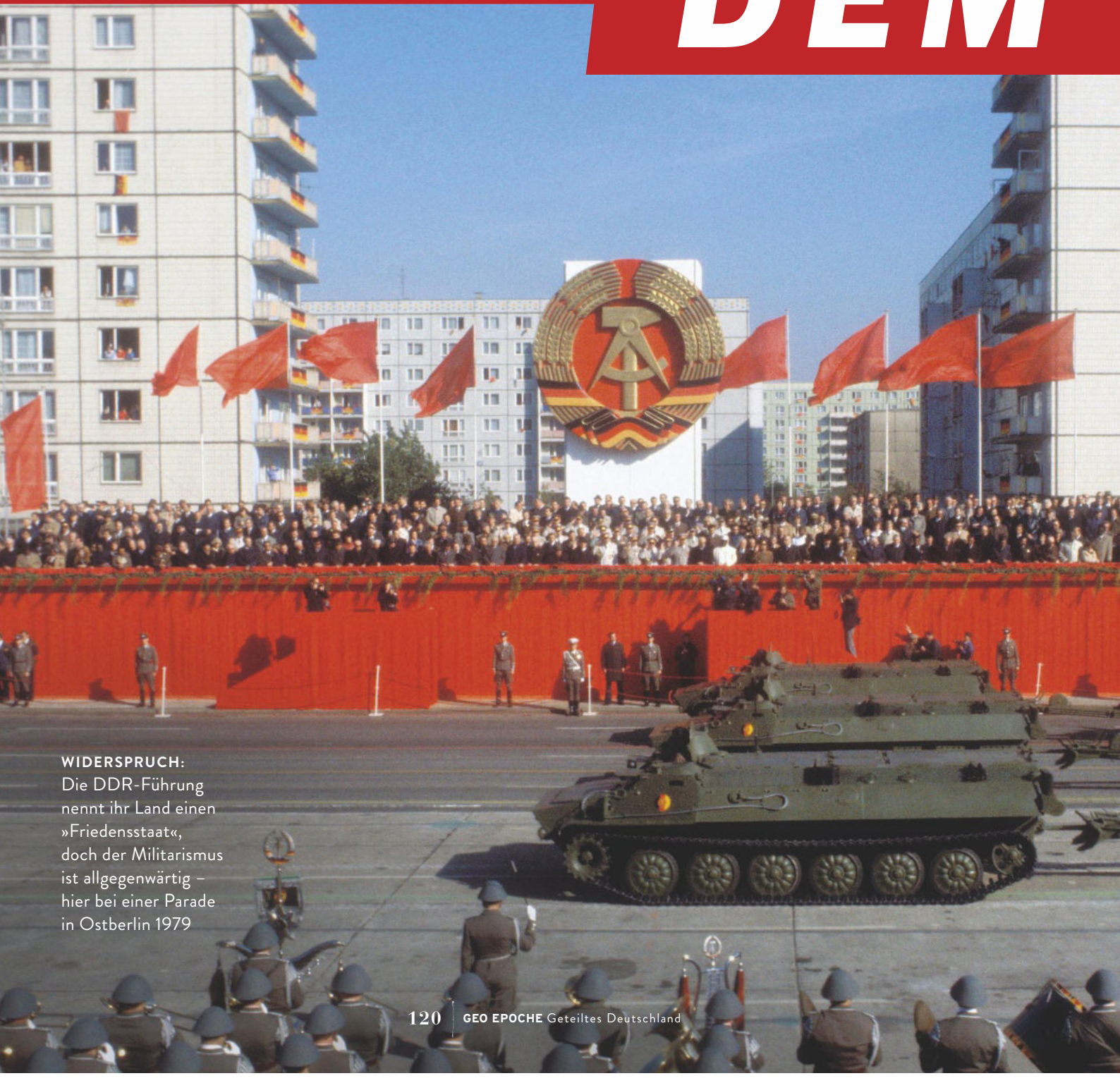
Das 1971 geschlossene
»Transitabkommen«, die
erste deutsch-deutsche
Vereinbarung auf Regie-
rungsebene, erleichtert
Fahrten zwischen
der Bundesrepublik und
Westberlin. Und es ist
gleichzeitig ein wichtiger
Schritt zur politischen
Annäherung. Doch das
Entgegenkommen der
DDR ist teuer erkauft: Die
Bundesrepublik zahlt
Millionen D-Mark für eine
Transitpauschale und den
Ausbau der Strecken.

1983

Friedensbewegung

KAMPF DEM

TEXT: Fabian Klabunde



WIDERSPRUCH:

Die DDR-Führung nennt ihr Land einen »Friedensstaat«, doch der Militarismus ist allgegenwärtig – hier bei einer Parade in Ostberlin 1979

Zu Beginn der 1980er Jahre stehen die Zeichen im Kalten Krieg auf Eskalation und Aufrüstung. In leidenschaftlichen Bürgerbewegungen begehren Besorgte in Ost und West dagegen auf. Doch das Risiko für die Aktivisten in der DDR ist ungleich größer – denn der Staat schlägt erbarmungslos zurück

KRIEG



A

Am 18. März 1983 demonstriert Jena für den Frieden. Tausende sind zur staatlichen Kundgebung ins Zentrum der Stadt im Südwesten der DDR gekommen. Sie ziehen zum Marktplatz, gelegen neben dem weitläufigen Platz der Kosmonauten mit dem zylinderförmigen Uni-Hochhaus, einem sozialistischen Prestigebau. Zu Ehren des berühmten Optikers Carl Zeiss soll er einem Fernrohr ähneln.

Die Losung der Friedensversammlung klingt erstaunlich aggressiv. Es geht, wie es heißt, um den „Jahrestag der Bombardierung Jenas durch anglo-amerikanische Terrorbomber“. 38 Jahre zuvor haben alliierte Flieger etwa ein Sechstel der Stadt zerstört. Und die SED, die die Jenaer heute hierher bestellt hat, will die Erinnerung an die Luftangriffe von 1945 hochhalten, um Stimmung gegen den Klassenfeind im Westen zu machen. Sie spielt dabei bewusst auch auf die aktuelle Lage an: Bei den Menschen geht Angst um vor den neuartigen Atomwaffen der Amerikaner.

Am Marktplatz stößt eine Gruppe zur Demonstration dazu, rund 30 junge Frauen und Männer, die erkennbar anders aussehen. Handgestrickte Mützen, Parkas, Vollbärte. Einige haben ihre Kinder dabei. Sie ähneln den „Alternativen“, die man zu jener Zeit auch in Hamburg, München oder Köln kennt, Menschen abseits des Mainstreams. Selbst gemalte Schilder halten sie in die Höhe: „Schwerter zu Pflugscharen“ oder „Frieden schaffen ohne Waffen“ steht darauf.

Einer von ihnen ist der 29-jährige Roland Jahn, der sich schon lange an der engen Ordnung und der Unfreiheit in der DDR stört, der dagegen wieder und wieder protestiert. Sein Studium wurde ihm untersagt, er hat in Stasi-Haft gesessen. Vor Kurzem hat er mit Gleichgesinnten die „Friedensgemeinschaft Jena“ gegründet, die sich heute erstmals mit einer Aktion in die Öffentlichkeit wagt.

Die Mitglieder vertreten ein streng pazifistisches Konzept. Es richtet sich nicht zuletzt gegen den eigenen Staat, der zwar Frieden propagiert, aber

IN DEN KIRCHEN FORMT SICH TROTZ

UM DEN
Oppositionellen
Roland Jahn (u.)
gründet sich in
Jena eine Gruppe
von Friedens-
aktivisten, die mit
spektakulären
Aktionen auffällt



sich selbst überaus waffenstarrend präsentiert. „Militarismus raus aus unserem Leben“, ist auf einem ihrer Transparente zu lesen, mit denen sie sich der Kundgebung nähern.

Dann plötzlich bricht ein Tumult los. Stasileute in Zivil stürmen auf die kleine Gruppe zu, beschimpfen die jungen Leute als „Asoziale“. Sie greifen nach den Schildern, zerreißen sie. Ein Kind wird zu Boden geworfen. Es gibt Schläge. „Bringt die Kinder in Sicherheit“, ruft einer der Aktivisten, und die Gruppe zieht sich zurück, in Richtung Friedenskirche am Rande der Innenstadt.

Im Gotteshaus sammeln sich die Geflüchteten, beraten. Sie haben damit gerechnet, auf Widerstand zu treffen, und Fotos gemacht. Versteckt in Strümpfen und in einem Kinderwagen, unter dem Rücken eines Babys, sind die belichteten Filme sofort in Sicherheit gebracht worden. Nun wollen sie die Bilder über Mittelsmänner den Medien im Westen zuspülen.

Die Geschehnisse von Jena sind eine der spektakulärsten Aktionen der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR. Zahlenmäßig ist sie jener in der BRD weit unterlegen, dort gehen zur selben Zeit Hunderttausende auf die Straße. Doch an Mut und Entschlossenheit ragen die Aktivisten im Osten vielfach heraus. Beide Gruppen reagieren gleichermaßen angstvoll auf eine Welt, die der atomaren Kriegskatastrophe entgegenzustreben scheint. Beide aber müssen zugleich auch mit völlig unterschiedlichen Verhältnissen ringen, mit einem unterschiedlichen Risiko.

Das Regime der DDR jedenfalls antwortet bald auf den Eklat von Jena in aller Härte: mit der „Aktion Gegenschlag“.

Der Kalte Krieg, jene Konfrontation der Machtblöcke von West und Ost, die die internationale Politik nach dem Zweiten Weltkrieg prägt, erlebt in den 1970er Jahren zwar eine Ära der Entspannung; es gibt intensive Gespräche zwischen Moskau und Washington, mehrere Vereinbarungen zur Rüstungsbegrenzung. Gegen Ende des Jahrzehnts aber verändert sich das Klima.

In dieser Zeit stationiert die Sowjetunion auf dem Gebiet des Warschauer Paktes einen neuen Typ von Atomraketen. Die Waffen, vom Westen „SS-20“ genannt, können Ziele in rund 5000 Kilometer Entfernung erreichen und sind besonders präzise und schlagkräftig. Damit verschieben sie ein etabliertes Kräftegleichgewicht: Bislang hatten die Atomwaffenarsenale von Warschauer Pakt und Nato garantiert, dass sich beide Supermächte – USA und UdSSR – gegenseitig vernichten würden, egal wer zuerst den Atomschlag befiehlt. In der Logik der Abschreckung, so das Kalkül der Sicherheitsexperten jener Zeit, führte das zu einem relativ stabilen Patt, in dem keiner den Krieg auslösen würde.

Die neuen Mittelstreckenraketen des Ostblocks machen nun jedoch ein Szenario wahrscheinlicher, in dem Moskau allein Europa attackiert und sowohl die USA als auch die UdSSR selbst das nukleare Gefecht überstehen. Damit steigt die Gefahr eines Atomkrieges – und die Angst davor.

1979 stehen bereits mehr als 100 abschlussbereite SS-20 in



SCHON KINDER, hier Jungpioniere mit Miniaturpanzern, werden mit dem Militär vertraut gemacht. Die Nationale Volksarmee (NVA) ist der Stolz des Regimes

Osteuropa. Im Dezember des Jahres reagiert die Nato auf das wachsende Ungleichgewicht und beschließt, ab 1983 ihrerseits atomare Mittelstreckenwaffen in Europa zu installieren: sogenannte Pershing-II-Raketen sowie Cruise Missiles, neuartige Marschflugkörper.

Dieser Plan geht als „Doppelbeschluss“ in die Geschichte ein, weil das Militärbündnis gleichzeitig noch eine zweite Entscheidung trifft: Es möchte mit der UdSSR über eine Abrüstung verhandeln. Doch von dem zweigleisigen Vorgehen bleibt wenig übrig, als die Sowjetunion zum Jahreswechsel in Afghanistan einmarschiert und im November 1980 mit Ronald Reagan ein Hardliner zum US-Präsidenten gewählt wird, der die UdSSR zum „Reich des Bösen“ erklärt. Als Reagan zudem im März 1983 verkündet, die USA entwickelten ein neuartiges weltraumgestütztes Raketenabwehrsystem, abgekürzt SDI, stehen die Zeichen mehr denn je auf Eskalation und Aufrüstung. Kaum je, so scheint es, war die Gefahr eines Atomkrieges größer.

In Westdeutschland treibt vor allem Bundeskanzler Helmut Schmidt von der SPD die Stationierung der neuen Nato-Raketen voran. Weil Schmidt

fürchtet, die BRD könnte einem Angriff des Warschauer Pakts, der im Übrigen über deutlich mehr Panzer und Soldaten in Europa verfügt als die Gegenseite, schutzlos ausgeliefert sein, will er mit dieser sogenannten Nachrüstung die Balance des Schreckens wieder herstellen. Allerdings steht er damit gegen große Teile der Bevölkerung.

Je nach Umfrage lehnen bis zu drei Viertel der Westdeutschen Anfang der 1980er Jahre die Aufstellung neuer Atomwaffen in ihrer Heimat ab. Vielen ist der schlichte Gedanke daran unheimlich; die Menschen bezweifeln auch, dass ein Mehr an Waffen zu mehr Sicherheit führt, misstrauen der Logik der Strategen, dass nur das Versprechen gegenseitiger Vernichtung Frieden garantiere. Und so wallt – getrieben von Angst und Hoffnung – binnen kürzester Zeit eine neue Bürgerbewegung auf, größer als jede andere in der Geschichte der BRD. Bereits in den 1950er und 1960er Jahren hatte es Proteste und Ostermärsche gegen die Wiederbewaffnung und die Gründung der Bundeswehr gegeben. Doch die neue Friedens-

bewegung erreicht eine andere Dimension: Mindestens eine halbe Million Menschen zählen bald zu ihren Aktivisten.

Der Protest gärt in den Kirchengemeinden, Pfarrer und Gläubige organisieren Friedensgebete und Mahnwachen. Eine vor allem protestantisch geprägte, aber ökumenisch gedachte Initiative fordert einen Globus ohne Militär: „Frieden schaffen ohne Waffen“ wird zum weitverbreiteten Motto. Beim Evangelischen Kirchentag in Hamburg im Juni 1981 steht der Kampf gegen die Nachrüstung im Mittelpunkt, demonstrieren fast 100 000 Menschen unter dem Motto „Fürchtet Euch“.

Auch in den Gewerkschaften und der Partei des Kanzlers finden sich viele Friedensaktivisten und deren Sympathisanten. Auf SPD-Parteitaggen muss Schmidt, der die Pazifisten mitunter als „infantil“ abtut, den Delegierten mühsam Kompromisse abringen, um seinen Rüstungskurs fortsetzen zu können. Ganze Landesverbände fordern bald die Abkehr von den Nato-Beschlüssen.

Wer an seinem Pazifismus um jeden Preis festhalten will,

WER IM OSTEN für Pazifismus demonstriert (hier ein Aktivist in Jena), gerät bald in das Visier der gefürchteten Staatssicherheit



hat inzwischen sogar eine neue Partei zur Auswahl. „Die Grünen“ haben sich Anfang 1980 gegründet, nur wenige Wochen nach dem Rüstungsbeschluss der Nato; neben dem Engagement für Frieden eint die Mitglieder die Sorge um die Umwelt und der Wunsch, alternativen Lebensentwürfen zu folgen. Viele Grüne sind bald bundesweit bekannt, etwa das ungleiche Paar aus der US-deutschen Aktivistin Petra Kelly und dem Ex-Generalmajor der Bundeswehr Gert Bastian.

Die Führung der DDR versucht Einfluss auf den Friedensaktivismus in der BRD zu nehmen. Der SED nämlich kommt eine Bewegung, die die politische Landschaft des Nachbarstaates aufwühlt und geeignet ist, dessen Bindung an Nato und USA zu schwächen, durchaus gelegen. Der Hebel: Geld. Von der DDR heimlich finanzierte Gruppen wie die Deutsche Kommunistische Partei und die ihr nahestehende Deutsche Friedens-Union (DFU) sind bei den bundesweiten Treffen der Friedensbewegung dabei. Und als bei einer Zusammenkunft von Aktivisten in Krefeld die rund 1000 Anwesenden einen Appell verabschieden, sorgen die Abgesandten der DFU dafür, dass die Raketen der UdSSR mit keiner Silbe erwähnt und nur die US-Atomwaffen als Bedrohung angeprangert werden.

Trotzdem unterzeichnen Millionen Westdeutsche den Krefelder Appell. Und Massen gehen bald auch auf die Straßen: Am 10. Oktober 1981 versammeln sich im Bonner Hofgarten rund 300 000 Menschen, angeleitet aus der ganzen Bundesrepublik, mit 30 Sonderzügen und mehr als 3000 Bussen. Als Ehrengast ist Coretta Scott King, die Witwe von Martin Luther King, geladen.

ALS NACH der UdSSR auch die Nato neue Atomraketen in Europa stationieren will, brechen in der BRD heftige Proteste aus, etwa 1981 in Westberlin



Es ist der vorläufige Höhepunkt der Friedensbewegung in Westdeutschland.

Von den Demonstrationen jenseits der Grenze erfahren auch die Bürgerinnen und Bürger der DDR ausführlich. Nicht ohne Genugtuung über den Aufruhr berichtet etwa die Parteizeitung „Neues Deutschland“. Die SED sieht sich auf der Seite der Friedliebenden, die DDR sei ein ausgewiesener „Friedenstaat“, so lassen die Funktionäre immer wieder verlauten. Denn mit Gründung des ersten sozialistischen Gemeinwesens auf deutschem Boden habe man einen Neuanfang vollzogen und damit nicht nur sämtliche Verbindungslinien zum nationalsozialistischen Terror, sondern auch zum Militarismus gekappt. Jegliche Kriegslust sei imperialistisch und damit der DDR fremd, aus Prinzip.

Die Realität aber sieht anders aus. Wie die BRD hat auch die DDR ein Jahrzehnt nach

der Niederlage im Zweiten Weltkrieg eine neue Armee aufgestellt. Doch während die Bundeswehr mit dem Konzept des Staatsbürgers in Uniform versucht, Zurückhaltung und Kritikfähigkeit zu demonstrieren, ist die Nationale Volksarmee der unverhohlene Stolz der SED. Die Truppe ist im Osten allgegenwärtig. Völlig selbstverständlich sind Militärparaden an staatlichen Feiertagen in vielen Städten. Ästhetisch greifen die Machthaber dabei ungezwungen auf deutsche Traditionen zurück. Die steingraue Farbe und der Schnitt der Uniform ähneln jenen der Wehrmacht. Auch der preußische Stechschritt wird in der DDR weiter gepflegt, während die Bundeswehr bewusst darauf verzichtet.

Die Militarisierung reicht tief in die Gesellschaft – bis hinein in die Kindergärten, wo der Staat die Spielzeugkisten mit Schützenpanzern ausstattet. Schüler besingen die Armee: „Soldaten sind vorbeimarschiert im gleichen Schritt und Tritt – wir Pioniere kennen sie und laufen fröhlich mit.“ Es gibt

„Wehrkundeunterricht“ sowie jedes Jahr das „Manöver Schneeflocke“, bei dem die Schulkinder mit Holzgewehren exerzieren und sich im „Handgranatenzielwurf“ üben. Der Wehrdienst im Osten, der für alle Männer gilt, ist strenger und seit 1972 länger als in der BRD. Aber nicht nur in der NVA dienen die Bürger: Fast ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung ist eingebunden in die Landesverteidigung, etwa bei der Wehrerziehung oder in militärischen Vereinigungen.

Und so wünschen sich zu Beginn der 1980er, teils angeregt durch die Friedensbewegung im Westen, immer mehr DDR-Bürger – junge Eltern, Wehrpflichtige, ohnehin mit dem System Unzufriedene – eine Entmilitarisierung der Gesellschaft. Für ihren Protest finden sie zunächst scheinbar harmlose Mittel: Der Dresdner Landesjugendpfarrer

Harald Bretschneider lässt 1981 Aufnäher mit einer kleinen Grafik drucken, auf der ein Schmied mit einem Hammer einen Säbel umbiegt; darum laufen im Kreis die programmatischen Worte: „Schwerter zu Pflugscharen“, ein Bibelzitat aus dem Buch des Propheten Micha. Der Trick: Die Aufnäher können zu Hunderttausenden hergestellt werden, weil sie als „Textiloberflächenveredlung“ keiner Druckgenehmigung unterliegen. Schnell verbreiten sich die Stoffteile, geraten, auf Jacken und Taschen angebracht, zum Symbol der wachsenden Friedensbewegung.

Für das Regime ist die pazifistische Kritik besonders unangenehm, weil sie einen zentralen Widerspruch entlarvt: die Kluft zwischen Friedensparolen und Säbelrasseln, von der SED nur notdürftig mit dem Motto „Der Friede muss bewaffnet sein“ kaschiert. Zunehmend energisch geht die Partei gegen die Aktivisten vor, verbietet etwa den

Aufnäher und lässt ihn nicht selten zwangsweise entfernen.

Trotzdem finden sich Pazifisten nun überall in der DDR in kleinen Gruppen zusammen, vor allem im Schutz der evangelischen Kirche. Aktiver Christ oder Christin zu sein ist in der DDR verpönt und karrierefördernd, aber die Gemeinden genießen zugleich eine gewisse Freiheit, weil sie selbst über ihr Personal und ihre Einrichtungen entscheiden dürfen.

So sind die Kirchen auch der wichtigste Anlaufpunkt für Menschen, die den Wehrdienst an der Waffe verweigern und den Ersatzdienst bei den „Bausoldaten“ wählen, unbewaffnete Einheiten, die etwa beim Errichten von Militärflughäfen eingesetzt werden. Von 1980 an veranstalten viele Gemeinden im Herbst eine „Friedensdekade“, zehn Tage voller Gottesdienste, Gedenk- und Diskussionsrunden. Anfang 1982 veröffentlicht der Friedrichshainer Pfarrer Rainer Eppelmann zusammen mit dem Publizisten Robert Havemann den „Berliner Appell“ für

**GROSSE TEILE
der Westdeutschen lehnen die
nukleare Aufrüstung ab. Im
Herbst 1981
versammeln sich
etwa 300 000
Demonstranten im Bonner
Hofgarten**





Abrüstung in Ost und West, der bald weithin kursiert. Und in Leipzig etabliert im selben Jahr der Pastor Christian Führer ein montägliches Friedensgebet in der Nikolaikirche. (Es ist die Keimzelle der Montagsdemonstrationen, die später den Zusammenbruch der SED-Herrschaft mit auslösen werden.)

Auch für Roland Jahn, geboren in Jena, ein Mann mit weichen Gesichtszügen und starkem Willen zum Widerspruch, wird in dieser Zeit der Kampf gegen den Militarismus immer wichtiger. Nach Kritik an der Ausbürgerung des oppositionellen Liedermachers Wolf Biermann war er 1977 von seinem Ökonomiestudium an der Jenaer Universität ausgeschlossen worden und hatte einen Job als Transportarbeiter angenommen. Jahn findet Anschluss an die „Junge Gemeinde“ in Jena, doch

DAS SED-REGIME versucht, die Friedensbewegung mit allen Mitteln zu unterdrücken: Ausgrenzung, Verhaftung, Abschiebung (im Bild NVA-Soldaten 1990)

die Gespräche im Schutz der Kirche reichen ihm nicht. Schon bald sucht er die Öffentlichkeit. Er demonstriert, meist allein, gegen das Militär, die Obrigkeit, deren Bildungsverbote, für Menschenrechte. Hängt sich eine Polen-Fahne mit dem Wort „Solidarność“ ans Fahrrad, zur Unterstützung der im Nachbarland verbotenen Gewerkschaft. Für die SED-Kundgebung zum 1. Mai frisiert er sich 1982 halb als Hitler, halb als Stalin.

Mehrmals wird Jahn festgenommen und verhört. Im Januar 1983 verurteilt ihn das Regime zu knapp zwei Jahren Haft, wegen „Missachtung staatlicher und gesellschaftlicher Symbole“ und „mehrfacher öffentlicher Herabwürdigung“ der DDR. Etwa zur selben Zeit werden auch viele seiner Freunde und Mitstreiter wegen ähnlicher scheinbarer Lappalien verhaftet – darunter die Mutter seiner wenige Jahre alten Tochter.

Vielleicht ist es die Universität oder der weltweit renommierte Industriebetrieb Zeiss, vielleicht das Erbe des Freiheitsdenkers Friedrich Schiller – die Stadt Jena jedenfalls bringt eine beträchtliche Zahl an DDR-Oppositionellen hervor und lässt die SED hier besonders energisch gegen den Widerstand vorgehen. Womöglich liegt das auch an den guten Kontakten in den Westen. Einige Menschenrechts- und Friedensaktivisten sind in die BRD ausgewandert, haben dort Anschluss gefunden, vor allem an Mitglieder der neuen Partei „Die Grünen“, und halten über geheime Kanäle Verbindung in die alte Heimat.

Der Informationsfluss funktioniert auch diesmal: Nach den Verhaftungen von Jahn

und seinen Freunden berichten „Bild“, „Spiegel“ und die „Tagesschau“ darüber; ein ARD-Bericht nennt sogar ihre Namen. Die Grüne Petra Kelly spricht öffentlich über die Gefangenen aus Jena, Amnesty International schickt Hilfspakete.

Und weil die SED-Führung wohl trotz aller Skrupellosigkeit um ihren Ruf bemüht ist, bewegen sie die Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen in den Medien dazu, Zugeständnisse zu machen. Im Februar 1983 entlässt der Staat überraschend alle 14 Jenaer Gefangenen. Ein Triumph für die Friedensaktivisten der Stadt – und offenbar Ansporn weiterzukämpfen.

So geben die Engagierten ihrem Kreis kurz darauf einen neuen Namen und fassen einen mutigen Plan. Einen Monat später wollen die Mitglieder der „Friedensgemeinschaft Jena“ ein unübersehbares Zeichen setzen.

Nach dem Eklat auf dem Marktplatz am 18. März 1983 erreichen die geschmuggelten Fotos von der Protestaktion tatsächlich den Westen. Doch es dauert gut zwei Wochen, ehe die „Tagesschau“ von den Ereignissen berichtet. Und diesmal wird die öffentliche Aufmerksamkeit die Aktivisten nicht vor der Härte des Regimes schützen. Im Gegenteil: Jetzt will der Staat die Gruppe vernichten.

Rudi Mittig, Vize-Chef der Stasi, kümmert sich wenig später persönlich um die „Aktion Gegenschlag“. Die Behörden, so der Plan, werden die Aktivisten diesmal nicht inhaftieren – sondern kollektiv des Landes verweisen. Das Kalkül vermutlich: Eine Ausreise, zumal wenn sie vordergründig freiwillig wirkt, erscheint im Blick der internationalen Öffentlich-

keit weitaus weniger rabiat als eine Inhaftierung.

Schon während der letzten Haft der Protestler hat die Stasi deshalb vorgearbeitet. Sie hat die Friedenskämpfer Ausreiseanträge verfassen lassen. Bei einigen ohne Gegenwehr – desillusioniert wollen sie lieber ihre Heimat verlassen, als in einem ständigen Gewissenskonflikt zu leben. Andere aber werden unter Druck gesetzt: In der DDR drohe ihnen mehrjährige Haft, so die Offiziere beim Verhör, der einzige Weg in die Freiheit führe über den Antrag.

Ab dem 18. Mai erfahren rund 40 Friedensbewegte, dass sie ausreisen sollen – binnen weniger Tage müssen sie samt ihren Familien das Land verlassen. Die Brücken abbrennen, vollständig und für immer. Minutiös beobachten und dokumentieren die Spitzel der Stasi die Abschiedsszenen am Bahnhof – ein letztes Foto mit Sektflasche unter der DDR-Fahne am Bahnhofseingang, Umarmungen, das Anrollen des Zuges, nach Berlin und von dort in den Westen. Bereits Ende Mai ist die Aktion Gegen-schlag aus Sicht des Regimes erfolgreich abgeschlossen. Bis auf eine Ausnahme.

Am 7. Juni 1983 betritt Roland Jahn das Büro des Stadtrats für Wohnungsfragen in Jena. Der Friedensaktivist ist optimistisch. Er hat den in der Haft erpressten Ausreiseantrag gleich nach seiner Freilassung offiziell wieder zurückgenommen. Er will nicht gehen, sondern hier in der Stadt weiterkämpfen. Wehmütig, aber entschlossen hat er die Abreise seiner Freunde hinnehmen müssen, seiner Tochter mit der Ex-Freundin. Nun möchte er in die Wohnung eines ausge-reisten Freundes ziehen. Doch die Einladung ist eine Falle.

Auf dem Amt warten Stasi-Offiziere auf ihn. Sie eröffnen ihm, dass er an diesem Tag die DDR verlassen werde. Alles geht nun sehr schnell. Die Beamten verfrachten Jahn in ein Auto, legen ihm, nachdem er noch kurz versucht hat zu fliehen, Knebelketten an, metallene Fesseln an den Handgelenken, die sich durch Verdrehen schmerzhaft verkürzen lassen. Dann transpor-

IM WESTEN
ist das Militär
weniger präsent,
doch etwa bei
Manövern der
im Land stationierten Nato-Truppen – hier ein US-Panzer 1982 – durchaus sichtbar

tieren sie ihn zum Grenzbahnhof Probstzella, eine gute Stunde Fahrt Richtung Südwesten. In der Nacht sperren sie ihn im hier haltenden Interzonenzug Berlin–München in ein Abteil.

Nach wenigen Kilometern erreicht der Zug die BRD, und erst dort öffnet ein instruierter Schaffner das Abteil wieder. Jahn tobt, verlangt, in die DDR zurückgebracht zu werden. „Das können Sie aber schnell vergessen“, bescheidet ihm der bayerische Grenzpolizist.

Mit einem dramatischen Schlussakt geht so der „Gegen-schlag“ zu Ende – nachdem Stasi-Minister Mielke selbst den Plan abgezeichnet hatte, einen DDR-Bürger gegen dessen Willen zum Klassen-feind zu schicken.

Jahn ist fassungslos, er schreibt Eingaben an den UN-Generalsekretär und an Erich Honecker, weigert sich zunächst, den westdeutschen Pass anzunehmen. Aber er kommt in Westberlin sofort bei dem Netzwerk von Ex-Jenaern unter, die vor ihm ausgereist sind.

In der BRD hat sich der Kampf um den Frieden unterdessen ebenfalls zugespitzt. Kanzler Schmidt stürzt über ein konstruktives Misstrauens-votum: Die FDP hat die Koalition mit den Sozialdemokraten verlassen, nicht zuletzt wegen der unsicheren Position der SPD



EINE NEUARTIGE KRAFT: DIE GRÜNEN

1983 SPITZEN

sich die Proteste in der BRD zu. An einer Blockade des US-Luftwaffenstützpunkts Mutlangen nimmt auch der für die grüne Partei aktive Literat Heinrich Böll (mit Baskenmütze) teil



in der Atomwaffenfrage. Seit Oktober 1982 regiert nun eine christlich-liberale Koalition unter Kanzler Helmut Kohl, der die Atomraketenstationierung voll unterstützt – und im März 1983 bei Neuwahlen nochmals bestätigt worden ist. Doch auch die Friedensbewegung hat bei diesem Wahlgang gewonnen: Mit den Grünen gelangen ihre Vertreter erstmals in den Bundestag.

In den folgenden Monaten erreichen die Proteste in der BRD nie gekannte Ausmaße. An den Ostermärschen beteiligen sich rund 700 000 Menschen im ganzen Land, bei späteren Demos noch einmal mehr als eine Million an einem einzigen Tag. Und es gibt gezielte Widerstandsaktionen, die militärische Einrichtungen lahmlegen sollen.

Am 1. September versammeln sich etwa 4000 Demonstranten vor dem US-Luftwaffenstützpunkt Mutlangen östlich von Stuttgart. Sie wollen für drei Tage die Zufahrt zu dem Areal blockieren, das als zukünftiger Stützpunkt für Pershing-II-Raketen ausersehen ist. Unter den Anwesenden, die sich ein Zeltlager unweit des Tores eingerichtet haben, sind zahlreiche Prominente, etwa die Schriftsteller Heinrich Böll und Günter Grass, dazu SPD-Spitzenpolitiker wie Erhard Eppler und Saarbrückens Oberbürgermeister Oskar Lafontaine. Auch der westdeutsche Neubürger Roland Jahn ist da. Er trägt ein Transparent mit dem Schriftzug „Schwerter zu Pflugscharen“, verziert mit dem bekannten Schmied-Symbol. „Geh doch rüber“, schleudert ausgerechnet ihm ein Passant entgegen.

Die Polizei ist aufmarschiert, Hubschrauber kreisen, Militärfahrzeuge stehen auf den Zufahrtstraßen. Doch wohl wegen der vielen bekannten Persönlichkeiten verzichten die Beamten darauf einzugreifen.

Jahn aber will anecken, eilt kurz darauf weiter nach Bitburg, zur Blockade des Flugplatzes am dortigen US-Luftwaffenstützpunkt. Hier wird er von Polizisten weggetragen und anschließend wegen Nötigung verurteilt. Weil er die Geldstrafe nicht zahlen will, wird Jahn auch im Westen noch einmal verhaftet und eingesperrt (das Bundesverfassungsgericht rehabilitiert ihn allerdings später, weil es seine Sitzblockade nicht als Nötigung wertet).

Aller Kampf aber ist am Ende vergebens. Am 22. November 1983 beschließt der Bundestag mit den Stimmen von CDU, CSU und FDP die Stationierung der neuen Nuklearwaffen in der BRD. In den folgenden Monaten werden die Raketen über das Land verteilt, gelangen auch nach Mutlangen. Die Sowjetunion bricht sofort nach dem Beschluss des Bundestags die Abrüstungsgespräche ab.

Keine zwei Jahre später jedoch nimmt der neue KPdSU-Chef Michail Gorbatschow den Gesprächsfaden wieder auf. Er verkündet öffentlich, die militärische Überlegenheit der Sowjetunion als Vorsatz aufzugeben. Nun ist auch US-Präsident Ronald Reagan bereit zu Abrüstungsschritten. Am 8. Dezember 1987 unterzeichnen die beiden Mächtigen in Washington einen Vertrag, dessen Kern die völlige Abschaffung einer ganzen Waffengattung vorsieht: der nuklearen Mittelstreckenraketen. Die SS-20 werden ebenso wie die



LITERATURTIPPS

GERALD PRASCHL

»Roland Jahn. Ein Rebell als Behördenchef«

Spannende politische Biografie des Bürgerrechtlers aus Jena (Ch. Links).

BERND STÖVER

»Der Kalte Krieg – Geschichte eines radikalen Zeitalters«

Standardwerk über das Ringen der Machtblöcke von Ost und West (C. H. Beck).



Lesen Sie auch »Atomkrieg: Die Weltvernichtungsmaschine« (aus GEOEPOCHE Nr. 91) über das fiktive Szenario einer nuklearen Katastrophe auf www.geo-epoche.de

IN KÜRZE

In Aufmärschen für den Frieden sammelt sich Anfang der 1980er Jahre die größte Bürgerbewegung der BRD. Doch die kleinen pazifistischen Gruppen, die zeitgleich in der DDR gegen Krieg und das System aufbegehren, stechen in ihrem Mut hervor. 1983 zwingt das Regime einen Aktivistenkreis aus Jena nach einer Störaktion kollektiv zur Ausreise. Darunter Roland Jahn, der später das Stasi-Archiv leiten wird.

Pershing II und die Cruise Missiles innerhalb von drei Jahren verschrottet.

Im Westen hat die Friedensbewegung ihre Wucht inzwischen verloren – angesichts des nun fehlenden konkreten Ziels zerbricht die Einheit aus Kirchen, Grünen, Sozialdemokraten und Kommunisten. Im Osten dagegen sammeln sich um die in den Gemeinden konzentrierten Friedenskämpfer immer mehr Menschen, die grundsätzlich mit dem politischen System ihrer Heimat unzufrieden sind.

Roland Jahn wird zum Mittler zwischen den Friedensbewegten in Ost- und in Westdeutschland. Er arbeitet als Fernsehjournalist und pflegt Kontakte zu DDR-Oppositionellen, schmuggelt über Vertraute verbotene Literatur und Kopiergeräte für Flugzettel in den Osten. Vor allem aber versorgt er Untergrundreporter mit Videokameras, die es im Osten nicht gibt. Die mit einer dieser Kameras heimlich aufgenommenen Videos der Leipziger Montagsdemos gelangen über Jahn ins Westfernsehen und ermutigen so immer mehr Menschen zur Teilnahme.

Nach dem Mauerfall ist Jahn mit dabei, als im Januar

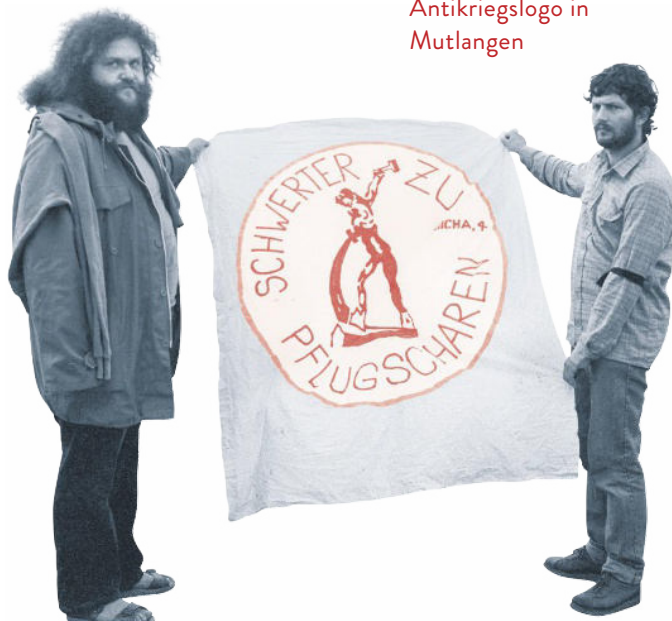
1990 Tausende die Berliner Stasi-Zentrale besetzen, um die Vernichtung von Unterlagen zu stoppen. 21 Jahre später, 2011, wählt der Bundestag ihn zum letzten Bundesbeauftragten für die Stasi-Akten, deren Archivierung er begleitet.

Roland Jahn ist nun Hüter der Erinnerung an die Geheimpolizei und ihre Taten. Und ebenso Hüter jener persönlichen Geschichten, die sich hinter den hunderttausendfach abgehefteten Protokollen und Dokumenten verbergen. Darunter: seine eigene – und die der Friedenskämpfer aus Jena. ♦

NIEDERLAGE:

Am 22. November 1983, einen Tag nach einer weiteren Demo in Bonn (oben), stimmt der Bundestag der Raketenstationierung zu

ROLAND JAHN (rechts) wird 1983 in den Westen abgeschoben, kämpft aber auch dort weiter: Hier mit dem Ost-Antikriegslogo in Mutlangen



Im September 1987 wird für den Staats- und Parteichef der DDR Erich Honecker ein Traum wahr: Bundeskanzler Helmut Kohl empfängt ihn in Bonn von Gleich zu Gleich. Der Westen, so scheint es, hat sich endgültig mit der deutschen Teilung abgefunden. Tatsächlich entpuppt sich der diplomatische Triumph des SED-Chefs als Pyrrhussieg – denn das sozialistische Deutschland steckt längst in einer tiefen Krise, aus der es nicht mehr herausfinden wird

BESUCH BEIM KLASSENFEIND

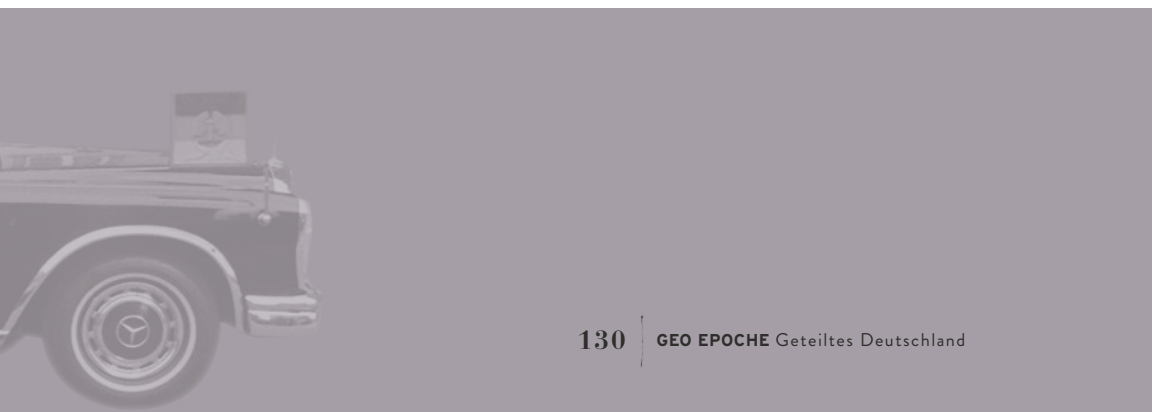
TEXT: *Reymer Klüver*

OHNE ZWEIFEL, DER MANN IST TIEF BEWEGT. Mehrmals, so schildert es ein Beobachter, muss Erich Honecker schlucken, der Staatsratsvorsitzende der Deutschen Demokratischen Republik und damit der höchste Repräsentant des kommunistisch regierten Teils Deutschlands. Es geschieht, als der Chef des Wachbataillons vor dem Bonner Bundeskanzleramt in seiner grauen Uniform vor ihm Haltung annimmt: „Exzellenz, ich melde: Eine Ehrenformation der Bundeswehr ist zu Ihrer Begrüßung angetreten“, und das Stabsmusikkorps „Auferstanden aus Ruinen“ schmettert. Die Hymne des sozialistischen deutschen Staates ertönt in der Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Zum ersten Mal. Mitten im Zentrum der Macht des Klassenfeinds. Es ist der 7. September 1987, halb elf Uhr morgens.

Eskortiert von sieben Polizeimotorrädern, ist Honecker an diesem wolkenverhangenen Spätsommernmorgen in einer dunklen Mercedes-600-Limousine vom Flughafen in Köln nach Bonn chauffiert worden, ein schmaler, blasser

Mann. Knapp zwei Wochen zuvor ist er 75 geworden. Nun wird er hier von Gleich zu Gleich empfangen: vom hünenhaften Kanzler der Bundesrepublik, dem mit 57 Jahren deutlich jüngeren Helmut Kohl. An den Fahnenmasten flattern die beiden Flaggen nebeneinander, schwarz-rot-golden. Nur dass auf

DAS STABSMUSIKKORPS der Bundeswehr spielt für Honecker in Bonn die DDR-Hymne »Auferstanden aus Ruinen«. Der Gast aus Ostdeutschland ist davon sichtlich gerührt



SEITE AN SEITE präsentieren sich
der westdeutsche Regierungschef
Helmut Kohl und Erich Honecker am
7. September 1987 vor dem Bundes-
kanzleramt. Ein historisches Treffen



einer der beiden Hammer und Zirkel im Ährenkranz prangen. Die „Spalterflagge“, wie sie manche Medien im Westen nennen.

So sehr sich Erich Honecker auch bemüht, das Geschehen am Bonner Rheinufer wie politische Routine wirken zu lassen, so ist dies doch einer der seltenen Momente, an denen er den unsichtbaren Panzer öffnet, hinter dem der erste Mann des zweiten deutschen Staates sonst innere Regungen geflissentlich zu verbergen weiß.

Offiziell ist die Visite als „Arbeitsbesuch“ tituiert. Die Motorradeskorte ist kleiner als sonst bei Besuchen von Staatsoberhäuptern, der rote Teppich vor dem Kanzleramt ein paar Meter kürzer, und laut gedrucktem Programm spielt das Stabsmusikkorps der Bundeswehr nicht die „Nationalhymnen“, sondern lediglich „Hymnen“. Doch das sind Spitzfindigkeiten von Protokollbeamten.

Für die breite Öffentlichkeit wird Honecker hier am Rheinufer wie ein Staatsgast begrüßt. Es ist, wie die konservative „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ nüchtern konstatiert, „Honeckers Triumph“. Erstmals akzeptiert die Regierung der westdeutschen Republik vor aller Welt die Existenz eines zweiten deutschen Staates.

DIESE FAMILIE aus Leipzig genießt den Alltag in ihrer Neubauwohnung.

Die Realität in der DDR sieht oft anders aus: Gerade Kinderreiche haben Mühe, eine gute Bleibe zu finden

Und dann ist da noch das persönliche Moment: Der Besuch wird die erste Rückkehr des Saarländers Honecker in seine alte Heimat seit Kriegsende bringen.

Die Reise ist ein international aufsehenerregendes Ereignis. Rund 2400 Journalisten sind bei der Bundesregierung akkreditiert. Doch was die Medien damals und wohl die allermeisten Zeitgenossen als längst überfällige Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Republiken wahrnehmen, wird sich bald als ein historischer Kipp-Punkt erweisen.

Von nun an wird die DDR immer schneller ihrem Ende entgegenzueilen – nicht zuletzt wegen ebendieses Besuchs und seiner unmittelbaren Folgen.

HONECKERS VISITE IN BONN ist das Ergebnis eines jahrelangen diplomatischen Tauziehens und nicht die erste persönliche Begegnung führender Repräsentanten der beiden deutschen Staaten. Bereits im Dezember 1981 trifft der damalige Bundeskanzler, der Sozialdemokrat Helmut Schmidt, Honecker in Güstrow in Mecklenburg und spricht dabei eine Gegeneinladung aus. Nach dem Sturz Schmidts im Herbst 1982 wiederholt der neue Kanzler Helmut Kohl die Einladung. Ein bemerkenswerter Akt der Realpolitik des Christdemokraten, denn Honecker ist in Unionskreisen als „Erbauer der Mauer“ geradezu verhasst – 1961 hatte er die Errichtung der Grenzanlagen um Westberlin maßgeblich organisiert.





ZU DEN BEGEHRTEN WAREN, für die DDR-Bürger in den 1980ern Schlange stehen müssen, zählen vor allem Südfrüchte. Bananen oder Apfelsinen sind noch knapper als zuvor

Offenbar wäre Honecker schon 1983 gern gekommen, doch scheitert der Besuch zunächst an der politischen Großwetterlage. Nach Jahren der Entspannung ist der Kalte Krieg wieder frostig geworden (siehe Seite 120).

Doch die Regierungen in Bonn und Ostberlin versuchen, stets vorsichtig, gegenzusteuern, aus sehr unterschiedlichen Motiven. Auch unter dem CDU-Mann Kohl sieht die Bundesregierung engere wirtschaftliche und politische Beziehungen zur DDR als einzigen Weg, ein Gefühl für die Einheit der Nation zu bewahren. Denn viele Westdeutsche haben Mitte der 1980er Jahre die Existenz zweier deutscher Staaten schulterzuckend als unabänderlich akzeptiert. Manche interpretieren sie sogar, wie der Schriftsteller Günter Grass, als „Strafe für Auschwitz“ – sozusagen als moralisch geboten. Die Führung in Ostberlin leiten andere Beweggründe. Sie hofft

auf einen internationalen Prestigegewinn, wenn der westdeutsche Konkurrenzstaat die DDR endlich als ebenbürtig anerkennt. Wichtiger noch aber sind die wirtschaftlichen Verbindungen zur Bundesrepublik. Denn die DDR braucht dringend Geld aus dem Westen.

Honecker, seit 1971 Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED (ab 1976 Generalsekretär genannt), hatte seinen Bürgern eine Art „Konsumsozialismus“ versprochen. Tatsächlich verfügen zu Beginn der 1980er Jahre fast alle Haushalte über ein eigenes Fernsehgerät. 80 Prozent besitzen eine Waschmaschine, etwa jeder Dritte ein Auto aus DDR-Produktion, einen Trabant oder Wartburg. Die ärztliche Versorgung ist kostenlos, in Plattenbausiedlungen entstehen an den Stadträndern günstige Wohnungen, mehr als eine Million allein in den 1970er Jahren. Die Einkommen steigen, für viele DDR-Bürger sind Urlaubsreisen ins sozialistische Ausland erschwinglich, etwa an den Plattensee nach Ungarn. Die Wohltaten sollen die Menschen für das Regime einnehmen – und die Beschäftigten zu höheren Leistungen in den staatlichen Betrieben anspornen.

Doch viele Maschinen zur Fertigung der Haushaltsgeräte und anderer Industrieprodukte – und auch viele der Konsumgüter selbst – müssen aus dem Westen importiert werden, sogar Nahrungsmittel und Tierfutter. Dafür sind Devisen nötig, oft kreditfinanziert. Gleichzeitig steigen Exporte von eigenen Produkten in den Westen, mit denen die DDR Fremdwährungen Erlösen will, nicht wie erhofft: Kombinate bleiben hinter ihren Planzahlen zurück, weil Maschinen veraltet und reparaturanfällig sind – und die „Werk tätigen“ krankfeiern, zu spät kommen oder im Dienst Privatangelegenheiten erledigen. „Die Haare wachsen während der Arbeitszeit, also müssen sie auch während der Arbeitszeit geschnitten werden“, beschreibt Anfang der 1980er Jahre die aus der DDR stammende Journalistin Irene Böhme die Arbeitshaltung. Zudem können DDR-Produkte, abgesehen von etablierten Marken wie den Praktica-Spiegelreflexkameras, auf dem Weltmarkt immer öfter gar nicht oder nur verbilligt verkauft werden, weil sie an westliche Standards kaum mehr heranreichen.

Die Verschuldung der DDR im Westen klettert von zwei Milliarden D-Mark 1971 auf mehr als 25 Milliarden ein gutes Jahrzehnt später. Bald bekommt die DDR bei Banken im Westen nur schwer noch Kredite. Die Staatliche Plankommission warnt Honecker bereits 1980 vertraulich vor der Staatspleite.

DIE FASSADEN BRÖCKELN nicht nur im Prenzlauer Berg in Ostberlin (Foto von 1983). Statt die Altstädte zu sanieren, setzt die DDR-Führung auf Neubauviertel in Plattenbauweise

OSTBERLINER PUNKS treffen sich unter anderem in der Erlöserkirche im Stadtteil Rummelsburg. Die westdeutsche Band »Die Toten Hosen« gibt hier 1983 sogar heimlich ein Konzert



Nun zählen sich die Kontakte zu Firmen und Unternehmern im Westen aus. Eingefädelt werden sie vom sogenannten Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski, dem Leiter des Bereichs „Kommerzielle Koordinierung“ im Ostberliner Außenhandelsministerium. Der in der Öffentlichkeit kaum bekannte Staatssekretär ist ein enger Vertrauter Honeckers. Schalck-Golodkowski handelt unter Vermittlung des bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, der sich nicht mit einer Rolle als bundesdeutscher Provinzpolitiker zufriedengeben will, 1983 einen rettenden Milliardenkredit von westdeutschen Banken aus. Ein Jahr später folgt ein zweiter Kredit über 950 Millionen D-Mark.

Die Bundesregierung übernimmt in beiden Fällen die Bürgschaft, wohl auch weil die DDR humanitäre Zugeständnisse in Aussicht stellt. Jedenfalls werden wenige Monate später die Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze abgebaut. 1984 dürfen 34 000 Menschen, weit mehr als in den Jahren zuvor, die DDR verlassen. Das Bundeskanzleramt spricht von einer „Verantwortungsgemeinschaft“ mit der DDR. Die Kredite sollen verhindern, dass sich die Lage für die Menschen im Osten weiter verschlechtert.

Tatsächlich bewahrt der Geldsegen die DDR vor dem Bankrott. Die Regierung belässt große Summen zunächst auf Westkonten, um Liquidität vorzugaukeln. Mit Erfolg. Die DDR bekommt wieder frische Kredite westlicher Banken, der innerdeutsche Handel floriert. Der Selbstbetrug des DDR-Regimes ist damals zumindest für Ökonomen bereits unübersehbar: Der ostdeutsche sozialistische Staat kann nur überleben dank der Hilfe des kapitalistischen Westens.

Doch die Infrastruktur zerfällt weiter: Straßen, Schienen, das Telefonnetz, die Altbauten und die historischen Innenstädte – alles ist marode, weil für Instandhaltung und Reparaturen kein Geld da ist. Der technische Rückstand der Industrie zum Westen wächst. Die DDR verkauft alles, was Devisen bringt, oft zu Schleuderpreisen: Motorräder, Schreibmaschinen, selbst Grundnahrungsmittel. Die Folge: Knappheit regiert den Alltag, die Regale sind leer, in Kneipen gibt es mitunter nicht mal mehr Mineralwasser oder Brause zu trinken. Die Unzufriedenheit nimmt zu, Beschäftigte fehlen immer öfter unentschuldig, weil sie irgendwo Schlange stehen, um begehrte Güter zu ergattern. Das wird zwar geduldet, damit der Frust nicht noch größer wird. Die wirtschaftliche Produktivität aber sinkt weiter ab.

Das ist die innere Situation der DDR in Honeckers Besuchsjahr 1987. Die Führung in Ostberlin allerdings tut so, als gäbe es die wirtschaftlichen Probleme nicht. Warnungen der Staatlichen Plankommission vor der erneut drohenden Zahlungsunfähigkeit wischt der für Wirtschaftsfragen zuständige ZK-Sekretär Günter Mittag selbst noch ein Jahr später im Politbüro mit der Bemerkung



DAS KAPITAL empfängt Honecker in der Essener Villa Hügel, dem ehemaligen Wohnsitz der Krupps. Beim Fototermin mit Manager Berthold Beitz schaut die Industriellenfamilie in Öl gemalt zu

beiseite: „Die Hauptsache besteht darin, den Plan zu gestalten, mit dem das Vertrauen in den Kurs der Partei weiter erhöht wird.“ Und Erich Honecker stellt lapidar fest: „Die Stellungnahme des Genossen Mittag ist richtig.“

Auch politisch hat sich die Situation gewandelt, dramatisch sogar seit der ersten Einladung Honeckers 1981. Mehrmals will der DDR-Staatsratsvorsitzende seither in den Westen reisen, mehrmals legt die sowjetische Schutzmacht ihr Veto ein. 1982 pocht sie auf die Bündnistreue der DDR; der Streit um die Nato-Nachrüstung ist gerade auf seinem Höhepunkt (siehe Seite 120). Nach dem Milliar-

EIN ABSTECHER führt Honecker in seine saarländische Heimat. Dort trifft er auch auf die Schalmeienkapelle Wiebelskirchen, der er einst als junger Kommunist angehörte



denkredit ein Jahr später betrachtet Moskau die deutsch-deutsche Annäherung argwöhnisch und warnt die Genossen in Ostberlin 1984 vor Alleingängen und zu großer Abhängigkeit von Bonn. Erich Honecker fügt sich erneut.

DANN KOMMT ES ZUM ÜBERRASCHENDEN Führungswechsel in der Sowjetunion. Mit Michail Gorbatschow tritt in Moskau ein Funktionär an die Spitze, der fast 20 Jahre jünger ist als Erich Honecker. Er will Partei und Staat von innen modernisieren – ein Tabu für die deutlich ältere Führungsriege in der DDR, würde sie damit doch ihrer eigenen Entmachtung zustimmen.

Außenpolitisch bleibt zunächst alles beim Alten. Noch im Frühjahr 1986 durchkreuzt Gorbatschow Honeckers Reisepläne ein weiteres Mal mit der Bemerkung: „Was soll ich meinem Volk sagen, Erich, wenn du in dieser Situation die Bundesrepublik besuchst?“ Gemeint ist die damals keineswegs beigelegte Konfrontation zwischen Ost und West.

Anfang 1987 ändert sich die Lage. Die Sowjetführung beschließt, selbst engere politische und wirtschaftliche Verbindungen zur Bundesrepublik zu suchen – und signalisiert Ostberlin, dass sie deswegen gegen eine Reise Honeckers in den Westen nichts mehr einzuwenden hat. Dessen Verhältnis zur neuen Spitzenriege in Moskau ist da bereits zerrüttet. Die alte DDR-Maxime „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen!“ gilt auf einmal nicht mehr. Zeitlebens hatte der kom-

munistische Funktionär Honecker die, wie es immer hieß, „Führungsrolle“ der Partei- und Staatsführung in Moskau nie angezweifelt – auch deshalb hat er sich den Reiseverboten stets gefügt.

Doch die neue Offenheit und der Wille zur Reform in Moskau sind ihm zutiefst suspekt, gerade weil sie die Autorität der Partei infrage stellen. Honecker grenzt sich von Moskau ab – und sucht paradoxerweise die Nähe zu Bonn. Er sagt den Besuch zu, ohne noch einmal ausdrücklich das Placet Gorbatschows einzuholen. Der lässt den alten Mann in Ostberlin gewähren, weil er das Verhältnis zur Bundesrepublik nicht gefährden will.

Die Bundesregierung bereitet dem Gast am 7. September 1987 einen glänzenden Empfang: die Motorradeskorte vom Flughafen, der rote Teppich, das militärische Brimborium. Selbst das Wetter scheint an diesem Morgen mitzuspielen. Der Himmel reißt auf.

Knapp zwei Stunden konferiert Honecker mit Kohl im Kanzleramt, dann folgt ein Essen beim Bundespräsidenten in dessen Amtssitz, der Villa Hammerschmidt. Das ist nicht die staatliche Anerkennung der DDR, aber eine Verbeugung vor

UNGEWÖHNLICH AUSGELASSEN

zeigt sich der SED-Chef im Garten seines Elternhauses in Wiebelskirchen. Seine jüngere Schwester Gertrud (l.) wohnt 1987 noch immer dort



der politischen Realität. „Keiner von uns“, so wird Bundespräsident Richard von Weizsäcker später feststellen, habe damals eine Chance zur Wiedervereinigung beider deutscher Staaten in der überschaubaren Zukunft gesehen.

Abends dann, wie sonst nur bei Staatsbesuchen üblich, das Bankett des Kanzlers für den Gast in der Godesberger Redoute, einem Ballhaus aus dem 18. Jahrhundert. Honecker und Kohl haben Tischreden vorbereitet, es ist die Gelegenheit für den Kanzler, öffentlich den Eindruck zurechtzurücken, den der prächtige Empfang Honeckers am Vormittag erzeugt hat.

Die Reden werden auch in der DDR live übertragen. Darauf hatte die Bundesregierung bestanden. Millionen schauen zu. Jeder Satz zählt. Kohl betont das „Machbare“, das „geordnete Miteinander“ beider Staaten: „Wir achten die bestehenden Grenzen.“ So weit der Realpolitiker. Dann aber formuliert der Kanzler, was damals die allermeisten – eben bis hin zum Bundespräsidenten – als völlig utopisch ansehen: „Die Teilung wollen wir überwinden.“ Millionen in Ostdeutschland sehen und hören es live: Der Westen hofft weiterhin auf das Ende ihrer Republik.

UDO LINDBERG fängt den hohen Gast aus der DDR vor dem Engels-Haus in Wuppertal ab und überreicht ihm eine Gitarre. Aufschrift: »Gitarren statt Knarren«

Honecker, äußerlich ungerührt, bleibt beim vorbereiteten Manuskript, beschwört die „friedliche Koexistenz“ und die besondere Verantwortung beider deutscher Staaten. Das ist der gemeinsame politische Nenner bei diesem Besuch. Nur eine Bemerkung aus dem Stegreif erlaubt der 75-Jährige sich, wohl als Antwort auf die Worte des Bundeskanzlers. Kapitalismus und Sozialismus ließen sich ebenso wenig vereinigen „wie Feuer und Wasser“. Eine scheinbar leichtherzig vorgetragene Formulierung – aber eine knallharte Absage an Kohl.

FÜNF TAGE WIRD HONECKER beim Klassenfeind verbringen. Wie für Staatsgäste üblich, ist er auf Schloss Gymnich bei Bonn untergebracht. Doch es sind nicht höfliche Gesten wie diese, es sind die Begegnungen, die den spätsommerlichen Besuch zum Großereignis machen: Jeder, der in der Bundesrepublik etwas zu sagen hat, scheint den Gast aus der nahen, doch so fremden Welt jenseits von Stacheldraht und Mauer treffen zu wollen.

Es geht Schlag auf Schlag. Nach weiteren vertraulichen Unterredungen mit dem Kanzler folgen Einzelgespräche mit den Fraktionschefs aller im Bundestag vertretenen Parteien. Auf Schloss Benrath in Düsseldorf wird Honecker von Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidenten Johannes Rau empfangen, dem damals wohl mächtigsten Sozialdemokraten der Republik. Die Villa Hügel in Essen, ehemaliger Wohnsitz der Familie Krupp und damit Symbol des Großkapitals,





NICHT ÜBERALL wird Erich Honecker freundlich begrüßt. In Trier, der Geburtsstadt von Karl Marx, protestieren Demonstranten gegen die Verfolgung von Dissidenten in der DDR

öffnet für den Kommunistenführer die Flügeltüren des Einlassportals. In Essen hatte Honecker als junger Mann den Widerstand kommunistischer Arbeiter gegen die Nationalsozialisten zu organisieren versucht. Nun machen ihm hier mehr als 150 führende westdeutsche Wirtschaftsvertreter ihre Aufwartung – Ausdruck der Bedeutung des Gasts, aber ebenso der Wertschätzung für die bundesrepublikanischen Unternehmen durch die DDR. Ohne sie geht es nicht.

Auch den Gründervätern der marxistischen DDR-Staatsideologie, Friedrich Engels und Karl Marx, darf der Gast aus dem Osten seine Reverenz erweisen. In Wuppertal-Barmen, vor dem Engels-Haus, passt ihn der Deutschrocker Udo Lindenberg ab und überreicht dem sichtlich angestrengten Honecker eine E-Gitarre mit der Aufschrift „Gitarren statt Knarren“. (Lindenberg hatte sich einige Jahre zuvor in dem Song „Sonderzug nach Pankow“ über ein Auftrittsverbot in der DDR mokiert.)

In Trier besucht Honecker das Geburtshaus von Karl Marx – ausgerechnet in Begleitung eines Christdemokraten, des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Bernhard Vogel. Honecker nennt die Besichtigung einen „besonderen Höhepunkt“ seiner Westvisite.

Das ist die wohl pflichtschuldige Bemerkung des kommunistischen Cheffunktionärs Honecker. Doch keinem westlichen Beobachter entgeht, dass den alten Genossen der anschließende Abstecher ins Saarland persönlich am tiefsten bewegt.

In seinem Heimatort Wiebelskirchen besucht der Bergarbeitersohn das Grab der Eltern, trinkt Kaffee mit seiner Schwester, die noch immer im elterlichen Haus wohnt, trifft Jugendfreunde. Beim Empfang des Oberbürgermeisters von Neunkirchen, zu dem Wiebelskirchen mittlerweile als Stadtteil gehört, spielt eine Schalmeykapelle. Einst als Teil des Rotfrontkämpferbundes gegründet, gehörte ihr Honecker in jungen Jahren an.

Sichtlich gerührt, lässt er erneut kurz seine ansonsten eiserne Disziplin fallen. Der Organisator des Mauerbaus konstatiert beim Besuch „dahemm“ – daheim –, wie er selbst in saarländischer Mundart formuliert, dass „die Grenzen nicht so sind, wie sie sein sollten, ist nur allzu verständlich. Aber ich glaube, wenn wir gemeinsam hinwirken, dann wird auch der Tag kommen, an dem Grenzen uns nicht mehr trennen, sondern Grenzen uns vereinen.“ Im selben Moment dämmert ihm offenkundig die Sprengkraft dieses Satzes, denn er fügt schnell hinzu: „So wie uns die Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen vereint.“

Doch die Perspektive scheint Honecker im Gefühlsüberschwang selbst aufgetan zu haben: offene Grenzen auch zwischen den Deutschen aus Ost und West. Sie wird schneller wahr werden, als damals alle erwarten.

Tags darauf macht der Gast in München noch dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß, dem Vermittler des Milliardenkredits, seine Aufwartung, ehe er nach Berlin-Schönefeld zurückfliegt. Die DDR-Führung ist über den Besuch begeistert. In einer Unterrichtung des Politbüros heißt es, dass nun „vor aller Welt die Unabhängigkeit und Gleichberechtigung“ der DDR dokumentiert sei. Die Staatsspitze ist erfüllt von enormem Selbstbewusstsein und Glauben an die eigene Stärke.

NACH HONECKERS TRIUMPH in Bonn taumelt die DDR ihrem Untergang entgegen. Im Mai 1989 protestieren Regimegegner gegen offenkundigen Wahlbetrug bei den Kommunalwahlen

DAS ERSTE LOCH im Eisernen Vorhang tut sich in Ungarn auf. Am 19. August 1989 überqueren hier Hunderte DDR-Bürger die Grenze nach Österreich – die größte Massenflucht seit dem Mauerbau



Doch die humanitären Zugeständnisse, die die Bundesregierung Ostberlin abgerungen hat, haben Folgen. Die Kontakte der DDR-Bürger in den Westen werden enger. 1986 reisen weit mehr als 500 000 Ostdeutsche unterhalb des Rentenalters in die Bundesrepublik, 1987, im Jahr von Honeckers Besuch, sind es bereits 1,2 Millionen. Sie alle dürfen zwar nur mit Genehmigung der Parteikader und der Stasi fahren, die sie vor der Ausreise als „zuverlässig“ einstufen. Aber sie sehen den Wohlstand im Reich der D-Mark. Und sie ziehen Vergleiche zu ihrem eigenen Alltag. Die Gegenüberstellung fällt nicht gut aus für die DDR.

Nur rund ein Jahr nach dem Besuch spitzt sich die Krise des Systems zu. Das Regime reagiert mit einer neuen Repressionswelle. Nach Protesten gegen die schlechte Versorgungslage vor allem in Dresden verlieren vermeintliche Anhänger der Reformpolitik Gorbatschows ihre Jobs in Partei und Staatsapparat. Zeitschriften aus den sozialistischen Bruderländern, die über Gorbatschows Reformen berichteten, werden nicht mehr zugestellt.

Zum Skandal entwickelt sich das, als die Parteiführung im November 1988 die von der sowjetischen Nach-

DER BRUDERKUSS zwischen Kreml-Chef Michail Gorbatschow und Honecker 1986 kann nicht darüber hinwegtäuschen: Die Staatsmänner haben einander nur noch wenig zu sagen

richtenagentur herausgegebene deutschsprachige Zeitschrift „Sputnik“ in der DDR verbieten lässt, weil es eine Abrechnung mit dem stalinistischen Erbe der UdSSR enthält – ein Tabuthema für die SED. Der tiefe Riss zwischen Moskau und Ostberlin lässt sich nicht mehr verbergen. Nicht nur Abonnenten protestieren, auch SED-Mitglieder beschwerten sich zu Tausenden.

Die Kommunalwahlen im Mai 1989 bringen zwar wie bei früheren manipulierten Abstimmungen wieder die üblichen 98-Prozent-Ergebnisse für SED und Blockparteien, bei angeblich 99-prozentiger Wahlbeteiligung. Doch Oppositionelle beobachten diesmal die Wahllokale, zählen mit und entlarven die Fälschung. Auch Berichte im westdeutschen Fernsehen machen den Betrug bald in der ganzen DDR publik. Der Unmut in der Bevölkerung wächst – und gleichzeitig das Selbstbewusstsein der oppositionellen Bürgerbewegung.

Als Ungarn im September 1989 die Grenze zu Österreich öffnet, fliehen innerhalb weniger Wochen fast 30 000 DDR-Bürger. In der Botschaft der Bundesrepublik in Prag suchen Tausende Zuflucht, sie können schließlich in Sonderzügen nach Westdeutschland ausreisen. In Leipzig treffen sich am Montag, dem 4. September, etwa 1000 Frauen und Männer zum Protestieren. Drei Wochen später sind es bereits mindestens 5000, am 2. Oktober kommen 20 000 Menschen zur inzwischen so genannten „Montagsdemonstration“. Erstmals ertönt der Ruf „Wir sind das Volk“ – eine Kampfansage an die SED, die sich stets als Anwalt der Volksmassen gibt.



Als klar wird, dass die in der DDR stationierten Sowjettruppen keinen Befehl zum Eingreifen erhalten und die Volkspolizei vor der Menge der Demonstranten zurückweicht, kommt es überall im Land zu Kundgebungen. Am 16. Oktober gehen in Leipzig 120 000 Menschen auf die Straße.

RICH HONECKER VERFOLGT GEMEINSAM mit den vier wichtigsten Verantwortlichen für die Sicherheitslage in der DDR die Demonstration per Direktschaltung aus Leipzig. Damit wollen seine Genossen dem greisen Generalsekretär das Ausmaß des Volksaufstands vor Augen führen. Bei der Politbürositzung tags darauf stellt ausgerechnet einer der ältesten Weggefährten Honeckers, Willi Stoph, den Antrag, ihn abzulösen. Niemand widerspricht, selbst Honecker nicht.

Noch versucht die SED-Führung, ihren Staat zu retten. Egon Krenz übernimmt Honeckers Nachfolge, er ist kein Reformier. Die Demonstrationen reißen nicht ab, werden sogar immer größer. Am 9. November 1989 sieht sich die DDR-Führung so in die Enge getrieben, dass sie „zeitweilige Übergangsregelungen für Reisen und ständige Ausreisen aus der DDR“ beschließt.

Am selben Abend wird das Dekret vor live übertragenden Fernsehkameras verkündet. Auf Nachfrage westlicher Reporter stammelt der als Regierungssprecher fungierende ZK-Sekretär Günter Schabowski, es gelte „sofort, unverzüglich“

– ein offenkundiger Lapsus, weil er den Beschluss nicht hatte lesen können, ehe er vor die Medien getreten ist.

Nur Minuten später kommen die ersten Menschen zum Grenzübergang Bornholmer Straße in Ostberlin, bald drängen sich dort Tausende, die über-rumpelten Grenztruppen öffnen die Schlagbäume. Die Mauer ist gefallen. Hunderttausende verlassen in den Wochen und Monaten danach den Osten.

Das Ende der DDR ist besiegelt. Egon Krenz räumt Anfang Dezember 1989 sein Amt. Im März 1990 folgen die ersten und einzigen freien Wahlen

NUR ZWEI TAGE nach dem 40. Geburtstag der DDR, am 9. Oktober 1989, gehen in Leipzig rund 70 000 Menschen auf die Straße. Kurz darauf ist Honecker am Ende – und tritt ab



in der DDR. Die nun demokratisch legitimierte Führung in Ostberlin und die Bundesregierung kündigen eine Wirtschafts- und Währungsunion an – also die Einführung der D-Mark auch im Osten. Am 31. August unterzeichnen beide Seiten den Einigungsvertrag. Einen Monat später, am 3. Oktober 1990, tritt die bisherige DDR offiziell der Bundesrepublik Deutschland bei.

DREI JAHRE NACH SEINEM TRIUMPHALEN BESUCH in Bonn hat Erich Honecker nicht nur die Macht verloren. Auch den Staat, dessen vermeintliche Anerkennung „vor aller Welt“ er in Bonn feierte. Die Deutsche Demokratische Republik existiert nicht mehr. Ihr ehemaliger Staatschef ist zu diesem Zeitpunkt ein verbitterter, kranker Mann. Wenige Monate nach Honeckers Sturz geben seine Ärzte eine schwere Diagnose bekannt: Nierenkrebs. Nach einer Operation in der Berliner Charité wird er Ende Januar 1990 unter dem Vorwurf des Amtsmissbrauchs festgenommen, aber zwei Tage später wegen Haftunfähigkeit entlassen.

Eine Odyssee beginnt: Ein Pastor nimmt ihn vorübergehend in Brandenburg auf. Im März 1991 fliegt ihn ein sowjetisches Militärflugzeug auf Geheiß von Staatschef Gorbatschow nach Moskau aus. Nach dessen Rücktritt wird Honecker im Juli 1992 an Deutschland überstellt und erneut verhaftet.

Diesmal lautet der Vorwurf Beteiligung am Totschlag an der Mauer in 68 Fällen. Der schwerkranke Mann übernimmt in einer Erklärung die politische Verantwortung für die Mauertoten, legt aber mit Bezug auf seine Gesundheit Verfassungsbeschwerde gegen seine fortdauernde Haft ein. Mit Erfolg. Im Januar 1993 kann er das Berliner Gefängnis Moabit verlassen. Er fliegt nach Santiago de Chile, wo Tochter Sonja und Frau Margot bereits Zuflucht gefunden haben. Dort stirbt Erich Honecker am 29. Mai 1994.

Helmut Kohl, sein Gastgeber in Bonn, nimmt an Honeckers Schicksal durchaus Anteil, damals von der Öffentlichkeit unbemerkt. In einem Gespräch mit dem chilenischen Präsidenten gut ein Jahr vor der Ausreise Honeckers in das südamerikanische Land bemerkt der Bundeskanzler, dass Honecker zwar „Kommunist reinsten Wassers“, aber im persönlichen Gespräch „keineswegs unsympathisch“ sei. Und, noch wichtiger: Er, Kohl, sei „keineswegs auf Rache erpicht“. ◇

GÜNTER SCHABOWSKI verkündet am 9. November 1989 »Übergangsregelungen für Reisen und ständige Ausreisen aus der DDR«. Wenige Stunden später fällt die Mauer

DAS BRANDENBURGER TOR ist jahrzehntelang ein Symbol der deutschen Teilung. Am 22. Dezember 1989 wird auch hier die Grenze zwischen Ost und West geöffnet

LITERATURTIPP

ULRICH HERBERT
**»Geschichte Deutschlands
 im 20. Jahrhundert«**
 Standardwerk von einem der
 führenden deutschen
 Historiker (C. H. Beck).



Lesen Sie auch **»Staatsbesuch:
 Scharade für den Westen«**
 (aus GEOEPOCHE Nr. 64) über
 Helmut Schmidts DDR-Reise auf
www.geo-epoche.de

IN KÜRZE

1987 kommt es zum einzigen Besuch eines DDR-Chefs in Westdeutschland. Für Erich Honecker ist die Reise zugleich eine persönliche Angelegenheit, weil sie ihn in seine saarländische Heimat führt. Das Ende der DDR kann sein diplomatischer Erfolg aber nicht verhindern.



MEHR WISSEN, ERFAHREN UND ERLEBEN – DIE VIELFALT VON GEO

**Jetzt Wunsch-Magazin aus der GEO-Familie portofrei
liefern lassen und Prämie zur Wahl sichern!**



Deutschlands Reportage-
magazin Nr. 1 mit opulenten
Bildern und starken Geschichten,
die einen die Welt mit anderen
Augen sehen lassen.

3x GEO für 19,50 €



Vergangenes wird lebendig:
Meilensteine der Geschichte
werden ohne Staub und
Zahlenkolonnen packend
erzählt.

2x GEO EPOCHE für 19,- €



Zeigt Kindern ab 3 Jahren
die Welt. Zum Vorlesen,
Anregen, Selbstentdecken
und Mitspielen.

**7x MEIN ERSTES GEOLINO
für 28,- €**



Das innovative Magazin für
Kinder ab 9 Jahren vermit-
telt charmant und lebendig
Wissen und Werte rund um
Mensch, Tier sowie Umwelt.

4x GEOLINO für 21,20 €



- 1 GEO-Baumspende, GEO pflanzt
einen Baum in Nepal**
Ohne Zuzahlung



- 2 GUTSCHEINGOLD
Universal-Gutschein
Wert: 5,- €**
Ohne Zuzahlung

**+ Prämie
zur Wahl!**



- 3 LEGO CLASSIC „Kreative Monster“
Altersempfehlung: ab 4 Jahren**
Zuzahlung: nur 1,- €

Weitere GEO-Magazine und Prämien zur Wahl finden Sie online

Jetzt bestellen:

www.geo.de/familie oder +49 (0) 40 / 55 55 89 90

Alle Preisangaben inklusive MwSt. und Versand – ggf. zzgl. einmaliger Zuzahlung für die Prämie. Änderungen vorbehalten. Es besteht ein 14-tägiges Widerrufsrecht. Zahlungsziel: 14 Tage nach Rechnungserhalt. Anbieter des Abonnements ist Gruner + Jahr Deutschland GmbH. Belieferung, Betreuung und Abrechnung erfolgen durch DPV Deutscher Pressevertrieb GmbH als leistenden Unternehmer.

Bitte Bestell-Nr. angeben:
GEO 200 8326
GEO EPOCHE 200 8866
MEIN ERSTES GEOLINO 201 5206
GEOLINO 200 8486

1991

Treuhandanstalt

VERKAUF EINES LANDES

TEXT: *Matthias Mesenhöller*

Mit dem Ende der DDR kommt zugleich ein wirtschaftlicher Neuanfang. Eine mächtige Institution überführt ab 1990 die marode Staatswirtschaft des Ostens in die kapitalistische Ökonomie des Westens. Doch die Härten sind gewaltig. Und der Hass auf jene »Treuhand« wirkt bald tödlich





DER WESTDEUTSCHE
Manager Detlev
Karsten Rohwedder
leitet die Treuhand-
anstalt, die sämtliche
volkseigenen Betriebe
privatisieren soll



MEHR ALS 12 000
Produktionsstätten
versucht die
Anstalt – hier ihr
Hauptquartier in
Berlin – zu sanieren
oder an Investoren
zu vermitteln



Düsseldorf, 1. April 1991. Ein ruhiger Ostermontagabend im Ortsteil Niederkassel, einer gehobenen Wohngegend auf dem linken Rheinufer. Hier steht am Kaiser-Friedrich-Ring 71 die „Villa Maximilian“, ein gediegener Klinkerbau; gegenüber liegt hinter einer Reihe winterlich kahler Pappeln eine Kleingartenanlage. Aus einem Fenster im Oberstock fällt noch Licht. Es ist das häusliche Arbeitszimmer von Detlev Karsten Rohwedder, dem Chef der „Treuhandanstalt“. Jener Organisation, die in der ehemaligen DDR volkseigene Betriebe an Investoren verkauft, sie saniert oder stilllegt. Gegen 23.30 Uhr steht Rohwedders hochgewachsene Gestalt gut sichtbar in dem erleuchteten Fenster.

Da fallen in rascher Folge drei Schüsse.

Die erste Kugel durchschlägt die Scheibe, trifft Rohwedder in den Rücken, zertrümmert seine Wirbelsäule, zerreißt die Hauptschlagader, Luft- und Speiseröhre. Die zweite zerschmettert den linken Ellenbogen seiner herbeieilenden Frau. Die dritte dringt in ein Bücherregal. Die Alarmanlage des Hauses schrillt.

Minuten später halten Polizeiwagen vor der Villa, der Notarzt. Blaulicht flackert.

Von den Tätern ist nichts mehr zu sehen. Doch in der Kleingartenanlage finden sich Spuren: drei Patronenhülsen, Zigarettenskippen, ein Fernglas, ein Campingstuhl. Und ein auf der Maschine getipptes Schreiben. Darin nimmt die Terrorgruppe „Rote Armee Fraktion“ (RAF) den Anschlag auf sich. Wenige Tage später taucht eine weitere, sechs Seiten lange Erklärung der RAF auf.

Der Treuhand-Chef Rohwedder, schreiben die Attentäter, habe als „Bonner Statthalter in Ostberlin“ mit „Brutalität und Arroganz“ Millionen ins Elend gestürzt, die „Unterwerfung und Ausbeutung“ der Ostdeutschen betrieben: „Seit ihrer Annexion ist die Ex-DDR faktisch eine Kolonie der Bundesrepublik.“ Alles, vom Großbetrieb bis zur Kinderkrippe, werde „systematisch kaputtgemacht“, um eine Konsumwelt voll „aufgestylter Scheiße“ für „Yuppies und Bonzen“ durchzusetzen – während die arbeitslose oder unter-

bezahlte Masse im „imperialistischen Wohlstandsland Großdeutschland“ nicht nur materiell verarme, sondern ebenso „in den Köpfen und Herzen“.

Radikale Parolen, ideologisch, polemisch. Doch liegen sie nicht fern von dem, was zahlreiche Betroffene, Publizisten und Politiker der Treuhand vorwerfen. Selbst marktradikal, habe Rohwedders Anstalt Ostdeutschland in ein Eldorado für Westkonzerne, Glücksritter und Betrüger verwandelt. Aus dieser Perspektive ist die Geschichte der Treuhand die Geschichte einer Enteignung und Verwüstung ohne Skrupel, ohne Mitgefühl, ja ohne Verstand.

Indes gibt es auch eine andere Sicht. Ihr zufolge arbeiten bei der Anstalt ehrliche Patrioten und gestandene Wirtschaftsprofis daran, das katastrophale Erbe des Sozialismus aufzuräumen, um zu retten, was überhaupt zu retten ist. So wollen sie unter widrigen Bedingungen eine freie und soziale Marktwirtschaft auf den Weg bringen. In dieser Lesart ist die Geschichte der Treuhand eine Geschichte mutiger, zutiefst notwendiger Entscheidungen.

Am frühen Morgen des 2. April tragen Bestatter Detlev Rohwedders Leichnam unter einer graublauen Plane aus dem Haus. Für die einen ist er ein Märtyrer der deutschen Einheit. Für die anderen ein gerichteter Schurke. Einigkeit besteht darüber, dass der Tote eine der mächtigsten und meistgehassten Institutionen der deutschen Nachkriegsgeschichte geprägt hat: die Treuhandanstalt in Berlin.

Als Ende der 1980er Jahre das sowjetische Imperium Schwäche zeigt, erheben sich in nahezu ganz Osteuropa die Völker gegen ihre sozialistischen Diktatoren. Auch in der DDR. Außer Freiheitssehnsucht treibt viele Bürgerinnen und Bürger nicht zuletzt die Mangelwirtschaft ihrer Republik in die Revolte.

Großen Wohlstand konnte der Sozialismus noch nie bieten, wohl aber ein sicheres Auskommen für fast jeden. Doch selbst das fällt nun immer schwerer. Am 30. Oktober 1989 leistet der Chef der Staatlichen Plankommission schließlich intern den Offenbarungseid:

Wollte die bereits gefährlich hoch verschuldete DDR ohne weitere Westkredite auskommen, müsste sie den Lebensstandard der Menschen um 25 bis 30 Prozent senken. Das System ist pleite. Gut eine Woche später, am 9. November 1989, fällt die Mauer.

Die westdeutsche Politik wird von der friedlichen Revolution im Osten überrascht. Zwar bringt die konservativ-liberale Bonner Regierung schnell eine Wiedervereinigung ins Spiel, doch geht Bundeskanzler Helmut Kohl von einer mehrjährigen Angleichung der Volkswirtschaften aus.

Auf den Straßen der DDR ist mittlerweile anstelle des Protestrufs „Wir sind das Volk!“ vielfach zu hören: „Wir sind ein Volk!“ Immer mehr Ostdeutsche wollen keine reformierte DDR, sondern die Vereinigung mit der reichen Westrepublik. Andere mögen darauf nicht warten: Anfang 1990 erreichen Tag für Tag 2000 Übersiedler die Bundesrepublik. Die ersten Westdeutschen beginnen zu murren, fürchten die neue Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt.

Zugleich zeigen sich die Vormächte USA und UdSSR überraschend offen für deutsche Vereinigungs-ideen. Anfang Februar trifft Kohls engster Kreis deshalb eine Entscheidung, die Deutschland auf Jahre und Jahrzehnte prägen wird. Um den Übersiedlerstrom einzudämmen, die außenpolitische Gunst der Stunde zu nutzen und nicht zuletzt die Wahlchancen der CDU-nahen Parteien bei den für Mitte März angesetzten ersten freien Wahlen zur Volkskammer zu erhöhen, bricht der Kanzler mit der Politik des Abwartens. In einer atemberaubenden Kehrtwende bietet er der DDR eine Wirtschafts- und Währungsunion an, als Vorstufe ihres Beitritts zur Bundesrepublik.

Ökonomen beider Seiten reagieren entsetzt. Sie warnen: Eine plötzliche Umstellung der ostdeutschen Wirtschaft auf harte D-Mark käme einer schockartigen Erhöhung aller Preise gleich. DDR-Produkte würden mit einem Schlag unverkäuflich – die Betriebe reihenweise einbrechen, die Menschen zu Millionen arbeitslos, gigantische Transfers aus dem westdeutschen Sozialhaushalt erforderlich.

Doch die Dynamik des Moments ist stärker, die Hoffnung der vielen, die Getriebenheit der Mächtigen. Die Protestierenden im Osten überschätzen Wert und Wandlungsfähigkeit der eigenen Industrie. In der Bonner Regierung aber entfaltet der Mythos der Währungsreform von 1948 geradezu hypnotische Kraft, als D-Mark und freie Märkte vermeintlich über Nacht ein „Wirtschaftswunder“ zündeten.

Wunschdenken, hier wie dort.



ROHWEDDER (Mitte)
nach Einigung über
eine Großinvestition:
Selbst geglückte
Verkäufe von Ost-
fabriken ziehen oft
massive Entlassun-
gen nach sich

RETTER ODER TOTENGGRÄBER?

AM 1. APRIL 1991 fällt Rohwedder einem Attentat zum Opfer, mutmaßlich von der RAF begangen. Die Terroristen sehen in ihm einen Zerstörer des Ostens





ANFANGS NOCH zögerlich, propagiert Kanzler Helmut Kohl (hier auf einer Kundgebung Anfang 1990 in Erfurt) schon bald nach dem Mauerfall eine schnelle wirtschaftliche Verschmelzung

**Nie wieder
Sozialismus**

Ja!

**Freiheit und
Wohlstand**

**ALLIANZ FÜR DEUTSCHLAND
DA DSU CDU**

BEI DER ersten freien Wahl in Ostdeutschland im März 1990 gewinnt ein der West-CDU nahes Bündnis. Die Mehrheit will den Anschluss an die reiche BRD

18. März 1990. Kohls Kalkül geht auf. Das seiner West-CDU nahestehende Parteienbündnis „Allianz für Deutschland“ gewinnt die ersten freien Wahlen in der DDR. Der Wählerauftrag für die neue Regierung ist deutlich: zügige Abwicklung der DDR und Anschluss an die Bundesrepublik.

Kaum von der Öffentlichkeit beachtet, nimmt einen Tag später in Ostberlin eine Agentur die Arbeit auf, die Regimegegner und Staatsmacht noch gemeinsam am sogenannten „Runden Tisch“ entworfen hatten: die „Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums“. Ihre Aufgabe besteht darin, die formal im Eigentum des Volkes stehenden Staatsbetriebe in Kapitalgesellschaften umzuwandeln und den Anspruch der DDR-Bevölkerung an diesen Firmen zu wahren. Das Personal besteht überwiegend aus reformgesinnten Kadern der alten Planwirtschaftsbehörden.

17. Juni 1990. Die neue Volkskammer gibt der Treuhandanstalt per Gesetz ihren künftigen Zuschnitt. Sie wird nicht als Behörde verfasst, sondern wie eine Industrie-Holding: ein Mega-Unternehmen, das Tausende von Einzelfirmen mit rund vier Millionen Beschäftigten besitzt – und dessen Auftrag darin besteht, diese Firmen möglichst schnell abzustoßen. Denn inzwischen hat

sich in Bonn wie Ostberlin die Ansicht durchgesetzt, dass private Investoren die beste, wenn nicht einzige Chance sind, aus den sanierungsbedürftigen Werken wettbewerbsfähige Unternehmen zu machen.

Über den Wert des zu veräußernden Volkseigentums kursieren Schätzungen von etlichen Hundert Milliarden Westmark, und weiterhin fasst das Gesetz, wenn auch vage, eine Verteilung der Erlöse unter der ostdeutschen Bevölkerung ins Auge. Derweil warnt ein internes Papier bereits, bei solchen Größenordnungen könnten „Unsauberkeiten“ nicht ausbleiben.

1. Juli 1990. Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion tritt in Kraft. Kleine Ersparnisse, Löhne, Renten werden eins zu eins auf D-Mark umgestellt – während der Wechselkurs zuvor bei rund vier Ost- für eine Westmark lag, der Schwarzmarktkurs noch höher. Zwar verschafft selbst der überhöhte Umtauschsatz den meisten Ostdeutschen ein im Vergleich zum Westen karges Einkommen. Dennoch vermehrfacht er die Lohnkosten ihrer Betriebe. Für die Menschen ist der Kurs gerade wenig mehr als fair. Für Ökonomen ein Albtraum.

Am Abend gratuliert Kohl per Fernsehansprache seinen „lieben Landsleuten“ in Ost und West zu einem großen Schritt Richtung Einheit, Freiheit und Wohlstand. Er erwähnt „harte Arbeit“, eine „gewiss nicht einfache Zeit des Übergangs“. Doch im Ohr bleiben vor allem zwei Versprechen: an die Westdeutschen, dass keiner auf etwas verzichten müsse. Und an die Ostdeutschen: „Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor – dafür vielen besser.“ Schon bald werde sich der Osten „in blühende Landschaften verwandeln, in denen sich zu leben und zu arbeiten lohnt“.

Selbstbetrug? Gut gemeinte Ermutigung? Es bleibt unklar, was Kohl bewegt, die Deutschen nicht auf einen zähen Kraftakt einzuschwören – sondern Illusionen von einem „Wirtschaftswunder“ zu bestärken. Gewiss ist, dass viele seiner Zuhörer binnen Jahresfrist umso härter landen werden. Enttäuscht, verbittert, wütend. Andere gebrochen, apathisch.

9. Juli 1990. Die Treuhand wächst und bekommt mehr Platz, das vormalige „Haus der Elektroindustrie“, Alexanderplatz 6 in Berlin-Mitte. Laute Großraumbüros, ranzige PVC-Böden, abgestoßenes Mobiliar. Erste West-Manager laufen über die Flure, verlangen Flipcharts und Overhead-Projektoren. Bitte was?, fragt der Haustechniker.

Zu diesem Zeitpunkt sind bereits mehr als 800 000 Ostdeutsche auf die eine oder andere Art freigestellt,

Tendenz rasch steigend. Schon nach wenigen Tagen zeigt die Währungsunion ihre von Fachleuten befürchtete Wirkung: Den Firmen geht das Geld aus, sogar noch schneller als gemutmaßt. Hinzu kommt, dass wichtige Gewerkschaften eine Anhebung der vergleichsweise geringen Löhne im Osten durchsetzen.

Am Alexanderplatz 6 führt das zu hektischem Chaos. Auf den Fluren vor den improvisierten, immer noch mit viel zu wenigen Telefonanschlüssen und Faxgeräten ausgestatteten Büros drängen sich verzweifelte Vertreter der Betriebe, um Sanierungspläne und Beihilfeanträge einzureichen. Treuhandmitarbeiter machen sich an die Wände gelehnt Notizen, weil die Schreibtische nicht reichen, prüfen die Unterlagen in langen Schichten, Nacht- und Wochenendarbeit, vermitteln Bankkredite, um den Zusammenbruch aufzuhalten. Oder zumindest abzubremesen.

13. September 1990. Im Palast der Republik empfängt das Parlament der DDR den Chef der Treuhandanstalt, Detlev Karsten Rohwedder. Ein in den USA geschulter, pragmatischer Manager, SPD-Mitglied. Groß gewachsen, verbindliche Manieren, durchaus eitel – dabei unverblümt in der Sache, impulsiv, dann wieder nachdenklich, anteilnehmend. Schnell im Kopf. Anfang der 1980er Jahre hat er den wankenden Dortmunder Stahlkonzern Hoesch mit harten Einschnitten erhalten. Rohwedder: „Entweder hätten alle ihre Arbeitsplätze verloren oder nur die Hälfte.“

Ähnlich offen erklärt er nun der Volkskammer, dass seine Anstalt alles tun werde, um im Osten einen funktionierenden Markt zu schaffen. Dass der Weg indes schwer werde und dass am Ende kein umverteilbares „Volkseigentum“, kein Erlös stehen dürfte. Sondern eher ein Berg Schulden. Zumal das von der Sowjetunion gesteuerte osteuropäische Handelssystem in sich zusammenfällt. Und auch der Absatz im Land selbst stockt: Die Konsumenten stürzen sich förmlich auf die lang ersehnten West-Marken. Ihre vertrauten Ost-Produkte lassen sie verächtlich in den Regalen liegen.

2. Oktober 1990. Nur einen Tag vor dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik verkündet die Treuhand die erste Schließung eines großen Traditionsbetriebs, des Dresdener Fotoapparate-Herstellers Pentacon mit 5700 Beschäftigten. Ein Paukenschlag, denn Pentacon gilt als Vorzeigeunternehmen: Noch 1989 hat die Firma mit ihren Spiegelreflexkameras des Typs „Praktica“ einen Weltmarktanteil von zehn Prozent erzielt. Allein, die DDR exportierte die Kameras zu Dumpingpreisen,

um an Devisen zu kommen. Nach der Währungsumstellung erlöst jeder Apparat höchstens noch ein Viertel dessen, was seine Fertigung kostet. Pentacon macht einen Verlust von einer halben Million D-Mark – pro Tag. Die Weltgeltung ist eine Illusion. Der Betrieb soll umgehend stillgelegt werden.

Ein Muster, das sich wiederholt. Scheinbar erfolgreiche Produkte, wie etwa Nähmaschinen der Marke „Veritas“, erweisen sich bei näherer Betrachtung als unwirtschaftlich. Da ihr Ende meist überraschend kommt, löst es Unverständnis aus, Wut, bald Widerstand.

In Dresden jedoch greift Helmut Kohl persönlich ein. Der Bundeskanzler verbittet sich eine derart harte Maßnahme unmittelbar vor den Vereinigungsfeiern und setzt einen Aufschub durch. Zwar kann er so nicht verhindern, dass sich am 3. Oktober Demonstranten vor dem Treuhand-Sitz eine Straßenschlacht mit der Polizei liefern. Aber insgesamt gelingt es Kohl in den folgenden Wochen, die Stimmung unter Kontrolle zu halten, und bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 wird der „Kanzler der Einheit“, wie seine Partei ihn nun bewirbt, klar wiedergewählt. Weitere größere Firmenschließungen sind bis dahin nicht verkündet worden.

1. Januar 1991. Inzwischen ist die Treuhandanstalt auf mehr als 1100 Beschäftigte gewachsen, nimmt die Privatisierung der Betriebe Fahrt auf. Die Mehrheit des Personals bilden sach- und ortskundige Ostdeutsche. Hinzu kommen vor allem auf der Leitungsebene westdeutsche Manager, die aus starren Konzernstrukturen ausbrechen oder nach einer erfolgreichen Mittelstandskarriere noch einmal etwas bewegen wollen. „One-Dollar-Men“, die bloß für ihre Spesen arbeiten, um zum Aufbau Ostdeutschlands beizutragen. Ehrgeizige Absolventen direkt von der Uni. Relativ wenige Männer und Frauen mittleren Alters mit gesicherter Laufbahn im Westen.

Die Arbeitstage sind lang, die Perspektiven begrenzt, da die Treuhand ein Unternehmen auf Zeit ist. Dafür sind die Dienstwege kurz, Entscheidungen fallen schnell, jeder „Treuhandler“ genießt enorme Freiheit und Verantwortung. Hierarchien gelten wenig, es entsteht ein ausgeprägter Teamgeist.

Auf bizarre Weise gleicht die Stimmung dem, was nur wenige Hundert Meter weiter passiert und doch an einem anderen Ende der Gesellschaft: dem unregulierten Aufblühen von Künstlerkneipen, Privatclubs und Hinterhofbars im heruntergekommenen Ostberlin. Wo geldknappe, aber fantasiereiche, meist junge Leute mit

der plötzlichen Freiheit experimentieren, Mögliches und Unmögliches erproben, Neuland erobern.

Ein historischer, tief tragischer Moment. Denn während die einen bedenkenlos aufbrechen, verlieren viele jede Sicherheit, die Orientierung. Bis hin zum Lebenssinn. Mehr als anderswo war im Sozialismus die Arbeit nicht nur ein Job, sondern ein Anker, bisweilen eine zweite – oder erste – Familie. Umso mehr, als der Staat kaum unabhängige Vereine zuließ. Vielmehr unterhielten große Betriebe für ihre Belegschaften Kulturhäuser, Freizeiteinrichtungen, Ferienlager, Kindergärten, Polikliniken. Wer hier entlassen wird, verliert mehr als ein Gehalt.

Und entlassen werden viele, auch wo Betriebskerne erhalten bleiben. Zu aufgebläht sind die Personalstände: So arbeitet beim VEB Automobilwerk Eisenach von knapp 10 000 Mitarbeitern nur rund ein Viertel direkt im Fahrzeugbau. Zum anderen hat ein verbrieftes Recht auf Arbeit bewirkt, dass vielerorts auch die eigentliche Herstellung überbesetzt ist. Zusammen mit ineffizienter Organisation und überholter Technik führt das dazu, dass die Produktivität ostdeutscher Fabriken bei weniger als 30 Prozent der westdeutschen liegt.

Zahlen, die Menschen wenig helfen, denen mit der Arbeitsstelle der Halt weggeschlagen wird. Für sie erweist sich die Abwicklung des Staatssozialismus und die Integration einer ganzen Volkswirtschaft in den Weltmarkt als undurchschaubar, schmerzhaft.

Eine Überforderung.

25. März 1991. 80 000 Demonstranten drängen durch die Leipziger Innenstadt. Wut, Pfeifkonzerte, fast wie im Herbst 1989, diesmal gegen Kohl, die Treuhand. Immer öfter zeigt das Fernsehen inzwischen Menschen mit leeren Blicken, hoffnungslos. Arbeiterinnen, noch keine 50 Jahre alt, schluchzen in die Kamera: „Da kann ich mir doch gleich einen Strick nehmen.“ Die Gelände um manche Neubaublocks verwahrlosen, Aussortierte lungern herum, trinken.

Die Euphorie der friedlichen Revolution ist verflogen. Viele Westdeutsche betrachten den Osten als Milliardengrab, Ostdeutsche die Wessis als Eroberer, Kolonialherren. Beide Seiten fühlen sich unverstanden und verstehen die Frustration ihres Gegenübers nicht.

Ein geteiltes Hassobjekt ist die Treuhandanstalt. Die einen sehen in ihr eine von Altkadern der DDR unterwanderte, bräsige Planbehörde, andere eine Abrißbirne des entfesselten Kapitalismus, eine Agentur der westdeutschen Industrie zur Konkurrenzbeseitigung. Fast alle einen Moloch.

BALD WIRD KLAR: Die Industrieanlagen des Ostens sind vielfach in schlechtem Zustand – und somit kaum konkurrenzfähig. Immer mehr Standorte schließen (Chemiewerk bei Bitterfeld)



SELBST zuvor erfolgreiche Betriebe und Marken können sich auf dem neuen Markt nicht halten. 1991 rollt der letzte »Trabi« vom Band

KEINE BLÜHENDEN LANDSCHAFTEN

IM MAI 1991 brandet Kohl in Halle Wut von Ostdeutschen entgegen, eine Enttäuschung, die auch seine optimistischen Versprechungen geschürt haben





WEISSE STOFFBAHNEN schützen stillgelegte Maschinen einer Textilfabrik, während die Treuhand Käufer für das Werk sucht. Mitunter bereichern sich Kriminelle bei den Privatisierungen



ANGESICHTS von millionenfachem Jobverlust und einem rapiden Zusammenbruch vieler sozialer Strukturen ist die Frustration der Menschen groß (Protest in Leipzig)

29. März 1991. In der Berliner Treuhand-Außenstelle Schneeglöckchenstraße explodieren zwei Brandsätze. Ein Bekenner schreiben beschuldigt das „westdeutsche Großkapital“, Ostdeutschland „kaputtzusaniern“. Drei Tage später wird Detlev Rohwedder durch das Fenster seines Arbeitszimmers in Düsseldorf erschossen.

1. April 1991. Der Schütze oder die Schützin hat 63 Meter von Rohwedders Fenster entfernt abgedrückt. Kein leichter Treffer. Entsprechend kommen bald Gerüchte auf. Dass die Stasi hinter dem Mord steckt, ein westlicher Geheimdienst, Auftragskiller der Industrie, der Rohwedder bestimmte Monopole verwehrte. Ungeachtet dessen, dass Fachleute die RAF-Selbstbeziehungsschreiben für zweifelsfrei echt halten. Und selbst als Jahre später mithilfe fortgeschrittener Kriminaltechnik ein am Tatort gefundenes Haar dem RAF-Mitglied Wolfgang Grams zugeordnet werden kann, verstummen die Verschwörungstheoretiker nicht.

Einen Beleg bleiben sie bis heute schuldig.

13. April 1991. Der Verwaltungsrat der Treuhandanstalt wählt als Rohwedders Nachfolgerin dessen bisherige rechte Hand, Birgit Breuel.

Manchen gilt Breuel als kalt, hart, berechnend. Vermutlich zum einen, weil sie eine Frau ist und Frauen mit Macht im Deutschland der frühen 1990er immer noch verunsichern. Insbesondere, wenn sie wie Breuel größer sind als viele Männer, Zigarillos rauchen und sich weder ducken noch entschuldigen. Zum anderen formuliert die neue Treuhand-Chefin eher nüchtern und klar als einführend. Entschieden liberal, traut sie dem Staat wenig zu, dem Einzelnen viel – mutet ihm deshalb aber auch viel zu. Und spricht das aus.

Gleichwohl vollzieht die Anstalt auf Druck der Bundesregierung nun einen Schwenk, der sich bereits in Rohwedders letzten Wochen abgezeichnet hat. Unternehmen, die wirtschaftlich am Ende sind, aber aus sozialen oder symbolischen, eben politischen Gründen nicht verschwinden dürfen, erhalten nun besondere Beihilfen. Birgit Breuel nimmt es hin. Und führt die von ihrem Vorgänger aufgebaute, inzwischen schlagkräftige Organisation erst recht in eine Phase der beschleunigten Privatisierung.

Zugleich wechselt die Anstalt vom Alexanderplatz in das ehemalige Haus der Ministerien der DDR, einen gewaltigen Bau aus der NS-Zeit. Im Innern: endlich genug Büros und funktionierende Technik.

11./12. Juni 1991. Eine von vielen Nachtsitzungen in diesen Jahren, bei denen Durchhaltevermögen, Sturheit, Erpressergeschick den Ausschlag geben. Treuhand-Manager Klaus-Peter Wild verhandelt mit Lothar Späth, vordem Ministerpräsident von Baden-Württemberg, nun Berater des Landes Thüringen in Sachen Carl Zeiss Jena.

Zeiss, ein Optik- und Feinmechanik-Konzern mit Zehntausenden Beschäftigten, ist ein weiterer Scheinriese. Große Tradition, gewaltiger Ruf – die osteuropäische Kundschaft weggebrochen, technisch im Rückstand, mehr Verlust als Umsatz. Aber das prestigereiche Unternehmen einfach abzuwickeln kommt politisch nicht infrage. Also pokert Späth.

Und gewinnt. Gegen vier Uhr im Morgengrauen gesteht Wild ein milliardenschweres Sanierungspaket zu. Späth wird Geschäftsführer der neuen Jenoptik GmbH, führt sie 1998 als Jenoptik AG an die Börse und macht aus ihr über die Jahre den größten deutschen Industriekonzern mit Hauptsitz im Osten. Ein Wirtschaftswunder im Kleinen. Zum Preis von gut einer Viertelmillion Mark Anschubhilfe pro Arbeitsplatz.

Mit einem ähnlichen Mitteleinsatz, der Marktwirtschaftlern den Schweiß auf die Stirn treibt, wird in der Region um Bitterfeld die alte, hochgiftige Chemie-

industrie ersetzt durch moderne, saubere Raffinerien, Grundstoff- und Pharmawerke.

Subventionen – und immer noch günstige Facharbeiter – ziehen Daimler-Benz und Volkswagen an die Fahrzeugbau-Standorte Ludwigsfelde und Zwickau. Wo sie nahe den abgewirtschafteten Ost-Werken neue Fabriken errichten.

Fast immer sitzen zumal die großen, global mobilen, politisch vernetzten Konzerne gegenüber der Treuhand am längeren Hebel. Einzelhandelsketten, Versicherer, Energieversorger spielen ihre Marktmacht aus, streben nach Monopolen oder Kartellen. Banken, die den Strom an Firmenkrediten organisieren, lassen sich mit öffentlichen Bürgschaften fast jedes Risiko abnehmen, verlangen aber marktüblich hohe Zinsen.

1. April 1992. Am Jahrestag des Attentats erhält der Sitz der Treuhand den Namen Detlev-Rohwedder-Haus (1999 wird es Sitz des Bundesfinanzministeriums).

26. Februar 1993. Auch Günter Lorenz stammt aus dem Westen, ist von Ulm nach Halle an der Saale gekommen. Indes nicht als Treuhand-Manager, sondern für die andere Seite: Der stämmige Mann mit Halbglatze, Brille, gern im gemusterten Pulli, vertritt die IG Metall. Seit fast einem Jahr recherchiert Lorenz zu Unregelmäßigkeiten in einigen der privatisierten Betriebe.

Nun erklärt er vor Journalisten, in Halle gebe es eine „Mafia“ aus Treuhand-Verwaltern und Investoren, die Firmen nach abgekarteten Verkäufen gezielt ausblute, Betriebsvermögen veruntreue.

Als sich die Vorwürfe bewahrheiten, wird daraus der vielleicht schrillste einer ganzen Reihe von Skandalen, die das Wirken der Treuhand begleiten – ebenjene „Unsauberkeiten“, die schon bei ihrer Gründung als unvermeidlich eingeschätzt wurden.

Vierorts gelingt es beutesuchenden Hochstaplern immer wieder, unerkannt bei der Treuhand eingestellt zu werden. Ebenso gibt es die Seilschaften unter ostdeutschen Mitarbeitern wirklich, die alten Genossen lukrative Deals zuschanzen.

Korrupte Treuhand-Verkäufer setzen für Schmiergeld Kaufpreise zu niedrig an oder bevorzugen bestimmte Erwerber. Nicht alle Investoren investieren dann auch: Manche Käufer wollen lediglich den Grundbesitz eines Unternehmens filetiert vermarkten, andere schöpfen gezielt Know-how oder Handelskontakte ab, wieder andere plündern die Firmenkonten und tauchen mit dem Bargeld unter, im Einzelfall, ohne je den Kaufpreis entrichtet zu haben. Fördergel-



UNTER ROHWEDDERS Nachfolgerin Birgit Breuel, hier neben einer abgerissenen Werkshalle in Genthin, schlägt die Treuhand einen etwas schonenderen Kurs ein. Milliarden fließen nun, um Betriebe zu retten

KAPITAL KOMMT FAST NUR AUS DEM WESTEN

der werden in die Stammwerke im Westen umgelenkt, mit Bestechung maßlos in die Höhe getrieben, statt vollwertiger Fabriken entstehen günstige „verlängerte Werkbänke“ für einfache Zulieferproduktionen. Vieles verliert sich in der Grauzone zwischen Trickserei und Kriminalität.

Bereits seit Anfang 1991 hat die Treuhand eine eigene Stabsstelle, die klaren Betrug verhindern soll, aufdecken und anzeigen. Deren Abschlussbericht wird später die Privatisierungskriminalität auf einige Hundert Millionen Mark veranschlagen: verhältnismäßig „nicht höher als in irgendeinem Kaufhaus“. Skeptiker halten das für eine Verharmlosung, rechnen mit einem Schaden von zehn, zwanzig oder mehr Milliarden.

Der Skandal in Halle schlägt bis zum Sommer öffentliche Wellen. Allein, die Menschen reagieren kaum mehr. Sie sind müde. Viele haben resigniert.

Juni 1993. Mit 4024 Mitarbeitern erreicht die Treuhand ihren höchsten Personalstand. Längst haben bürokratische Routinen, mehrfache Absicherungen, Controller die wilde Dynamik der frühen Tage eingehegt.

Ähnlich wird in den Betrieben aus wütendem Widerstand ein Flackern. Zwar treten in Bischofferode mehrere Dutzend Bergarbeiter, deren Kaliwerk ge-

geschlossen werden soll, in den Hungerstreik. Allein, es nützt nichts. Ende des Jahres wird die Grube stillgelegt. Und nicht einmal mit schlechten Gründen.

Wie bei zahlreichen Verlusten, Umbrüchen unterscheidet sich weniger der Vorgang selbst vom Strukturwandel in Westdeutschland, vom Ende des Bergbaus dort, dem Sterben der kleinen Geschäfte und Vormarsch der Ketten, dem Niedergang der Schwerindustrie, dem Einknicken ganzer Branchen vor der Konkurrenz aus Asien. Vielmehr löst das Tempo den Schock aus, das Trauma.

Die von einem Tag auf den anderen umgekrempelte Lebenswelt, die plötzliche Arbeitslosigkeit so vieler, das abrupte Ende stolzer Traditionen: Was sich im Westen über Jahrzehnte erstreckt, bricht über den Osten binnen Monaten herein. Und es entsteht nur langsam, inselhaft, selten vollwertiger Ersatz.

30. Dezember 1994. Birgit Breuel, schwarze Bluse, lange, weinrote Jacke, dreht die letzte Schraube aus der Mauer des Detlev Rohwedder-Hauses. Dann nimmt sie das Schild mit der nüchternen Aufschrift „Treuhandanstalt“ ab und hält es lächelnd in die Kameras. Ihr Job ist getan. Die Treuhand ist Geschichte (eine Nachfolgebehörde regelt den Rest).

Von mehr als 12 000 Produktionsbetrieben, die zeitweilig in ihrem Besitz waren, sind rund ein Drittel geschlossen, die übrigen vollständig oder zu Teilen privatisiert. In knapp 3000, oft von der Treuhand besonders geförderten Fällen führen leitende Angestellte die Firma selbst weiter, etwa den Kosmetikerhersteller Florena oder die Rotkäppchen-Sektellerei. Ähnlich sind die meisten von nahezu 25 000 Läden, Gaststätten, Hotels, Kinos und Buchhandlungen an örtliche Erwerber gegangen.

Doch übernehmen gemessen am Kaufpreis Ostdeutsche lediglich sechs Prozent der von der Treuhand veräußerten Konkursmasse ihres Landes, während

LITERATURTIPPS

MARCUS BÖICK

»Die Treuhand – Idee, Praxis, Erfahrung 1990–1994«

Grundlegend zur Geschichte der umstrittenen Institution (Wallstein).

ILKO-SASCHA KOWALCZUK

»Die Übernahme – Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik Deutschland wurde«

Differenzierte Schilderung (C. H. Beck).



Lesen Sie auch »Mauerfall:

Die Macht der Straße«

(aus GEOEPOCHE Nr. 64) auf www.geo-epoche.de

IN KÜRZE

Die staatlich beauftragte Treuhandanstalt wickelt von 1990 bis 1994 die Wirtschaft der ehemaligen DDR ab. Doch zahlreiche Fehleinschätzungen, das hohe Tempo, fehlende Rücksicht und der ruinöse Zustand der meisten sozialistischen Betriebe lassen die gigantische Privatisierung für viele Menschen schmerzhaft werden, erzeugen Frust und Wut. Treuhandchef Detlev Rohwedder bezahlt seine Aufgabe mit dem Leben.

80 Prozent an westdeutsche Unternehmen und Privatpersonen gehen, der Rest an ausländische Investoren.

Derweil sind Ende 1994 von den im Juli 1990 unter Treuhand-Aufsicht Beschäftigten noch 42 Prozent in den privatisierten Betrieben tätig, knapp 20 Prozent wurden arbeitslos, etwas weniger in Fördermaßnahmen überstellt, jeder Zwanzigste ist in Rente oder Vorruhestand gegangen. Aufwendungen für Subventionen und Sozialpläne gegen Verkaufserlöse gerechnet, schließt die Anstalt mit einem Gesamtverlust von 260 Milliarden D-Mark ab. Davon, das Volkseigentum an das Volk zu verteilen, ist keine Rede mehr.

Das soziale Desaster verbittert nicht nur Ostdeutsche. West-Intellektuelle wie die Schriftsteller Rolf Hochhuth und Günter Grass rechtfertigen kaum verbrämt den Mord an Detlev Rohwedder. Sie folgen einem Impuls, den Überbringer der üblen Nachricht zu strafen. Denn jenseits aller schlechten politischen Entscheidungen, der Gaunereien und Raubzüge, auch persönlichen Fehler, haben Rohwedder, Breuel, die Treuhand, die Investoren vor allem eine triste Wahrheit schmerzhaft offengelegt: Die DDR war am Ende. Politisch und moralisch, aber auch ökonomisch kaputt.

Dass es so weit gekommen war, dass die jahrzehntelangen Leistungen von Millionen Menschen fast über Nacht entwertet werden konnten, lag an den Fehlsteuerungen einer sozialistischen Diktatur – nicht am Kapitalismus, der auf sie folgte.

Dass aber die Diktatur sich etablieren und halten konnte, war die Folge des Weltkrieges, den die Deutschen vom Zaun gebrochen hatten und der mit der Teilung des Landes endete. Einer geografisch willkürlichen Teilung, deren Ungerechtigkeit darin lag, dass die einen um ein Vielfaches mehr für den Krieg büßten als die anderen. Es ist diese Erfahrung, die bis heute schmerzhaft nachwirkt. ◇

Geeintes Deutschland

»DIE MENSCHEN HABEN SICH SELBST GETÄUSCHT«

Rund 35 Jahre nach dem Mauerfall scheint die deutsche Teilung in Ost und West noch immer nicht ganz überwunden zu sein. Der Historiker und Publizist Ilko-Sascha Kowalczuk erklärt, ob dieser Eindruck täuscht und wie die Traumata der Wiedervereinigungsjahre Deutschland bis heute prägen

INTERVIEW: Kirsten Bertrand und Joachim Telgenbüscher

GEOEPOCHE: Herr Kowalczuk, in diesem Jahr jährt sich der Mauerfall zum 35. Mal. Inwiefern ist Deutschland immer noch ein geteiltes Land?

ILKO-SASCHA KOWALCZUK: Deutschland ist eine staatliche Einheit. Wir haben zwar viele Brüche in unserer Gesellschaft, den Stadt-Land-Gegensatz zum Beispiel, aber der häufig beschworene Ost-West-Bruch existiert nicht mehr. Das heißt: Soziale Ungleichheiten in unserem reichen Land, etwa bei den Bildungschancen oder Löhnen, lassen sich nicht mehr allein an der früheren innerdeutschen Grenze festmachen. Wenn immer behauptet wird, dass die Einheit noch nicht hergestellt ist, würde ich widersprechen: Das ist eine Chimäre, da wird etwas künstlich am Leben gehalten.

Aber die Diskussion darum ist gerade erst wieder aufgeflammt, nicht zuletzt durch das Buch des Leipziger Literaturprofessors Dirk Oschmann, „Der Osten: eine westdeutsche Erfindung“.

Alle sachlichen Aspekte, die Oschmann anführt, haben schon andere beschrieben, zum Beispiel der Soziologe Steffen Mau in „Lütten Klein“ oder ich in meinem Buch „Die Übernahme“. Oschmann bedient sich aus beiden kräftig. Das Neue ist, dass Oschmann den Ton verschärft. Er spitzt zu. Offenbar war genau dieser empörte, aggressive, ja teils auch unsachliche, undifferenzierte Ton das, was eine größere Gruppe von Menschen im Osten hören wollte.

Liegt das vielleicht daran, dass sich viele im Osten noch immer bevormundet fühlen? Dass „der Osten“ tatsächlich ein westdeutsches Konstrukt ist?

Das ist eine geläufige These, ja. 1990 haben wir eine historische „Sekunde Null“ erlebt. Buchstäblich: Von einer Sekunde auf die andere wurde die D-Mark eingeführt. Das funktionierte nur, indem man auch die Institutionen installierte, die die Stabilität der D-Mark garantierten. Dafür kamen Eliten aus der Bundesrepublik, die diese Institutionen leiten konnten. Und das wiederum funktionierte nur, indem man den Raum, in dem man dies machte, zu einer Art Terra incognita erklärte, in der „der Ostler“ überall gleich ist, von Kap Arkona bis Suhl. Und den wollte der Westen nach seinem Ebenbild formen. Solche Prozesse sind übrigens nicht ungewöhnlich, das ist nicht für den Osten erfunden worden.

Gibt es eine spezifische Erfahrung, die Ostdeutschland prägt?

Ja, die totale Überforderung der Menschen durch den Transformationsschock. Nirgendwo im Ostblock sind die Menschen so weich gefallen wie in Ostdeutschland.

Aber zugleich waren die Einschnitte nirgendwo so hart wie hier, die Menschen hatten keine Sekunde Zeit, sich umzugewöhnen. Der damalige DGB-Vorsitzende sagte im Sommer 1990, ihm komme es vor, als würde man bei rasender Fahrt die Räder wechseln wollen. Und genau das Bild trifft es.

ILKO-SASCHA KOWALCZUK ist in Ostberlin aufgewachsen und zählt zu den besten Kennern der DDR-Geschichte.

Zuletzt erschien seine zweibändige Biografie über Walter Ulbricht



Trotz des weichen Falls?

Das Entscheidende ist: Die Menschen haben nach 1990 sehr viel mehr als nur ihren Job verloren, nämlich auch häufig ihren Lebensmittelpunkt. In der DDR war der Arbeitsplatz nicht allein zum Arbeiten da. Dort wurden Freundschaften gepflegt, es gab Kultur- und Sportvereine. Das gesamte gesellschaftliche Leben kreiste um die Institution Arbeit. Und das brach alles über Nacht weg.

Nun ist das aber auch bereits mehr als drei Jahrzehnte her ...

Stimmt. Und Anfang der 2000er Jahre konnte die ostdeutsche Gesellschaft das erste Mal Luft holen, die Arbeitslosenzahlen sanken, den Leuten ging es immer besser. Aber dann brach die Weltfinanzkrise los, die die Euphorie über den Westen, über den Kapitalismus, erheblich ins Schwanken brachte. All das, was bis 1989 im Osten gepredigt wurde, all diese ideologischen Versatzstücke, die Millionen Menschen noch im Kopf hatten, schienen sich nun auf einmal zu bewahrheiten.

Und kaum war diese Krise beendet, kam die zweite große Transformationswelle: die globale digitale Revolution.

Ja, und die stellt unser aller Leben total infrage. Wobei gilt: Je weiter man von den Schalthebeln der Macht entfernt ist, desto unsicherer wird man. Wird das Bargeld abgeschafft? Kann ich ohne Smartphone noch in den Urlaub nach Schweden fahren? Habe ich in Zukunft überhaupt noch eine Chance? Diese doppelte Transformation führt zu sehr großer Überforderung bei vielen.

Führt diese Verunsicherung auch dazu, dass der Zulauf zur AfD in Ostdeutschland besonders groß ist?

Die AfD ist keine ostdeutsche Angelegenheit. Warum ist beispielsweise der Anteil der AfD in Baden-Württemberg so hoch? Das hat bei näherer Betrachtung etwas mit dem Postkommunismus zu tun, weil in Baden-Württemberg der Anteil der Spätaussiedler aus Osteuropa extrem groß ist, die die AfD wählen.

Bisweilen wird die Stärke der AfD im Osten aber auch mit dem Trauma der frühen 1990er Jahre begründet. Gab es denn eine realistische Option, wie man die Wiedervereinigung hätte anders, besser gestalten können?

Praktisch nein. Einfach deshalb, weil die Menschen in Ostdeutschland in den ersten freien Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 so gewählt haben. Sie haben für die schnelle Vereinigung nach Artikel 23 des Grundgesetzes gestimmt, wonach die DDR dem

Geltungsbereich des Grundgesetzes beitrug, und nicht für den langsameren Weg über Artikel 146, der eine neue Verfassung unter Mitwirkung der gesamten deutschen Gesellschaft bedeutet hätte. Die Mehrheit im Osten glaubte, dass der Westen so funktioniert wie die Werbung, alles blütenrein weiß. Die Menschen haben sich selbst getäuscht – und waren dann umso enttäuschter über das, was kam.

Man hört bis heute, dass damals die „Wessis“ einfielen, gierige Manager, Glücksritter in Goldgräberstimmung, die sich die Filetstücke gesichert haben.

Natürlich gab es das alles. Die ungerechten Entwicklungen, den arroganten „Wessi“, die Kriminalität, viele Fehler. Aber es wurden auch viele antiwestliche Ressentiment geschürt, anfangs von der SED-PDS, insbesondere gegen die Eliten. Das war eine durchgehende Erzählung im Osten, die die AfD später fast bruchlos übernehmen konnte. Mit einem Blick in den Osten Europas ist doch ganz klar festzuhalten: Es lief in Deutschland weitaus besser, als viele behaupten.

Warum hält sich dieses antiwestliche Narrativ bis heute?

Weil auch etwas dran ist. Bis zum heutigen Tag sind Leute mit Ostbiografie in bestimmten Bereichen praktisch außen vor. Ich selbst, als womöglich produktivster Zeithistoriker meiner Generation aus dem Osten, hatte nie die Chance, eine akademische Position zu bekommen. Das hat bestimmt viel mit mir selbst zu tun, aber es gibt auch Gründe, die man verallgemeinern kann. Als die Westler in den Osten kamen, brachten sie ihre Netzwerke mit, und aus diesen rekrutierten sie ihre Nachfolger. Da kommt man von außen nicht rein. Die Erzählungen über „den Westen“ sind also nicht alle grundlegend falsch. Aber wofür ich plädiere, ist, wegzukommen von den Feindbildern, die so produziert werden. Und damit auch wegzukommen von dem, was im Osten absolut mehrheitsfähig ist: antiwestliche Bilder zu schüren, die vor allem seit der Erweiterung des russischen Vernichtungskrieges gegen die Ukraine offenkundig sind. Es gibt keine Region in ganz Europa, die so kremlinah ist wie Ostdeutschland.

Ist das nicht widersinnig? In Ostdeutschland wissen doch viele, wie es ist, wenn sowjetische Truppen im eigenen Land stehen, wie es ist, in einer Diktatur zu leben. Wieso beklatschen sie Putins Vorgehen?

Der erste Grundirrtum ist die naiv-romantische Annahme, die vor allem im Westen grassiert, dass die Mehrheit in Ostdeutschland die SED-Herrschaft

◦ Die AfD ist keine ostdeutsche Angelegenheit ◦

als Diktatur angesehen hat. In Wirklichkeit neigen die meisten Menschen dazu, unpolitisch durch ihren Alltag zu gehen, und das ist ihr gutes Recht. Der zweite Irrglaube ist, anzunehmen, die Revolution sei von einer relevanten Mehrheit der Ostdeutschen gemacht worden. Es waren kleine Minderheiten! Die breite Masse stand hinter der Gardine, so wie das bei jeder Revolution der Weltgeschichte ist, und wartete ab, wer gewinnt, um sich dann auf die Seite der Sieger zu schlagen. Der Beifall für Putin und den Kreml ist vor allem ein Symbol für die Ablehnung der bundesdeutschen repräsentativen Demokratie, einem Modell, das im Osten viele bis heute nicht verstanden haben.

Nach dem Ende der DDR wurde viel über das Unrecht gesprochen, das dort geschehen ist.

Ja, aber leider war der Umgang mit der SED-Diktatur nicht sachgerecht. Man hat sich viel um die Opfer der Diktatur gekümmert, um Menschen aus dem Widerstand, der Opposition. Und versagte dennoch dabei völlig. Zugleich konnte die Mehrheit der Ostdeutschen überhaupt nichts mit den Erzählungen über Widerstand und Verfolgung anfangen. Bis heute fragen sie sich: Was hat das alles – Repressionen, Knast in Bautzen – mit meinem Alltag zu tun? Es gibt also eine große Diskrepanz zwischen der öffentlichen Diskussion über die Diktatur und dem, wie die Leute am Küchentisch darüber sprechen.

Auch bei den jüngeren Generationen?

Eigentlich sollte man meinen, dass sich diese Narrative auswachsen. Aber die jüngere Generation erzählt dasselbe, geprägt von ihren Eltern oder Großeltern. Die meisten Jugendlichen verlassen außerdem heute die Schule, ohne substanziell etwas über die DDR und den Kommunismus gehört zu haben. Es gibt keinen einzigen Lehrstuhl für Kommunismus oder DDR-Geschichte in ganz Deutschland. Viele künftige Geschichtslehrer in Stuttgart, Hamburg, Hannover oder Halle verlassen die Universität, ohne etwas über die Geschichte des Kommunismus oder die DDR gehört zu haben.

Wie kann man denn als Ostdeutscher die eigene Lebensleistung würdigen, ohne die Diktatur zu verharmlosen?

Ich habe bislang nicht verstanden, was die Würdigung der Lebensleistung konkret bedeuten soll. Ich erwarte nicht von jedem Menschen, dass er seine persönliche Geschichte politisch oder ideologisch hinter-

fragt. Ich finde auch die Ostalgiewelle, die Anfang der 2000er Jahre erstmals aufkam, nicht verwerflich. Jeder kennt doch Gründe, zurückzuschauen und zu sagen: Früher war alles besser. Das ist menschlich. Die eigene Vergangenheit ist bekannt und bietet vielen daher Sicherheit. Ich habe diesen romantisierenden Zurückblick nicht, aber ich kann das verstehen. Was ich aber nicht ertragen kann, ist, wenn man in seiner Erzählung die Diktatur verharmlost, wenn man sich über Opfer lustig macht, vielleicht sogar anfängt, die Täter zu heroisieren. Wenn man über Mauertote sagt: Selbst schuld, die wussten doch, dass man sich der Grenze nicht nähern darf. Das ist eine furchterliche Umkehrung der Moral. Oder wenn man sich selbst „Alternativlosigkeit“ attestiert. Dem Spitzenfußballer, der behauptet, dass er dem Wachregiment der Stasi beitreten musste, um weiter Fußball spielen zu können, dass das alternativlos war, muss ich sagen: Nein, das stimmt nicht. Wir sind alle verantwortlich für das, was wir tun. Und es gab Alternativen. Ich kenne Leute, die nicht in die SED eingetreten sind – und die eben vom Hochleistungssport ausgeschlossen wurden. Diese Konsequenz haben sie getragen. Ich finde es nicht einmal verwerflich, dass ein Spitzensportler eben dem Wachregiment beitrug, aber er sollte es heute nicht als alternativlos hinstellen. Selbst in einer Diktatur gibt es immer Alternativen für das eigene Handeln.

Was lernen wir denn heute allgemein aus den Ereignissen von 1989/90?

1989 war eine Freiheitsrevolution in Osteuropa, gegen den Kommunismus. Was soll man daraus lernen? Wir leben heute nicht in einer Diktatur, sondern in einer Demokratie, in Freiheit – und die müssen wir verteidigen und besser machen. Man kann keine Analogien herstellen, man kann nicht Demokratie und Diktatur auf derselben Ebene nebeneinanderstellen. In Unfreiheit können sie die Freiheit nicht verraten, weil es sie nicht gibt. Aber in der Freiheit können sie die Freiheit verraten. Was man vielleicht mitnehmen kann, ist das: Man muss sich immer bewegen in seinem Leben. Wer sich nicht bewegt, braucht sich nicht zu wundern, wenn es nicht vorwärts geht.

Werden wir irgendwann aufhören, in Ost und West zu denken?

Die Diskussion wird bleiben. Natürlich gibt es schon immer Gefälle in Deutschland, etwa zwischen Nord- und Süddeutschland, es gibt Frotzeleien,

◦ Die DDR war das größte Freiluftgefängnis Europas nach 1945 ◦

denken Sie an Ostfriesen- oder Bayernwitze. Das sind Spannungsfelder, die wir als Gesellschaft brauchen, die haben eine Art Blitzableiter-Funktion. Und dieses Spannungsfeld wird auch zwischen Ost und West bestehen bleiben. Wir müssen lernen, dass die Kraft unserer Einheit in der Vielheit besteht. Dann können wir auch besser damit umgehen, dass der Sachse sächelt, der Bayer für einen Norddeutschen fast unverständlich redet und der Fischkopp ein Fischkopp ist. Aber noch ist das Ost-West-Thema politisch sehr aufgeladen. Ich nehme an, dass das mit der Zeit abnimmt, zum Beispiel, wenn man endlich das unsinnige Amt des Ostbeauftragten im Bundeskanzleramt abschafft. Er hat keinerlei Funktion, keinerlei Macht – eine reine Symbolfigur.

Was bräuchte es denn eher?

Einen Beauftragten für die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland. Das sind doch eher die Aufgaben, vor denen wir stehen: vor allen Dingen die klaffenden Unterschiede zwischen Land und Stadt zu schließen. Die Hälfte der bundesdeutschen Bevölkerung lebt auf dem Land, wir reden aber alle aus einer städtischen Perspektive. Mit Ost und West hat das nichts zu tun.

Sie stehen viel in der Öffentlichkeit, wenn es um die Geschichte, die „Erklärung“ der DDR geht. Wie sind die Reaktionen?

Ich werde oft extrem angefeindet, manchmal sogar bedroht, manches übergebe ich der Polizei. Aber wenn ich wütende Post von jemandem bekomme, der seine Adresse nennt, antworte ich, mindestens ein Mal. Das kostet mich viel Zeit. Aber die Reaktion ist oft die: Die Menschen schreiben mir, dass sie nicht gedacht hätten, dass ich antworte. Manchmal haben sich daraus regelrechte Gespräche entwickelt. Auf einmal ist ein ganz neuer Respekt da, man versteht sich plötzlich besser. Ich glaube, dass sich viele Menschen heute in unserer Gesellschaft wirklich verloren fühlen. Vor ein paar Tagen habe ich einen Brief von drei

mir völlig unbekannten jungen Frauen bekommen, die mich im Geschichtsunterricht in Filmen über die DDR gesehen haben. Sie wollten sich einfach nur bedanken. Dafür lohnt sich das alles, was ich mache.

Gerade ist der zweite Teil Ihrer Walter-Ulbricht-Biografie erschienen. Was haben Sie Neues über den SED-Vorsitzenden herausgefunden?

Niemand war in der deutschen Geschichte des Kommunismus so erfolgreich wie Walter Ulbricht. Dafür konnte er teilweise gar nichts. Es war ein Projekt, das er durchgezogen hat. Ulbricht war viel in der Sowjetunion, verbrachte die zerrissenen Jahre des Nationalsozialismus teilweise in Prag, Paris und Moskau, kam dann zurück und errichtet diesen neuen Staat. Meine Fragestellung war, wie sich diese Entwicklung über 80 Jahre darstellen lässt, ein komplizierter, vielschichtiger, oft widersprüchlicher Geschichtsprozess, erzählt anhand einer Person. Was bisher wohl zu wenig beachtet wurde, ist beispielsweise, dass Ulbricht sich 1960 mit dem Staatsrat als Institution ein Gegengewicht zur Partei aufgebaut hat. Er hatte tatsächlich verstanden, dass ideologische

Debatten allein nicht reichen, um Staat und Gesellschaft in der DDR zu lenken. Deshalb scharfte er vor allem nach dem Mauerbau junge, gut ausgebildete Ökonomen um sich, die nicht ständig nur Lehrbuchsätze von sich gaben, sondern versuchten, lösungsorientiert zu arbeiten. Honecker hat diese Arbeitsgruppen gleich wieder aufgelöst, als er an die Macht kam. Das Ende ist bekannt.

Meine voluminöse Ulbricht-Biografie, eine Art Lebenswerk von mir, versucht insgesamt den Weg des deutschen Kommunismus von 1914/17 bis Anfang der 1970er Jahre zu erklä-

ren. Niemand eignet sich dafür besser als Ulbricht – er steht für dieses Projekt wie kein Zweiter, auch weil er zufällig die mörderischen Fallen des 20. Jahrhunderts überlebte und dann selbst noch eine weitere, die Mauer, die die DDR zum größten Freiluftgefängnis Europas nach 1945 machte, hinzufügte. ◇

DIE PAROLE der Revolution von 1989 – »Wir sind das Volk« – taucht mittlerweile häufiger auf rechten Demonstrationen im Osten auf (Aufmarsch des Berliner Ablegers von »Pegida«, 2015)



MENSCHEN DAHINTER



IN TRAUER

Frank Otto

(22. 12. 1967–22. 1. 2024)

Mit London fing es an. Als wissenschaftlicher Berater kam der habilitierte Historiker Dr. Frank Otto im Jahr 2005 zu *GEOEPOCHE*, eigentlich sollte er die Redaktion nur bei der Arbeit an einem Heft über die britische Kapitale unterstützen, doch dann wurde mehr daraus. Fast zwei Jahrzehnte lang hat Frank unser Magazin als Redakteur, stellvertretender Chefredakteur und Autor geprägt, hat *GEOEPOCHE* mit zu dem gemacht, was es heute ist, hat nie die Ruhe verloren, hat spannend erzählt, klug analysiert. Einen solchen Kollegen wünscht man sich.

Dass er gestorben ist, macht uns fassungslos.

Die *GEOEPOCHE*-Redaktion.

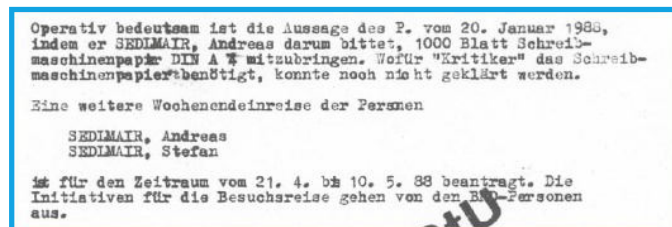


AUTOR

Fabian Klabunde

Für den promovierten Historiker und DDR-Experten ist die Geschichte der Friedensbewegung in Ost und West, die er in diesem Heft aufgeschrieben hat (siehe Seite 120), eng mit der eigenen Vergangenheit verknüpft. 1982 musste der Vater des gebürtigen Rostockers wegen Wehrdienstverweigerung acht Monate in Haft, es folgten ein Ausreisearbeit und jahrelange Repressalien. Erst nachdem die Mutter einen oppositionellen »Friedenskreis« gegründet hatte, durfte die Familie im Jahr 1988 die DDR verlassen.

**STEFAN SEDLMAIR (links) mit
DDR-Freund 1988 in Parchim**



GESCHICHTE AUS DEM QUALITY BOARD

Ihre ganz eigene DDR-Geschichte haben zwei der Verifikationsredakteure im Quality Board von *GEOEPOCHE*. Die Brüder Andreas und Stefan Sedlmair, aufgewachsen im westdeutschen Osnabrück, unternahmen in den Jahren 1987 bis 1989 rund zehn Privatreisen in die

DDR, besuchten erst in Parchim, dann in Schwerin ein befreundetes Ehepaar. Andreas hatte die Mecklenburger 1986 in Budapest kennengelernt – damals einer der wenigen Orte, an denen Ost- und Westdeutsche sich zufällig begegnen konnten. Während der DDR-Aufenthalte amüsierten sich die Brüder regelmäßig über die Warnungen ihrer Gastgeber, dass die Stasi bei den Treffen immer mit dabei sei. So werde sicherlich die Korrespondenz zwischen den Freunden mitgelesen, und bei Kneipenbesuchen sitze garantiert ein Stasi-Mitarbeiter am Nebentisch. Absurd, so die Meinung der Westdeutschen:

Wer sollte schon an ihnen interessiert sein? Doch nach Öffnung der Stasi-Archive stellte sich heraus: Alles war sogar noch schlimmer, als von den DDR-Freunden befürchtet. Seitenweise ergehen sich Mitarbeiter des MfS in den Dokumenten über offensichtlich aus der Nähe beobachtete Treffen. Ein Detail erregte das besondere Interesse der Beamten (siehe oben): „Operativ bedeutsam“ sei die Bitte des DDR-Bürgers, die Westbesucher möchten ihm beim nächsten Mal 1000 Blatt Schreibmaschinenpapier mitbringen. Zu welchem Zweck, „konnte noch nicht geklärt werden“. In diesem Fall, immerhin, war der Verdacht der Überwacher nicht unbegründet: Das in der DDR rare Papier ließ der Freund tatsächlich der oppositionellen Umwelt-Bibliothek der Zionskirche in Ostberlin zukommen.

Alle Texte in *GEOEPOCHE* werden vom GEO-eigenen Quality Board einem Faktencheck unterzogen

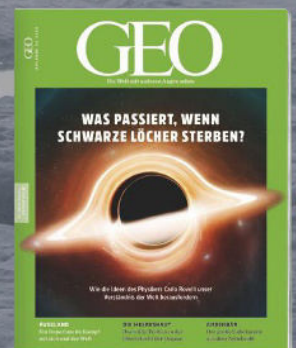
GEO

Die Welt mit anderen
Augen sehen

FORSCHUNG MIT ANDEREN AUGEN SEHEN

Uns und unsere Welt immer wieder neu
entdecken, Zusammenhänge verstehen,
Perspektiven wechseln und neugierig
bleiben. Das ist GEO.

Die Geschichte der größten Arktisexpedition
aller Zeiten gibt's auf geo.de/entdecken.



NIE WAR GESCHICHTE LEBENDIGER

**1 Jahr GEO EPOCHE für nur 98,- € lesen
oder verschenken und Wunsch-Prämie sichern!**



GEO EPOCHE KOLLEKTION „Das Mittelalter“

- Der Alltag in einer bewegten Zeit
- Wichtige Ereignisse, Personen und Orte
- 200 Seiten, zahlreiche Abbildungen

Ohne Zuzahlung

**Prämie
zur Wahl!**



10,- € Amazon.de-Gutschein

- Für Ihre nächste Online-Shopping-Tour
- Riesige Auswahl, täglich neue Angebote
- Technik, Bücher, DVDs, CDs u. v. m.

Ohne Zuzahlung

Gleich Prämie wählen und bestellen:

6 Ausgaben GEO EPOCHE plus 1 Sonderausgabe von GEO EPOCHE inkl. digitaler Ausgaben für zzt. nur 98,- € oder 6 Ausgaben GEO EPOCHE mit DVD plus 1 Sonderausgabe von GEO EPOCHE inkl. digitaler Ausgaben für zzt. nur 129,- € – ggf. zzgl. einmaliger Zuzahlung für die Prämie. Studierende lesen mit 40 % Rabatt (ohne Prämie). Es besteht ein 14-tägiges Widerrufsrecht. Zahlungsziel: 14 Tage nach Rechnungserhalt. Alle Preisangaben inklusive MwSt. und Versand. Anbieter des Abonnements ist Gruner + Jahr Deutschland GmbH. Belieferung, Betreuung und Abrechnung erfolgen durch DPV Deutscher Pressevertrieb GmbH als leistenden Unternehmer.



- 6 x GEO EPOCHE + 1 Sonderausgabe von GEO EPOCHE portofrei nach Hause
- DVD auf Wunsch zu jedem Heft
- Inkl. digitaler Ausgabe zum Lesen auf Tablet, Smartphone oder PC



Powerbank mit Solarzellen

- Extrapower für Ihr Smartphone
- Ideal für Ausflüge, Camping oder Urlaubstage am Strand
- Leistung: 4000 mAh

Zuzahlung: nur 3,- €



BLAUPUNKT Smartwatch

- Das Komfort-Upgrade für Ihr tägliches Leben
- Viele praktische Features für z.B. Kommunikation, Sport und Gesundheit
- Lieferung inkl. Ladestation

Zuzahlung: nur 5,- €

www.geo-epoche.de/abo | + 49 (0) 40 / 55 55 89 90

Bitte Bestell-Nr. angeben:

ohne DVD selbst lesen
mit DVD selbst lesen

183 3806
183 3845

ohne DVD verschenken
mit DVD verschenken

183 3807
183 3846

ohne DVD als Student lesen
mit DVD als Student lesen

183 3808
183 3847

Mexiko

DIE GESCHICHTE EINES RUHELOSEN LANDES

Kaum eine Region Amerikas ist derart von der Natur gesegnet wie das Hochtal im Zentrum Mexikos. Kein Wunder also, dass Menschen seit jeher um die Gegend ringen: Ab dem Jahr 1200 unterwerfen sich die Azteken dort zahlreiche ältere Kulturen, bis sie selbst Opfer spanischer Eroberer werden. Deren koloniales Erbe prägt auch nach der Unabhängigkeit 1821 das Land, in dem verschiedene Bevölkerungsgruppen um Teilhabe und Wohlstand kämpfen, Banden, Großgrundbesitzer und Drogenkartelle den Staat brutal herausfordern. So bleibt Mexiko bis heute: gesegnet und gepeinigt zugleich



REVOLUTION: DER KAMPF DES PANCHO VILLA

KAISER MAXIMILIAN: EIN HABSBURGER FÜR MEXIKO



AZTEKEN: DIE ERSTE GROSSMACHT



MEXIKO-STADT: METROPOLE UND MOLOCH



WEITERE THEMEN

MALINCHE: Indigene aufseiten der Konquistadoren

MIGUEL HIDALGO: Der Vater der Unabhängigkeit

KRIEG: Mexiko gegen die USA

INTERVIEW: Wie die Vergangenheit
das Land prägt

Diese Ausgabe von **GEO EPOCHE** erscheint
am 7. Juni 2024

FRIDA KAHLO: SCHMERZENSFRAU UND POPSTAR



DROGENHANDEL: IM GRIFF DER NARCOS

»Die deutsche Nation
wird weiterbestehen, solange
die Menschen in beiden
Teilen Deutschlands
dies wollen.«

*Bundeskanzler Helmut Schmidt
(1918–2015)
vor dem Deutschen Bundestag
am 9. April 1981*

